3 1761 07363431 3

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/dieproletarische00kaut

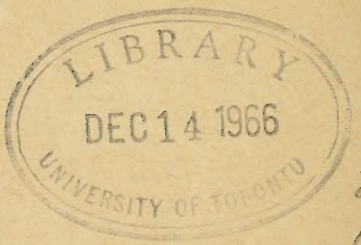
Die proletarische Revolution und ihr Programm

Von

Karl Kautsky

Stuttgart 1922 Berlin
J. H. W. Dietz Nachfolger G.m.b.H. | Buchhandlung Vorwärts G.m.b.H.

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1922 by J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. Stuttgart



1151141

HX
276
K24
1922

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart

Inhalts-Verzeichnis.

A. Die Änderung des alten Programms. Seite

I. Das Programm von Görlitz 1
II. Zwei Programme 4
III. Der Untergang des Kleinbetriebs 12
IV. Die Landwirtschaft 17
1. Die Bewegung der Betriebsgrößen 17
2. Die technische Überlegenheit des Großbetriebs 21
3. Die Zerschlagung des Großbetriebs 22
4. Die Fassung des Programms 27
V. Die Produktivität der Arbeit 29
VI. Die Mittelschichten 32
VII. Die Verelendung 40
VIII. Die Krisen 53

B. Das Programm des Übergangs zum Sozialismus.

I. Die Aufgabe 64
II. Die politische Revolution 67
1. Die bürgerliche Revolution 67
2. Die proletarische Revolution 73
a) Die Demokratie 73
b) Das Weitertreiben der Revolution 85
c) Die Gegenrevolution 94
d) Die Koalitionspolitik 99
3. Der Staat der Übergangszeit 106
a) Staat und Sozialismus 106
b) Die marxistische Auffassung vom Übergangsstaat ... 111
c) Der Arbeiterlohn als Ministergehalt 119
d) Die Absetzung der Abgeordneten 124
e) Vollziehende und gesetzgebende Gewalt 127
f) Die Diktatur 135
III. Die ökonomische Revolution 142
1. Konsumenten und Produzenten 142
a) Unter dem Kapitalismus 142
b) Unter dem Sozialismus 149

Seite
2. Die Verteilung des Arbeitsprodukts 159
3. Eigentum und Organisation 168
4. Bürgerliche und proletarische Revolution 174
a) Die bürgerliche ökonomische Revolution 174
b) Die proletarische ökonomische Revolution 178
c) Konfiskation oder Entschädigung 181
5. Die Planwirtschaft 192
6. Die Bureaukratie 202
7. Die private Initiative 216
8. Die Formen der Sozialisierung 227
a) Sozialisierung und Sozialreform 227
b) Ausgangspunkte der Sozialisierung 229
c) Die Produktivgenossenschaft 236
d) Der Gildensozialismus 241
e) Die gemeinwirtschaftliche Organisation 248
f) Sozialismus und Profit 259
g) Die Ausbreitung der Sozialisierung 265
9. Die Landwirtschaft 277
a) Der Wald 277
b) Das Gemeineigentum am Boden 282
c) Die Sozialisierung der Großbetriebe 286
d) Die Sozialisierung des Kleinbetriebs 297
e) Die Industrialisierung der Landwirtschaft 301
10. Das Geld 306
a) Die Inflation 306
b) Die Abschaffung des Geldes 308
c) Das sozialistische Geld 315
d) Die Banken 325
11. Schluß 332

Druckfehler.

Wir bitten, auf Seite 166, Zeile 19/20 von oben, nachstehende Korrektur vorzunehmen. Es soll heißen: „. . . das Eigentum an den mit ihnen erzeugten Produkten" statt „Produktionsmitteln".

Vorwort.

Der Anlaß, der mich drängte, an die Abfassung der vorliegenden Schrift zu gehen, ist leider im Fortgang meiner Arbeit fast zum wesenlosen Schein geworden. Die Zeit der Programmdiskussionen, die dem Görlitzer Parteitag voranging, sah auch ein Erstarken des Einigungsbedürfnisses im deutschen Proletariat. Da durfte ich erwarten, der Zusammenschluß der beiden großen sozialdemokratischen Parteien Deutschlands werde nicht lange auf sich warten lassen und der Einigungsparteitag werde uns nicht nur eine neue Organisation, sondern auch ein neues Programm zu geben haben.

Dieses Programm trachtete ich vorzubereiten. Ich untersuchte, ob und inwieweit das Erfurter Programm einer Abänderung und inwieweit es einer Ergänzung bedürfe. Ich hoffte, durch die Arbeit an einem unserer Zeit entsprechenden Programm nicht bloß einem Bedürfnis der geeinigten Partei zuvorzukommen, sondern die Einigung selbst zu fördern, wenn das Ergebnis meiner Untersuchung die Zustimmung beider Seiten fand und damit zeigte, daß sie beide im wesentlichen auf dem gleichen Boden stünden.

Indes je weiter meine Arbeit gedieh, desto mehr verflüchtigten sich die Aussichten auf Einigung der beiden Parteien. Sollte mein Buch bloß dem Einigungsparteitag dienen, dann — so scheint es augenblicklich — hätte ich es ungeschrieben lassen können.

Doch hatte es zum Glück noch eine andere Aufgabe, und die ist keineswegs gegenstandslos geworden.

Wer an die Formulierung eines Parteiprogramms geht, der muß sich klar geworden sein über die Gesamtheit und die inneren Zusammenhänge der von der Partei zu lösenden

Probleme, er muß das Wesentliche und Dauernde an ihnen scheiden von dem Zufälligen und rasch Vergehenden. Eine solche zusammenfassende und abwägende Darstellung der Gesamtheit der Probleme, die uns die neueste ökonomische Entwicklung und die Revolution gebracht haben, fehlt uns bisher. Wir haben bereits eine reiche, teils polemische, teils forschende Literatur darüber, an der ich mich auch beteiligte, aber jede ihrer Schriften behandelte stets nur einzelne Fragen, nicht die Gesamtheit unseres Programms. Diese Behandlung der Einzelfragen war unerläßlich und oft sehr verdienstvoll, aber wollen wir volle Klarheit und Einheitlichkeit unseres politischen und sozialen Handelns in den jetzigen revolutionären Zeitläuften erlangen, müssen wir zu einer Gesamtübersicht über deren Probleme kommen.

Ich hoffe, es ist nicht zu verfrüht, damit den Anfang zu machen. Und so habe ich's versucht.

Ob es gelungen ist, habe nicht ich zu beurteilen. Ich hoffe aber, die Mehrheit meiner Leser wird mir wenigstens in zwei Punkten zustimmen.

Einmal darin, daß die Probleme des Sozialismus immer schwieriger und verwickelter erscheinen, je näher wir ihnen rücken. So einfach liegen die Dinge nicht, wie viele von uns noch vor vier Jahren meinten.

Dennoch erwarte ich, daß mir die meisten meiner Leser zum zweiten auch darin zustimmen werden, die Größe der Schwierigkeiten dürfe für uns kein Grund sein, zu verzagen.

Gar mancher, der vor kurzem noch wähnte, durch rasches, rücksichtsloses Vorgehen könnten wir in den Sozialismus hineinstürmen, sieht heute ein, daß diese Methode ganz verfehlt ist, verliert aber darüber den Mut und meint, in absehbarer Zeit könnten wir doch nichts erreichen. Der Sozialismus sei eine Aufgabe für spätere Generationen, nicht für uns.

Das träfe zu, wenn wir utopistische Sozialisten wären, die beabsichtigten, eine vollkommene ideale Gesellschaft aus einem Guß und mit einem Male zu schaffen. Aber wir sind ja Marxisten, wir sehen unsere Aufgabe darin, den proletarischen Klassenkampf zum Siege zu führen. Und mindestens in zwei Staaten: in England und Deutschland stehen die proletarischen Massenparteien an der Schwelle der Eroberung der politischen Macht. Das ist kein Ereignis, das erst ferne Generationen zu erwarten haben, sondern eines, das der heute lebenden Generation bevorsteht.

Damit beginnt aber die Einwirkung der Staatsgewalt auf den Produktionsprozeß in proletarischem Sinn und von da an nimmt die ökonomische Entwicklung die Richtung zum Sozialismus an.

Welche Formen immer diese Einwirkung und Entwicklung nehmen mag, sie ist unvermeidlich und nahe bevorstehend. Damit gewinnt aber ein jeder, mag er überzeugter Sozialist sein oder nicht, wenn ihm nur das gesellschaftliche Wohl am Herzen liegt, ein Interesse daran, daß die kommenden Herren von Staat und Gesellschaft ihrer großen und schwierigen Aufgabe gewachsen sind.

Die alte Staatskunst ging dahin, die ökonomischen Tendenzen der Verelendung des Proletariats zu verstärken, die Organisation, die Intelligenz, die Manneswürde des Proletariers möglichst zu verkümmern. Das verhindert nicht, daß er zur Macht kommt, es bringt bloß die Gefahr mit sich, daß er sie nicht zweckmäßig zu handhaben weiß, so daß sie zu seinem und der ganzen Gesellschaft Unsegen ausschlägt.

In Westeuropa hat es das Proletariat bereits verstanden, diese Folgen der kapitalistischen Tendenzen und der alten Staatskunst in hohem Grade zu überwinden. Aber wie die jüngsten Erfahrungen gezeigt haben, doch noch nicht in ausreichendem Maße.

Je näher wir den Sieg des Proletariats sehen und je besser wir die ungeheuren Schwierigkeiten erkennen, die sich dann vor ihm auftürmen werden, um so dringender die Notwendigkeit, sofort alle unsere Kräfte anzuspannen, um die Höherentwicklung des Proletariats zu beschleunigen, seine organisatorische Geschlossenheit zu steigern, seine ökonomische und politische Einsicht zu vermehren, sein soziales Pflichtgefühl zu kräftigen.

Das betrachteten wir Sozialisten seit jeher als unsere Aufgabe, sie ist es heute mehr denn je. Das vorliegende Buch ist bestimmt, dieser Aufgabe zu dienen. Daß es sich als kraftvolles Werkzeug dazu erweise, ist mein heißester Wunsch.

Berlin-Charlottenburg, Juni 1922.

Karl Kautsky.

A.

Die Änderung des alten Programms.

I. Das Programm von Görlitz.

Die deutsche Sozialdemokratische Partei (Mehrheitssozialisten) hat 1921 auf ihrem in Görlitz abgehaltenen Parteitag das Programm beseitigt, das sich die einige Partei dreißig Jahre vorher auf dem Parteitag von Erfurt gab. Man hat viel Mühe und Kraft auf die Fertigstellung des neuen Programms verwendet, das an Stelle des alten trat. Trotzdem wurde es stark umstritten.

Ist die Fassung eines Programms eine so wichtige Sache? Manche leugnen das, und sie berufen sich auf Marx, der bekanntlich selbst gesagt hat, daß „jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger ist als ein Dutzend Programme".

Sehr richtig. Aber er hat damit keineswegs gemeint, daß ein Parteiprogramm eine gleichgültige Sache sei. Sicher ist ein zweckmäßiges und energisches Handeln, auch wenn es mit ganz miserablen Argumenten begründet wird, vorteilhafter als die vollkommenste Theorie, wenn ihre Bekenner verkehrt und schwächlich vorgehen. Aber daraus wird doch niemand schließen wollen, daß Wissen oder Unwissenheit für unser Handeln völlig gleichgültig seien. Es ist ein bloßer Zufall, und ein sehr seltener dazu, wenn Leute, die falsch argumentieren, trotzdem richtig handeln. Und wenn Leute mit der richtigen Erkenntnis falsch handeln, so kann das nur daher rühren, daß das Tun des Menschen nicht allein von seiner Einsicht bestimmt wird, sondern auch von anderen Momenten abhängt, zum Beispiel von seiner Kraft, Courage, Kaltblütigkeit, Schlagfertigkeit usw.

Darüber aber wird wohl kein Zweifel sein, daß unter sonst gleichen Umständen der Mensch um so zweckmäßiger handelt, je einsichtiger er ist.

Ein Programm ist nun nichts anderes, als, um wieder mit Marx zu sprechen, „ein Markstein, der die Höhe der Parteibewegung" und ihrer Einsicht mißt.

Ist es keineswegs gleichgültig, welche Höhe diese Einsicht erlangt hat, und ist es nicht minder wichtig, diese Höhe vor aller Welt deutlich zu bekunden, dann ist es klar, daß der Fassung eines Programms eine große Bedeutung zukommt. Unter diesen Umständen wird aber auch eine Partei in der Regel nur dann sich ein neues theoretisches Programm geben (ich sehe ab von Aktionsprogrammen, die durch eine neue Situation notwendig werden), wenn es einen Fortschritt über das bisherige hinaus anzeigt.

Ist das bei dem Görlitzer Programm in seinem allgemeinen Teil, von dem allein wir hier handeln, der Fall? Der Gedankengang, den das alte Erfurter Programm entwickelte, war der der Marxschen Theorie. Es gibt gewissermaßen deren Quintessenz, zum Teil mit Marx' eigenen Worten.

Die Frage, ob und inwieweit das Erfurter Programm in seinem theoretischen Teil veraltet ist, löst sich auf in die Frage, ob und inwieweit das Marxsche „Kapital" veraltet ist.

Im Laufe der letzten drei Jahrzehnte sind gegen die Marxschen Gedankengänge nicht nur von bürgerlicher, sondern auch von sozialistischer Seite (dem sogenannten „Revisionismus") gar manche Einwände erhoben worden. Aber die sozialistischen Einwände haben sich nie zu einer neuen Theorie verdichtet, sie sind bloße Bedenken geblieben.

Die Mitglieder der Kommissionen, die das neue sozialdemokratische Programm ausarbeiteten, gingen wohl von dem Streben aus, es solle nichts enthalten, was in der Partei strittig sei. Es solle in dieser Beziehung völlig einwandfrei gestaltet werden. Aus bloßen Bedenken kann man aber kein Programm formulieren. Und so blieb den Kommissionen nichts übrig, als jene Punkte einfach wegzulassen, gegen die Bedenken geäußert worden waren. Vorübergehend hatte man sogar den Klassenkampf fallen gelassen. Später wurde er wieder eingefügt und überhaupt wieder eine größere Annäherung an das alte Programm vollzogen. Aber auch in dieser Form bedeutet das Görlitzer Programm nicht eine Überwindung oder eine Höherentwicklung, sondern eine bloße Verkürzung des Erfurter Programms.

Das zeigt sich schon rein äußerlich. Das Erfurter Programm geht aus von einer Darstellung der Tendenzen der ökonomischen

Entwicklung. Es stellt sie in vier Absätzen dar. Im Görlitzer Programm ist die Darstellung in einen einzigen Absatz zusammengedrängt, dessen Umfang etwa ein Viertel des Gesamtumfangs der vier Absätze des Erfurter Programms ausmacht.

Dafür sind dem einen Passus, der die ökonomische Entwicklung darstellt, drei andere zugefügt, in denen die Folgen des Weltkriegs dargestellt werden. Danach dürfte man annehmen, das neue Programm sei von der Auffassung getragen, daß es nur für die nächste Zeit gelten solle, indem es weniger allgemeine Gesetze, als vielmehr die besonderen Erscheinungen der jüngsten Zeit und ihre Wirkungen zur Darstellung bringt.

Da das Görlitzer Programm nur ein verkürztes Erfurter Programm ist, beziehen sich unsere Einwände dagegen weniger auf das, was es sagt, was, bis auf einzelne Wendungen, ja auch von uns als richtig anerkannt wird, sondern auf das, was es nicht enthält. Sie werden hervorgerufen durch sein Schweigen über Punkte, über die das Erfurter Programm laut und deutlich sprach.

Aber war nicht gerade das, was das Erfurter Programm in dieser Beziehung sagt, veraltet?

Durfte man einfach beim alten Programm bleiben? Haben nicht die drei Jahrzehnte, die seit seiner Prägung verflossen, und namentlich die Jahre seit der Revolution so viel Neues und Unerhörtes gebracht, daß die Fassung von 1891 nicht mehr ausreicht? Kein Zweifel. Aber gerade über dieses Neue sagt uns das Görlitzer Programm so gut wie nichts. Das soll kein Tadel sein. Was sonst von sozialistischer Seite an neuen Parteiprogrammen seit der Revolution zutage gefördert wurde, enthält zwar sehr viel Neues, aber nichts Durchdachtes, sondern nur unüberlegtes, hastiges Kopieren der neuesten russischen Mode. Das Schweigen des Görlitzer Programms ist dem Bekenntnis des Leipziger Aktionsprogramms der Unabhängigen Sozialdemokratie von 1919 zum Rätesystem entschieden vorzuziehen.

Aber dabei kann es nicht verbleiben. Wir müssen uns klar werden über die Punkte, in denen das Erfurter Programm als veraltet gilt. Nicht minder über jene, die es nicht behandelt und die jetzt von Bedeutung geworden sind. Wir dürfen uns mit bloßem Schweigen nicht begnügen, sondern müssen zu bestimmten positiven Resultaten kommen.

Dies zu erreichen, ist die Aufgabe der vorliegenden Arbeit. Sie will nicht einen neuen Programmstreit zu den bisherigen Parteizwistigkeiten hinzugesellen. Davon haben wir in den letzten Jahren genug gehabt. Sie will nur neues Licht werfen auf Fragen, die bereits eifrig diskutiert werden, System und Methode in die Behandlung der wichtigsten konkreten Fragen bringen, die durch die Revolution aufgeworfen wurden. Mag mir das gelingen oder nicht, auf jeden Fall hoffe ich, zu zeigen, über welche Probleme und Lösungen die Sozialdemokraten sich untereinander verständigt haben müssen, ehe sie an die Abfassung eines Programms gehen können, das wirklich als Markstein eine Höherentwicklung des proletarischen Denkens anzeigt.

II. Zwei Programme.

Die Basis, auf der das ganze Erfurter Programm ruht, ist die materialistische Geschichtsauffassung. Die Auffassung, daß sich die ökonomische Entwicklung mit naturgesetzlicher Notwendigkeit vollzieht und die Veränderungen der gesellschaftlichen Ideen der Menschen und ihrer Einrichtungen bestimmt. Mit neuen ökonomischen Verhältnissen erstehen neue gesellschaftliche Probleme, die zu wachsenden gesellschaftlichen Mißständen führen, wenn sie nicht gelöst werden, das heißt wenn nicht die neuen ökonomischen Verhältnisse auch neue Mittel mit sich bringen, jene Probleme zu lösen; wenn ferner die gesellschaftliche Einsicht nicht vermag, die neuen Probleme und die neuen Mittel zu erkennen, und wenn endlich nicht gesellschaftliche Mächte erstehen, die kraftvoll genug sind, die erkannten Lösungen praktisch durchzusetzen.

Das jeweilige Ausmaß an gesellschaftlicher Einsicht und Erneuerungskraft ist aber ebenfalls ökonomisch bedingt. In den höher entwickelten Gesellschaftsformen ist sie vor allem bedingt durch die Verhältnisse der verschiedenen Klassen zueinander, in die jede Gesellschaft bisher zerfiel, die über das primitive Stadium hinausgelangt war. Die Ökonomie bestimmt die Teilung der Klassen und ihre Gegensätze. Die Ökonomie entscheidet, welche Klassen ein Interesse haben, den bestehenden ökonomischen Zustand zu erhalten, da sie aus ihm Vorteil ziehen. Von ihr hängt es ab, welche Klassen unter den bestehenden Zuständen leiden und nach einem Ausweg aus ihrer Notlage suchen.

Von der ökonomischen Lage der leidenden, unzufriedenen, revolutionären Klassen endlich hängt es ab, ob sie zu der erforderlichen Einsicht und Kraft gelangen, die richtigen Lösungen zu finden und durchzusetzen. Das heißt also, es hängt in letzter Linie von den gegebenen ökonomischen Bedingungen ab, ob die Gesellschaft zu einer höheren Form aufsteigt oder verkommt.

Dies die Geschichtsauffassung, auf der das Erfurter Programm aufgebaut wurde. Durch sie zeigt es dem Proletariat, daß der Sozialismus notwendig und unvermeidlich ist, daß er aber nicht von selbst kommt, sondern daß er notwendig und unvermeidlich nur deshalb ist, weil auch das Bereicherungsstreben der Kapitalisten, der Klassenkampf des Proletariats und die Arbeit der Erforschung der gegebenen gesellschaftlichen Zustände und ihrer notwendigen Zusammenhänge notwendig und unvermeidlich sind. Der historische Materialismus ist keine fatalistische Lehre.

Diese Geschichtsauffassung bestimmt seit einem halben Jahrhundert das Ziel und die Methode der deutschen Sozialdemokratie. Aus ihr schöpfte sie ihre Siegeszuversicht, ihre siegreiche Methode. Das geschah in ihr zunächst systemlos, eklektisch, aber nach und nach immer bewußter und klarer. Vor dreißig Jahren wurde dann das Programm unserer Partei auf Grund dieser Geschichtsauffassung formuliert.

Im Görlitzer Programm ist die materialistische Geschichtsauffassung nicht abgelehnt, aber verdunkelt. Sie kommt dort weniger scharf und präzis zum Ausdruck.

Das zeigt sich sofort bei dem Vergleich beider Programme. Wir lassen hier beide einander folgen. Das Erfurter Programm lautet in seinem einleitenden Teil:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit.

Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann

ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse."

Und nun die Prinzipienerklärung des Görlitzer Programms:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Bekenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.

Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht, sie hat breite Massen der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in besitzlose Proletarier verwandelt. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, im Überfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengestellt, die in Not und Elend verkümmern. Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.

Der Weltkrieg und die ihn abschließenden Friedensdiktate haben diesen Prozeß noch verschärft. Sie haben die Konzentration der Be-

triebe und des Kapitals beschleunigt, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Armut erweitert. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Während rücksichtsloses Gewinnstreben eine neue Bourgeoisie von Kriegslieferanten und Spekulanten emporhob, sanken kleine und mittlere Besitzer, Scharen geistiger Arbeiter, Beamte, Angestellte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Angehörige aller Art der freien Berufe zu proletarischen Lebensbedingungen hinab. Korrumpierung des öffentlichen Lebens, wachsende Abhängigkeit der bürgerlichen Presse von übermächtigen Wirtschaftsdiktatoren, die auf diese Weise den Staat unter ihre Botmäßigkeit zu bringen versuchen, sind unausbleibliche Folgen.

Die Entwicklung zum Hochkapitalismus hat das Streben nach Beherrschung der Weltwirtschaft durch imperialistische Machterweiterung noch gesteigert. Sie hat ebenso wie die unbefriedigende Lösung der nationalen und wirtschaftlichen Weltprobleme durch die geltenden Friedensverträge die Gefahr neuer Konflikte heraufbeschworen, die den Zusammenbruch der menschlichen Kultur herbeizuführen drohen.

Zugleich hat der Weltkrieg morsche Herrschaftssysteme hinweggefegt, politische Umwandlungen haben den Massen die Rechte der Demokratie gegeben, deren sie zu ihrem sozialen Aufstieg bedürfen. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die ruhmvolle, opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner zur Seite. Mächtiger denn je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker die Menschheit vor neuer kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Diesem Willen den Weg zu weisen, den notwendigen Kampf der schaffenden Masse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutze der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, einen Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens, um die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft

im Geiste sozialen Gemeinsinns. Die Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Wirtschaft zum Wohl der Gesamtwirtschaft erkennt sie als notwendiges Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalsherrschaft zu befreien, die Produktionserträge zu steigern, die Menschheit zu höherer volkswirtschaftlicher und sittlicher Gemeinschaft emporzuführen.

In diesem Sinne erneuert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr im Erfurter Programm niedergelegtes Bekenntnis: Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß er das Schicksal der Menschheit entscheidet in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, sie führt ihn in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.

Für diesen Kampf gelten die folgenden Forderungen."

Das Görlitzer Programm unterscheidet sich von dem Erfurter vor allem dadurch, daß es ausführlich auf die Folgen des Weltkriegs Bezug nimmt und emphatisch die Notwendigkeit betont, die eroberte Republik zu verteidigen. Darüber konnte das Erfurter Programm 1891 natürlich nichts sagen. Ob die Aufnahme solcher Ausführungen in diesen Teil des Programms notwendig war, hängt davon ab, welche Aufgabe man ihm stellt. Soll das Programm bloß für die nächste Zeit gelten, nur ein Aktionsprogramm sein, dann wird es sehr zweckmäßig sein, die Aufgaben des Augenblicks in der Prinzipienerklärung zu betonen. Wer dem Programm eine weniger ephemere Rolle zuweist, wird bloß die dauernden Grundsätze in den theoretischen Teil des Programms aufnehmen, ohne Bezugnahme auf aktuelle Probleme.

Abgesehen von diesen neuen Einschiebungen verfolgt das neue Programm im ganzen und großen den gleichen Gedankengang wie das alte. Aber doch mit sehr wesentlichen Unterschieden.

Das alte ist getragen von der Idee der naturnotwendigen Entwicklung und von der bestimmenden Macht der ökonomischen Entwicklung.

Es beginnt mit den Worten: „Die ökonomische Entwicklung führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs“, zu seiner Verdrängung durch den Großbetrieb, und es zeigt als das Ergebnis dieser Entwicklung die neuaufkommenden ökonomischen Faktoren: das besitzlose Proletariat, das riesenhafte Wachstum der Produktivität der Arbeit, die Monopolisierung aller Vorteile dieses Fortschritts durch die großen Kapitalisten. Das Programm zeigt nun die Mißstände dieses Zustandes, die Probleme, die Mittel ihrer Lösung, die Klasse, der die Lösung zufällt.

So sehen wir den Sozialismus erstehen als das Ergebnis einer naturnotwendigen Entwicklung.

Anders das neue Programm. Es beginnt nicht mit einer Darstellung der notwendigen ökonomischen Entwicklung, sondern mit einer Willenserklärung:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Bekenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.“

Hier ist jede Erinnerung daran ausgelöscht, daß der Sozialismus das Produkt einer neuen ökonomischen Entwicklung ist und daß seinen Träger die neue Klasse bildet, die aus dieser Entwicklung hervorgeht. Das Erfurter Programm betont ausdrücklich, daß die gesellschaftliche Umwandlung des Sozialismus wohl die Befreiung der gesamten Menschheit bedeutet, daß also alle an der Höherentwicklung der Menschheit arbeitenden Elemente an ihm interessiert sind, daß jedoch der Sozialismus nur das Werk der besitzlosen Arbeiterschaft sein wird, weil alle anderen Klassen am Privateigentum, an den Produktionsmitteln festhalten.

Dieser Gedanke wurde in Görlitz fallen gelassen. Der Sozialismus soll hier das Werk sein aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesen sind, also auch etwa der Bauern in Bayern und Mecklenburg.

Vergebens sucht man hier nach einer Andeutung dafür, daß der Sozialismus aus einer ganz neuen ökonomischen Situation und einer ganz neuen Klasse entspringt. Die Masse des Volkes war unter allen Produktionsweisen stets auf „den

Ertrag eigener Arbeit" angewiesen, im Altertum wie im Mittelalter, und doch kam es nie zu einem Sozialismus.

Ebenso wie von der Kennzeichnung der ganz neuen Klasse des industriellen Proletariats, die für das Werden des Sozialismus die entscheidende Klasse ist, sieht das Görlitzer Programm im Gegensatz zum Erfurter auch ab von dem Hinweis auf das riesenhafte Wachstum der Produktivität der Arbeit durch den modernen Kapitalismus, das allein es ermöglicht, einen Gesellschaftszustand zu schaffen mit „höchster Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung", wie das Erfurter Programm sagt.

An den Mißständen des Kapitalismus kann das Görlitzer Programm wohl nicht vorbeigehen. Aber auch hier unterscheidet es sich vom Erfurter. Es zeichnet diese Mißstände nicht in ihrem Werden und Wachsen; wir erfahren auch hier nichts von einer notwendigen Entwicklung, sondern nur von unerfreulichen Resultaten. Es sagt:

„Die kapitalistische Wirtschaft hat ... die Arbeiter in besitzlose Proletarier verwandelt ..., die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert" usw.

Und es fügt hinzu, der Krieg habe „diesen Prozeß noch verschärft".

Aber alles das wird von den meisten bürgerlichen Ökonomen ohne weiteres zugegeben. Bestritten wird von ihnen, daß es auch in Zukunft bei Fortdauer der kapitalistischen Wirtschaft so sein muß. Sie erklären, daß der Kapitalismus aus sich heraus Tendenzen schafft, die die Arbeiter in Besitzende verwandeln, die Ungleichheiten und Gegensätze der Klassen immer mehr mildern und so jeglichen Sozialismus überflüssig machen. Sie behaupten, das Unheil, das das Kapital bisher angerichtet, bilde bloß eine Kinderkrankheit der neueren Produktionsweise. Der Kapitalismus würde bald vollkommen dastehen, wenn nur die Proletarier einmal sich dazu verstehen könnten, einträchtig mit den Kapitalisten zusammenzuarbeiten. Die Antwort darauf kann nicht ein Hinblick auf das geben, was der Kapitalismus bisher mit sich gebracht hat, sondern nur ein Hinweis auf die unter allen Umständen notwendigen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus.

Von ihnen sieht das Görlitzer Programm vollständig ab. Sie bilden den Kern des Erfurter Programms.

So erweist sich dieses jenem weit überlegen, wenn — seine Darlegungen richtig sind. Sind sie falsch, dann müßte man freilich das Görlitzer Programm vorziehen. Aber die wissenschaftliche Basis des Sozialismus wäre dann sehr erschüttert.

III. Der Untergang des Kleinbetriebs.

Den Ausgangspunkt des Erfurter Programms bildet der Satz:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs."

Diese Tatsache der Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb mit ihren Konsequenzen, steigende Monopolisierung der Produktionsmittel in wenigen Händen, und Wachstum der Produktivität der Arbeit bilden die einzige sichere Grundlage unseres Strebens nach dem Sozialismus.

Bis zum Aufkommen des industriellen Kapitalismus beruhte die ganze Produktion auf dem Kleinbetrieb, auf der bäuerlichen Wirtschaft und dem Handwerk, im Altertum und Mittelalter bis weit in die neue Zeit hinein. Wohl gab es frühzeitig schon Großbetriebe, wenigstens in der Landwirtschaft, die auf der Expropriierung und Knechtung von Bauern beruhten; aber sie konnten nur betrieben werden mit Zwangsarbeitern, die unwillig und lässig arbeiteten und denen nur die plumpsten Werkzeuge anvertraut werden durften.

Diese Großbetriebe standen daher technisch unter dem Kleinbetrieb. Sie behaupteten sich neben ihm nur dort, wo die Arbeitskräfte den Großgrundbesitzer entweder nichts kosteten, wie zum Beispiel leibeigene Bauern, die einen Teil ihrer Arbeitszeit dem Gutsherrn opfern mußten; oder dort, wo die Arbeitskräfte sehr billig waren, wie zum Beispiel die Kauffklaven eine Zeitlang im alten römischen Reich infolge seiner steten und erfolgreichen Kriege.

Die Vernichtung dieser Großbetriebe bedeutete ökonomisch keinen Rückschritt, da die Kleinbetriebe produktiver arbeiteten. Für die expropriierten und geknechteten Massen, die Elend und Ausbeutung von sich abwälzen wollten, bildete das rationellste Ziel damals die Aufteilung der großen Betriebe, die Alleinherrschaft des Kleinbetriebs.

Noch in den Zeiten der Französischen Revolution zeigten sich die radikalen Massen von keinem anderen Ideal erfüllt. Was es an Sozialismus vorher gab, waren Spekulationen von Philosophen oder kleinen sektiererischen Zirkeln. Die Volksmasse wurde davon nicht berührt.

Schon das zeigt, daß es nicht angeht, den Sozialismus ethisch zu begründen. Auch die Ethik eines Kant reicht dazu nicht aus. Diese Ethik kann bestenfalls dem Streben nach Aufhebung aller Knechtung eine Basis geben, aber dieses Streben ist älter als die geschriebene Geschichte, und es erzeugte bis ins letzte Jahrhundert hinein zumeist das Gegenteil von Sozialismus, den Drang nach Verallgemeinerung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Jetzt wird die Lösung des Problems der Aufhebung aller Ausbeutung nicht mehr darin gesucht, daß man jeden zum Besitzer seiner Produktionsmittel macht, sondern darin, daß man im Gegenteil einen Zustand herbeiführt, in dem niemand Besitzer der von ihm angewandten Produktionsmittel ist. Diese Wandlung des Zieles der arbeitenden Massen ist nicht im geringsten ethisch, sie ist nur ökonomisch zu begründen.

Arme hat es immer unter uns gegeben, nach dem bekannten christlichen Wort; immer wenigstens, seitdem es eine geschriebene Geschichte gibt. Auch die Expropriation freier Arbeiter, die über ihre eigenen Produktionsmittel verfügten, durch Eroberer oder Machthaber gehörte seit alters her zum Inhalt der Geschichte. Aber erst in der neueren Zeit stieß die dadurch bewirkte Ansammlung von Reichtum in einzelnen Händen auf Bedingungen, die es ermöglichten, den Reichtum in Großbetrieben anzuwenden, die den Kleinbetrieben überlegen waren, zunächst wenigstens in der Industrie.

Diese Bedingungen waren ein hoher Stand der Naturwissenschaften und ihrer technischen Anwendung und das massenhafte Vorkommen freier besitzloser Arbeiter wenigstens in den Städten.

Es ist überflüssig, zu schildern, wie sich der kapitalistische Großbetrieb entwickelte und zur herrschenden Form der Produktion wurde, die den Kleinbetrieb rapid zurückdrängte. Noch in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts konnten viele ernsthafte Männer ebenso wie manche Reformer im Altertum und Mittelalter den Großbetrieb für ein Unglück und einen

Schaden betrachten, der aufzuheben sei, um dem segensreichen Kleinbetrieb Platz zu machen. Heute denkt niemand mehr daran. Der Großbetrieb ist zur unentbehrlichen Grundlage des Gedeihens der Völker geworden. Damit ist das frühere Ziel der Befreiung in sein Gegenteil verwandelt worden. Für die Masse der Arbeiter ist es heute selbstverständlich, daß der einzelne nicht seine Produktionsmittel besitzen kann. Die Expropriation der Expropriateure kann nicht mehr in der Weise vor sich gehen, daß man das Privateigentum der Kapitalisten an ihren Großbetrieben unter die Arbeiter verteilt, sondern nur noch in der Art, daß deren Gesamtheit sie erhält.

Diejenigen, die ein direktes und daher sehr starkes Interesse an dieser Lösung haben, sind aber nur die Arbeiter der Großbetriebe, die Lohnproletarier. Daß sie die nötige Kraft zur Durchsetzung ihres Zieles finden, ist nur dann zu erwarten, wenn sie und ihre Denkweise die Mehrheit der Nation beherrschen, was auch wieder den Rückgang des Kleinbetriebs voraussetzt.

Noch ein drittes Moment kommt hier in Betracht: die hohe Produktivität des modernen Großbetriebs.

Der Kleinbetrieb war dem vorkapitalistischen Großbetrieb wohl an Leistungsfähigkeit überlegen. Trotzdem war seine Produktivität zu gering, als daß sie bei allgemeiner Gleichheit und Aufhebung jeglicher Ausbeutung eine höhere Kultur gestattet hätte. Die Gleichheitsmänner früherer Zeiten waren denn auch Aszeten und Verächter von Kunst und Wissenschaft. Die Gleichheit bedeutete ehedem allgemeine Barbarei, darum konnte sie dort, wo sie errungen wurde, sich nicht behaupten. Erst der Großbetrieb schafft die Möglichkeit hoher Kultur der Massen bei allgemeiner ökonomischer Gleichheit. Und die moderne sozialistische Bewegung strebt ja nicht bloß nach Gerechtigkeit, das heißt Gleichheit, sondern auch nach kulturellem Aufstieg. Der ist unmöglich ohne den Großbetrieb.

Dessen siegreicher Fortschritt bildet also die Grundlage des modernen Sozialismus.

Trotzdem gibt es Sozialisten, die den siegreichen Fortschritt des Großbetriebs nicht anerkennen wollen. Oder besser gesagt, es gibt Leute, die an diesem Fortschreiten zweifeln und es doch fertig bringen, Sozialisten zu bleiben. Dazu wäre ich nicht

imstande. An dem Tage, an dem es gelänge, mich zu überzeugen, daß die Zukunft nicht dem Großbetrieb gehört, würde meine sozialistische Zuversicht aufs tiefste erschüttert.

Darauf ist jedoch nicht die geringste Aussicht. Die Kritik jener bedenklichen Sozialisten stellt die allgemeine Erscheinung des siegreichen Fortschreitens des Großbetriebs selbst nicht in Abrede. Sie bestreitet bloß, einmal, daß dieser Prozeß so rasch fortschreitet, daß man heute schon von einem *Untergang* des Kleinbetriebs sprechen kann, und zweitens, daß der Großbetrieb in *allen Zweigen* der Produktion dem Kleinbetrieb überlegen sei.

Beides kann man ruhig zugeben, doch ändert es nichts am gesellschaftlichen Gesamtresultat, auf das es bei einer großen gesellschaftlichen Bewegung allein ankommt.

Gewiß, man findet noch viele kleine Betriebe, aber es haben sich auch noch andere Überbleibsel der Vorzeit erhalten. Es gibt noch Überbleibsel des Bodenkommunismus in der Schweiz und feudale Besitzverhältnisse in England. Deswegen kann man doch ruhig sagen, daß die kapitalistische Warenproduktion zum Untergang des primitiven Kommunismus und Feudalismus führt.

Freilich, der moderne Großbetrieb vernichtet nicht bloß viele Kleinbetriebe, sondern er sieht auch immer wieder neue erstehen. Aber die haben mit den Betrieben aus der Blütezeit des Handwerks nichts mehr gemein. Zum großen Teil sind sie nicht Produkte ökonomischer Notwendigkeit, sondern ökonomischer Verlegenheit. Die unzähligen kleinen Lädchen und Verkaufsstände bilden vielfach nichts als Existenzformen der industriellen Reservearmee, ganz proletarische Existenzen, die keine Aussicht haben, auf einen grünen Zweig zu kommen. Andere haben jede ökonomische Selbständigkeit verloren, arbeiten nicht für den Markt, sondern für einen Kapitalisten, von dem sie in schlimmerer Abhängigkeit stehen als die Arbeiter der Großbetriebe. Das gilt von der Hausindustrie.

Ein Kleinbetrieb, der dem Proletariat derartige Aussichten bietet, kann sein Zukunftsstreben nicht bestimmen. Jener Kleinbetrieb, dessen Besitz dem Proletarier als ein Ideal vorschwebte, das ihn von der Idee des Sozialismus ablenkte, er ist bereits untergegangen.

Und selbst der verelendete Kleinbetrieb, der sich noch behauptet, geht zurück, absolut in der Industrie, relativ im Handel. In der Industrie hat von 1882 bis 1907 im Deutschen Reich unter den Erwerbstätigen die Zahl der Selbständigen von 2201146 auf 1977122 abgenommen, indes die Zahl der Lohnarbeiter und Angestellten von 4195319 auf 9279112 zunahm, also sich mehr als verdoppelte. Im Handel haben sich wohl die Selbständigen absolut vermehrt, von 701508 auf 1012192.

Aber in dieser Gruppe finden sich unter den Kleinbetrieben die meisten parasitischen und heruntergekommenen Existenzen. Andererseits aber hat die Zahl der Erwerbstätigen im Handel und Verkehr rascher zugenommen als die der Selbständigen. Sie wuchs von 868810 auf 2465434. Von je tausend Erwerbstätigen im Handel waren 1882 noch 427 selbständig, im Jahre 1907 nur noch 291. Die Aussichten, selbständig zu werden, verringern sich also auch in Handel und Verkehr rasch für den Nachwuchs, während gleichzeitig diese Selbständigkeit selbst immer mehr ihre Anziehungskraft einbüßt.

Nun wird mir entgegengehalten werden, daß dies für viele Betriebszweige zutreffe, aber doch nicht für alle.

In der Tat gibt es noch welche, in denen sich der Kleinbetrieb behauptet, aber deren Zahl ist in Handel und Industrie gering. Es gibt nur eine Gruppe unter den 23, die in der Reichsstatistik verzeichnet sind, in der die Alleinbetriebe eine Zunahme zeigen. Es sind die künstlerischen Gewerbe. Hier haben die Alleinbetriebe von 1882 bis 1907 von 5800 auf 8723 zugenommen, die Gehilfenbetriebe dagegen nur von 2232 auf 3276. Doch selbst da hat sich die Gesamtzahl der Beschäftigten rascher vergrößert als die Zahl der Betriebe, von 15388 auf 30178. Auch da beginnt der Großbetrieb seinen Einzug zu halten. Und wie klein sind die Zahlen der Beschäftigten in diesem Produktionszweig. Sie kommen für den Gesamtprozeß nicht in Betracht.

Seit 1907 hat keine Berufszählung mehr im Deutschen Reich stattgefunden. Aber alle Anzeichen weisen darauf hin, daß der Krieg die hier gezeichnete Entwicklung nicht gehemmt, sondern eher gefördert hat — siehe Stinnes usw.

IV. Die Landwirtschaft.

1. Die Bewegung der Betriebsgrößen.

Ein großer, entscheidender Produktionszweig besteht jedoch, bei dem vom Untergang des Kleinbetriebs in keinem Sinne gesprochen werden darf. Das ist die Landwirtschaft. Die Rücksicht auf sie war es wohl, die verursachte, daß im Görlitzer Programm vom Untergang des Kleinbetriebs nicht mehr die Rede ist. In der Tat hat sich in diesem Punkt seit der Abfassung des Erfurter Programms die Situation geändert. Bis dahin nahmen wir fast alle, Marx und Engels ebenso wie ihre Schüler und auch ein großer Teil der bürgerlichen Wissenschaft an, daß der Bauer vor seinem Untergang stehe. Und das war keine Illusion, sondern es fand seine Stütze in vielen Tatsachen. Die Rettung des Bauernstandes war damals eine wichtige Sorge der bürgerlichen Parteien, und auch die sozialistischen Agrarprogramme erwogen die Mittel, den versinkenden Bauern zu erhalten.

Auf dem Frankfurter Parteitag von 1894 wurde von Schönlank und Vollmar eine Resolution eingebracht, die damals der Bewegung für die Schaffung eines Agrarprogramms in unserer Partei den ersten Anstoß gab. Da heißt es:

„Die kleine Bauernschaft ... kommt in Verfall. ... Der Bauer wird proletarisiert."

Zehn Jahre später gab sich die französische Arbeiterpartei ein Agrarprogramm, das von der Erwägung ausging, „daß dieser durch das Parzelleneigentum charakterisierte Zustand unrettbar dem Untergang geweiht ist".

Engels übte an diesem Programm strenge Kritik, aber nur an dem Glauben, es sei möglich, den Bauern zu retten. Auch er war der Meinung:

„Unser Kleinbauer ist wie jeder Überrest einer vergangenen Produktionsweise unrettbar dem Untergang verfallen. Er ist ein zukünftiger Proletarier" (Die Bauernfrage usw., „Neue Zeit", XIII, 1, S. 295).

Diese Anschauung war nicht aus der Luft gegriffen. Sie beruhte auf den Erfahrungen Englands, des kapitalistischen Musterlandes. Dort war der Bauer bereits vollständig ver-

schwunden und durch den Großgrundbesitz verdrängt. Dieser wirtschaftete nicht selbst, sondern verpachtete seine Betriebe. Auch bei den Pachtungen zeigte sich ein stetes Zurückdrängen der kleinen durch die größeren. Dieser Prozeß dauerte bis in die jüngste Zeit fort. Man zählte in Großbritannien landwirtschaftliche Betriebe:

	1885	1895	1913	Zunahme + od. Abnahme — von 1885—1913
Kleinbetriebe (unt. 50 Acres = 20 Hektar)	368791	353889	344060	— 24731
Großbetriebe (üb. 50 Acres)	163652	166657	169005	+ 5353

Wirtschaftlich bedeutet der landwirtschaftliche Kleinbetrieb in England kaum noch etwas. Im Jahre 1895 betrug die landwirtschaftliche Fläche des Kleinbetriebs rund 5 Millionen Acres, die des Großbetriebs dagegen 28 Millionen.

Ähnlich schien es in Deutschland gehen zu wollen. Bereits in der Zeit von 1816 bis 1859 verlor im alten preußischen Staat die Bauernschaft im freien Verkehr 6880 spannfähige Stellen und 1527 356 Morgen Landes.

Die Bewegung setzte sich später fort. Sie war doppelter Art. Auf der einen Seite vermehrten große Landwirte oder Industrielle ihren Grundbesitz. Noch 1893 bemerkte Sering in seiner Schrift über die „innere Kolonisation":

„Neben den Majoratsherrn sind dem Bestand des mittleren Bauernbesitzes nach wie vor vielfach verderblich geworden die kapitalistisch geleiteten Zuckerfabriken" (S. 73).

Auf der andern Seite verkam der Bauer durch Erbteilungen und Verschuldung. Mit jeder Erbteilung wurden die Bauerngütchen kleiner oder die Last der Hypothekenschulden größer. Aufsaugung durch den großen Grundbesitz hier, Parzellierung und Verschuldung dort — das schien das Ende des kleinen Grundbesitzes zu sein, also seine Proletarisierung, wenn auch nicht ganz in den Formen, die der Prozeß des Untergangs der selbständigen Kleinbetriebe in der Industrie annahm.

In den letzten Jahrzehnten ist dieser Prozeß jedoch zum Stillstand gekommen. Der Bauer sieht sich nicht mehr davon bedroht, durch den großen Grundbesitz aufgesaugt zu werden,

und auch sein Verkommen hat vielfach aufgehört. Die Ursachen dafür sind höchst mannigfacher Natur. Sie alle hier anzuführen ist unmöglich. Betont muß aber vor allem werden, daß sie nicht etwa darin zu suchen sind, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Großbetrieb technisch ebenbürtig geworden wäre. Gerade die Landwirtschaft hat wissenschaftlich und technisch in den letzten Jahrzehnten ungeheure Fortschritte gemacht, die ausreichend anzuwenden nur der Großbetrieb imstande ist. Der Kleinbetrieb kann sich von diesen riesigen Errungenschaften nur ganz dürftige Stückchen aneignen.

Wenn er sich trotzdem behauptet, so liegt das an vielen anderen Ursachen, nicht zum wenigsten an zweien: einmal am aufkommenden Genossenschaftswesen, das es den Bauern erleichtert, mit dem Wucherer und Zwischenhändler fertig zu werden und sich so viel an modernen Fortschritten anzueignen, als für den Bauern zugänglich sind.

Namentlich aber hilft dem Bauern die Arbeiterfrage. Die vollkommenste Technik und die tiefste wissenschaftliche Einsicht nützen ökonomisch nichts, wenn nicht die Menschen da sind, die sie zur Anwendung bringen sollen. Und diese Menschen fehlen der Landwirtschaft immer mehr. Je mehr sich die Industrie ausdehnt und der Verkehr zwischen Stadt und Land erleichtert wird, um so mehr wächst die Flucht vom Lande in die Stadt, die den Großbetrieb stärker trifft als den kleinen.

Die Landwirtschaft ist Saisongewerbe. Sie wurde ehedem mit Industrie verbunden, die das Landvolk in den Pausen zwischen den landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigte. Der industrielle Kapitalismus zerstört diese primitive Industrie und macht dadurch zahlreiche Arbeitskräfte auf dem Lande frei, die in die Stadt wandern und in den Perioden großen Arbeiterbedarfs der Landwirtschaft durch Wanderarbeiter ersetzt werden müssen. Am ehesten entfliehen die Arbeitskräfte dem Großbetrieb.

Und dieser leidet nicht nur unter der mangelnden Zahl, sondern auch unter der mangelnden Qualität der Arbeiter. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt uns die ersten Großbetriebe nicht in der Industrie, sondern in der Landwirtschaft. Solche gibt es in großer Zahl schon im Altertum und Mittelalter, während der Großbetrieb in der Industrie als Massenerscheinung

erst ein Produkt des Kapitalismus ist. In Ländern, wo der Grundbesitzer selbst wirtschaftet, seinen Betrieb nicht verpachtet, sind daher die heutigen landwirtschaftlichen Großbetriebe zum größten Teil Nachfolger der mittelalterlichen Großbetriebe und noch erfüllt von deren Traditionen. Zu denen gehört auch die Zwangsarbeit der Arbeiter. Wohl wurden diese aus Hörigen in Lohnarbeiter verwandelt, aber ihre Behandlung erinnert stets noch stark an die Zeiten der Hörigkeit. Dieses Stück Mittelalter weicht um so langsamer, als auf dem Lande der Arbeiter viel isolierter und leichter zu kontrollieren ist wie in der Stadt. Auch die Bildungsmöglichkeiten sind auf dem Lande weit geringer. Je mehr eine Arbeit den Charakter der Zwangsarbeit hat und je unintelligenter die Arbeiter, desto größer sind die Schwierigkeiten für die Anwendung feinerer Maschinen und wissenschaftlicher Methoden, desto weniger kann sich die technische Überlegenheit des Großbetriebs äußern. Gerade die intelligentesten und tüchtigsten Arbeiter finden am ehesten solche Zustände unerträglich. Wenn sie nicht imstande sind, gegen sie anzukämpfen, flüchten sie in die Stadt.

Das ist einer der wichtigsten Gründe, warum der Großbetrieb in der Landwirtschaft nicht die gleiche Wirkung übt wie in der Industrie. Das tritt in der Zeit seit der Abfassung des Erfurter Programms deutlich zutage. In diesem Punkte hat sich eine der Voraussetzungen, von denen es ausging, geändert.

Damit ist jedoch nur gesagt, daß die Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb in der Landwirtschaft zum Stillstand gekommen ist, nicht aber, daß etwa der entgegengesetzte Prozeß eingesetzt hätte, die Verdrängung des Großbetriebs durch den Kleinbetrieb. Der erstere behauptet sich, trotz der Bedrängnis, in die ihn der Arbeitermangel versetzt, und trotz aller Bestrebungen der Staatsgewalt, die Zahl der Kleinbetriebe künstlich zu vermehren, von denen unterwürfige Soldaten und konservative Wähler geliefert werden.

Trotzdem verliert der Großbetrieb nicht merklich an Boden. Die Zahl der Großbetriebe im Reiche sinkt von 1895 bis 1907 von 25061 auf 23566, ihre Bodenfläche von 7832000 Hektar auf 7055000. Dieser Rückgang wird reichlich wettgemacht durch die wachsende Kapitalisierung und Intensivierung der Betriebe.

Nicht der an Boden umfangreichere, sondern der kapitalkräftigere Betrieb ist der leistungsfähigere. Das letztere Moment kommt in der Statistik, die nur die Bodenfläche berücksichtigt, nicht zur Geltung.

Es ist unmöglich, im Rahmen der hier gestellten Aufgabe in alle Kompliziertheiten des Problems hineinzuleuchten. Genug: ist in der Landwirtschaft von einem Untergang des Kleinbetriebs nichts zu merken, so auch nichts von einem Untergang des Großbetriebs. Beide behaupten ihre Positionen.

2. Die technische Überlegenheit des Großbetriebs.

Technisch wächst aber die Überlegenheit des Großbetriebs, namentlich im Getreidebau, mit dem Fortschritt der Naturwissenschaften und ihrer praktischen Anwendung. Diese Überlegenheit wächst namentlich gegenüber jener Form des Kleinbetriebs, die für unser Problem hier allein in Frage kommt, der des Parzellenbetriebs, der ohne Lohnarbeiter bloß mit den Kräften der Familie betrieben wird.

Das Problem für den Sozialisten besteht ja hier in der Frage, durch welche Produktionsweise die Lohnarbeit im Dienste des Kapitals ersetzt werden soll. Zwei Möglichkeiten bestehen: entweder Lohnarbeit im Dienste der Gesellschaft oder Arbeit des Arbeiters für sich selbst, ohne fremde Hilfe und ohne Abhängigkeit von anderen.

Nun wird vielfach von Agronomen wenn auch nicht die technische, so doch die ökonomische Überlegenheit des Kleinbetriebs behauptet. Sie verstehen aber darunter den mittleren und namentlich den größeren bäuerlichen Betrieb mit Lohnarbeitern. Ein Betrieb der Größenklasse von 20 bis 100 Hektar umfaßt durchschnittlich 8 beschäftigte Personen. Die Ersetzung der Herrengüter durch große bäuerliche Betriebe mit Knechten, Mägden und Taglöhnern würde sicher keine Lösung des Problems der Lohnarbeit bedeuten. Jene bäuerlichen Betriebe, die für diese Lösung in Betracht kommen könnten, sind bloß die Parzellenbetriebe bis 5 Hektar. Sie allein kommen im Durchschnitt ohne Lohnarbeiter aus.

Sie aber bilden die armseligste, am wenigsten leistungsfähige der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen. Wir kommen darauf noch in einem andern Zusammenhang zurück.

Auf der Grundlage des Kleinbetriebs ist es in der Landwirtschaft ebensowenig wie in der Industrie möglich, den Arbeiter von übermäßiger Arbeitsfron zu befreien und einer höheren Kultur zugänglich zu machen. Und ebenso ist es auf Grundlage des Kleinbetriebs nicht möglich, die höchste Produktivität der Arbeit, die Voraussetzung allgemeinen Wohlstands zu erreichen. Das gilt für die Landwirtschaft in gleicher Weise wie für die Industrie, trotz ihrer verschiedenen Entwicklungsrichtung. Der Kleinbetrieb bedeutet unausweichlich Überarbeit und Barbarei.

3. Die Zerschlagung des Großbetriebs.

Und doch finden sich Sozialisten, die in der Landwirtschaft die Befreiung der Arbeiter nicht im gesellschaftlichen Großbetrieb, sondern in der Zerschlagung der Großbetriebe und der Verallgemeinerung des Parzellenbetriebs erblicken.

Das ist zum Teil als Nachwirkung der alten bürgerlich-demokratischen Ideen zu erklären. Diese kamen zu einer Zeit auf, in der der Großbetrieb in der Landwirtschaft mit Zwangsarbeit ohne höhere technische Behelfe betrieben wurde und an Produktivität der Arbeit hinter dem Kleinbetrieb zurückblieb. Damals stellte die Zerschlagung der großen Betriebe und ihre Aufteilung eine rationelle und fortschrittliche Forderung dar. Doch bildete auch damals schon der bäuerliche Kleinbetrieb mit durchschnittlich zwei erwachsenen Arbeitskräften nicht die vorteilhafteste Betriebsform. Der größere Bauer war ihm überlegen.

Die Inferiorität des Großbetriebs hat seitdem, wie wir gesehen, vollständig aufgehört und seiner technischen Überlegenheit Platz gemacht. Aber der Kleinbetrieb behauptet sich doch neben ihm, und das hat Wirkungen, die bezeugen, wie sehr die Kraft des sozialistischen Ideals von dem Vordringen des Großbetriebs abhängt. Während die Masse der Lohnarbeiter in der Großindustrie schon längst die Idee aufgegeben hat, sich durch „Selbständigmachung" vermöge eines Kleinbetriebs zu befreien, beherrscht diese Idee die Lohnarbeiter der Landwirtschaft noch in hohem Maße. Eine Partei, die den Landarbeitern verspricht, jeden von ihnen in einen Bauern zu verwandeln, darf des Beifalls ihrer Mehrheit versichert sein.

Aber die Sozialdemokratische Partei würde sich sehr irren, wenn sie erwarten würde, durch die Aufnahme dieser Forderung die Landarbeiter zu guten Sozialisten zu machen. Die Ziele der Zukunft bestimmen den Menschen mehr als seine augenblickliche Lage in der Gegenwart. Der Lohnarbeiter, dessen Ziel es ist, Bauer zu werden, wird von der Denkweise des Bauern erfüllt. Nun meint man, den Kleinbauern in Gegensatz zum Großbauern und Großgrundbesitzer zu bringen. Aber dieser Gegensatz schwindet immer mehr, je mehr die Produktion des Bauern aufhört, dem Selbstgebrauch zu dienen, je mehr sie für den Markt bestimmt ist. Um so höher die Abhängigkeit des Bauern von den Preisen seiner Produkte. In deren Hochhaltung begegnet sich sein Interesse mit dem der größeren Grundbesitzer, und darüber schwindet immer mehr der Gegensatz, der zwischen ihnen in der Zeit der feudalen Dienste und des Bauernlegens bestand.

Um so mehr schwindet aber auch die Gemeinsamkeit des Gegensatzes gegen die großen Herren in Stadt und Land, die ehedem die Arbeiter der Städte und die Bauern in ihren revolutionären Kämpfen verband, und um so stärker tritt der Gegensatz der Bauern gegen die städtischen Arbeiter, die Vorkämpfer im Streben nach niedrigen Lebensmittelpreisen, hervor. Es bezeugt nicht weitblickende Klugheit, unter solchen Umständen durch Verwandlung der Landarbeiter in Bauern die Sache der Arbeiterschaft stärken zu wollen.

Dieses Streben wird nicht besser dadurch, daß es aussichtslos ist. Abgesehen von allen andern Schwierigkeiten ist folgendes zu bedenken. Die Zahl der männlichen Lohnarbeiter in der Landwirtschaft beträgt über 3 Millionen, von denen mehr als die Hälfte in dem Alter steht, in dem man nach einem eigenen Haushalt verlangt. Wollte man jedem von ihnen einen eigenen Familienbetrieb schaffen, müßten $1^1/_2$ Millionen neue Bauernstellen geschaffen werden, mit eigenen Gebäuden und eigenem Inventar, denn die der aufgelösten Großbetriebe wären für die kleinen zum Teil nicht verwendbar, zum Teil nicht ausreichend.

Welch ungeheurer Aufwand an Kraft und Mitteln wäre erheischt, um diese Umwälzung durchzuführen! Und in dem langen Zeitraum, der notwendig wäre, diesen technischen Rück-

schritt zu Ende zu bringen, würde das Objekt der Transaktion den Neuerern unter den Händen entschwinden.

Denn die landwirtschaftliche Bevölkerung ist in ständiger Abnahme begriffen. Sie nahm von 1882 bis 1907 von 19225000 auf 17607000, also um mehr als 1½ Millionen ab. Und diese Abnahme trifft alle Gegenden, die des vorherrschenden Kleinbetriebs ebenso wie die des Großbetriebs. Man zählte Berufsangehörige der Landwirtschaft in

	1882	1907	Abnahme
Ostdeutschland . . .	7145000	6438000	707000
Westdeutschland . . .	6617000	6077000	540000
Süddeutschland . . .	5463000	5166000	297000

Die Entwicklung in der Landwirtschaft geht also heute sicher nicht in einer Richtung vor sich, die wie in der Industrie die Befreiung des Arbeiters durch die Ausdehnung des Großbetriebs vorbereitet. Aber sie bereitet diese Befreiung auch nicht auf der Basis des Kleinbetriebs vor, sondern sie bedeutet die Konservierung der bestehenden Produktionsverhältnisse und des Lohnsystems.

Es ist daher zu verstehen, daß die bürgerlichen Elemente auf diese Entwicklung mit Befriedigung hinweisen. Schwerer ist es begreiflich, wie sie Sozialisten befriedigen kann.

Doch Wünsche sind keine Beweise, und gerade vom marxistischen Standpunkt aus müßten wir uns mit dieser Entwicklung abfinden, wenn sie ein unabwendbares Naturgesetz darstellte und nicht bloß eine vorübergehende Phase.

Daß sie aber nur eine solche Phase bildet, wird schon dadurch bezeugt, daß die höhere Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft ebenso beim Großbetrieb liegt wie in der Industrie, wenn auch nicht in so hohem Maße und nicht für alle Betriebszweige, wohl aber für die entscheidenden. Die Ursache, welche diese technische Überlegenheit ökonomisch augenblicklich nicht zur Geltung kommen läßt, der Mangel an willigen und intelligenten Arbeitskräften, muß und wird überwunden werden.

So geteilt noch die Meinungen über Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft sind, in einem Punkte herrscht Übereinstimmung: Die Landflucht ist eine Gefahr nicht bloß für die Landwirtschaft selbst, sondern damit für die ganze Gesellschaft.

Von 1882 bis 1907 nahm die Bevölkerung des platten Landes von 26318000 auf 25883000, also um 435000 ab, indes die Bevölkerung der Städte von 18904000 auf 35837000 anwuchs, also um 16933000.

Innerhalb der Bevölkerung des flachen Landes selbst nahm noch, wie schon bemerkt, die von der Landwirtschaft lebende ab, von 19225000 auf 17681000, also um 1544000; von 42,5 auf 28,7 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Je mehr dieses Fliehen der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft fortschreitet, desto weniger wird sie imstande sein, die wachsende Bevölkerung zu ernähren. Wohl nahm bis zum Krieg die Produktivität der Landwirtschaft ständig zu, aber nicht in dem Maße, als die technische Entwicklung es gestattet hätte. In dem wachsenden Arbeitermangel der Landwirtschaft liegt eine der Ursachen der steigenden Preise ihrer Produkte, der Lebensmittelteuerung, die schon ein Jahrzehnt vor dem Weltkrieg einsetzte.

Diesem Zustand zu steuern, das wird eine Lebensfrage mehr noch für die Gesellschaft überhaupt als für die Landwirte insbesondere, die sich bei der Preissteigerung ganz wohl fühlen können.

Es ist unbedingt notwendig, der Landwirtschaft vermehrte Arbeitskräfte zuzuführen. Das können wir aber im Zeitalter der proletarischen Kraft nicht mehr durch die Methoden des Mittelalters oder des Bolschewismus erreichen, das heißt, nicht mehr durch zwangsweise Fesselung der Arbeiter an die Scholle, sondern nur dadurch, daß wir die ländlichen Zustände verbessern, die heute dem ländlichen Nachwuchs eine proletarische Existenz in der Stadt begehrenswerter erscheinen lassen als Lohnarbeit oder sogar Selbständigkeit auf kleinbäuerlicher Basis in der Landwirtschaft.

Es müssen die Wohnungsverhältnisse der Landbevölkerung gründlich verbessert werden, ebenso die Kulturmöglichkeiten für sie durch Hebung des Schulwesens, Darbietung ärztlicher Hilfe, künstlerischer und aufklärender Darstellungen, endlich durch größere Verkürzung der Arbeitszeit und Freiheit der Persönlichkeit. Die Arbeitszeit ist auf dem Lande noch unerträglich lang, und der Arbeiter, ob Lohnarbeiter oder Angehöriger des Bauern, steht auch außerhalb der Arbeitszeit in

steter Abhängigkeit von seinem Betriebsleiter. Diese Abhängigkeit bildet vielleicht die mächtigste Triebkraft der Landflucht.

Dieses Programm agrarischer Reformen durchzuführen, wird große Geldmittel erheischen. Aber sie werden aufgebracht werden müssen und aufgebracht werden können, sobald einmal die Wunden des Krieges geheilt sind. Je mehr dieses Programm verwirklicht wird, und je mehr damit die Anziehungskraft der Landwirtschaft wieder steigt, so daß die Zahl und Qualität ihrer Arbeitskräfte zunimmt, in desto höherem Maße muß sich es zeigen, daß einerseits die Durchführung des Programms dem Großbetrieb mehr zugute kommt als dem Kleinbetrieb und daß andererseits der große Betrieb bessere Bedingungen für seine Durchführung bietet als der kleine. Vor allem in der Verkürzung der Arbeitszeit kann der Kleinbetrieb um so weniger mit dem Großbetrieb Schritt halten, je zwerghafter er ist. Und stehen für den Landarbeiter des Großbetriebs aus öffentlichen Mitteln erbaute Wohnungen bereit, und weiß er eine starke Gewerkschaft hinter sich, dann wird er in seiner freien Zeit weit unabhängiger sein als die Arbeitskräfte des Bauern, die sein Haus bewohnen.

Je mehr aber durch Gesetzgebung und gewerkschaftlichen Kampf die Lage des Landarbeiters sich bessert, desto eher wird nicht nur der ländliche Nachwuchs der Landwirtschaft treu bleiben, desto zahlreicher werden dann auch die arbeitsfreudigen und intelligenten Arbeitskräfte sein, die dem Großbetrieb zur Verfügung stehen. Nun wird er seine volle technische Überlegenheit entfalten können. Und da diese ganze Entwicklung Hand in Hand gehen wird mit einer steten Vermehrung der proletarischen Macht in Staat und Gesellschaft, wird dann offen zutage treten, daß der Großbetrieb auch in der Landwirtschaft allein imstande ist, die arbeitenden Massen allgemeinem Wohlstand und höherer Kultur zuzuführen, während der Kleinbetrieb das Verharren in der Barbarei bedeutet.

Die augenblickliche Entwicklung auf dem Lande verhüllt diese Tatsache und legt es den Landarbeitern nahe, ihre Rettung in der Zerschlagung des Großbetriebs und der Verallgemeinerung des kleinen Familienbetriebs zu suchen. Wo diese Auffassung überwiegt, führt sie die Arbeiter schließlich stets in die Gefolgschaft der agrarischen Parteien und ab von den sozia-

listischen Zielen. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diese Borniertheit nicht zu fördern, sondern ihr vielmehr entgegenzuwirken durch die Eröffnung eines höheren Gesichtspunktes und durch die Förderung des proletarischen Klassenkampfes *innerhalb* des Großbetriebs, nicht *gegen* den Großbetrieb.

Unsere Stellung gegenüber dem Kleinbetrieb brauchen wir also wegen der Landwirtschaft in keiner Weise zu revidieren.

4. Die Fassung des Programms.

Auch diejenigen, die vermeinen, daß der Entwicklungsgang, den die Landwirtschaft seit der Abfassung des Erfurter Programms einschlug, etwas Unabänderliches sei, brauchen dessen allgemeine Fassung vom Untergang des Kleinbetriebs nicht zu beanstanden. Denn, um auf oben Gesagtes nochmals zurückzukommen, als allgemeine Erscheinung gefaßt ist der Kleinbetrieb sicher im Rückgang begriffen. Das beweist schon das ungeheure Anwachsen des Proletariats. Die Zahl der Selbständigen in Landwirtschaft, Industrie und Handel hat allerdings von 1895 bis 1907 von 5474000 auf 5490000, also um ganze 16000 zugenommen, die der Lohnarbeiter und Angestellten im gleichen Zeitraum aber von 13438000 auf 19127000, also um 5689000.

Relativ nimmt demnach die Zahl der Kleinbetriebe im allgemeinen sicher ab, ganz abgesehen von der Veränderung des Charakters der meisten von ihnen, der eine steigende Degradierung in den meisten Produktionszweigen aufweist. Jener Kleinbetrieb, der ehedem das Ideal des Arbeiters bildete, um zu einer befriedigenden Lebensstellung zu gelangen, ist sicher *im allgemeinen* in raschem Untergang begriffen.

Die gesellschaftlichen Ideen und Ziele der Menschen werden aber durch den Gesamtcharakter der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt, nicht durch vereinzelte Ausnahmefälle. In der Landwirtschaft ist allerdings die Entwicklung während der letzten Jahrzehnte eine von der industriellen verschiedene geworden. Aber in gleichem Maße ist die Landwirtschaft gesellschaftlich immer mehr hinter die Industrie zurückgetreten.

Und darum ist es der Untergang des Kleinbetriebs, der das Denken der Massen beherrscht und es in der Richtung des Sozialismus drängt. Ohne den Untergang des Kleinbe-

triebs ist es gar nicht zu verstehen, warum die unzufriedenen Massen heute ihre Rettung auf ganz anderem Wege suchen als zu den Zeiten der bürgerlichen Revolutionen. Die Weglassung dieses Gesichtspunktes bedeutet also nicht einen Fortschritt, sondern eine Verminderung der zwingenden Kraft des sozialistischen Programms. Höchstens könnte man, um jeder möglichen Mißdeutung vorzubeugen, die im Erfurter Programm gegebene Darstellung insofern umdrehen, als man nicht vom Untergang des Kleinbetriebs, sondern vom Emporkommen des Großbetriebs ausgeht, nach der Maxime jenes weisen Traumdeuters, der einem Sultan seinen Traum nicht dahin auslegte: „Du wirst alle deine Verwandten sterben sehen", was ihn sehr erzürnt hätte, sondern dahin: „Du wirst sie alle überleben", was sein Wohlgefallen erregte.

Dann könnte man sagen:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Emporkommen und zur Herrschaft des kapitalistischen Großbetriebs, der immer mehr die selbständigen und kraftvollen Arten des Kleinbetriebs zurückdrängt und ihn zur Nichtigkeit verurteilt" usw.

Am Schlußsatz des Passus könnte man vielleicht nach dem oben Gesagten beanstanden, daß hier davon die Rede ist, die Produktionsmittel würden das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern. In der Tat hat die von den Betrieben über 20 Hektar in der Landwirtschaft benutzte Fläche etwas abgenommen. Doch macht sie immer noch 51,5 Prozent, also mehr als die Hälfte des Kulturbodens aus, gegen 54,5 Prozent 1882. Die Betriebe über 50 Hektar nahmen 1882 33 Prozent, 1907 30,1 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Fläche, also fast ein Drittel ein. Über die Besitzverhältnisse, das heißt darüber, wieviel Besitz in einzelnen Händen konzentriert ist, erfahren wir nichts aus der Reichsstatistik. Immerhin gibt diese keinen Grund, anzunehmen, daß das Monopol des großen Grundbesitzes an der Bodenfläche sich wesentlich verschoben hat. Wohl aber wächst der allgemeine Monopolcharakter des Bodens in dem Maße, in dem die Bevölkerung auf gleicher Bodenfläche zunimmt. Man könnte also sagen, daß das Monopol am Boden, allerdings nicht der Großgrundbesitzer allein, sondern das der

Grundbesitzer überhaupt wächst. Indes tritt dieses Wachsen bei dem Grundbesitz natürlicherweise um so mehr zutage, je größer er ist. Demnach kann man es ruhig dabei lassen, daß die Großgrundbesitzer an der zunehmenden Monopolisierung der Produktionsmittel ihren Anteil haben.

V. Die Produktivität der Arbeit.

Der zweite Absatz des Erfurter Programms weist hin auf das „riesenhafte Wachstum der Produktivität der Arbeit", das aus dem Überwiegen des modernen Großbetriebs hervorgeht, sowie darauf, daß „alle Vorteile dieser Umwandlung" von den „Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert werden".

Wie wichtig dieser Gedanke für die Begründung des Sozialismus ist, darauf ist schon hingewiesen worden, ebenso wie darauf, daß er im Görlitzer Programm völlig fehlt. Sollte das darauf zurückzuführen sein, daß, streng genommen, es nicht ganz richtig ist, zu sagen, „alle" Vorteile „des riesenhaften Wachstums der Produktivität der menschlichen Arbeit" würden von „den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert"?

Als ich das Erfurter Programm entwarf, suchte ich nach einer Fassung in lapidaren Sätzen nach dem Muster des Kommunistischen Manifests, der Inauguraladresse der Internationale, des Kapitels über die „geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation" im „Kapital".

Einer kurzen, knappen Zusammenfassung, die kraftvoll wirken soll, entspricht nur eine derartige Fassung. Natürlich kann sie nie ganz die höchst mannigfache Wirklichkeit mit ihrer Fülle der gegensätzlichsten Tendenzen wiedergeben. Das vermag auch keine Theorie zu leisten. Jede beruht auf Abstraktionen, auf der Hervorhebung des Wesentlichen und auf der Vernachlässigung des Unwesentlichen. Leute ohne Augenmaß, denen das Kleine ebenso wichtig erscheint wie das Große, werden bei jeder Theorie herausfinden, daß sie falsch ist, da sie eine Menge kleiner Anomalien und Störungen unberücksichtigt läßt oder vielmehr in ihrem Aufbau zunächst unberücksichtigt lassen muß, um sich später mit ihnen auseinanderzusetzen.

Der Art sind auch die meisten Einwände gegen die Marxsche Theorie. Sie halten Marx meist Erscheinungen entgegen, die er ebensogut, vielleicht noch besser kannte als seine Kritiker,

die er aber zunächst bewußt beiseite ließ, weil sie ihm nicht wesentlich zu sein schienen.

Das gleiche gilt von den meisten Kritikern am Erfurter Programm. Es ist ganz richtig, daß nicht alle Ergebnisse der gewachsenen Produktivkraft von den Herren der großen Produktionsmittel monopolisiert werden. Ein wenig fällt auch auf andere Mitglieder der Gesellschaft ab. Aber diese letztere Bewegung ist keine sehr allgemeine und eine sehr widerspruchsvolle.

Das Wachstum der Produktivität der Arbeit führt zu einem Sinken des Wertes der einzelnen Produkte. Bleibt der Naturallohn der Arbeiter der gleiche, so sinkt die Wertsumme, die er darstellt. Da aber der Arbeiter bei gleichem Arbeitsaufwand nach wie vor den gleichen Wert produziert, so steigt der Überschuß des von ihm produzierten Wertes über die Wertsumme, die er als Lohn empfängt. Seine Ausbeutung wächst, der gesamte Vorteil des technischen Fortschritts fällt dem Kapitalisten zu.

Das Sinken des Wertes der einzelnen Produkte muß sich aber nicht in einem Sinken ihres Preises ausdrücken. Wenn die Produktivität der Goldproduktion ebenso wächst wie die allgemeine Produktivität, würden sich die Preise, der Ausdruck des Wertes in Gold, nicht ändern. Der Wert des einzelnen Produkts kann sinken und sein Preis trotzdem steigen, wenn plötzlich reiche Goldminen entdeckt werden, durch die die Produktivität der Goldproduktion rascher wächst als die allgemeine Produktivität, oder wenn durch übermäßige Ausgabe von Papiergeld der Geldwert herabgedrückt wird.

Andererseits kann aber auch die Produktivität der Goldbergwerke langsamer wachsen als die allgemeine Produktivität, dann werden, bei solider Banknotenwirtschaft, die Preise fallen, rascher fallen als die Werte. Die Bezahlung der Arbeitskraft, der Geldlohn, hat aber eine konservative Tendenz. Er steigt nicht so rasch wie die Preise der Waren, die der Arbeiter verbraucht, sinkt aber auch nicht so rasch wie diese. Der Reallohn hat also die Tendenz, bei steigenden Preisen zu sinken, bei sinkenden Preisen zu steigen.

Wo das Wachstum der Produktivität der Arbeit zu einem Sinken der Preise führt, da werden demnach die Vorteile

dieses Wachstums nicht ausschließlich von den Besitzern der Produktionsmittel monopolisiert. Ein bißchen Vorteil fällt den Arbeitern zu.

Dieser Vorteil ist aber keineswegs gleich auf alle Bedürfnisse des Arbeiters verteilt. Bei seiner Lebenslage spielen die Nahrungsmittel eine größere Rolle als die Kulturmittel. Nun haben wir schon gesehen, daß in der Landwirtschaft der Großbetrieb weit größere Hindernisse findet als in der Industrie. Dies ist ein wichtiger Grund, warum in ihr die Produktivität der Arbeit verhältnismäßig langsam wächst. Dazu kommt noch, daß in der Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie der Produktionspreis des Produktes nicht durch die zu seiner Erzeugung durchschnittlich notwendigen Produktionskosten bestimmt wird, sondern durch die auf dem unfruchtbarsten Grundstück notwendigen. Das ist eine Folge des Umstandes, daß der Boden nicht, wie etwa Fabriken, nach Belieben vermehrbar ist. Bei wachsender Bevölkerung und steigender Nachfrage können die Zahl und Fläche der landwirtschaftlichen Grundstücke nicht nach Belieben vergrößert werden. Eine Konkurrenz der Art wie in der Industrie besteht unter ihnen nicht — nebenbei bemerkt, auch einer der Gründe, die den Kleinbetrieb in der Landwirtschaft trotz seiner technischen Inferiorität begünstigen.

Alles das bewirkt, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte keineswegs ebenso wie die der Industrieprodukte die Tendenz haben, bei gleichbleibendem Goldwert zu sinken. Sie haben sehr oft die Tendenz, zu steigen.

Die Lage des Arbeiters als Konsument von Industrieprodukten kann sich verbessern und gleichzeitig als Konsument von Agrarprodukten verschlechtern. Die Grundbesitzer machen dabei einen Extragewinn durch das Einsacken der steigenden Grundrente.

Die Teilnahme der Arbeiter an den Vorteilen der wachsenden Produktivität der Arbeit ist also eine geringfügige, unsichere, wechselvolle. Die der Kapitalisten und Großgrundbesitzer dagegen eine überwiegende und ununterbrochene.

Das hervorzuheben ist ungemein wichtig, weil darauf in hohem Grade der wachsende Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit beruht, aus dem der Klassenkampf und die Setzung

des Sozialismus als sein Endziel notwendigerweise entspringt. Dieser Gedanke sollte daher in keinem sozialistischen Programm fehlen.

Sollten aber schüchterne Seelen an der lapidaren Ausdrucksweise Anstoß nehmen und nicht anders zu beschwichtigen sein, dann könnte man statt von der Monopolisierung aller Vorteile der wachsenden Produktivität von der fast aller sprechen. Damit wird hoffentlich der Drang nach wissenschaftlicher Präzision befriedigt sein.

VI. Die Mittelschichten.

Nachdem das Erfurter Programm darauf hingewiesen hat, daß die Besitzer der großen Produktionsmittel alle (oder fast alle) Vorteile der dem Großbetrieb entspringenden Produktivität der Arbeit an sich ziehen, zeigt es die andere Seite der Medaille:

„Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet diese Umwandlung wachsende Zunahme der Unsicherheit" usw.

Sprechen wir zunächst von den Mittelschichten. Da wird vor allem der Einspruch erhoben werden, daß man die Bauern zu den „versinkenden" Mittelschichten zählt. Zu denen gehören sie allerdings nicht, wie wir eben gesehen haben, und zwar gilt das in doppelter Beziehung. Die Bauern machen einmal keine Miene, zu verschwinden. Die Mittel- und Großbauern versinken aber durchaus nicht im Elend. Wir sind in eine Periode steigender Lebensmittelpreise und Grundrenten eingetreten, und davon profitieren nicht bloß die Besitzer von Latifundien und Herrschaftsgütern, sondern auch die Bauern, soweit ihr Besitz ausgedehnt genug ist, daß der Verkauf ihrer Produkte ihre Haupteinnahmequelle ist. Zu denjenigen, die an den Vorteilen der kapitalistischen Entwicklung keinen (oder fast keinen) Anteil haben, wollen wir also nicht die Bauern im allgemeinen, sondern nur die Kleinbauern im besonderen rechnen.

Neben ihnen und den Kleinbürgern müssen wir aber noch eine Schicht nennen, die zur Zeit der Abfassung des Erfurter Programms noch keine Rolle spielte und vornehmlich als

Schwanz der Bourgeoisie figurierte. Sie ist seitdem kolossal an Zahl gewachsen und zu einer von der Bourgeoisie gesonderten Mittelschicht geworden, die sich immer mehr dem Proletariat nähert, sowohl in der Klassenlage wie in den Anschauungen.

Das ist die Schicht der „Kopfarbeiter", der „Intellektuellen", unter denen besonders zahlreich und wichtig die Angestellten und Beamten.

Die Zahl der Angestellten in Landwirtschaft, Industrie und Handel wuchs von 1882 bis 1907 von 307 000 auf 1 291 000, indes die der eigentlichen Lohnarbeiter nur von 10 705 000 auf 17 836 000, die der Selbständigen von 5 191 000 auf 5 490 000 zunahm.

Die Zahl der Selbständigen ist sich also fast gleich geblieben, die der Lohnarbeiter hat sich nicht ganz verdoppelt, während die der Angestellten sich *vervierfachte*.

Am stärksten war ihre Zunahme in der Industrie — von 99 000 auf 686 000, also fast eine Versiebenfachung, während die Zahl der industriellen Lohnarbeiter sich etwas mehr als verdoppelte, von 4 Millionen auf 8,5 Millionen stieg.

Von je 1000 Erwerbstätigen in Landwirtschaft, Industrie und Handel waren:

	1882	1907
Selbständige	320	223
Arbeiter	661	725
Angestellte	19	52

Nicht so stark nahm die Zahl der im Dienste des Staates, der Gemeinden und Kirchen Stehenden sowie der freien Berufe zu. Aber immerhin auch hier stärker als die Gesamtbevölkerung.

Diese Kategorien umfaßten im Deutschen Reich, abgesehen von der Armee und Flotte, rund:

1882	1907	Zunahme
579000	1087000	88 Prozent

Gleichzeitig nahm die Gesamtbevölkerung bloß um 37 Prozent, die der Erwerbstätigen um 52 Prozent zu.

Zählt man die Angestellten mit den Staats- usw. Beamten und den freien Berufen zusammen, so haben wir eine Schicht ziemlich heterogener Elemente, die man gern unter dem Namen

„neuer Mittelstand" oder als „Intellektuelle" zusammenfaßt. Dieser „neue Mittelstand" zählte 1882 886 000 Erwerbstätige, 1907 dagegen 2 377 000, also um 1 491 000 mehr. Der „alte Mittelstand" hingegen zählte 1882 5 191 000, 1907 5 490 000 erwerbstätige Mitglieder, also nur um 300 000 mehr. Dabei ist der Umfang des alten Mittelstandes überschätzt, weil ihm sämtliche Selbständige in Landwirtschaft, Industrie und Handel zugezählt sind, obwohl ein Teil von ihnen größere Betriebe besitzt und leitet, andere wieder tatsächlich Proletarier sind, wie die Heimarbeiter.

An Zahl wird der neue Mittelstand den alten bald erreicht haben, an ökonomischer Bedeutung überragt er ihn längst, denn während dem alten viele parasitische oder doch ökonomisch rückständige, unvollkommene Betriebe angehören, ist der neue Mittelstand weitaus überwiegend in den vollkommensten und ökonomisch unentbehrlichsten Betrieben beschäftigt.

In den letzten Jahrzehnten ist indes nicht nur Zahl und Bedeutung der Intellektuellen enorm gewachsen, mehr als die jeder anderen Bevölkerungsschicht. Auch ihre ökonomische Lage hat sich gründlich geändert.

Die rasche Zunahme des „neuen Mittelstandes" wurde nur dadurch möglich, daß zahlreiche höhere Bildungsanstalten geschaffen wurden, die breiten Volksschichten den Zugang zu einem die dürftige Volksschulbildung überragenden Wissen ermöglichten. Damit hört die höhere Bildung auf, ihrem Träger eine privilegierte Stellung in der Gesellschaft zu gewähren.

Ehedem gehörten bedeutende Geldmittel oder eine außerordentliche Befähigung und Energie dazu, sich höhere Bildung zu verschaffen: die Zahl ihrer Träger blieb gering, die Nachfrage nach ihnen überstieg, wenigstens in den praktischen Berufen, das Angebot und gab ihnen die Aussicht auf eine behagliche, oft sogar glänzende bürgerliche Stellung, wenn sie sich nicht ganz brotlosen Künsten ergaben, etwa versuchten, ihre Existenz einzig auf lyrische Poesie zu begründen.

Damals durfte man sie einfach zur Bourgeoisie rechnen, aus der sie vielfach stammten, von der sie als ebenbürtig, ja oft überlegen geachtet wurden, deren Lebenshaltung der ihren glich.

Das ändert sich sehr rasch — nicht erst seit der Revolution. Schon mehrere Jahrzehnte vor dem Kriege setzt die Änderung

ein infolge der Massenproduktion an „Intelligenz“. Diese verliert rapid ihre bevorzugte Stellung; ihre Einkommensverhältnisse und ihre Abhängigkeit vom Kapital nehmen immer mehr proletarischen Charakter an und werden um so schmerzlicher empfunden, je schroffer der Gegensatz der neuen Lage zur überkommenen bürgerlichen Lebenshaltung und je geringer die Kampfkraft dieser Neulinge auf dem Gebiet des Klassenkampfes gegenüber den Veteranen der proletarischen Klassenkämpfer ist.

Diese neue Entwicklung wirkt nicht auf alle Intellektuelle gleich. Sie erzeugt unter ihnen mannigfache, einander sehr gegensätzliche Strömungen.

Ein Teil von ihnen verlegt sich auf die Streberei. Im Gegensatz zum Proletariat finden wir seit jeher unter den Intellektuellen eine Hierarchie mit glänzenden Spitzen. Je mehr die Masse des Mehrwerts wächst, die von den Kapitalisten eingeheimst wird, desto größer ihre Mittel, außerordentliche Leistungen hoch zu belohnen, die entweder ihren Profit bedeutend erhöhen oder ihnen besonderes Vergnügen oder sonstigen hohen Nutzen gewähren. Nicht bloß Mätressen und Rennpferde, sondern auch glänzende Sängerinnen, große Advokaten und Ärzte, hervorragende Direktoren von Banken und sonstigen Unternehmungen werden von ihnen hoch bezahlt. Diese Zahlungen werden für Arbeitsleistungen entrichtet, sind also anscheinend Arbeitseinkommen, Arbeitslohn. Aber sie fließen überwiegend aus dem Mehrwert, werden nur durch hochgradige Ausbeutung fremder Arbeit möglich. Die Intellektuellen, denen Einkommen dieser Art zufließen, nehmen an den Vorteilen des riesenhaften Wachstums der Produktivität der Arbeit vollen Anteil.

Es ist der Traum gar vieler Intellektuellen, zu solcher herrlicher Stellung zu gelangen. Aber stets war es wenigen gegeben, dies Ziel zu erreichen. Die Aussichten darauf werden immer geringer, je größer die Zahl der Konkurrenten anwächst.

Diejenigen unter den Strebern, die nicht mit einem sieghaften Genie begabt sind, suchen daher nach künstlichen Mitteln, um die Zahl der Konkurrenten zu vermindern. Wenn auch nicht in der Kunst, wo das von vornherein unmöglich erscheint,

soll doch in der Wissenschaft, weniger der forschenden als der praktisch angewandten, der schöne Zustand von Anno dazumal wiederhergestellt werden, wo das zu einem Amt befähigende Wissen nur wenigen zugänglich war. Dieses Streben findet keine Stütze in kapitalistischen Tendenzen, die ja die Massenproduktion an Bildung selbst geschaffen haben und die jedem Privilegium außer der ökonomischen Überlegenheit des Geldsacks feindlich sind; es muß zu vorkapitalistischen Tendenzen zurückgreifen, zünftigen und feudalen, die von der Staatsgewalt zu schützen sind.

Wir haben hier ein Streben von Intellektuellen im Auge, das Deutschland besonders kennzeichnet. Östlich von Deutschland besteht noch keine Überproduktion von Intelligenz. Und westlich von Deutschland sind die kapitalistischen Tendenzen so stark, daß sie jeden Gedanken an Neubildung etwa zünftiger Privilegien ausschließen, obwohl sich, namentlich in England, wie im Grundbesitz so auch im Universitätswesen noch feudale Formen erhalten haben. Zu der Ohnmacht der zünftigen Tendenzen gegenüber dem Kapital kommt noch die große Ausdehnung des kolonialen Besitzes in England und anderen Staaten Westeuropas, der den Intellektuellen zahlreiche Betätigungsmöglichkeiten erschließt.

In Deutschland dagegen, und namentlich in Preußen, war bis zur jüngsten Revolution die Staatsgewalt so stark, daß sie einzelnen ihr nahestehenden Schichten der Höhergebildeten eine privilegierte Stellung auf Kosten der übrigen Bevölkerung zu geben vermochte. Diesen Zustand wiederherzustellen und zu verstärken, bildet das Sehnen zahlreicher Jünger der Wissenschaft im jetzigen Deutschland; ein Sehnen, das noch verstärkt wird durch den seitdem eingetretenen Mangel an Kolonien und die Aussichtslosigkeit, solche zu erwerben.

Unter den Intellektuellen dieser Art ist das Verlangen nach Wiederherstellung der Monarchie, nach Revanche, ja nach Weltherrschaft auf der einen, nach feudaler Privilegierung auf der anderen Seite ungemein stark entwickelt. Wie jede kleine Minderheit, die sich auf Kosten der großen Mehrheit eine bevorzugte Stellung schaffen will, können auch diese Intellektuellen nur auf die rücksichtsloseste, brutalste Gewalt bauen. Und ihre Ziele stehen so sehr im Gegensatz zu den Tendenzen der Wirk-

lichkeit, daß sie gezwungen sind, völlig blind für die Zeichen der Zeit zu sein, sollen sie nicht an dem verzweifeln, was sie sich zu ihrem Ideal erkoren haben.

Daher die eigenartige Erscheinung, daß Deutschland in der Wissenschaft an der Spitze der Nationen marschiert, und daß die Spitzen seiner Wissenschaft, die Mehrzahl seiner Professoren und Studenten mit einer Reihe von Richtern und Oberlehrern und dergleichen, an Brutalität und politischer Blindheit ihresgleichen suchen. Gelänge es ihnen, in Deutschland dieselbe Macht zu gewinnen wie die Bolschewiki in Rußland, sie würden diese in deren angenehmen Eigenschaften noch überragen.

Doch ist es nur eine kleine, aber freilich weithin sichtbare Schicht der Intellektuellen, die derartige Merkmale aufzeigt. Die Mehrheit, und es ist eine stets wachsende Mehrheit der Intellektuellen, entwickelt sich in gerade entgegengesetzter Richtung. Je mehr sie aufhören, eine privilegierte Schicht zu sein, desto mehr erkennen sie, daß sie als Lohnempfänger den gleichen sozialen Bedingungen unterliegen wie die um Lohn arbeitenden sogenannten Handarbeiter, daß sie mit ihnen e i n e Klasse bilden und ihre Lage dauernd nur verbessern können durch Hebung der Gesamtheit des Proletariats. Ebenso wie dieses sind sie ausgeschlossen von den Früchten der wachsenden Produktivität der Arbeit und können nur hoffen, Anteil an ihnen zu erlangen, wenn die großen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum übergehen.

Schon vor dem Kriege haben zahlreiche Schichten unter den Intellektuellen begonnen, sich dem proletarischen Klassenkampf anzuschließen. Die Revolution hat diesen Prozeß ungemein beschleunigt, und darin liegt eine der wichtigsten ihrer Errungenschaften.

Die Intellektuellen waren für den proletarischen Klassenkampf von jeher äußerst wichtig. Doch zunächst nur als einzelne Persönlichkeiten, die dem Proletariat Erkenntnisse brachten, zu denen es bei seiner Klassenlage durch eigene Kraft nicht kommen konnte und deren es für die erfolgreiche Führung seines Klassenkampfes doch dringend bedurfte.

Bei diesen Persönlichkeiten kam es allein auf die Qualität an, gar nicht auf die Quantität. Ein einzelner Denker, wie Marx, konnte die ganze proletarische Bewegung für ein Jahr-

hundert auf ein höheres Niveau erheben. Aber leider waren es nicht bloß einzelne klare Denker, die sich dem Proletariat auf Grund ihrer sozialen Erkenntnis anschlossen, sondern auch Konfusionsräte aller Art, die nur deshalb beim Proletariat ihre Zuflucht suchten, weil die Bourgeoisie ihre Querköpfigkeit verlachte. Ein einziger Konfusionsrat dieser Art kann unglaubliches Unheil anrichten, wenn er auf weitere Arbeiterschichten Einfluß gewinnt.

Marx war stets aufs äußerste tolerant den Arbeitern gegenüber. Wo er auf verkehrte Anschauungen in ihren Reihen stieß, suchte er natürlich nach Kräften sie durch klarere zu ersetzen, aber alle Arbeiterschichten, die sich nicht feig vor dem Kapital duckten, waren ihm sympathisch, welcher Richtung immer sie angehören mochten, wenn sie nur der sozialistischen Propaganda freien Lauf ließen. Er war überzeugt, die Logik der Dinge werde sie doch noch auf den richtigen Weg bringen.

Einen äußerst strengen Maßstab legte er dagegen an die Intellektuellen an, die sich dem kämpfenden Proletariat anschlossen. Unter ihnen schienen ihm nur die Besten gut genug.

Auch heute noch sind gut unterrichtete und klar denkende Intellektuelle von äußerster Wichtigkeit für das Proletariat. Wohl hat sich dieses geistig sehr gehoben; es hat zahlreiche Denker aus den eigenen Reihen hervorgebracht, aber die Durchschnittsbildung, die dem Arbeiter zuteil wird, ist doch noch eine sehr unzureichende, und äußerst selten sind die Fälle, daß ein Arbeiter so weit kommt, die ökonomischen und historischen Probleme, die ununterbrochen in wachsender Fülle vor uns auftauchen, ohne Führung durch gelehrte Fachleute bemeistern zu können.

Eine neue Bedeutung bekommen aber die Intellektuellen für die Arbeiterbewegung durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Jetzt werden sie für sie wichtig nicht nur als einzelne, sondern als Massen. Diese neuen Massen kommen weniger mehr in Betracht durch ihr Bringen überlegener Einsicht als durch die Entwicklung proletarischen Geistes in ihren Reihen, eine Folge ihrer neuen Lebens- und Arbeitsbedingungen. An ökonomischer und politischer Erkenntnis stehen sie oft als Neulinge hinter den geschulten alten Arbeitern zurück. Sie haben von diesen viel zu lernen. Aber doch können

auch sie dem Proletariat neue Einsichten bringen, da ihre Arbeitsbedingungen ihnen Einblick in Verhältnisse gestatten, die den sogenannten Handarbeitern verschlossen sind. Und dabei verstärken sie die Reihen des Proletariats ganz erheblich durch ihre Zahl. So bilden sie einen wichtigen Faktor seiner wachsenden Macht.

Diese Intellektuellen hören immer mehr auf, an der zunehmenden Produktivität der Arbeit teilzunehmen, sie werden ebenso wie die Lohnarbeiter von deren Früchten ausgeschlossen.

Die Verstärkung des proletarischen Klassenkampfes durch das intellektuelle Element war zur Zeit der Abfassung des Erfurter Programms noch wenig sichtbar. Es sprach daher nicht davon. Heute muß ein sozialistisches Programm gewiß auf diesen Faktor hinweisen. Das Görlitzer Programm versucht es auch, aber nicht in glücklicher Weise. Es sagt:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus."

Das Erfurter Programm dagegen sagt, daß die kommende gesellschaftliche Umwandlung nur das Werk „der Arbeiterklasse", nicht des „arbeitenden Volkes" sein kann.

Worin liegt der Unterschied? Unter der Arbeiterklasse versteht man die Klasse der Lohnarbeiter, der besitzlosen Arbeiter, das heißt der Arbeiter, die ihre Produktionsmittel nicht besitzen, die daher ihre Arbeitskraft einem Kapitalisten verkaufen müssen. Diese Besitzlosigkeit besteht auch dort, wo der Arbeiter einen Vorrat an Konsumtionsmitteln besitzt, Kleider, Wäsche, Möbel, Bücher, einen Konsumtionsfonds in einem Sparkassenbuch usw.

Aber diese besitzlosen Arbeiter bilden nicht das ganze arbeitende Volk, sondern nur eine Klasse in ihm. Neben ihm finden wir noch zahlreiche Arbeiter, die ihre Produktionsmittel besitzen, dabei aber ebenso wie die Proletarier „auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind".

Auch sie leiden unter der kapitalistischen Entwicklung, suchen sich aber ihren Konsequenzen in der Regel nicht durch das

Anstreben sozialistischer Einrichtungen zu entziehen. Weit entfernt, den proletarischen Klassenkampf mitzukämpfen, zählen Bauern und Innungsmeister zu seinen erbittertsten Gegnern. Soweit sich darin die Dinge seit dem Erfurter Programm geändert haben, geschah es nur in der Verschärfung dieses Gegensatzes. In den Schlußsätzen meiner Schrift über das Erfurter Programm erwartete ich noch, die Kleinbauern, die rasch zugrunde gingen, würden sich dem Proletariat anschließen, sobald sie die Aussichtslosigkeit ihrer Lage erkannt hätten. Ich habe oben darauf hingewiesen, daß wir uns in diesem Punkte geirrt haben. Die Bauern gehen nicht zugrunde, und sie gedeihen vielfach dank der wachsenden Lebensmittelteuerung. Nicht den Proletariern, sondern den Großgrundbesitzern schließen sie sich an. Der oben zitierte Satz des Görlitzer Programms wäre schon zur Zeit der Abfassung des Erfurter Programms falsch gewesen. Er ist es heute mehr noch als damals.

Das Auftauchen des neuen intellektuellen Elements im proletarischen Klassenkampf hat uns nicht zu veranlassen, die Sozialdemokratie als Partei des „arbeitenden Volkes" zu proklamieren, sondern den Intellektuellen klarzumachen, daß sie nichts sind als Proletarier, nur im Zusammenschluß mit dem Gesamtproletariat in die Höhe kommen können. Das geschieht am besten in dem Absatz von den Mittelschichten, die wir nun nicht mehr als „versinkende" bezeichnen wollen. Er trüge dem, was wir heute wissen, genügend Rechnung, wenn er folgendermaßen formuliert würde:

„Alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Nicht nur die Proletarier, sondern selbst die Mittelschichten, Kleinbürger wie Kleinbauern, werden fast völlig von diesen Vorteilen ausgeschlossen. Das gilt auch von dem sogenannten ‚neuen Mittelstand', der an Zahl rapid anwächst, in gleichem Maße seine bisherige privilegierte Stellung verliert und dessen Interessen immer mehr mit denen der besitzlosen sogenannten Handarbeiter übereinstimmen."

VII. Die Verelendung.

Nun kommen wir zum größten Stein des Anstoßes, zu demjenigen Satz des Erfurter Programms, der die heftigsten Anfechtungen erfahren hat. Er sagt, daß die kapitalistische Ent-

wicklung für das Proletariat und die Mittelschichten nichts anderes bedeutet als

„wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung".

Ist denn das nicht vollkommen falsch? Das kommt ganz darauf an, wie man es auffaßt.

Es ist sicher falsch, wenn man es in dem Sinne nimmt, als verkomme das Proletariat immer mehr im Elend. Das wäre auch durchaus nicht marxistisch gedacht, sondern vormarxistisch.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ist allerdings ein allgemeines und unaufhaltsames Versinken der arbeitenden Klassen in immer tieferes Elend zu konstatieren. Diese Tatsache war es, die zuerst die Freunde des Proletariats antrieb, eine bessere, höhere Gesellschaftsordnung zu suchen, die jegliches Elend ausschloß. Aber gerade diese hoffnungslose Verkommenheit ließ es als unmöglich erscheinen, daß das Proletariat sich selbst befreie. Die bürgerlichen Menschenfreunde, die den Sozialismus anstrebten, suchten ihn herbeizuführen durch Gewinnung reicher oder im Staat einflußreicher Elemente der herrschenden Klassen.

Kämpfer des Proletariats, die in den Traditionen des Jakobinertums aufwuchsen, bezweifelten, und mit Recht, daß aus dieser bürgerlichen Menschenfreundlichkeit viel herauskommen werde. Aber sie verzweifelten ebensosehr an ihrer eigenen verkommenden Klasse. Sie suchten die Rettung im Putsch. Diejenigen Elemente des Proletariats, die noch nicht im Elend alle Energie verloren hatten, sollten sich als „Vortrupp", wie heute die Kommunisten sagen, zusammentun, um durch einen überraschenden Überfall die politische Macht zu erobern und eine Diktatur aufzurichten, die den Sozialismus schaffen solle. Nur völlige Unkenntnis der Geschichte des Sozialismus kann in diesen Ideen die höchste Blüte marxistischen Denkens sehen. Sie kennzeichnen einen sehr primitiven Zustand des Proletariats und eine vormarxistische Denkweise.

Marx erkannte die Unzulänglichkeit der Putschtaktik ebenso wie die des Appells an das gute Herz der Besitzenden. Für die Befreiung des Proletariats gab es für ihn nur einen Weg, die durch das Proletariat selbst: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein."

Aber wie sollte diese dazu fähig werden, wenn sie immer mehr verkam?

Hier setzte die große Marxsche Neuerung ein: Der Kapitalismus bedeutet unausweichlich das Versinken der arbeitenden Klassen in immer tieferem Elend, wenn er nicht auf Widerstand in deren Reihen stößt.

Aber er stößt auf Widerstand. Die kapitalistische Entwicklung erzeugt nicht nur das Elend der Proletarier, sondern auch Bedingungen, die deren Kampf gegen das Elend immer erfolgreicher machen. Darauf wies schon Engels 1845 in seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England" hin, das betonte dann zwei Jahre später das Kommunistische Manifest. So heißt es dort:

„Mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat, es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst und es fühlt sie mehr.... Die Arbeiter beginnen, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden, sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns.... Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf....

Die Organisation der Proletarier zur Klasse und damit zur politischen Partei ... erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform, indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benutzt. So die Zehnstundenbill in England.

Die Kollisionen der alten Gesellschaft überhaupt fördern mannigfach den Entwicklungsgang des Proletariats."

Diese Kollisionen der anderen Klassen untereinander und deren Benutzung sind eines der wichtigsten Momente für den Aufstieg des Proletariats. Die Putschisten mit ihrer Diktatur brauchten diesen Faktor allerdings nicht in Rechnung zu ziehen. Das Wort von der „reaktionären Masse" ist eine Nachwirkung ihres Gedankengangs. Marx haßte es als eine politisch verdummende Redensart.

Marx und Engels haben zuerst die Bedeutung des Klassenkampfes des Proletariats hervorgehoben, gleichzeitig aber die Bedeutung der Kämpfe der anderen Klassen untereinander für das Proletariat. Sie waren durchaus nicht der Meinung, daß die Ausnutzung der „Kollisionen der alten Gesellschaft" eine Verleugnung des Klassenkampfes darstelle.

Im Klassenkampf des Proletariats und in der Ausnutzung der Zwistigkeiten der anderen Klassen untereinander sahen Marx und Engels schon in ihren Anfängen das Mittel, das Proletariat zu heben und zu seiner eigenen Freiheit zu befähigen. Nur setzten sie damals den dafür erforderlichen Zeitraum für zu kurz an. Am Schlusse sagt das Kommunistische Manifest:

„Die deutsche bürgerliche Revolution (die 1847 nahe bevorstand. K.) kann nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein."

Sie hatten in Deutschland eine Revolution erwartet, die an Wucht und Dauer über die große französische hinausging. Darin irrten sie, wie sie auch die Kraft des damaligen deutschen Proletariats überschätzten. Die Revolution von 1848 führte zur Niederlage der Pariser Arbeiter im Juni und zum Zusammenbruch des englischen Chartismus. Damit war zunächst auch die proletarische Bewegung in Deutschland erledigt.

Als in den Anfängen der sechziger Jahre die proletarischen Klassen sich wieder allenthalben von neuem regten, hatte das englische Proletariat bereits mehr als ein Jahrzehnt neuer ökonomischer Bedingungen hinter sich: der Zehnstundentag, 1847 erobert, hatte sich fest eingewurzelt, und nicht zum wenigsten vermöge der Unterstützung durch ihn waren die Gewerkschaften eine bedeutende Macht geworden.

Dementsprechend führte auch die Marxsche Inauguraladresse von 1864 eine andere Sprache als die sozialistische Literatur von ehedem. Sie stellt fest, daß trotz des glänzenden wirtschaftlichen Aufschwungs die Masse des Elends sich nicht vermindert hat. Aber, fügt sie hinzu, dieses dunkle Bild hat eine Lichtseite:

„die bedeutenden physischen, moralischen und intellektuellen Vorteile, die aus dem Zehnstundengesetz den Fabrikarbeitern erwuchsen."

Von unaufhaltsamem Herabsinken in immer tieferes Elend ist nicht mehr die Rede.

Seitdem hat der „physische, moralische und intellektuelle" Aufstieg vieler Schichten des Proletariats noch weitere Fortschritte gemacht in dem Maße, in dem das Gebiet des gesetzlichen Arbeiterschutzes immer mehr ausgedehnt, die Arbeitszeit noch weiter beschränkt wurde und die gewerkschaftliche Organisation sich ausgebreitet hat.

Diese Erkenntnis steht nicht nur nicht im Gegensatz zu der Marxschen Auffassung der gesellschaftlichen Entwicklung, sie ist vielmehr ihre Vorbedingung. Denn nur sie begründet die Überzeugung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein wird.

Als ich das Erfurter Programm schuf, stand ich ebenfalls auf diesem Standpunkt. Das bezeugt schon meine Schrift zur Erläuterung des Programms, in der ein besonderes Kapitel von dem „Widerstreit der das Proletariat *erhebenden* und der es herabdrückenden Tendenzen" handelt, das mit den Worten beginnt:

„Die Erhebung des Proletariats ist ein unvermeidlicher, naturnotwendiger Prozeß. Aber derselbe ist weder ein friedlicher noch ein gleichmäßiger.... Doch zum Glück für die Weiterentwicklung der menschlichen Gesellschaft tritt bei den meisten Proletarierschichten früher oder später der Moment ein, wo die *erhebenden Tendenzen entschieden die Oberhand gewinnen*."

Wie ist aber mit dieser Anschauung dann der Satz vereinbar, der von der „wachsenden Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung" spricht? Gibt es ein Körnchen Salz, das uns diesen Satz genießbar macht? Jawohl, ein solches gibt es, und es macht ihn nicht bloß genießbar, sondern unentbehrlich.

Zunächst kann man die wachsende Zunahme der Unsicherheit, des Elends, des Drucks, der Ausbeutung auffassen als gleichbedeutend mit der wachsenden Zunahme der *Zahl* der besitzlosen Arbeiter in der Gesellschaft, denen gegenüber die Zahl der besitzenden Arbeiter, zum Beispiel der Bauern, immer mehr zurücktritt, die ehedem die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung bildeten. Im Vergleich zum freien Bauern befindet sich der Proletarier in größerer Unsicherheit, größerer Abhängigkeit, unter stärkerer Ausbeutung.

Wird das Proletariat immer mehr die zahlreichste Klasse der Nation, so bedeutet das also Zunahme der Unsicherheit usw. *innerhalb der Gesellschaft*, auch wenn *innerhalb des Proletariats* Unsicherheit, Druck, Elend und Ausbeutung nicht wachsen, unter Umständen sogar abnehmen.

Doch auch innerhalb des Proletariats ist der Satz von der Zunahme des Elends gültig, wenn man ihn als Tendenz faßt. Die Triebkraft der kapitalistischen Produktionsweise ist der Profit, und das Streben nach Vermehrung des Profits ist untrennbar verbunden mit dem Streben, die Ausbeutung, die Abhängigkeit, die Unsicherheit der Existenz des Lohnarbeiters zu steigern, seinen Arbeitslohn zu verringern, seine Arbeitsqual zu verlängern. Siehe im Marxschen „Kapital" die Kapitel über den absoluten und relativen Mehrwert. Die Tendenz, die der beanstandete Satz ausdrückt, setzt sich überall unvermeidlich durch, wo das Kapital keine Schranken findet. Und wo ihm Schranken in dieser Richtung gesetzt werden, sucht es stets nach Mitteln, sie zu überwinden und entwickelt dabei den größten Scharfsinn, die größte Rücksichtslosigkeit. Alle Hilfsmittel der Wissenschaft, der Technik, des Verkehrs nutzt es dazu aus.

So schwebt auch über den höchstgestiegenen Arbeiterschichten stets drohend das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit, der Ersetzung durch ungeschulte oder unreife Arbeitskräfte. Auch die stolzesten „Arbeiteraristokraten" kann morgen eine neue Maschine, eine neue Arbeitsmethode oder eine Verdrängung ihres Produkts durch ein anderes aufs Pflaster werfen. Auch einem Lande mit den höchsten Löhnen können neue Eisenbahn- oder Dampfschiffverbindungen bedürfnislose, unorganisierte Streikbrecher aus primitiven Ländern scharenweise zuführen und dadurch die Arbeitsbedingungen herabdrücken.

Es ist richtig, ein großer und stets wachsender Teil der Lohnarbeiterschaft steht heute nicht mehr dort, wo er zur Zeit der Abfassung des Kommunistischen Manifests stand, das mit Recht sagen konnte: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten." Sie haben bereits viel zu verlieren. Aber sie stehen in steter Gefahr, das Gewonnene wieder zu verlieren, wenn ihre Kraft und Wachsamkeit nachlassen sollten. Und um das, was man bereits hat, kämpft man noch energischer als um das, was man erst kriegen will. So beseitigt der Fortschritt der Arbeiterklasse nicht den Gegensatz zum Kapital, sondern er vertieft ihn, während gleichzeitig die ökonomische Entwicklung ständig die Zahl derjenigen vermehrt, die an diesem Gegensatz Anteil haben.

Damit sind wir zu der dritten Seite gekommen, die der besprochene Satz des Erfurter Programms bietet. Man kann ihn auffassen als eine psychologische Feststellung.

Die psychologische Seite spielt im ganzen Erfurter Programm eine große Rolle. Es zeigt nicht nur, daß die Zahl der Proletarier ständig wächst, sondern auch, daß die Bedingungen, unter denen sie leben, auf ihre Psyche in einer Weise wirken, die sie dem Gedanken des Sozialismus zugänglich macht und schließlich unwiderstehlich in seine Richtung drängt.

So kann man den in Rede stehenden Satz auch dahin auffassen, daß das Elend, die Ausbeutung, der Druck, die Unsicherheit, die das Kapital über die Arbeiter verhängt, von diesen immer schwerer empfunden und ertragen werden, einerlei, ob ihr Ausmaß absolut zunimmt oder nicht. Alle diese Begriffe, Ausbeutung, Elend sowie Druck usw., sind ja relative Begriffe. Dieselbe Lebenslage kann unter verschiedenen historischen Bedingungen das eine Mal als eine günstige, das andere Mal als eine ungünstige empfunden werden.

Wie auf diese Weise eine Zunahme des Gefühls von Druck und Elend erstehen kann bei gleichzeitiger absoluter Verbesserung der proletarischen Lebensbedingung, darauf habe ich schon in der erwähnten Schrift über das Erfurter Programm hingewiesen, wo ich überhaupt die in diesem Paragraphen gegebenen Gedanken bereits im wesentlichen entwickle. In dem zwölften Kapitel des fünften Abschnitt über die „Sozialdemokratie" bemerke ich:

„Die Hebung der Arbeiterklasse, die der Klassenkampf bewirkt, ist weniger eine ökonomische als eine moralische. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Proletarier im ganzen und großen verbessern sich infolge des Klassenkampfes und seiner Errungenschaften nur wenig und langsam — wenn sie sich überhaupt verbessern. Aber die Selbstachtung der Proletarier steigt und die Achtung, welche die anderen Klassen der Gesellschaft ihnen zollen; sie fangen an, sich mit den Höhergestellten ebenbürtig zu fühlen und deren Schicksale mit den ihren zu vergleichen; sie fangen an, größere Ansprüche an sich, ihre Wohnung und Kleidung, ihr Wissen, die Erziehung ihrer Kinder usw. zu stellen, sie verlangen teilzunehmen an allen Errungenschaften der Kultur. Und sie werden immer empfindlicher gegen jede Zurücksetzung und Unterdrückung.

Diese moralische Erhebung des Proletariats ist gleichbedeutend mit dem Erwachen und steten Wachstum seiner ‚Begehrlichkeit'. Viel rascher wächst dieselbe, als die mit der heutigen Ausbeutungsweise verträglichen Verbesserungen seiner wirtschaftlichen Lage zunehmen können. Alle diese Verbesserungen, von denen manche hoffen, andere wieder fürchten, sie würden die Arbeiter zufrieden machen, müssen zurückbleiben hinter den Ansprüchen der Arbeiter, welche die naturnotwendige Folge ihrer moralischen Erhebung sind.

Erst die sozialistische Produktion kann dem Mißverhältnis zwischen den Ansprüchen der Arbeiter und den Mitteln, sie zu befriedigen, ein Ende machen, indem sie die Ausbeutung und die Klassenunterschiede aufhebt; sie beseitigt damit jenen mächtigen Anreiz zur Unzufriedenheit des Arbeiters mit seinem Lose, den heute das Beispiel des Luxus der Ausbeuter erzeugt. Ist dieser Anreiz aus dem Wege geräumt, dann ergibt sich von selbst die Beschränkung der Ansprüche der Arbeiter auf das mit den vorhandenen Mitteln zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse vereinbare Maß.

Es wachsen die Ansprüche des Arbeiters, und nicht nur seine materiellen, sondern auch und noch mehr seine moralischen. Er entwickelt immer mehr die Selbständigkeit seiner Persönlichkeit, empfindet es immer drückender, in der Produktion als bloßes vom Kapitalisten angewandtes Produktionsmittel, nicht als freier, wenn auch mit anderen zusammenwirkender Produzent tätig zu sein.

Gleichzeitig mit diesen Ansprüchen wächst aber der Gegendruck von kapitalistischer Seite.

Solange die Lohnarbeiter in ihrer großen Masse noch direkt physisch und moralisch verkamen, fanden sie zahlreiche Anwälte in den Reihen der besitzenden Klassen, die ihr Los zu erleichtern suchten, teils aus Mitleid, teils aber auch aus Angst vor dem Zusammenbruch, der dem Gesellschaftsgebäude drohte, wenn mit seinen Arbeitskräften so rücksichtsloser Raubbau getrieben wurde.

Die Zahl der direkt am Kapitalismus interessierten Elemente überwog damals noch nicht unter den Besitzenden, und selbst unter den Interessenten der kapitalistischen Industrie gab es nicht wenige, die zum Beispiel für den Arbeiterschutz eintraten, weil sie wohl wußten, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in gewissen Grenzen die Produktivität der Arbeit in einer Weise hob, die den Profit nach einer kurzen Übergangszeit steigerte.

Sobald der gesetzliche Normalarbeitstag einigermaßen ausreicht, die schlimmsten aus Überarbeit entstehenden gesundheitlichen Schädigungen zu verhindern und der größten Verkommenheit zu steuern, beginnt das bürgerliche Interesse für den Arbeiterschutz zu erlahmen. Es verwandelt sich immer mehr in entschiedenen Widerstand, je zahlreicher die Elemente in der Bourgeoisie, die aus kapitalistischer Industrie ihr Einkommen ziehen, und je näher eine jede weitere Verkürzung der Arbeitszeit der Grenze kommt, von der an sie eine Minderung des Produkts und des Profits bedeutet. Den Zehnstundentag konnte fast allenthalben die Arbeiterschaft nicht aus eigener Kraft allein erringen. Sie war zu schwach dazu. Sie verdankt ihn der Unterstützung ihres Strebens durch zahlreiche bürgerliche Elemente. Jeder weitere Fortschritt darüber hinaus stockte jedoch, bis die Arbeiterschaft im jüngsten Revolutionssturm stark genug geworden war, aus eigener Kraft den Achtstundentag zu erobern. So wächst mit jeder neuen Errungenschaft des Klassenkampfes der Gegensatz der Klassen.

Wir haben gesehen, daß es sehr verschiedene Arten der fortschreitenden Zuspitzung dieses Gegensatzes gibt. Sie alle werden zusammengefaßt in dem Satz von der Zunahme der Unsicherheit, des Drucks, des Elends, der Ausbeutung usw.

Diesen wachsenden Gegensatz hervorzuheben, ist von äußerster Wichtigkeit. Er gehört zu den Erscheinungen, die allein die Unvermeidlichkeit des Sozialismus begreiflich machen.

Als Marxisten sehen wir im Sozialismus nicht das Idealbild einer klug ausgedachten vollkommenen Gesellschaft. Wir gehen aus von der Klasse, die neben der Kapitalistenklasse die moderne Gesellschaft kennzeichnet und neu in ihr auftritt: vom Proletariat. Wir erkennen, daß ihm die historische Zukunft gehört, daß es die Kraft erlangen wird, die Produktionsweise seinen Interessen entsprechend zu gestalten. Aufgabe der Sozialisten ist es, herauszufinden, welche Produktionsformen dies erheischt. Dazu genügt es nicht, zu wissen, daß die Zeit des Kleinbetriebs vorbei ist und dem Großbetrieb die Zukunft gehört. Wir müssen auch darüber klar sein, wie der unleugbare Aufstieg des Proletariats zu bewerten ist.

Die neuere bürgerliche Ökonomie gibt zu, daß der Kapitalismus die Tendenz hat, Elend, Druck, Ausbeutung usw. zu

vermehren. Aber diese Tendenz sei nur die Tendenz des Frühkapitalismus, bilde eine seiner Kinderkrankheiten. Sie werde überwunden mit fortschreitendem Kapitalismus. Je höher dieser, desto mehr wachse der Wohlstand der Arbeiterschaft und desto größer werde auch das soziale Verständnis der Kapitalisten. Desto mehr milderten sich also die Klassengegensätze, desto leichter verständigten sich Kapitalisten und Arbeiter, desto eher richteten sich diese in der kapitalistischen Produktionsweise ein und verzichteten darauf, Besseres zu verlangen.

Wäre das wirklich die historische Tendenz des Kapitalismus, dann würde der Sozialismus höchst überflüssig. Lenin freilich meint, das Proletariat sei um des Sozialismus willen da. Er will jetzt in Rußland einen neuen Kapitalismus schaffen, damit dieser ein Proletariat erzeuge, das den Sozialismus herbeiführe. Für uns ist der Sozialismus um des einmal bestehenden Proletariats willen da, weil wir kein anderes Mittel sehen, es zu befriedigen und zu befreien. Gibt es ein anderes, näherliegendes, einfaches Mittel dazu, wozu das Trachten nach dem Sozialismus?

Die Frage, ob sich die Klassengegensätze mildern und ein schließlicher Verständigungsfrieden als Abschluß des Klassenkriegs erwartet werden darf, ist also von grundlegender Bedeutung für uns.

Das Görlitzer Programm hat die Beantwortung dieser Frage gegenüber dem Erfurter Programm abgeschwächt. Görlitz sagt von der kapitalistischen Wirtschaft:

„Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, in überfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengestellt, die in Not und Elend verkümmern."

Daß die kapitalistische Wirtschaft das *tat*, gibt auch die bürgerliche Ökonomie zu. Aber sie behauptet, daß sie das nicht tun *muß* und tun *wird*. Darüber schweigt das Görlitzer Programm, das außerdem darin hinter dem Erfurter zurücksteht, daß es nur von Not und Elend spricht, nicht auch von Ausbeutung und Unterdrückung. Not und Elend können sich mindern und doch, bei raschem Anwachsen der Produktivkräfte, die Ausbeutung wachsen und der Druck des Kapitals immer unerträglicher empfunden werden.

Das Görlitzer Programm spricht im nächsten Satz dann wohl von der Zukunft, aber wie?

„Der Weltkrieg und die ihn abschließenden Friedensdiktate haben diesen Prozeß noch verschärft. Sie haben die Konzentration der Betriebe und des Kapitals beschleunigt, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Arbeiter erweitert."

Kein Zweifel, das haben sie getan. Aber wie steht es mit der kapitalistischen Zukunft dort, wo der Weltkrieg und seine Diktate sich nicht fühlbar machen, oder dann, wenn deren Folgen überwunden sind?

Die weitere Verschärfung der Klassengegensätze als unausbleibliche Folge des Fortschritts kapitalistischer Produktion ist im Görlitzer Programm nirgends konstatiert.

Natürlich muß man eine richtige Vorstellung von dieser Verschärfung gewinnen. Sie ist nicht im Radek-Trotzkischen Sinn aufzufassen, die da meinen, daß sie sich in zunehmender Brutalisierung der sozialen Konflikte äußert und in rücksichtslosester Massenschlächterei gipfelt. So roh darf der Satz von der Verschärfung der Klassengegensätze nicht gedeutet werden. In der Periode des Frühkapitalismus besteht der Kampf gegen das Kapital fast ausschließlich im Kampfe gegen direkten nackten Hunger, gegen endlose Arbeitsqual, gegen Kindermord in Fabriken, gegen Seuchen, gegen Verlumpung aller Art. Soweit der Kampf nicht von bürgerlichen Menschenfreunden, sondern von Proletariern geführt wurde, bestand er in spontanen Verzweiflungsausbrüchen unorganisierter und unwissender Massen, die selten etwas anderes herbeiführten als sinnlose Zerstörungsakte.

Das Proletariat dieser Zeit hat seine eindrucksvollsten künstlerischen Darstellungen gefunden in Hauptmanns „Webern" und in den Zeichnungen von Frau Käthe Kollwitz. Das ist aber nicht das Proletariat, das sich befreien und uns den Sozialismus bringen wird.

Aus dem Meer von Elend, das durch dieses Proletariat des Frühkapitalismus dargestellt wird, erhebt sich immer gewaltiger das Proletariat des entwickelten Kapitalismus. Sein Kampf, bei dem es bürgerliche Hilfe immer weniger braucht und findet, muß sich immer weniger gegen Hunger, endlose Arbeitsqual, Verlumpung usw. wenden, er gilt immer mehr

der Selbstbehauptung der Persönlichkeit, der Ebenbürtigkeit und schließlich der Macht. Der Macht nicht bloß im Staate, sondern auch in der Fabrik.

Nicht aus dem Kampfe gegen das nackte Elend, sondern aus dem Kampfe um Freiheit und Macht wird der Sozialismus hervorgehen. Wo das Proletariat noch alle seine Kräfte im Kampfe gegen das Elend aufzuwenden hat, da sind die Verhältnisse noch nicht reif für den Sozialismus. Der Kampf um die Macht bedeutet aber einen weit schrofferen Gegensatz als der Kampf gegen das Elend, der auf kapitalistischer Seite doch gelegentlich gemildert wird durch das Mitleid mit der hilflosen Armut. Kein solches versöhnendes Moment wirkt auf den Kapitalisten, der sich als „Herr im Hause" von einer kraftvollen Gewerkschaft oder gar von einer Arbeiterregierung bedroht fühlt. Die Mittel, mit denen der Kampf der Klassen ausgekämpft wird, werden allerdings immer zivilisierter. Es stehen sich jetzt von beiden Seiten organisierte, geschulte, überlegende Kräfte gegenüber, die in jedem Konfliktsfall ihre Kräfte genau aneinander abmessen und in jedem zweifelhaften Falle die Verständigung der Ultima ratio des offenen Krieges vorziehen. Das jeweilige Ergebnis ist jedoch nie ein Friede der Verständigung, sondern nur ein Waffenstillstand, der zu eifrigem Wettrüsten benutzt wird.

Die offen ausgekämpften Konflikte werden seltener — wenigstens in normalen Zeiten, zu denen die Zeiten des militärischen und ökonomischen Zusammenbruchs und der Inflation nicht gehören. Aber kommt es zu offenem Kampfe, dann nimmt leicht an ihm direkt oder indirekt die halbe Nation teil. Und er wird aufs tiefste die ganze Nation erschüttern.

Auch wo diese Kämpfe für die Arbeiter siegreich enden, bleibt ihr Ergebnis stets weit zurück hinter den Ansprüchen, die angesichts der wachsenden Produktivität der Arbeit und des kapitalistischen Luxus im Proletariat erstehen. Das Ergebnis dieser Kämpfe übersteigt immer mehr das, was die Kapitalisten geneigt sind, den Arbeitern gutwillig zu gewähren. So vertieft es immer mehr die Kluft zwischen ihnen und vermehrt immer stärker den Drang der Kapitalisten nach Vermehrung der Summe von Elend, Druck, Ausbeutung usw., die sie jeweilig vorfinden.

Wir sehen, richtig aufgefaßt ist der Satz des Erfurter Programms, der von der wachsenden Zunahme dieser Erscheinungen spricht, von größter Bedeutung für das Verständnis und die Begründung der sozialistischen Bewegung.

Fraglich kann nur sein, ob seine Fassung die glücklichste. Ich muß zugeben, daß er auf den ersten Blick eine Auffassung ermöglicht, die nicht marxistisch, sondern vormarxistisch ist, als wolle sie sagen, daß das Proletariat immer hungriger, immer abhängiger, immer geknechteter wird, das heißt, daß es immer mehr die Fähigkeiten verliert, sich selbst zu befreien.

Ich habe trotzdem diese Fassung gewählt, weil mir ihre lapidare Kürze und Kraft den größten Eindruck machte. Sie stammt nicht von mir, sondern war dem Abschnitt über die „geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation" des Marxschen „Kapital" entnommen, wo es heißt:

„Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschwellten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse."

Wie dieser Satz zu verstehen ist, wird jedem klar, der das „Kapital" gelesen hat, in dem der Kampf um den Normalarbeitstag eine so große Rolle spielt. Ich nahm damals, als ich das Erfurter Programm abfaßte, an, daß jeder, der berufen sei, das Parteiprogramm zu verfechten und den Massen zu erläutern, genug von Marx kennen werde, um den Sinn seiner Ausführungen über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation zu begreifen.

Eine Reihe Erfahrungen hat mir seitdem gezeigt, daß ich zu optimistisch dachte. Zuerst eine Reihe von Einwänden mancher Revisionisten, dann aber und vor allem die Praxis und Theorie derjenigen, die am lautesten den Namen Marx im Munde führen, der Bolschewiki. Angesichts dieser beschämenden Erfahrungen glaube ich, daß der Satz, der uns hier beschäftigt, so wichtig er ist, oder vielmehr gerade, weil er so wichtig ist, eine Fassung finden muß, die freilich weniger lapidar und eindrucksvoll wirkt, aber Mißverständnissen eher vorbeugt.

Man könnte vielleicht an der betreffenden Stelle des Programms sagen, nachdem es gezeigt, daß Kapitalisten und Großgrundbesitzer alle Vorteile der kapitalistischen Entwicklung monopolisieren und daß Proletarier und Mittelschichten von ihnen fast ganz ausgeschlossen sind:

„Der Kapitalismus hat ihnen Unsicherheit ihrer Existenz gebracht, Elend, Druck, Knechtung, Erniedrigung, Ausbeutung. Ununterbrochen ist er bemüht, alle arbeitenden Schichten immer tiefer herabzudrücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren."

VIII. Die Krisen.

Nun noch der letzte Stein des Anstoßes. Im nächsten Absatz heißt es unter anderem:

„Immer massenhafter wird die Armee der überschüssigen Arbeiter",

und im übernächsten wird von den „im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen" gehandelt, die, wie es heißt:

„immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit ihrer zweckentsprechenden Anwendung und vollen Entwicklung".

Dieser Passus begegnet lebhaftem Widerspruch. Und sagen wir es gleich: so wie er dasteht, läßt er sich nicht aufrechterhalten. Aber es ist ein großer Mangel, wenn das Görlitzer Programm nun so weit geht, über die Krisen überhaupt nichts zu sagen.

Man muß bei dieser Erscheinung zweierlei unterscheiden: Einmal die Tatsache, daß Krisen überhaupt vorkommen, und dann den Krisenzyklus, die regelmäßige Wiederkehr der Krisen in bestimmten Abständen.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Krisen im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind. Diese bedeutet die Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs durch Privatproduzenten, die voneinander unabhängig sind und ihre Pro-

duktion nach den Erwartungen einrichten, die sie von dem kommenden Bedarf der zahlungsfähigen Konsumenten hegen. Konsumenten anderer Art kommen für sie nicht in Betracht. Erwartungen, Spekulationen, bestimmen also die jeweilige Ausdehnung der kapitalistischen Produktion. Auch in ihren solidesten Erscheinungsformen zeigt sie ein spekulatives Moment. Erweist sich die Spekulation als fehlerhaft, hat sie den Bedarf oder die Zahlungsfähigkeit der Konsumenten überschätzt, dann endet die Produktion mit einer Krise, mit zeitweiliger Einstellung oder doch Einschränkung der Reproduktion, der weiteren Produktion.

Von ihren Anfängen an wird die Anarchie der Warenproduktion, der Produktion zahlreicher, voneinander unabhängiger privater Produzenten für den Markt, nur geregelt durch das Spiel von Nachfrage und Angebot. Sind zu wenig Waren produziert, übersteigt die Nachfrage das Angebot, dann steigen die Preise über den Wert (oder Produktionspreis, der uns hier nichts angeht). Das regt die Produktion an. Sind zuviel Waren produziert, dann sinkt der Preis unter den Wert, der Produzent arbeitet mit Verlust und stellt vorübergehend die Produktion ganz ein oder vermindert sie doch. Bei kapitalistischer Produktion bedeutet das Arbeiterentlassungen, zeitweise Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Jede Prosperität, das heißt jede Zunahme der Nachfrage über das Angebot hinaus, hat die Tendenz, die Produktion übermäßig anzustacheln über das Ausmaß der Nachfrage hinaus. So ist in der kapitalistischen Wirtschaft eine *dauernde Prosperität unmöglich*. Jeder wirtschaftliche Aufschwung trägt den Keim zur Krise in sich. Und je größer der Aufschwung, desto verderblicher droht die ihm notwendigerweise folgende Krise zu werden.

In den Anfängen der Warenproduktion sind die Krisen nur geringfügiger Natur. Bei rückständiger Technik läßt sich die Produktion nicht rasch ausdehnen. Bei rückständigem Verkehr gewinnen auch die jeweiligen Krisen keine große Ausdehnung, sie treffen nur beschränkte lokale Märkte, nur vereinzelte Industriezweige oder gar nur vereinzelte Unternehmungen.

Die Elemente der eigentlichen, allgemeinen Krisen erstehen mit der modernen Technik, die eine sprunghafte Ausdehnung

der Produktion ermöglicht, sowie mit der Ausdehnung und wachsenden Intensität des Verkehrs, die die Märkte immer mehr miteinander verbindet, aber auch immer abhängiger voneinander macht, und mit der Entwicklung des Kredits. Dieser gehört ebenfalls zu den Mitteln, die eine sprunghafte Ausdehnung der Produktion fördern. Er bringt aber auch die einzelnen Elemente des gesamten gesellschaftlichen Produktionsprozesses in immer engere Abhängigkeit voneinander. So erstreckt sich jetzt der Anstoß, den die Produktion durch eine große Prosperität erhält, gleichzeitig auf ganze Staaten, ja Staatengruppen und in ihnen auf die gesamte Industrie. Aber auch die Krisis, die der Prosperität folgt, ist allgemein und wirkt dadurch um so fürchterlicher und verheerender.

Die erste große allgemeine Industriekrise trat in England 1815 ein nach einem Friedensschluß, der einen Weltkrieg beendete, der fast ebenso entsetzlich war wie der jüngst erlebte. Von da an wiederholten sich die Krisen in regelmäßigen Zwischenräumen von durchschnittlich zehn Jahren und mit wachsender räumlicher Ausdehnung. War die erste nur auf England beschränkt gewesen, so zeigten die folgenden immer mehr die Tendenz, auf das übrige industrielle Europa überzugreifen.

Die zweite Krise trat 1825 ein, die dritte 1835. Die nächste zeigte eine leichte Verspätung. Sie erschien erst 1847, wirkte dafür aber um so verheerender. Sie trug nicht wenig dazu bei, die Gemüter für die Revolution von 1848 reif zu machen. Daß es dieser nicht gelang, die Krise zu beschwören, wurde dann wohl eine der Ursachen, daß die Volksmassen ihr nicht mit mehr Zähigkeit anhingen. Erst einige Zeit nach der Niederschlagung der Revolution setzte die der Krise regelmäßig folgende Prosperität ein, die dann oberflächlich urteilenden Elementen als ein Erfolg der Reaktion erschien. Doch verhinderte diese nicht, daß pünktlich um 1857 die neue Krisis eintraf. Die ihr folgende Periode der Prosperität traf dann mit der Wiederbelebung der bürgerlichen und proletarischen demokratischen Bewegung zusammen.

Das Kommen der nächsten Industriekrisis erfuhr eine Unterbrechung durch eine Krisis anderer Art, die den Krisenzyklus

durchkreuzte: die Kriege von 1866 und 1870. Die Krisis von 1866 war daher fast ganz auf England beschränkt. Um so gewaltiger die Prosperität, die diesen Kriegen in der ganzen Welt folgte, um so zerschmetternder aber auch die Krisis als Ergebnis dieser Prosperität. Die Krisen von 1873 und 1874 erstreckten sich über das ganze industrielle Europa und Nordamerika. Nur Frankreich, das vom Krieg am meisten gelitten hatte und von der Prosperitätswelle nicht ergriffen worden war, blieb von jener Krisis verschont. Etwas Ähnliches spielt sich augenblicklich bei uns ab, wo auch die Siegerstaaten ebenso wie die Neutralen unter einer Produktionskrisis leiden, indes bei den Besiegten der Produktionsprozeß lebhaft vor sich geht — freilich wie jede kapitalistische Prosperität ein zweifelhaftes Glück, da sie stets den Vorboten einer Krise darstellt.

Die Krise, die 1873 einsetzte, war nicht bloß an Intensität und räumlicher Ausdehnung unerhört, sondern auch an zeitlicher Dauer. Sie zog sich bis gegen das Ende der achtziger Jahre hin mit sehr kurzatmigen zeitweiligen Erholungen. Im Jahre 1882 gesellte sich auch Frankreich den Krisenländern hinzu.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung verfaßte ich 1891 das Erfurter Programm. Ihr Einfluß zeigt sich deutlich in den Sätzen über die Arbeitslosigkeit und die Krisen, die die „allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben".

Immer mehr neigten wir damals zur Ansicht, der zehnjährige Krisenzyklus, von dem Marx in seinem „Kapital" handelte, sei überholt durch einen Zustand chronischer Krise, in den wir eingetreten seien; dauernder Überproduktion, der nur mehr durch kurze und schwache Prosperitätslichtblicke unterbrochen werde.

So schrieb Friedrich Engels 1885 in einem Artikel, der in der kurz vorher von mir begründeten „Neuen Zeit" erschien:

„Man könnte fast sagen, daß England im Begriff sei, in einen nicht länger fortschreitenden Zustand überzugehen.... Wie wird es sein,... wenn die gegenwärtige drückende Stagnation sich nicht nur noch steigert, sondern wenn dieser gesteigerte Zustand ertötenden Druckes der dauernde, der Normalzustand der englischen Industrie wird?"

In dieser Erwartung irrten wir. Auf die unerhörte, anderthalb Jahrzehnte dauernde Krisis folgte vielmehr eine ebenso unerhörte, ebensolange dauernde Ära steter Prosperität, deren günstige Wirkungen noch verstärkt wurden dadurch, daß sie eine Zeit sinkender Lebensmittelpreise war.

In jenen Tagen erstand der Revisionismus, die Auffassung, daß die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung, wie Marx sie aufstellte, entweder überhaupt falsch seien oder doch an Geltung verlören.

Diese Auffassung war ebenso voreilig, wie vorher die unsere von der chronischen Krise gewesen war. Schon im Jahre 1907 kam es wieder zu einer größeren Krise, und gleichzeitig wurde die Ära des Sinkens der Lebensmittelpreise durch eine Zeit stetigen Steigens, wachsender Teuerung dieser Preise abgelöst.

Seitdem ist der furchtbarste aller Kriege gekommen und hat alle ökonomischen Verhältnisse und Gesetze auf den Kopf gestellt. Es wird noch einige Zeit dauern, bis sie wieder zu völlig normalem Funktionieren gelangen. Es ist unmöglich, heute schon zu erkennen, welche Formen künftighin der Wechsel zwischen Prosperität und Krise annehmen und in welchen Zeiträumen er sich vollziehen wird. Aber eines kann man mit Sicherheit sagen: Dieses Wechselspiel ist heute noch ebensosehr „im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründet" wie vor Jahrzehnten.

Als die Kartelle und Trusts aufkamen, waren viele Ökonomen der Meinung, diese Einrichtungen würden den Krisen ein Ende setzen.

Nie waren die monopolistischen Unternehmerverbände dieser Art stärker und ausgedehnter als jetzt, und dabei wird die Welt von den furchtbarsten Krisen erschüttert. Besonders entsetzlich wütet augenblicklich eine Krise im Hauptland der Trusts, in den Vereinigten Staaten.

Allerdings ganz ohne Wirkungen auf die Krisen sind die Trusts und Kartelle nicht geblieben. Sie und im Verein mit ihnen die großen Banken wirken auf größere Vorsicht in der Entfaltung der Produktivkräfte während der Prosperität hin. Sie hemmen etwas die schwindelhaften Auswüchse, die jeder kapitalistische Aufschwung mit sich bringt. Vor allem aber vermehren sie die Widerstandskraft des soliden Geschäfts in den

Zeiten der Krise. Sie mildern so etwas deren katastrophalen Charakter für die Kapitalisten. Die letzten Krisen waren weniger von Zusammenbrüchen und Bankrotten begleitet wie die früheren.

Aber hier handelt es sich uns um die Folgen der Krisen auf die Arbeiterschaft, und die zeigen keine Milderung. Kaum jemals war, trotz aller Syndizierungen, die Arbeitslosigkeit so groß wie heute in England und den Vereinigten Staaten.

Die Arbeitslosigkeit ist eine Geißel für den Arbeiter, ganz gleich, ob der Kapitalist, der ihn aufs Pflaster wirft, bankrott ist oder in aller Gemütsruhe bessere Zeiten für sein Geschäft abzuwarten vermag.

Die Tatsache, daß der Prosperität die Krise folgt, kann durch keinen Unternehmerverband beseitigt werden, solange kapitalistisch produziert wird. Es müßte denn sein, daß die Unternehmer aller Industriezweige und aller Länder sich zu einem gemeinsamen Verband zur Regelung der Produktion vereinigten.

Das widerspricht aber geradezu dem Wesen der Kartelle und Trusts. Jeder von ihnen will den normalen Profit, der ihm bei freier Konkurrenz blühen würde, vermehren durch einen Extraprofit für die Mitglieder des Verbandes. Dieser Extraprofit ist zu erreichen auf Kosten der Unternehmer anderer Industriezweige und anderer Länder. So widerstreben Kartelle und Trusts geradezu dem Zusammenschluß der Unternehmer aller Industriezweige und aller Länder zu gemeinsamer Regelung der Produktion für den Weltmarkt. Und doch könnte nur eine derartige Organisation den Krisen vorbeugen. Solange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, wird es also Krisen geben, wird der Arbeiter von Arbeitslosigkeit bedroht sein.

Wir haben daher durchaus keine Ursache, nach der Art des Görlitzer Programms über die Krisen mit Stillschweigen hinwegzugehen. Für die Begründung des sozialistischen Programms ist es vielmehr ebenso notwendig, von den Krisen zu sprechen wie von dem Rückgang des Kleinbetriebs und der Tendenz nach steter Herabdrückung des Arbeiters durch das Kapital.

Wir Marxisten haben unser Programm der Befreiung der Arbeit zu rechtfertigen nicht nur gegenüber der kleinbürgerlichen Lösung, die eine Verwandlung des Lohnarbeiters in den Besitzer eines Kleinbetriebs anstrebt; sowie gegenüber der Lösung der großindustriellen Ökonomie, die auf das Kommen eines kapitalistischen Stadiums rechnet, in dem die Klassengegensätze sich mildern und die Proletarier sich mit dem Kapitalismus abfinden; wir haben unser Programm auch zu rechtfertigen gegenüber der syndikalistischen Lösung, die verlangt: die Fabrik dem Fabrikarbeiter, das Bergwerk dem Bergarbeiter.

Diese Lösung scheint vom proletarischen Standpunkt aus zu genügen, da sie ohne Aufgeben der Vorteile des Großbetriebs die Trennung des Arbeiters von seinem Produktionsmittel aufhebt.

Aber leider sichert sie dem Arbeiter nicht den Besitz seines Produktionsmittels. Das Privateigentum an einer Sache schließt die Möglichkeit und unter Umständen die Notwendigkeit ein, mich dieser Sache zu entäußern. Daran wird nichts dadurch geändert, daß nicht ein einzelner, sondern eine ganze Gruppe der Privateigentümer ist.

Wenn die einzelnen Fabriken von den Arbeitern in Besitz genommen werden, die in ihnen arbeiten, und wenn diese fortfahren, für den Markt zu produzieren und von dessen Absatzverhältnissen abhängig zu sein, so werden, wie heute, einzelne Unternehmungen blühen und gedeihen und andere verkümmern, ja ganz zugrunde gehen. Die Arbeiter der bankrotten Fabriken werden bald wieder als Proletarier den Arbeitern der gedeihenden Fabriken gegenüberstehen, die sich ausdehnen und als neue zusätzliche Arbeitskräfte die der bankrotten Fabriken nicht als vollberechtigte Teilnehmer, sondern als Lohnarbeiter aufnehmen werden. Nach einiger Zeit brächte das die alte kapitalistische Wirtschaft zurück.

Die Krisen würden dabei ebensowenig ausgeschlossen sein wie heute. Nicht das private Eigentum einzelner Arbeitergruppen an ihren Produktionsmitteln und Fortsetzung der Produktion für den Markt vermag den Übeln der kapitalistischen Produktionsweise dauernd und gründlich abzuhelfen. Dazu ist erforderlich das gesellschaftliche Eigen-

tum an den Produktionsmitteln und die gesellschaftliche Regelung der Produktion.

Der Hinweis auf die Krisen darf also im Programm nicht fehlen. Nichts ist seit der Abfassung des Erfurter Programms eingetreten, das ein Absehen von ihnen rechtfertigen würde.

Aber allerdings ist die Fassung des Passus über die Krisen, wie sie das Erfurter Programm enthält, veraltet, den heutigen Verhältnissen nicht entsprechend. Diese gestatten uns augenblicklich noch keinerlei Voraussicht über die Formen, die Intensität, die Zeitdauer der kommenden Krisen und ihres Zyklus. Wir werden daher diesen Passus auf die Konstatierung der Tatsache beschränken müssen, daß das zeitweise Eintreten von Krisen innerhalb der kapitalistischen Produktion unvermeidlich ist und daß sie durch die massenhafte Arbeitslosigkeit in ihrem Gefolge die Unerträglichkeit des Kapitalismus für die Arbeiter aufs höchste steigern.

Der Krisenpassus muß demnach auf bescheidenere Dimensionen reduziert werden. Aber auch seine programmatische Bedeutung müssen wir einschränken.

Als er verfaßt wurde, standen wir noch unter dem Eindruck der chronischen Krise, die wir als dauerndes letztes Stadium des Kapitalismus betrachteten. In der massenhaften dauernden Arbeitslosigkeit sahen wir den stärksten Stachel, der das Proletariat drängen werde, mit der kapitalistischen Anarchie der Produktion aufzuräumen.

Heute ist die Situation eine andere. Die Schrecken der Krise und der Arbeitslosigkeit bestehen noch fort, sie bilden einen wesentlichen Antrieb für das Streben nach sozialistischer Produktion; aber sie waren in den letzten Jahrzehnten nicht so intensiv und dauernd, um, wie in der Zeit von 1874 bis 1888, den stärksten Antrieb in dieser Richtung zu bilden.

Ein anderes Moment ist in den Vordergrund getreten und beherrscht immer mehr die sozialistische Bewegung: das Machtbewußtsein des Proletariats und das Bedürfnis des Arbeiters nach freier Entfaltung seiner Persönlichkeit, was ihm die Fesseln der kapitalistischen Abhängigkeit immer unerträglicher macht. Viel mehr daraus als aus dem Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit wird der Sozialismus erstehen.

Diesem Bedeutungswechsel entsprechend wäre es zweckmäßig, den Passus über die Krisen nicht bloß kürzer zu fassen, sondern auch ihn an eine andere Stelle zu setzen. Im bisherigen Erfurter Programm bildete er den Abschluß und Höhepunkt der Darstellung der zum Sozialismus treibenden Tendenzen des Kapitalismus, die in den ersten vier Abschnitten des Programms zusammengefaßt sind.

Kürzt man ihn, dann könnte man ihn dem zweiten Passus einverleiben als Illustration der Unsicherheit der Existenz, mit der der Kapitalismus das Proletariat ständig bedroht.

Der Passus hätte dann als Schluß des zweiten Absatzes zu lauten:

„Die Unsicherheit der Existenz für die arbeitenden Klassen wird am qualvollsten und erbittertsten in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise tief begründet sind."

Den Abschluß dieser Darstellung der kapitalistischen Tendenzen würde dann der dritte Passus bilden, aus dem der Satz: „Immer massenhafter wird die Armee der überschüssigen Arbeiter" wegzulassen und durch die Worte zu ersetzen wäre: „Immer unerträglicher wird der kapitalistische Druck für die proletarischen Massen."

Faßt man das bisher Entwickelte zusammen, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Erfahrungen der dreißig Jahre seit der Annahme des Erfurter Programms es angezeigt erscheinen lassen, seinen ersten Absätzen eine etwas geänderte Formulierung zu geben.

Der vierte dieser Absätze ist ganz wegzulassen. Die ersten drei haben zu lauten:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Emporkommen und zur Herrschaft des kapitalistischen Großbetriebs, der immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und ihn zur Nichtigkeit verurteilt. Bildet das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln die Grundlage des Kleinbetriebs, so trennt der Siegeszug des kapitalistischen Großbetriebs die Arbeiter von ihren Produktionsmitteln und verwandelt sie in besitzlose Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Nicht nur die Proletarier, sondern auch die Mittelschichten, Kleinbürger wie Kleinbauern, bleiben fast völlig von diesen Vorteilen ausgeschlossen. Das gilt auch von dem sogenannten ‚neuen Mittelstand', den Intellektuellen, der an Zahl rapid anwächst, in gleichem Maße seine bisherige privilegierte Stellung verliert und dessen Interessen immer mehr mit denen der sogenannten Handarbeiter übereinstimmen.

Ihnen allen hat der Kapitalismus Unsicherheit ihrer Existenz gebracht, Elend, Druck, Knechtung, Erniedrigung, Ausbeutung. Ununterbrochen ist er bemüht, alle arbeitenden Schichten immer tiefer herabzudrücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren. Die Unsicherheit der Existenz für die arbeitenden Klassen wird am qualvollsten und erbittertsten in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise tief begründet sind.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer unerträglicher wird der kapitalistische Druck für die proletarischen Massen, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist."

In dieser umgebildeten Form erscheint mir die Modernisierung des Erfurter Programms in ausreichendem Maße vollzogen. In den weiteren sechs Abschnitten der theoretischen Einleitung des Programms habe ich kein Wort mehr gefunden, das ich ändern möchte. Mir erscheinen sie alle wesentlich und heute noch ebenso richtig wie vor einem Menschenalter.

Aber kann sich in diesem Zeitalter der größten technischen, ökonomischen, politischen Revolution so wenig geändert haben, daß ein Programm von 1891 auch heute mit einigen wenigen Änderungen in Details ausreicht?

Sicher, es reicht nicht mehr aus. Aber das besagt nicht, daß es falsch geworden und gründlich zu ändern ist. Wieviel Umstürzendes sich auch im letzten Menschenalter ereignet hat, der Kapitalismus ist in seinem Wesen derselbe geblieben. Mit

ihm ist auch das Werk, das dieses Wesen am tiefsten ergründet hat, das Marxsche „Kapital", für seine Erkenntnis führend geblieben und hat das auf dem „Kapital" aufgebaute Erfurter Programm seine Geltung bewahrt.

Was sich geändert hat, gründlich geändert hat, ist nicht das Wesen des Kapitalismus und seine theoretische Erfassung, sondern die historische Situation. Sie macht das bisherige Programm unzulänglich. Aber was sie erheischt, ist nicht seine Änderung, sondern seine Ergänzung. Das Görlitzer Programm jedoch hat nur eine Änderung gebracht, keine Ergänzung.

Diese Arbeit bleibt noch zu leisten. Dafür eine Grundlage zu schaffen, das soll in folgendem versucht werden.

B.
Das Programm des Übergangs zum Sozialismus.

I. Die Aufgabe.

Wie die meisten sozialistischen Parteiprogramme zerfällt auch das Erfurter in zwei Teile, einen theoretischen und einen praktischen. Einen theoretischen, der das Endziel begründet und festsetzt sowie den Charakter der Partei kennzeichnet, und den praktischen, der die nächsten praktischen Forderungen aufzählt, die erfüllt werden müssen, ehe man weiter gehen kann.

Als das Erfurter Programm beraten wurde, verlangten manche Genossen noch einen dritten Teil im Programm: eine Darstellung der Maßregeln, die den Übergang zum Sozialismus herbeiführen sollten.

Diesen dritten Teil lehnte ich damals ab, da er mir verfrüht erschien. Noch erschien mir die Situation nicht reif für unmittelbaren Übergang zum Sozialismus. Ich sagte damals in einer Artikelserie über den „Entwurf eines neuen Parteiprogramms" (Neue Zeit, 9. Jahrgang, 2. Band):

„Wer immer uns die Methoden zeichnen will, durch die das Proletariat die politische Macht erobern will . . ., kann ihr Bild nur entwerfen nach dem Modell der Revolutionen, die *gewesen sind*. Wir glauben dagegen, daß man von den Entscheidungskämpfen zwischen Proletariat und Bourgeoisie nur *eines* mit Sicherheit behaupten kann: daß sie ganz anders aussehen werden, als die bisherigen Revolutionen ausgesehen haben, denn es werden Faktoren in Wirkung treten, die bisher noch bei keiner Revolution eine Rolle gespielt haben, die ganz neu sind und daher den kommenden akuten Klassenkämpfen unerhörte Formen geben werden" (S. 755).

Ich sagte weiter:

„Kann man über die Formen der kommenden politischen Entwicklung gar nichts sagen, so natürlich auch nichts über die Übergangsformen zum Sozialismus, die ja mit diesem Wie und Wann in engster Verbindung stehen. Wir wissen auch gar nicht, welche Pro-

duktivkräfte und Produktionsformen die kapitalistische Produktionsweise bis dahin entwickeln wird; wir wissen nicht, bis zu welchem Grade sie in den einzelnen Ländern zur Reife gelangen werden; wir sind darüber auf vage Vermutungen angewiesen. Die Übergangsmaßregeln zum Sozialismus gehören daher unseres Erachtens nicht in das Programm. ... Nicht durch das Ausdenken einer Schablone von Übergangsmaßregeln, sondern nur durch eine gründliche Erkenntnis der tatsächlich um uns vor sich gehenden Entwicklung werden wir in den Stand gesetzt werden, in jeder kommenden Situation, welcher Art immer sie sein möge, stets das Zweckentsprechende zu fordern und zu tun" (S. 757 ff.).

Der letzte Satz gilt natürlich heute noch, nicht aber der vorhergehende. Heute gehören die Übergangsmaßregeln zum Sozialismus ins Programm, denn heute sind wir darüber nicht mehr auf vage Vermutungen angewiesen. In der Beziehung waren wir freilich noch ein Jahrzehnt nach der Abfassung des Erfurter Programms nicht viel weiter gekommen, als ich meine Schrift über die soziale Revolution schrieb. Ich versuchte dort, Probleme zu lösen, die beim Übergang zum Sozialismus auftauchen mochten, mußte aber dabei von einer hypothetischen Grundlage ausgehen. Ich war demnach auch weit entfernt davon, den Ergebnissen, zu denen ich kam, programmatischen Wert zuzuschreiben. Ihre Bedeutung war für mich ganz anderer Art. Ich sagte darüber im zweiten Teil der Schrift, der betitelt ist: Am Tage nach der Revolution:

„Ich halte es für eine gute Denkübung und für ein Mittel, politische Klarheit und Beständigkeit zu fördern, wenn wir versuchen, die Konsequenzen unseres Strebens zu ziehen und die Probleme zu erforschen, die uns aus der Eroberung der politischen Macht erwachsen dürften. Dies ist auch propagandistisch wertvoll, denn einesteils behaupten unsere Gegner, wir würden durch unseren Sieg vor unlösbare Aufgaben gestellt, und andererseits haben sich in den eigenen Reihen Leute gefunden, die die Folgen unseres Sieges nicht schwarz genug malen können. Der Tag des Sieges berge für uns auch schon den Tag der Niederlage in sich. Da ist es doch wichtig, zu untersuchen, ob und wieweit dies der Fall wäre.

Will man aber bei solcher Gedankenarbeit zu bestimmten Resultaten kommen und sich nicht ins Endlose verlieren, dann muß man die auftauchenden Probleme in ihrer einfachsten Form untersuchen, in der sie sich in Wirklichkeit nie zeigen werden, und abstrahieren von allen komplizierenden Umständen. ...

Nur solche Probleme der sozialen Revolution sind diskutabel, die auf dem hier angegebenen Wege erkennbar sind. Über alle andern kann man weder in der einen noch in der andern Richtung ein Urteil fällen." (Zweite Auflage, S. 67 bis 69.)

Über die hier gezogenen Schranken bei der Lösung der Probleme des Übergangs zum Sozialismus konnten wir noch vor kurzem nicht hinaussehen. Wir waren gezwungen, sie „in ihrer einfachsten Form zu untersuchen, in der sie sich in Wirklichkeit nie zeigen werden".

Seit fünf Jahren, seit dem Zusammenbruch im Kriege, der zuerst zur russischen Revolution führte, dann zur österreichischen und deutschen, ist es anders. Wir sind nun mit einem Schlage an die Schwelle des Übergangs zum Sozialismus gerückt und können seine Probleme an den Erscheinungen der Wirklichkeit studieren. Dabei macht sich allerdings ein Umstand, der bei den Erscheinungen der Wirklichkeit nie fehlt, jetzt in besonders hohem Grade merkbar: die den normalen Ablauf der Prozesse störenden Faktoren. Sie sind heute ausnehmend stark, da die Probleme des Übergangs zum Sozialismus heute kompliziert werden durch die Probleme des Überwindens der Nachwirkungen des Krieges, der alle Gesetze der Ökonomie auf den Kopf gestellt hat.

Aber wer die ökonomischen Gesetze schon vor dem Kriege erforscht hat und sich durch dessen Abnormitäten nicht verblüffen und irreführen läßt, der vermag nach fünf Jahren der Revolution doch die wirklichen Probleme des Übergangs zum Sozialismus mit einiger Sicherheit zu erkennen und daraus für das Handeln der sozialistischen Parteien programmatische Schlüsse zu ziehen.

Wo die Sozialdemokratie daran geht, ihr Programm zu revidieren, muß sie vor allem die Erfahrungen der Revolution für den Übergang zum Sozialismus feststellen.

Wohl stehen wir ja erst an der Schwelle des Übergangs. Ein abschließendes Urteil über ihn fällen zu wollen, wäre verfrüht. Aber bei der bisherigen Erkenntnis können wir uns nicht mehr beruhigen. Wir müssen uns zurechtfinden in der Flut neuer Aufgaben, die über uns hereinbrechen, und können damit nicht warten. Und es dünkt mich, als seien unsere Erfahrungen allerdings noch nicht weit genug gediehen, weiteres

Forschen überflüssig zu machen, wohl aber weit genug, unserem Tun größere Klarheit und Stetigkeit zu verleihen. Und nur dies, nicht die Feststellung ewiger Wahrheiten kann man von einem Parteiprogramm erwarten.

II. Die politische Revolution.

1. Die bürgerliche Revolution.

Die Frage nach den Formen des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise kann man auch formulieren als die Frage nach den Formen der proletarischen Revolution. Beide Fragen fallen miteinander zusammen.

Mit den ökonomischen Verhältnissen wandeln sich nicht bloß die Formen des Staates, sondern auch die der Revolutionen, das heißt der großen umwälzenden Machtverschiebungen der Klassen.

Marx wies bereits in seinem „Achtzehnten Brumaire", verfaßt 1852, darauf hin, daß die proletarische Revolution andere Formen annehme als die bürgerliche. Er sagte:

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Laufe, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets vor Neuem zurück, vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta,
Hier ist die Rose, hier tanze." *

* Marx entnahm diese willkürliche Übersetzung des Satzes wohl der Vorrede zu Hegels Rechtsphilosophie, wo sie sich in dieser Form

Marx zeichnet hier meisterhaft die bürgerliche Revolution. Aber um die proletarische zu kennzeichnen, dazu fehlten ihm alle Erfahrungstatsachen. Es war verfrüht, wenn er um 1852 die Revolutionen des neunzehnten Jahrhunderts bereits als proletarische betrachtet. Dies war nur dann erklärlich, wenn ihm die Februarrevolution 1848 in Frankreich und die Chartistenbewegung jener Tage in England bereits als die einleitenden Vorgänge der proletarischen Revolution erschienen, so daß die politische Wiederbelebung, die nach der im Jahre 1849 einsetzenden Reaktionsperiode zu erwarten war, eine gesteigerte proletarische Eruption mit sich bringen mußte.

Bei allem Tiefblick ließ Marx sich doch oft durch sein revolutionäres Temperament leicht verlocken, die Zukunft, die er klar vor Augen hatte, näher zu sehen, als sie war. So blieb ihm 1852 noch verborgen, daß zwischen der großen bürgerlichen Revolution von 1789 und der großen proletarischen, die er erwartete, mehr als ein Jahrhundert kapitalistischer Entwicklung liegen sollte, in der die Klasse der Kapitalisten ebenso emporstieg wie die des Proletariats. So folgt der bürgerlichen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts die proletarische erst im zwanzigsten Jahrhundert, und zwischen beiden haben wir über ein Jahrhundert proletarischen Klassenkampfes, der das Proletariat erst fähig macht, seine Revolution zu vollbringen.

Deren Bedingungen liegen aber 1922 ganz anders als 1852. Jede Revolution hat zwei Seiten, eine politische und eine soziale: die Gewinnung der Staatsmacht durch eine neue Klasse und die Anwendung des eroberten Staatsapparats zur Anpassung der ökonomischen Verhältnisse an die Interessen der siegreichen Klasse, soweit dies durch Eingriffe der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung möglich ist.

Zunächst wollen wir die politische Revolution betrachten.

Jede bürgerliche Revolution ist in ihrem politischen Ausgangspunkt ein Kampf in der Richtung der Demokratie. Ein

findet, um eine Bezugnahme auf die Vernunft als Rose einzuleiten. Für Arbeiterleser sei bemerkt, daß der Satz aus einer Erzählung stammt, in der ein Aufschneider prahlte, er habe auf Rhodos einen Riesensprung getan. Da rief ihm ein Zuhörer zu: „Hier zeige, was du kannst! Hier ist Rhodus, hier springe."

Kampf um Abwehr oder Beseitigung des Absolutismus. Sozial ist sie ein Kampf des dritten Standes gegen die beiden ersten, Kirche und Adel, die, geistig und ökonomisch überwunden, ein Hemmschuh weiterer ökonomischer Entwicklung geworden sind. Diese Mächte halten sich aber in dem Zeitpunkt der nahenden Revolution nur noch aufrecht durch die Hilfe des Staates. Das Königtum, das in der Feudalzeit die Spitze des Adels gebildet hatte, gehörte innerlich zu ihm. Doch stand es viele Jahrhunderte lang in stetem Kampfe gegen dessen Disziplinlosigkeit, der gegenüber es meist machtlos war. Und ebenso stand es im Kampfe gegen die Überhebung der Kirche. Nur mit Hilfe der Städte erhielt es die Mittel, die rebellischen Mächte zu beugen. Gleichzeitig wurden diese durch die aufkommende Geldwirtschaft ökonomisch ruiniert und dem Bankrott entgegengeführt. Den Vorteil daraus zogen aber zunächst nicht die bürgerlichen Klassen, sondern das Königtum selbst, das Adel und Kirche in seine gefügigen und wohlbezahlten Werkzeuge verwandelte und neben ihnen vermöge der Geldsteuern ein starkes stehendes Heer und eine starke Bureaukratie bildete, die jede selbständige Organisation im Staate unterdrückten und die feudale Ausbeutung schützten.

Abwerfen dieser Unterdrückung, Freiheit der Organisation und der Rede und Schrift, Beeinflussung der Gesetzgebung durch das Volk, Kontrollierung der Regierung — das waren die dringendsten Erfordernisse, um die feudale wie die bureaukratische Ausbeutung und Einengung loszuwerden. Darin stimmten die Interessen aller Klassen und Schichten überein, die am Produktionsprozeß beteiligt waren und denen die Rettung des Staates und der Gesellschaft vor ökonomischem Verkommen am Herzen lag. Sie alle wurden unter dem Begriff des dritten Standes zusammengefaßt, dem nicht nur die Kapitalisten und die Intellektuellen angehörten, sondern auch Bauern, Kleinbürger, Proletarier.

Die bürgerliche Revolution ist also in erster Linie ein Kampf um die Demokratie. Sie beginnt als der Kampf nicht einer K l a s s e, sondern eines S t a n d e s, des dritten Standes, der die verschiedensten Klassen umfaßt.

Die revolutionäre Schicht der bürgerlichen Revolution war in ihrer Mehrheit politisch völlig unwissend und ohne jeg-

lichen Zusammenhang. Alle Mittel der Aufklärung und der Organisation hatte ihr die absolutistische Regierung vorenthalten. Einzig die Regierung verfügte über Organisationen, und diese waren die aufs straffste disziplinierte Bureaukratie wie die Armee. Die letztere überdies allein in den Waffen geübt und ausreichend bewaffnet.

Unter diesen Umständen wurde in normalen Zeiten jedes Auflehnen gegen die Regierung unmöglich. Nur dann konnte es erfolgreich sein, wenn eine schwere Krise die Regierenden kopflos machte und spaltete, die Armee auflöste oder doch ihre Disziplin erschütterte und die zusammenhanglosen Massen der Bevölkerung zum mindesten in der Hauptstadt auf die Straßen trieb, wo sie plötzlich durch ihre unerwartete Übereinstimmung Mut gewannen und schließlich die Kraft bekamen, die schwankende Regierung zu stürzen.

Die bürgerlichen Revolutionen tragen daher stets den Charakter des Unerwarteten, Plötzlichen, Katastrophalen und Elementaren.

Aber auch des Planlosen und Unberechenbaren. Die revolutionäre Masse läßt sich in ihrer politischen Unerfahrenheit und Unwissenheit nicht von klarer Erkenntnis leiten, sondern von Instinkten und Leidenschaften. Das Gerücht muß den Einblick in die Tatsachen ersetzen. Im Augenblick des Sieges neigt sie dazu, ihre Kraft und das Maß des Erreichbaren gewaltig zu überschätzen. Aber da sie über die wirklichen Kraftverhältnisse im Staate nicht unterrichtet ist, klappt sie ebenso leicht zusammen, sobald sie eine Niederlage erleidet. Wie still war das eben noch so wildbewegte Paris nach dem 9. Thermidor 1794, nach dem Sturze Robespierres!

Krapotkin will uns in seiner Geschichte der großen Französischen Revolution glauben machen, damals sei bei der revolutionären Masse größere politische Weisheit zu finden gewesen als bei den Parlamenten. Diese Beobachtung stimmt nicht ganz. Der wahre Sachverhalt ist folgender.

Die einzige Schicht, die im dritten Stand über tiefere politische Einsicht verfügte, waren die Intellektuellen. Aus ihnen gingen auch die Führer der revolutionären Massen hervor; die große gesetzgeberische, aufbauende Arbeit der Revolution wurde von ihnen geleistet.

Aber die Intelligenz war im achtzehnten Jahrhundert keine Klasse, die nach blutigen Kämpfen begehrte. Ihre Arbeit entwickelt nur die Kräfte des Gehirns, nicht die der Muskeln; sie kämpfen ihre Konflikte mit den Waffen des Witzes, der Argumente, oft auch der Intrigen aus, nicht mit den Fäusten. Im achtzehnten Jahrhundert vom Kriegsdienst befreit, verachteten sie das Waffenhandwerk, schauderten sie vor wildem Blutvergießen zurück. Sie zogen friedliche Kompromisse verzweifelten Insurrektionen vor, stellten die Ermattungsstrategie höher als die Niederwerfungsstrategie. Sehr oft ist auch tatsächlich die erstere eher angezeigt als die letztere. Aber nicht in Zeiten einer bürgerlichen Revolution. Da war die Niederwerfungsstrategie in der Regel eher am Platze.

In der Bereitschaft zur Insurrektion, zum Bürgerkrieg, erwiesen sich die Massen den Intellektuellen überlegen, und das hat in mancher Krise der Französischen Revolution rettend gewirkt. Aber man darf doch nicht so weit gehen, daraus die geistige Überlegenheit des Analphabetentums über das Wissen abzuleiten.

Doch nicht bloß durch ihre rücksichtslose Kampfeslust macht sich die Masse in der bürgerlichen Revolution bemerkbar. Wir haben gesehen, daß diese Revolution ein Werk des dritten Standes ist, der verschiedene Klassen umfaßt. Diese wirken zusammen, solange es gilt, das absolute Regime abzuschütteln. Sobald dieses gestürzt ist, ja oft schon sobald es wankt, beginnen die verschiedenen Elemente des dritten Standes die großen Gegensätze, die sie trennen, stärker zu empfinden als den gemeinsamen Gegensatz zur absoluten Regierung und zu den feudalen Mächten. Nicht nur Interessengegensätze trennen sie, sondern auch Gegensätze der Taktik. Denn jede Klasse hat entsprechend ihren besonderen Machtmitteln auch ihre besondere Kampfesweise, die sie bevorzugt.

Die Leitung der bürgerlichen Revolution fällt zunächst denjenigen Schichten zu, die durch ihre Tätigkeit am ehesten in die Lage kommen, die zur Leitung und Neuordnung des Staates nötigen Kenntnisse zu erwerben, den Kapitalisten und den Intellektuellen, die man beide unter dem Namen der Bourgeoisie zusammenfaßte. Die Intellektuellen bilden wohl keine geschlossene Klasse, sind durch ihre soziale Lage be-

stimmt, stets fremde Klasseninteressen zu vertreten. Aber diese Lage befähigt sie auch am ehesten, das für das gesellschaftliche Gesamtinteresse Notwendige zu erkennen. Dieses fiel damals mit dem des industriellen Kapitalismus zusammen. Die Intellektuellen waren daher überwiegend kapitalistisch gesinnt. Jedoch ohne Gegensatz zum Proletariat, das als besondere Klasse damals noch keine Rolle spielte. Die aus der Zertrümmerung des Feudalismus und Absolutismus entspringende Entwicklung der Industrie erschien damals noch gleichbedeutend mit allgemeinem Wohlstand und Glück.

Mit dieser Erwartung gingen alle Elemente des dritten Standes in die Revolution hinein. Doch brachte sie vermehrten Wohlstand nur den Kapitalisten und Bauern, nicht den ärmeren Schichten der Hauptstadt, den kleinen Handwerkern, Händlern, Lumpenproletariern und Lohnarbeitern, welch letztere noch keine selbständige, bestimmte Rolle spielten. Diese ärmeren Schichten waren es gewesen, die durch ihre Kühnheit und rücksichtslose Selbstaufopferung das alte Regime gestürzt hatten. Sie fühlten sich als die Herren der Hauptstadt und damit im damaligen Stadium der Zentralisierung als die Herren der Regierung und des Staates. Und gerade sie sollten im alten Elend weitervegetieren?

Solange sie die Überlegenheit ihrer Kraft fühlten, drängten sie daher danach, die Revolution weiterzutreiben. Ihr Bestreben war aussichtslos, da die ehernen ökonomischen Gesetze den industriellen Kapitalismus so lange unwiderstehlich machten, als die Warenproduktion fortbestand. Sie gerieten immer mehr in Gegensatz zu allen anderen Klassen. Neben den Anhängern des Königtums, der Kirche, der Aristokratie bekamen sie nun auch die Kapitalisten und die Mehrheit der Intellektuellen gegen sich sowie den wohlhabenden Teil des Kleinbürgertums und vielfach auch die Bauern. Als Minderheit gegen eine wachsende Mehrheit mußten die proletarischen und halbproletarischen Massen der Hauptstadt und jene Intellektuellen, die an ihrer Spitze standen und von ihnen gedrängt wurden, immer mehr ihre rücksichtslose Kampfbereitschaft zu einem systematischen Terrorismus steigern, der aber nur mit gänzlichem Zusammenbruch enden konnte. Indes vermag in diesem Stadium noch keine andere Klasse für sich allein und

direkt zu herrschen. Die Diktatur der Terroristen hatte sich eine neue, stark disziplinierte Armee und die Anfänge einer neuen politischen Polizei geschaffen.

Da nach dem Sturze der Diktatur der unteren Klassen keine der höheren Klassen imstande war, sich allein aus eigener Kraft zu behaupten und die verschiedenen gegensätzlichen Klassen der nachrevolutionären Gesellschaft sich das Gleichgewicht hielten, fiel eine neue Diktatur dem Herrn der Armee zu.

Ein derartiges bonapartistisches oder cäsaristisches Regime wie in Frankreich bildet als Übergang zur kapitalistischen Klassenherrschaft das Ergebnis der bürgerlichen Revolution.

2. Die proletarische Revolution.

a) Die Demokratie.

Der Ausgangspunkt der bürgerlichen politischen Revolution ist der Kampf um die Demokratie. Je mehr jene Revolution sich durchsetzt und die feudalen und absolutistischen Überreste überwindet, um so vollkommener wird die Demokratie im bürgerlichen Staate werden.

Das ist nicht in jedem bürgerlichen Staate in gleich hohem Maße der Fall. Die bürgerliche Revolution tritt nicht überall auf der gleichen Höhe der Entwicklung ein, und sie ist das Werk nicht bloß einer Klasse, sondern des ganzen dritten Standes, der eine Reihe von Klassen umfaßt. Je nach der Höhe der sozialen Entwicklung zur Zeit der bürgerlichen Revolution und je nach dem Kräfteverhältnis der verschiedenen Klassen innerhalb des dritten Standes, den man dort, wo er nicht als Stand besonders gesetzlich abgegrenzt ist, als das Volk bezeichnet, gestalten sich Form und Ausdehnung der Demokratie in den verschiedenen Staaten sehr verschieden. Nirgends wird mit einem Schlage die vollkommene Demokratie erreicht, meist ist sie Rückschlägen unterworfen. So muß das Werk der Revolution in späteren Bewegungen erneuert und fortgeführt werden. In keinem bürgerlichen Staat können wir sagen, er habe die vollkommene Demokratie erreicht, der Kampf um sie sei abgeschlossen.

Aber bei alledem schafft jede bürgerliche Revolution einen gewissen Grad von Demokratie, und die kapitalistische Entwicklung mit ihrem Verkehrswesen bereitet, wie ich schon in

anderen Schriften des öfteren gezeigt habe, den Boden, der die demokratische Bewegung viel früher unwiderstehlich macht als die proletarische.

In jedem Lande, in dem das Proletariat so weit ist, daß es mit einiger Aussicht auf Erfolg daran denken kann, die politische Gewalt an sich zu reißen und damit die politische proletarische Revolution zu vollziehen, ist bereits ein sehr hohes Ausmaß von Demokratie erreicht. Dies ist ebenso ein Symptom wie eine Vorbedingung der Reife des Staates und des Proletariats für den Sozialismus.

Die Demokratie bildet nicht bloß einen Barometer, der die Höhe der Kraft und der politischen Intelligenz des Proletariats ermessen läßt, sie ist auch für die Entwicklung dieser Kraft ein ebenso unentbehrlicher Nährboden, wie es die kapitalistische Produktionsweise ist.

Es ist klar, daß das Bestehen der Demokratie für die proletarische Revolution Formen schafft, die von denen der bürgerlichen Revolution grundverschieden sind. So sehr auch Marx bereits 1852 erkannte, daß die proletarische Revolution verschieden sein muß von der bürgerlichen, so war er doch noch nicht imstande, diesen Unterschied zu beobachten, denn in keinem größeren Staat Europas hatte damals die Demokratie bereits solche Fortschritte gemacht und sich so festgewurzelt, daß sie den proletarischen Klassenkampf hätte fühlbar in einem ganz neuen Sinne beeinflussen können.

Von einer weitgehenden Demokratie konnte man damals eigentlich nur in den Vereinigten Staaten Amerikas sprechen, einem Kolonialland mit massenhaftem freiem Boden, mit einer enormen Überzahl an Bauern, einer kleinen Minderheit von Industriearbeitern, deren energischsten Elementen nicht ein sozialistisches Ideal, sondern die Gewinnung einer selbständigen Bauernwirtschaft oder der Aufstieg in die Bourgeoisie als Ziel vorschwebte. In diesem Lande gab es noch keine ausgesprochenen Unterschiede der Klassen. Es gab wohl Demokratie, aber kein Proletariat mit entwickeltem Klassenbewußtsein, das nach politischer Macht strebte.

Die Schweizer Kantönlidemokratie wieder war höchst kleinlich und ungleichmäßig. In den einen, ökonomisch ganz reaktionären Kantonen gab es eine weitgehende Demokratie als

Überbleibsel aus grauer Vorzeit, aus der Periode der Markgenossenschaft. In den industrielleren, fortschrittlicheren Kantonen wurde die Demokratie gegen die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts eben erst errungen. Sie hatte damals noch so wenig die politischen Sitten beeinflußt, daß gerade die vierziger Jahre die Zeit der Putsche, der Bürgerkriege in der Schweiz waren, die freilich, den kleinen Verhältnissen entsprechend, meist nur wenige Tage dauerten und mehr Wein kosteten als Blut.

Erst im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts hört die Demokratie auf, in Europa ein vereinzeltes lokales Kuriosum zu sein und eine allgemeine, das ganze politische und soziale Leben bestimmende Erscheinung zu werden. Das Wendejahr bildet das Jahr 1867, das in England die Wahlreform brachte, durch die wenigstens die Arbeiteraristokratie das Wahlrecht erhielt. Im gleichen Jahre wurde der Norddeutsche Bund, dieser Vorgänger des Deutschen Reiches, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts begründet und erstand in Österreich die liberale Ära des „Bürgerministeriums", dessen freiheitsstolzen bürgerlichen Mitglieder allerdings einen Fürsten, den Karlos Auersperg, als Präsidenten hinnahmen. Und im Jahre 1867 begann auch im napoleonischen Frankreich der „neue Kurs" mit liberalen Konzessionen, freilich sehr schwächlicher Natur, die den Zusammenbruch des Kaiserreichs und das Kommen der Republik 1870 nicht hinderten.

Erst von den siebziger Jahren an beginnen die Wirkungen der Demokratie auf die Klassenkämpfe fühlbar zu werden, und auch da anfangs noch in wenig ausgiebiger Weise angesichts zahlreicher Rückschläge, namentlich der Reaktion in Frankreich nach dem Pariser Kommuneaufstand, die von 1871 bis 1879 währte, und dem Sozialistengesetz in Deutschland von 1878 bis 1890.

Marx konnte die Formen des politischen Kampfes, die das Wachstum der demokratischen Freiheiten mit sich brachte, nicht mehr beobachten. Um so bemerkenswerter ist es, daß er 1872 im Haag (Holland) erklärte:

„Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das Herkommen der verschiedenen Gegenden (beim Kampf um die politische Macht) berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es

Länder gibt, wie Amerika, England und, wenn ich eure Einrichtungen besser kännte, würde ich vielleicht hinzufügen Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziele gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall." (Abgedruckt im Leipziger „Volksstaat" vom 2. Oktober 1872.)

Zweimal habe ich die Bolschewiki auf diesen Satz aufmerksam gemacht. Zuerst in meiner Schrift über „Die Diktatur des Proletariats" (1918, S. 7) und dann in „Terrorismus und Kommunismus" (1919, S. 101).

Soviel ich sehe, hat von den Kommunisten, die doch auf Marx schwören, keiner den Versuch gemacht, sich mit diesem Satz auseinanderzusetzen oder auch nur von ihm Notiz zu nehmen.

Später hat Engels die gleiche Frage behandelt in der Kritik, die er an einem Programmentwurf 1891 übte.*

Er sagt dort:

„Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann,

* Es sei hier eine persönliche Angelegenheit erörtert. In seiner Schrift „Staat und Revolution" bezieht sich Lenin auf diese Kritik. Er sagt von ihr:

„Die Kritik des Entwurfs zum Erfurter Programm, die Engels am 29. Juni 1891 Kautsky übersandte und die erst zehn Jahre später in der ‚Neuen Zeit' veröffentlicht wurde" usw.

Danach muß jeder Leser meinen, es handle sich hier um eine Kritik meines Entwurfs zum Erfurter Programm, die Engels niederschrieb. Er habe sie mir geschickt, und ich hätte sie zehn Jahre in meinem Schreibtisch liegen lassen und der Öffentlichkeit trotz ihrer Bedeutung vorenthalten. Hat Lenin die Vorbemerkung gelesen, die ich der Veröffentlichung der Engelsschen Kritik vorausschickte, dann mußte er wissen, daß diese nicht meinem Entwurf galt, sondern einem, den der damalige Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie ausarbeitete und an Engels zur Begutachtung sandte. Dessen Antwort ging nicht mir, sondern Liebknecht zu und wurde nach seinem Tode in seinem Nachlaß gefunden, worauf ich sie sofort veröffentlichte.

Unabhängig vom Parteivorstand arbeitete ich einen anderen Entwurf aus, der Engels' und Bebels Zustimmung fand und dann zur Grundlage des vom Erfurter Parteitag akzeptierten Programms wurde.

was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken, wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist.

Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und andere Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren, und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden." (Neue Zeit, 20. Jahrgang, 1. Band, S. 10.)

An diesen Ausführungen geht Lenin nicht geradezu vorbei, er zitiert in seiner Schrift über den „Staat und Revolution" (S. 58) den zweiten hier zitierten Satz wörtlich, den vorhergehenden gibt er in zwei Zeilen wieder: In Ländern mit weitgehender Freiheit könne man sich nach Engels eine friedliche Entwicklung vorstellen. Er glaubt diesem unbequemen Satze seine Kraft zu nehmen, wenn er dazu die beiden Wörtchen bemerkt: „bloß vorstellen". Damit erscheint ihm der Gedanke erledigt.

Es ist klar, daß wir unter dem Einfluß der Demokratie vor allem dahin kommen, daß die Massen sich organisieren zu bestimmten politischen oder ökonomischen Zwecken. Daß sie in diesen Organisationen in ständiger Fühlung miteinander bleiben, Erfahrungen sammeln, ihre begabtesten und erprobtesten Kameraden zu ihren Führern machen.

Die Kämpfe der Massen in der bürgerlichen Revolution werden ausgefochten von der „Straße", von Bevölkerungsschichten ohne Zusammenhang, die irgendein plötzlicher Anstoß aus ihren Wohnungen und Werkstätten heraustreibt und zusammenführt zu erregtem, gemeinsamem Handeln, ohne Vorbereitung, ohne Plan, unter Führern, die der Augenblick ihnen gibt, geleitet hauptsächlich von Instinkten und Bedürfnissen, ohne Erfahrung und ohne anderes politisches Wissen als Gerüchte und Illusionen.

Die Kämpfe der proletarischen politischen Revolution zur Gewinnung der politischen Macht durch das Proletariat werden ausgefochten von großen Organisationen, die seit Jahrzehnten bestehen, mit reichen Erfahrungen, ausgiebiger Schulung, wohlüberlegten Programmen und ebenso bekannten wie erprobten Führern.

Die Führer der bürgerlichen Revolution waren durch die Bank Neulinge, die plötzlich auftauchten, von denen die Welt vorher nichts wußte. Es scheint so, als besäße diese Revolution schöpferische Kraft, so viele politische Genies erzeugt sie aus ihrem Schoße, die freilich fast alle ebenso kurzlebig wie glänzend sind, bloße Kometen am politischen Himmel.

Die proletarische Revolution dagegen, die jetzt begonnen hat, brachte kein neues Genie hervor, nicht deshalb, weil es den neu emporgekommenen Volksschichten an Begabungen fehlt, sondern weil die Begabungen, über die sie verfügt, bereits vor der Revolution Gelegenheit hatten, zu zeigen, was sie können, um zu Führern ihrer Klassenbewegung zu werden.

Selbst die jetzige russische Revolution, die in so hohem Grade noch alle Charakterzüge einer bürgerlichen Revolution an sich trägt, fand in der allgemeinen demokratischen Atmosphäre Europas, die ihr vorherging, so viele Gelegenheiten, ihre Führertalente wenigstens in der Emigration zu entwickeln, daß auch sie keinen einzigen neuen Führer von Bedeutung hervorgebracht hat. Ihre Marats und Robespierres, Dantons und Carnots usw. waren alle schon lange vor der Revolution anerkannte Parteigrößen, die Lenin und Trotzki, Radek und Sinowjeff usw. Und noch weniger als neue Führer bringt die proletarische Revolution neue Parteien hervor. Die bürgerliche dagegen schafft überhaupt erst den Boden, auf dem sich politische Parteien bilden können. Die Parteien, die in ihr wirkend auftreten, sind alle ihre Schöpfungen.

In der jetzigen Revolution könnte man höchstens die Kommunistische Partei als Neuheit betrachten. Aber als Organisation bildet sie nur eine Verlängerung und Ausdehnung der schon vor dem Kriege bestehenden bolschewistischen Partei. Neu ist allerdings ihr Programm. Es möchte sich wohl als Vollendung und konsequenteste Durchführung des alten Marxismus ausgeben, ist aber in allem, was es von dem Programm der Sozialdemokratie unterscheidet, völlig ein Kind der russischen Revolution. Diese trägt, wie wir schon bemerkt, noch in hohem Grade den Charakter einer bürgerlichen Revolution, die aus mangelnder Demokratie hervorgeht.

Aus der russischen Revolution geboren, wird die Kommunistische Partei mit ihr aufhören, auf das Proletariat zu wir-

ken. In einer wirklichen proletarischen Revolution, die dort einsetzt, wo das Proletariat als Klasse die politische Macht erobert hat, wird die Kommunistische Partei, die eine bloße Sekte bildet, keine Rolle mehr spielen. Den Sieg wird die Sozialdemokratische Partei erringen, deren Rahmen weit genug ist, das ganze klassenbewußte Proletariat zu umfassen. Ihr wird die Aufgabe zufallen, die politische Macht, die sie gewinnt, zur sozialistischen Umgestaltung auszunutzen.

Dieser Sieg selbst wird, da er auf der Grundlage der Demokratie erfochten wird, nicht überraschend kommen. Auch darin unterscheidet sich die proletarische Revolution von der bürgerlichen. Im feudal absolutistischen Staat ist jedes offene politische Leben unmöglich — fast so sehr wie im heutigen Rußland. Die Bevölkerung weiß da nichts Bestimmtes über die Regierung, nichts über deren Machtmittel, Finanzen usw., nichts über die verschiedenen höfischen Strömungen, von denen die Regierung abhängt. Ebensowenig weiß die Regierung etwas über die Strömungen, die das Denken der Bevölkerung beherrschen, noch über deren Kraft und Entschlossenheit.

So kommt die Revolution in diesem Stadium stets als Überraschung, als ein Elementarereignis, das aller Berechnungen spottet. Und nur dadurch kann der Aufruhr siegen, daß er durch die Plötzlichkeit seines Hereinbrechens die regierenden Gewalten kopflos macht, ihre Verwirrung und Haltlosigkeit vor aller Welt an den Tag bringt, ihre Verteidiger lähmt, ihre Gegner ermutigt und so den entscheidenden Zusammenstoß in einer blutigen Niederlage für sie enden läßt.

Die Unmöglichkeit für den Absolutismus, klar zu sehen, bewirkt auch, daß seine Konzessionen, die, rechtzeitig gemacht, die Bevölkerung für einige Zeit befriedigen würden, stets zu spät kommen, wenn er sich überhaupt zu solchen versteht, daß er daher stets in einem völligen Zusammenbruch, in einer furchtbaren Katastrophe endet, die um so blutiger wird, da das einzige entscheidende Machtmittel des Absolutismus in der inneren Politik ebenso wie in der äußeren allein in der Macht der Waffen, in seiner Heeresmacht besteht. Gegen Demokraten helfen nur Soldaten, liebte noch Wilhelm, der erste Kaiser des Deutschen Reiches, zu sagen. Und Wilhelm, sein

letzter Kaiser, dachte noch ebenso. Beide steckten noch tief im absolutistischen Denken drin.

Ganz anders die Demokratie. Eine einigermaßen entwickelte Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht läßt jegliche Wandlung im Denken und Fühlen der Massen und in ihren Kräfteverhältnissen deutlich erkennen. Diese Klarheit hält die aufsteigenden Klassen von manchem verfrühten Vorstoß ab, dem ihre Kraft nicht gewachsen wäre. Die gleiche Klarheit veranlaßt da eine herrschende Klasse, manche Position freiwillig zu räumen, deren Unhaltbarkeit sie erkannt hat und deren hartnäckige Behauptung sie in eine Niederlage verstricken würde, die zu ihrem Zusammenbruch führen müßte. An Stelle der Kämpfe von Aufständischen mit Regierungstruppen treten die Kämpfe der Parteien um die Gewinnung von Anhängern durch die Presse und Versammlungen; die Kämpfe der Parteien um die Mehrheit bei den Wahlen zu den Volksvertretungen und bei den Abstimmungen in den Volksvertretungen.

Große Überraschungen sind dabei in der Regel ausgeschlossen — es treten ja nur Parteien auf den Kampfplatz, die der Bevölkerung seit langem bekannt sind, und die Bevölkerung selbst ist politisch geschult und weiß, was sie von jeder Partei zu halten hat.

Allerdings, völlig kann auch die Demokratie nicht politische Überraschungen ausschließen. Denn das Leben wiederholt sich nicht immer in gleicher Weise, plötzlich können, namentlich in der äußeren Politik, Situationen eintreten, die ganz neuartig sind und die Bevölkerung verwirren, so daß ihre Entscheidung sich nicht voraussehen läßt. Und dann bleibt auch in der besten Demokratie ein Teil der Bevölkerung in Verhältnissen, die ihn verhindern, am politischen Leben regelmäßig teilzunehmen. Dieser Teil wird nur bei großen Gelegenheiten so weit aufgewühlt, daß er in die politischen Entscheidungen eingreift. Er tut dies dann ohne Wissen, ohne Überlegung, rein gefühls- oder instinktmäßig. Gerade dieser Teil kann, wenn die miteinander streitenden Parteien ungefähr gleich stark sind, das Zünglein an der Wage bilden und das Geschick der Nation entscheiden.

Das wirkt mitunter recht verhängnisvoll, doch darf man dies Moment auch nicht übertreiben. In der Demokratie wird

eine starke Partei, die in den Verhältnissen tief begründet ist, nie vernichtend geschlagen. Gewinnt sie auch im Moment nicht die Mehrheit, so liegt darin für sie bloß eine Aufforderung, die rückständigen Elemente, die sich gegen sie entschieden hatten, besser aufzuklären und zu schulen, um den nächsten Ansturm mit vermehrter Kraft und besserem Erfolg zu wagen.

Gilt das alles für die Demokratie im allgemeinen, so gilt das auch für die politische Revolution des Proletariats, die sich unter den Bedingungen der Demokratie vollzieht. Die Demokratie ermöglicht es, daß diese Revolution eine friedliche ist, ohne Blutvergießen, ohne Gewalttat; die Demokratie wirkt auch darauf hin, daß die Revolution weit weniger überraschend kommt und weniger neue Kämpfer und neue Programme hervorruft, als es bei der bürgerlichen der Fall war. Die proletarische Revolution ist daher sicherlich weniger dramatisch, bietet dem nach neuen Sensationen lüsternen Literaten weniger Interesse und Befriedigung, sie ist trockener und weniger überschwenglich als die bürgerliche. Wenn die jetzige russische Revolution so reich an dramatischen Wendungen und unerhörten Sensationen ist, so beweist sie auch damit wieder, daß sie ihrem wirklichen Inhalt, wenn auch nicht den Absichten der in ihr führend auftretenden Faktoren nach eine bürgerliche Revolution ist.

Nun wird gegen den friedlichen Charakter der proletarischen Revolution die Tatsache ins Feld geführt, daß keine herrschende Klasse auf ihre Machtstellung freiwillig verzichtet. Das ist ohne Zweifel vollkommen richtig. Es wäre sehr töricht, etwa annehmen zu wollen, man könne eine herrschende Klasse durch Zureden veranlassen, das Feld freiwillig zu räumen, oder die Kapitalistenklasse werde einmal bei fortschreitender Zivilisation derart von sozialem Geist durchtränkt sein, daß sie alle ihre Herrschaftsstellungen kampflos an das Proletariat abtritt.

Wenn auf den 4. August 1789 hingewiesen wird, an dem die Adligen der französischen Nationalversammlung mit Begeisterung auf ihre Feudalrechte verzichteten, so geschah das formell freiwillig, tatsächlich aber unter dem Druck eines furchtbaren Bauernaufstandes, der den Adligen drohte, ihren ganzen Besitz zu nehmen oder zu zerstören, wenn es nicht gelang, die Bauern durch den Verzicht auf die Feudalrechte zu beruhigen.

Das Proletariat wird sicher nicht die politische Gewalt gewinnen, wenn es nicht vorher schon eine starke, eine überwältigende Macht darstellt. Die Bedeutung der Demokratie besteht darin, daß sie die Größe dieser Macht deutlich zutage bringt, ohne daß dazu ein Messen bewaffneter Kräfte erforderlich ist.

Ob der Stimmzettel eine Macht ist oder nicht, hängt von der Art derjenigen Menschen ab, die ihn abgeben. Wenn die Stimmenden Lumpenproletarier sind, die nur von den Gnaden der Reichen leben, ohne diese verhungern; oder Lohnarbeiter, die noch in der lumpenproletarischen Gesinnung drinstecken und im Kapitalisten den „Brotherrn" sehen, dem sie ihre Existenz verdanken: solche Proletarier werden durch ihre Stimmzettel sicher nicht die politische Macht erobern. Sie werden, soweit sie den Stimmzettel überhaupt benutzen, eher geneigt sein, die politische Macht, die er repräsentiert, an den Meistbietenden zu verkaufen.

Anders Proletarier in einer Gesellschaft, die von ihnen lebt, die ohne sie zugrunde geht; wenn dort die Proletarier die Mehrheit bilden und sich ihrer Bedeutung in der Gesellschaft bewußt sind, dann bedeutet ihre Abgabe von Stimmzetteln für eine sozialistische Partei, daß sie ihre Kraft erkannt haben und sich anschicken, von ihr Gebrauch zu machen.

Natürlich bedeutet der Stimmzettel eine Macht nur innerhalb der Demokratie. Es wäre abgeschmackt, auch den Kampf um die Demokratie selbst mit den Mitteln der Demokratie führen zu wollen. Mit friedlichen Mitteln ist die Demokratie weder einem Gewaltregime abzuringen noch gegen ein solches zu verteidigen. Das wurde vielfach übersehen.

In den Großstaaten des europäischen Festlandes ragte bis vor kurzem in das bißchen Demokratie, das erobert worden war, überall noch ein starkes Stück absolutistischer Gewalt hinein: sie alle waren starke zentralisierte Militärstaaten, meist noch Militärmonarchien. Aber auch die französische Republik hat noch so viele Überbleibsel aus der Kaiserzeit bewahrt, daß man sie häufig das Kaiserreich ohne Kaiser nannte.

Hier galt es erst die volle Demokratie zu erobern. Wie anders aber hätte die Militärmonarchie überwunden werden können als durch gewaltsamen Umsturz der Verfassung? Ihr gegenüber reichte der bloße Stimmzettel nicht aus.

Trotzdem gab es viele unserer Genossen, die aus den politischen Fortschritten, die unsere Partei durch das allgemeine Wahlrecht trotz der Militärmonarchie machte, die Hoffnung schöpften, es werde dem Proletariat gelingen, auf gütlichem Weg unter der Monarchie die politische Macht zu erringen, das heißt, es werde in diese so unmerklich hineinwachsen, daß die Militärmonarchie es selbst nicht merkte, wie sie eine ihrer Positionen nach der anderen verlor.

Begründet wurde diese Auffassung mit der Theorie der sich mildernden Klassengegensätze, von deren Irrigkeit wir schon gehandelt haben.

Es gab sogar Sozialisten, die wähnten, es sei möglich, die Monarchie selbst für den Sozialismus zu interessieren, wenn dieser sich als Mittel präsentierte, ihre Eroberungsgelüste, namentlich in der Kolonialpolitik, zu befriedigen: Kanonen gegen Volksrechte.

Diese Auffassung, die glaubte, um den gewaltsamen Umsturz der Militärmonarchie, um die Revolution in diesem Sinne durch allmähliche Reformen herumzukommen, wurde als die reformistische der revolutionären entgegengesetzt. Um sie drehten sich unsere heißesten Parteikämpfe in den zwei letzten Jahrzehnten vor dem Kriege. Sie sind gegenstandslos geworden dadurch, daß die Revolution wirklich kam, die durch die Reformen hätte vermieden werden sollen.

Insofern behielten wir Revolutionäre recht. Aber dabei kam es doch auch anders, als wir selbst es erwartet hatten.

Die ganze bürgerliche Welt hatte sich mit der Militärmonarchie abgefunden, das Proletariat allein kämpfte für die demokratische Republik. Wir waren daher der Überzeugung, diese könne erst dann errungen werden, wenn das Proletariat stark genug sei, allein mit der Gesamtheit der besitzenden Klassen fertig zu werden. Das heißt, die Erringung der Republik werde bei uns zusammenfallen mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die demokratische deutsche Republik werde von vornherein eine sozialdemokratische Republik sein.

So wäre es wohl auch gekommen, wenn wir sie bloß durch Überwindung der Monarchie von innen gewonnen hätten. Der Zeitpunkt dafür brauchte nicht in grauer Ferne zu liegen. Je

mehr das allgemeine Wahlrecht die wachsende Macht der Sozialdemokratie verkündete, je näher diese davor stand, im Reichstag die Mehrheit zu gewinnen, desto rascher nahte auch der entscheidende Konflikt mit der Monarchie.

Aber ehe es so weit war, entfesselte die Monarchie jenen sinnlosen Krieg, der zu ihrem militärischen Zusammenbruch führte. Zu dieser Zeit war das Proletariat in Deutschland schon so stark, daß aus dem militärischen Zusammenbruch gegen den äußeren Feind auch der politische im Reiche von selbst folgte. Aber noch war das Proletariat nicht stark genug, um die Macht, die ihm durch die Katastrophe ohne weiteres zufiel, behaupten zu können. Es war um so weniger dazu imstande, als der Krieg es geschwächt, einige seiner Teile demoralisiert und gerade seine revolutionärsten Schichten entzweit hatte, so daß sie, statt den bürgerlichen Gegner eine einige Front entgegenzustellen, sich in wütendem Bruderkampf zerfleischten.

So gelang es, nicht viel mehr zu gewinnen als die Beseitigung der Militärmonarchie und die Einführung einiger Sozialreformen, vor allem des Achtstundentags.

Nun scheint der alte Gegensatz von Revolutionären und Reformisten wieder aufzutauchen. Aber in Wirklichkeit ist dieser Gegensatz jetzt, nach der Revolution, nur noch ein „unnützes Erinnern" zu „vergeblichem Streit".

Die Reichsverfassung, die aus der Revolution hervorging, bietet trotz ihrer Mängel genügende Möglichkeiten für das sozialistische Proletariat, auf friedlichem Wege die politische Macht zu gewinnen.

Diese Verfassung ist noch nicht so gesichert, daß nicht vielleicht noch einmal das Proletariat zur Gewalt greifen muß, um sie zu verteidigen. Es hat aber nicht die mindeste Ursache, sie gewaltsam umstürzen zu wollen.

Wer heute noch in Deutschland von einem gewaltsamen Umsturz und einer Erneuerung der Revolution in diesem Sinne spricht, auch wenn er für den Moment Putsche ablehnt, erinnert an einen Mann, der, weil er mit vollem Recht um 3 Uhr morgens den kommenden Sonnenaufgang verkündete, nun glaubt, er sei es seinen Prinzipien schuldig, auch mittags noch den kommenden Sonnenaufgang zu verkünden.

Diese Revolutionäre von heute verkleinern selbst ihr Werk von gestern. Sie merken nicht, welch gewaltigen Umschwung die Revolution von gestern, die von 1918, mit sich gebracht, und daß sie die Grundlagen für den Kampf um die Macht völlig verschoben hat.

Nicht mehr gewaltsamer Umsturz der Verfassung, sondern ausgiebigste Ausnutzung der demokratischen Rechte, die sie bringt, ist jetzt unsere Aufgabe. Nicht mehr der Umsturz, sondern die proletarische Einigung führt heute das Proletariat in Deutschland zur Macht. Die Hervorhebung des Gegensatzes von Revolutionären und Reformisten, die der Einigung den Weg versperrt, ist nur noch ein Hindernis für die Gewinnung der Herrschaft des Proletariats, für die soziale Revolution, für die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus, die wir Sozialisten alle anstreben, wie immer man uns bezeichnen mag.

b) Das Weitertreiben der Revolution.

Die proletarische Revolution geht also auf der Grundlage der Demokratie vor sich, während die bürgerliche ausgeht von dem Kampf um die Demokratie. Diese Verschiedenheit zieht noch eine weitere nach sich.

Wir haben gesehen, daß die bürgerliche Revolution als eine Erhebung verschiedenartiger Klassen gegen den Absolutismus beginnt. Ist dieser gestürzt, dann werden die freigesetzten Volksschichten sich erst ihrer Klasseninteressen und Klassengegensätze vollständig bewußt und beginnen nun Kämpfe untereinander, mit den gewaltsamen Methoden, die der bürgerlichen Revolution eigen sind und die diese immer weiter treiben, immer extremere Klassen und Parteien an die Staatsmacht bringen.

In ihrer bemerkenswerten Schrift über „Die russische Revolution" erklärt Rosa Luxemburg die Notwendigkeit, „sehr rasch und entschlossen vorwärts zu stürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederzuwerfen und ihre Ziele immer weiter zu stecken", für das „Lebensgesetz" und „die Grundlehre" „jeder großen Revolution" (S. 77, 78).

In Wirklichkeit ist dieser Prozeß nur das Lebensgesetz jeder großen bürgerlichen Revolution.

Die proletarische vollzieht sich unter ganz anderen Bedingungen. Da ihr eine längere Zeit mehr oder weniger vollkommener demokratischer Praxis voraus geht, vollzieht sie sich nach voller Ausbildung und klarer Erkenntnis der Klassengegensätze, die früher durch den Absolutismus verschleiert wurden. Die Demokratie setzt wohl in den politischen Kämpfen friedlichere Methoden an Stelle der gewaltsamen früherer Zeiten, aber man darf das nicht für eine Milderung der Klassengegensätze ansehen. Die Klassen sind ökonomische, nicht politische Kategorien, ihre Interessen und ihre Gegensätze und ebenso deren Milderung oder Verschärfung hängt von ökonomischen, nicht politischen Bedingungen ab. Je größer aber die Möglichkeit freier Betätigung der verschiedenen Richtungen des Volkes, desto klarer werden sich die einzelnen Klassen über ihre Interessen und Gegensätze. Wo diese sich aus ökonomischen Gründen verschärfen, tritt das in der Demokratie rasch und unverkennbar zutage. Die proletarische Revolution kann daher nicht, wie die bürgerliche, ausgehen von Illusionen verschiedener gegensätzlicher Klassen über ihre gemeinsamen Interessen. Die proletarische Revolution findet keine derartigen Illusionen vor, die in ihrem Verlauf zerstört werden, um Klassenkämpfen innerhalb der Reihen der Revolutionäre Platz zu machen. Die proletarische Revolution ist das Ergebnis von Jahrzehnten erbitterter Klassenkämpfe, in denen das Klassenbewußtsein hüben wie drüben aufs schärfste entwickelt ist. Sie wird herbeigeführt durch die Übermacht einer einzigen Klasse, des Proletariats, hinter der keine andere Klasse mehr steht, die durch die neuen Machthaber unterdrückt und ausgebeutet würde. Die proletarische Klasse hat sich in ihrer politischen Organisation, der Sozialdemokratie, bereits lange vor dem Siege ihre Ziele aufs weiteste gesteckt. Keine Klasse oder Partei kann mehr hinter ihr auftreten, die der Revolution weitere Ziele stecken würde.

Trotzdem ist es möglich, daß der Anschein einer solchen, die Revolution weitertreibenden Macht erzeugt wird.

Das Proletariat ist ja in seinem Wesen nicht ganz einheitlich. Wir haben bereits gesehen, daß es in zwei Schichten zerfällt: die einen sind durch besondere ökonomische Verhältnisse oder durch die Gesetzgebung so begünstigt, daß sie starke Or-

ganisationen bilden und durch sie ihre Interessen ausgiebig wahren können: sie bilden den aufsteigenden Teil des Proletariats, seine „Aristokratie", die den herabdrückenden Tendenzen des Kapitalismus erfolgreich Widerstand zu leisten weiß, mitunter so sehr, daß der Kampf gegen den Kapitalismus für sie nicht mehr ein Kampf gegen das Elend, sondern ein Kampf um die Macht ist.

Neben diesen wohldisziplinierten, geschulten, kampffähigen Truppen steht aber das große Heer derjenigen, die unter so ungünstige Verhältnisse versetzt sind, daß sie noch nicht vermochten, sich zu organisieren und die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus zu überwinden. Sie bleiben im Elend und versinken vielfach immer tiefer in seinen Sumpf.

Die proletarische Revolution rüttelt auch diese Schichten auf, verleiht ihnen Mut und Kampffähigkeit. Und sie, die bisher apathisch dahinvegetierten, werden jetzt zu denjenigen, die stürmisch vorwärtsdrängen. Für sie ist der Klassenkampf ein Kampf gegen das Elend. Der vom Elend Bedrängte kann aber nicht warten, er braucht aufs dringendste sofortige Hilfe. Er fügte sich, solange er sich ohnmächtig fühlte. Ist er im Besitz der Macht, dann will er sofort allem Leid, aller Unterdrückung ein Ende machen. Unwissend, ohne Ahnung der ökonomischen ehernen Gesetze, glaubt er mit Gewalt alles durchsetzen zu können. Dank seiner Unwissenheit und Unerfahrenheit wird er in seinem heißen Drange nach Wohlfahrt und Freiheit eine leichte Beute aller Demagogen, die aus Berechnung oder Leichtfertigkeit ihm die glänzendsten Versprechungen vorgaukeln und zum Kampfe gegen die geschulten, altorganisierten Elemente führen, die gewohnt sind, sicher zu gehen und sich in jedem Moment nur solche Aufgaben zu stellen, zu deren Lösung ihre Fähigkeiten und Kräfte ausreichen, und die bereits über genügende Erfahrungen verfügen, um zu wissen, daß die Probleme, um die es sich handelt, nicht so einfacher Natur sind, wie sie dem Fernstehenden erscheinen.

Dieser Gegensatz innerhalb des Proletariats wird noch verstärkt durch das Wirken des Marxismus. Zur Zeit der bürgerlichen Revolution gab es wohl bereits eine Wissenschaft der politischen Ökonomie. Aber noch galt die Warenproduktion als die natürliche Form jeglicher Produktion, ihre Gesetze als

Naturgesetze jeder Art Wirtschaft, und noch hatte man nicht erkannt, wie sehr alle politischen und sozialen Ideen und Einrichtungen ökonomisch bedingt sind.

Ökonomische Kenntnisse waren dabei nur in der Bourgeoisie zu finden. Häufig wird dieses Wort als gleichbedeutend mit der Kapitalistenklasse gebraucht. Das ist aber falsch. Der Bourgeois, zu deutsch Bürger, bedeutet den Stadtbürger, verschieden vom citoyen, dem Staatsbürger. Man versteht unter der Bourgeoisie den ganzen gebildeten und bemittelten Teil der Stadtbevölkerung, im Gegensatz zur gesamten Landbevölkerung, Großgrundbesitz wie Bauernschaft, und zu dem ärmeren Teil der städtischen Bevölkerung. Die Bourgeoisie bildet keine Klasse im ökonomischen Sinne, sie ist, wie der „dritte Stand", ein Sammelname, der verschiedene Elemente umfaßt, neben den Kapitalisten auch Intellektuelle, also auch viele Schichten, die nicht von der Ausbeutung fremder Arbeit, sondern bloß von eigener Arbeit leben, oft sogar ausgebeutet sind. Die Intellektuellen sind unter den Bourgeois vielleicht zahlreicher als die Kapitalisten.

In der Bourgeoisie fand sich zur Zeit der bürgerlichen Revolution bereits einiges Verständnis für die Gesetze der politischen Ökonomie. Nicht aber bei den ärmeren Kleinbürgern und Proletariern sowie bei den Bauern. Vor allem die Proletarier waren nicht nur nicht in der Lage, ökonomisches Wissen zu erlangen, sie wehrten sich auch instinktmäßig dagegen, die Gesetze der Ökonomie anzuerkennen, weil diese die Naturnotwendigkeit ihres Elends lehrten. Die Kämpfe dieser Schichten gegen die Bourgeoisie während der Revolution waren gleichzeitig auch Kämpfe der Unwissenheit gegen ökonomische Einsicht.

Ganz anders steht es heute. Marx und Engels haben erkannt, daß die Gesetze der politischen Ökonomie die Kraft von Naturgesetzen nur unter bestimmten historischen Bedingungen haben, Bedingungen, die sich mit gleicher Naturgesetzlichkeit ändern. Sie erkannten nicht nur die Bewegungsgesetze der bestehenden Produktionsweise gründlicher als irgend jemand von ihnen, sondern auch ihre Entwicklungsgesetze. Wenn die ersteren die Notwendigkeit der Ausbeutung und des Elends unter den bisherigen Verhält-

nissen erkennen lassen, so zeigen die letzteren die Notwendigkeit der Überwindung der Ausbeutung und des Sieges des Proletariats. Dies näher auszuführen, ist hier überflüssig. Das ganze Erfurter Programm, das wir im vorhergehenden behandelt, ist auf diesen Gedankengang aufgebaut.

In dem gleichen Zeitraum, in dem die begünstigten Teile des Proletariats sich aus ihrer Degradation erheben und in die Lage kommen, immer mehr Wissen aufzunehmen, ersteht also auch die Lehre, die den Sieg des Proletariats verbürgt und es ihm zur Pflicht macht, die Gesetze und die Tatsachen des ökonomischen Lebens so gründlich zu studieren, als seine Lage möglich macht.

Diese Marxsche Lehre hat aber zwei Seiten. Auf der einen Seite zeigt sie die Gewißheit des proletarischen Sieges. Diese Seite hervorzuheben, ist besonders wichtig vor dem Siege, um so mehr, je schwächer das Proletariat, je niederdrückender die Verhältnisse sind, unter denen es lebt. Da ist es unerläßlich, den gegen eine Übermacht kämpfenden Proletariern Mut zu machen, indem man sie darauf hinweist, daß die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise selbst für sie arbeiten und ihnen die schließliche Übermacht in der Gesellschaft sichern.

Ganz anders aber gestaltet sich die Aufgabe der geschulten Marxisten nach dem Siege. Nun ersteht die große Frage, wie der Sieg zu benutzen. Und da obliegt es uns Marxisten, die andere Seite des Marxismus mit aller Macht in den Vordergrund zu stellen. Dieser lehrt die Bedingtheit aller politischen und sozialen Ideen und Einrichtungen durch die ökonomischen Gesetze, die nicht nach Belieben zu ändern sind. Sie lehrt, daß der Sozialismus unvermeidlich, naturnotwendig kommen muß auf einer gewissen Höhe der kapitalistischen Entwicklung. Aber damit ist unauflöslich verbunden die andere Erkenntnis, daß der Sozialismus unmöglich ist in einem früheren Stadium der Entwicklung. Daß, um ein sehr bekanntes, aber trotzdem viel zu wenig beachtetes Wort aus der Vorrede zum Marxschen „Kapital" nochmals zu zitieren,

„eine Gesellschaft, auch wenn sie dem Naturgesetz ihrer Entwicklung auf die Spur gekommen ist, ... sie naturgemäße Entwick-

lungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren kann. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern."

Öfter als dieser Satz wird in den jetzigen revolutionären Zeiten ein anderer aus dem „Kapital" zitiert, der auch das Bild der Geburt gebraucht:

„Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht."

Die das gern zitieren, vergessen meist, daß unmittelbar vorher als diese Gewalt nicht etwa die der Fäuste oder Bajonette — Maschinengewehre gab es damals noch nicht — bezeichnet wird, sondern „die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft", und daß andererseits Marx in dem früher zitierten Satz ausdrücklich davor warnt, naturgemäße Entwicklungsphasen überspringen zu wollen.

Ein Geburtshelfer, der aus Ungeduld Gewaltmittel anwendet, um eine schwangere Frau statt im neunten schon im fünften Monat zum Gebären zu bringen, wird allerdings den Triumph haben, die Schwangerschaft erheblich abzukürzen, aber die Frucht, die seine Gewalt zutage fördert, wird nach einigen Zuckungen alsbald alle Lebensfunktionen einstellen, und die Mutter selbst wird von Glück sagen können, wenn sie nicht langes Siechtum oder gar den Tod davonträgt.

Eine derartige Geburtshelferei wird augenblicklich von einigen Ärzten, die behaupten, durch die Marxsche Schule gegangen zu sein, an dem armen Mütterchen Rußland verübt. Die Herren Heilkundigen haben mit den vollen Tönen, die der Scharlatanerie und Quacksalberei eigen sind, verkündet, ihre Gewaltanwendung sei das probate Mittel, „die Geburtswehen des Sozialismus abzukürzen und zu mildern".

Wo und wann immer das Proletariat die politische Macht erobert, haben wir Marxisten vor allem die Aufgabe, festzustellen, in welcher „naturgemäßen Entwicklungsphase" der Gesellschaft diese Eroberung vor sich geht, und die Art der Ausnutzung des Sieges ihr anzupassen, vor allen verfrühten Mitteln zu warnen, wenn diese, so erwünscht sie für das Proletariat auch sein mögen, unter den gegebenen Bedingungen zu einem Mißerfolg und damit zu einem Rückschlag führen müssen.

Wir sind durchaus nicht der Meinung der Genossin Luxemburg, die sich dahin ausspricht, die Sozialisten hätten in der Revolution stets die Aufgabe, vorwärtszutreiben, wie es die Bolschewisten taten:

„Die Grundlehre jeder großen Revolution, deren Lebensgesetz, lautet: Entweder muß sie sehr rasch und entschlossen vorwärtsstürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken, oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächeren Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution unterdrückt." (Die russische Revolution, 1922, S. 77, 78.)

„Das Proletariat kann, wenn es die Macht ergreift, nimmermehr nach dem guten Rate Kautskys unter dem Vorwand der ‚Unreife des Landes' auf die sozialistische Umwälzung verzichten, ohne an sich selbst, an der Internationale, an der Revolution Verrat zu üben. Es soll und muß sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen." (A. a. O., S. 115.)

Die Genossin Rosa Luxemburg erlebte leider nicht mehr die Sowjetrepublik in Turkestan, sonst hätte sie sich die Frage vorlegen müssen, ob auch dort die sozialistische Umwälzung sofort vor sich gehen müsse, wolle man nicht an unseren heiligsten Gütern Verrat üben.

Heute sind wir in der Lage, die Dinge etwas nüchterner zu betrachten, als dies im Jahre 1918 möglich war, als die Genossin Luxemburg die obigen Zeilen schrieb. Heute sehen wir auch an dem Beispiel der trostlosen Verhältnisse Rußlands, was dabei herauskommt, wenn man ohne jede Rücksicht auf die gegebene Entwicklungsphase „sofort sozialistische Maßregeln in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nimmt".

Wo das Proletariat die Macht erobert, brauchen wir wirklich nicht darum besorgt zu sein, daß es in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise nach sozialistischen Maßregeln drängt. Dazu bedarf man gerade keiner geschulten Marxisten. Die Gefahr liegt da nicht darin, daß zu wenig revolutionärer Drang entfaltet wird, sondern daß er sich in unzweckmäßiger Weise entlädt, in Maßnahmen, die das Gegenteil dessen erreichen, was sie erreichen wollen.

Nicht zur Rücksichtslosigkeit und zu raschestem Vorwärtsstürmen haben wir da aufzufordern, sondern zur Selbstbesin-

nung und zu jener Beschränkung, die dem Meister ziemt, zur Beschränkung nicht aus Furcht oder Schwächlichkeit, sondern aus klarer Erkenntnis dessen, was im gegebenen Moment möglich oder zweckmäßig ist. Das bedeutet keineswegs den Verzicht auf die sozialistische Umwälzung, den ich natürlich auch nie gefordert habe, sondern nur den Verzicht darauf, sie in unzweckmäßiger Weise oder unter Umständen, wo sie unmöglich ist und nur mit elendem Zusammenbruch enden kann, in Angriff zu nehmen. Die Frage ist nun die, ob das Proletariat, wenn es zur Macht kommt, geneigt sein wird, die vom Marxismus von ihm geforderte Selbstbesinnung und Selbstbeschränkung auf sich zu nehmen.

Am ehesten werden dazu zu haben sein die organisierten, geschulten Schichten des Proletariats. Am wenigsten die unorganisierten, ungeschulten. So kommen diese beiden Schichten im Verlauf der proletarischen Revolution leicht in einen Gegensatz zueinander, der sich bis zu gewalttätigem Kampfe steigern kann und der äußerlich an die Kämpfe zwischen den verschiedenen Fraktionen der bürgerlichen Revolution erinnert, bei denen die Radikalen immer die Gemäßigteren übertrumpften und so die Revolution immer weiter trieben. Und es scheint so, als gehorche die proletarische Revolution demselben „Lebensgesetz" wie die bürgerliche.

Aber in Wirklichkeit sind beide Arten Revolutionen grundverschieden. Das „Weitertreiben", das in der bürgerlichen Revolution ein Kampf *verschiedener* Klassen war, ist bei der proletarischen ein Kampf *innerhalb der gleichen Klasse*. In der bürgerlichen Revolution sind es die vorgeschrittensten Elemente der besitzlosen Klassen, die sich von der bürgerlichen Führung losmachen und den Kampf gegen die Bourgeoisie als Radikale gegen Gemäßigte aufnehmen. In der proletarischen Revolution ist das ganze Proletariat von der bürgerlichen Führung befreit, wird der Kampf der Radikalsten gegen die Gemäßigteren zu einem Kampfe der Unwissenden, Unerfahrenen, Unorganisierten, also der rückständigsten Teile des Proletariats gegen die Geschulten, Erfahrenen, Organisierten, die höchstentwickelten proletarischen Schichten.

In beiden Arten Revolutionen müssen die Radikalsten schließlich scheitern, aber in der bürgerlichen Revolution scheitern sie

deshalb, weil ihr Ziel auf der gegebenen Grundlage überhaupt nicht erreichbar ist, weil sie Armut und Elend ohne Antastung der Warenproduktion beseitigen wollen. Anders in der proletarischen Revolution. Dort haben die Sozialisten aller Richtungen das gleiche Ziel, und dieses ist erreichbar. Wenn die Radikalsten da scheitern, liegt es bloß daran, daß sie in ihrer Unwissenheit und Unbekümmertheit, die sie als revolutionären Sturm und Drang preisen, blind auf ihr Ziel lossteuern, ohne das Fahrwasser zu studieren und seine Untiefen und Riffe zu beachten. Sie scheitern nicht daran, daß sie durch ihre Klassenlage gedrängt werden, sich an Unmögliches zu wagen, sondern daran, daß sie das Erreichbare, das in greifbare Nähe gerückt ist, in verkehrter, unvernünftiger Hast zu gewinnen suchen, wobei sie die Beine brechen und die Fähigkeit verlieren, weiter auf das Ziel loszumarschieren, das ihnen auf diese Weise unerreichbar wird.

Endlich kommt hier noch folgender Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution in Betracht: Zur Zeit der bürgerlichen Revolution sind die Produktionsverhältnisse noch sehr einfacher Natur, so daß sie schon einen tüchtigen Puff vertragen. Bürgerkrieg und Terrorismus beeinträchtigen den Produktionsprozeß wohl vorübergehend. Aber die ökonomische Befreiung durch die Revolution ist so gewaltig, daß sie diese Schädigungen rasch überwindet. Nach der Revolution schnellt die Produktion sprunghaft in die Höhe, eine Ära der Prosperität beginnt. So wirkt die Revolution in der Erinnerung fast der ganzen Nation fort als ein stolzes und glückliches Ereignis. Und sie wirkt so fort selbst bei den besitzlosen Schichten, die in ihr unterlagen, als der erste Versuch ihrer Befreiung, den sie bald durch einen besser beratenen fortsetzen wollten.

Der Produktionsprozeß, der zur Zeit der proletarischen Revolution herrscht, ist dagegen äußerst komplizierter und empfindlicher Natur. Jeder rauhe Eingriff von Dilettanten oder gar Analphabeten droht ihn zum Aufhören zu bringen. Der Stillstand der Produktion bedeutet aber den Tod.

Wo daher in der proletarischen Revolution jene eben beschriebenen „radikalen" Elemente obenauf kommen, die sie zu rücksichtslosester Zerstörung des „Alten" „weitertreiben", um

klare Bahn für das Neue zu schaffen, da endet sie nicht bloß in trostlosem Katzenjammer ob der verschwundenen Illusionen, die wie glänzende Seifenblasen zerplatzen, sondern auch in völligem ökonomischem Ruin, wie wir eben jetzt in Rußland schaudernd mit ansehen müssen.

In dem Bewußtsein derjenigen Proletarier, die diese entsetzliche Methode des Weitertreibens der Revolution überleben, werden daher die radikalsten Elemente der Revolution nicht wie die Radikalen der bürgerlichen Revolution als die Vorkämpfer des proletarischen Befreiungskampfes erscheinen, derer man mit Verehrung gedenkt, sondern als seine Verderber, die man aus vollem Herzen verabscheut.

c) Die Gegenrevolution.

Zum Glück für unsere Sache gibt es außer den zuletzt behandelten Unterschieden noch einen weiteren zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution.

In jener war es unausweichlich, daß es nach dem Sturze des Absolutismus zu erbitterten Kämpfen der Revolutionäre untereinander kam. Denn dieser Sturz war das Werk des Zusammenwirkens verschiedener Klassen, die nach gewonnener Freiheit sofort ihrer Klassengegensätze inne werden und sich nun bekämpfen müssen.

Die proletarische Revolution ist dagegen das Werk einer einzigen Klasse. Sie zerfällt in verschiedene Schichten mit verschiedener Entwicklungshöhe. Diese können in der Revolution in Konflikt miteinander kommen. Aber sie müssen es nicht.

Sie werden es um so weniger, je mehr im Proletariat die organisierten, geschulten Elemente überwiegen, je eifriger diese schon vor der Revolution das Interesse der unorganisierten, schwächeren Brüder wahrgenommen und daher deren Vertrauen gewonnen haben. Je reicher endlich die Nation, in der die Revolution vor sich geht, je höher entwickelt ihr Produktionsapparat, je intensiver dieser arbeitet. Um so leichter wird es dem siegreichen Proletariat werden, sofort wenigstens das bitterste Elend in der Gesellschaft zu lindern und so dem Hauptstachel für ein übereiltes Vorgehen der Revolutionäre seine Schärfe zu nehmen.

Wenn die jüngsten Revolutionen ein anderes Bild geben, so ist das einer Reihe eigenartiger Umstände zuzuschreiben, die dem furchtbaren Weltkrieg und seinen ganz abnormen Konsequenzen zuzuschreiben sind, deren Kenntnis wir voraussetzen dürfen. Aber alle diese Umstände sind ausnahmsweiser Art, die sich kaum wiederholen werden, wie immer sich die Zukunft gestalten mag.

Die verhängnisvolle Dreiteilung des kämpfenden Teils des deutschen Proletariats geht ihrem Ende entgegen. Das nicht bloß hungernde, sondern direkt verhungernde Rußland vermag auch den Naivsten und Leichtgläubigsten unter den nach einem Messias sehnsüchtig ausblickenden Erlösungsbedürftigen nicht mehr zu faszinieren.

Gelingt es, die Demokratie in Deutschland zu erhalten, und wir haben alle Ursache, das zu erwarten, dann wird die geeinigte Sozialdemokratie, wie Marx und Engels es für England erwarteten, auch in Deutschland auf friedlichem Wege die politische Macht erobern, sobald die Mehrheit der Nation hinter ihr steht. Bis dahin werden wir auch die jetzige verzweifelte Zeit unzureichender Produktion und stockenden Weltverkehrs überwunden haben, und die Reichtumsquellen der Gesellschaft werden so reichlich fließen, daß sie aus dem Vollen zu schöpfen vermag. Dann wird es für die zur Herrschaft gelangte Sozialdemokratie möglich sein, den Ärmsten unter den Elenden sofort eine erhebliche Besserung ihrer Lage zuteil werden zu lassen ohne Minderung der allgemeinen gesellschaftlichen Kultur, ja unter Hebung derselben und gleichzeitiger Vermehrung der Produktivkräfte.

Kommt das Proletariat zur politischen Macht unter diesen Bedingungen — und das sind die normalen für die proletarische Revolution —, dann ist nicht der mindeste Grund vorhanden, daß die ungeschulten und unerfahrenen Elemente im Proletariat sich gegen die vorgeschritteneren in vernichtendem Bruderkampf wenden, um die Revolution weiterzutreiben — in Wirklichkeit sie zu ruinieren. Dann haben wir alle Aussicht, daß die rückständigen Teile des Proletariats seinem „Vortrupp", das heißt seinen großen Organisationen vertrauensvoll folgen und Arm in Arm mit ihnen die Revolution in dem Maße weiterführen, in dem die politischen Kräftever-

hältnisse der Klassen und die objektiven ökonomischen Bedingungen es gestatten. Nur über das Tempo des möglichen Vorwärtsmarschierens kann innerhalb des sozialistischen Proletariats gestritten werden. Diese Differenzen werden nicht so intensiv werden, daß sie die organisatorische Einheit der Sozialdemokratie gefährden. Daß wir alle, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, den raschesten Fortgang der Sozialisierung herbeisehnen, daran sollte kein Zweifel bestehen.

Die großen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats werden um so leichter in der Revolution die ganze Klasse zu einheitlichem Tun zusammenfassen, je mehr vorher schon die höher entwickelte Arbeiterschaft sich ihrer schwächeren Brüder angenommen und ihre Kräftigung gefördert hat.

Wenn sich die kommende proletarische Revolution in dieser Weise vollzieht, dann bleibt sie auch vor dem Ende bewahrt, das jede bürgerliche Revolution abschloß — der Gegenrevolution.

In ihrer schon zitierten Broschüre meint die Genossin Luxemburg, es sei ein Lebensgesetz jeder großen Revolution, rasch vorwärtszustürmen, wobei immer radikalere Elemente obenauf kommen, sonst werde sie von der Konterrevolution erdrückt. Aber die Tatsachen zeigen, daß jede bürgerliche Revolution in dieser Weise vorwärtsstürmte, um schließlich trotzdem von der Konterrevolution erdrückt zu werden. Und dies war kein Zufall, sondern ebenso naturnotwendig wie das Vorwärtsstürmen selbst, das aus den Gegensätzen der Klassen folgte, die beim Ausbruch der Revolution gemeinsam vorgegangen waren. Es war unvermeidlich, daß die besitzlosen Klassen sich dabei an Unmögliches wagten und daher schließlich zusammenbrachen. Damit verlor aber die Revolution ihre kraftvollsten und treuesten Stützen und mußte der Gegenrevolution unterliegen.

Engels sagt darüber in seiner Einleitung zur englischen Ausgabe seiner Schrift „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" (abgedruckt in der Neuen Zeit, 11. Jahrgang, 1. Band) unter dem Titel „Über den historischen Materialismus":

„Auf dies Übermaß revolutionärer Tätigkeit folgte die unvermeidliche Reaktion, die ihrerseits weit übers Ziel hinausschoß."

Und unmittelbar vorher sagt er, nachdem er diesen Vorgang an dem Beispiel der englischen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts illustriert:

„Es scheint dies in der Tat eines der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Revolution zu sein." (S. 44.)

Ja, der bürgerlichen, nicht aber auch der proletarischen, die sich unter ganz anderen Bedingungen vollzieht.

Die proletarische wird nicht wie die bürgerliche von einer Vielheit von Klassen gemacht, sondern nur von einer einzigen. Hinter dieser steht keine andere Klasse mehr, die über die der neuen Klasse entsprechende Ordnung hinaus will, aber noch nicht imstande ist, eine eigene Ordnung zu begründen, daher schließlich scheitern muß und dabei die ganze Revolution zum Zusammenbruch bringt.

Wo es in der proletarischen Revolution zu einem blutigen Kampf der Revolutionäre untereinander und infolgedessen zur Gegenrevolution kommt, da entspringt dies nicht einem notwendigen „Lebensgesetz" der Revolution, sondern ausnahmsweisen Zuständen, die immer seltener werden, da sie meist aus dem Fortbestehen feudaler Verhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft entspringen.

Obwohl der letzte politische Umsturz in Deutschland noch keine rechte proletarische Revolution war, da er ja das Proletariat nur vorübergehend zur Herrschaft brachte, und obwohl hier aus Gründen, die in letzter Linie dem Kriege und nicht der Revolution entsprangen, das Proletariat sich im Bruderkampf zerfleischte und dadurch der Gegenrevolution den Weg ebnete, ist diese bisher noch nicht in dem Maße eingetreten, wie das in den bürgerlichen Revolutionen der Fall war, und wir dürfen erwarten, daß die augenblickliche Reaktion bald ihren Höhepunkt erreicht haben wird.

Nach der großen Französischen Revolution finden wir Kirchhofsruhe in Frankreich, völligen Mangel an Bewegungsfreiheit und lange Mangel an Bewegungsbedürfnis der Massen. Das dauerte ein Menschenalter, bis 1830. Nach dem Niederschlagen der Erhebung von 1848 dauert es ein Dutzend Jahre, bis wieder Leben in die bürgerliche und proletarische Demokratie kommt. In dem Zwischenraum von 1849 bis 1860 herrscht völlige politische Starrheit.

Im heutigen Deutschland dagegen finden wir wohl ein Abflauen des politischen Interesses der Massen und infolgedessen einen Rückgang der sozialistischen gegenüber den bürgerlichen Stimmen. Aber diese Erscheinung ist nicht allgemein und so geringfügig, daß sie bisher keine erheblichen Machtverschiebungen hervorgerufen hat.

Nur in höchst rückständigen Gegenden, wo es den politischen Analphabeten unter kommunistischer Führung gelang, auch die geschulten Teile der Arbeiterklasse mit sich zu sinnlosem Tun fortzureißen, finden wir eine wahrhafte Gegenrevolution, wie in Ungarn.

Wie in allen Dingen, ist auch hier Rußland völlig eigenartig. Da seine Revolution noch im wesentlichen eine bürgerliche, folgt es auch dem „Entwicklungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft" und läßt auf das „Übermaß revolutionärer Tätigkeit" „die unvermeidliche Reaktion folgen, die ihrerseits weit übers Ziel hinausschießt".

Während dieser Vorgang sich bisher in allen Ländern der Welt in der Weise vollzog, daß eine Partei die andere niederwarf und ablöste, haben es die Bolschewiki fertiggebracht, den Übergang von der Revolution zur Reaktion selbst zu vollziehen. Man preist bewundernd die Lebenskraft ihres Regimes, aber sie beruht nicht auf der Lebenskraft der von ihnen geführten Revolution, sondern darauf, daß sie, sobald sie sehen, daß es mit der Revolution zu Ende geht, bedenkenlos selbst die Funktionen der Gegenrevolution übernehmen.

Engels liebte es, ein englisches Spottlied auf den Vikar von Bray zu singen, auf einen englischen Geistlichen, der in den Zeitläuften des siebzehnten Jahrhunderts sich in seiner Pfarre dadurch zu behaupten wußte, daß er jedem Regime, ob revolutionär oder reaktionär, mit gleicher Hingebung diente. Lenin übertrumpft den Vikar, denn er bildet das Regime der Reaktion wie das der Revolution selber.

Im „faulen Westen" ist derartiges doch nicht mehr möglich.

Wir haben alle Aussicht, daß sich die kommende proletarische Revolution, das heißt die Gewinnung der politischen Macht, auf Grund der Demokratie vollzieht, also friedlich. Daß sie zu keinem Bruderkampf der Proletarier untereinander führt und daher auch nicht mit einer Gegenrevolution schließt. Ihr wird

das stürmische Vorwärtsdrängen fehlen, das die bürgerliche Revolution kennzeichnet, und doch wird sie schneller vorwärtskommen, weil sie durch keine tiefgehenden Reaktionen und Rückschläge aufgehalten wird.

Die Revolutionärsten unter den Revolutionären werden gegen diese Auffassung protestieren. Eine Revolution ohne Gemetzel und Terror ist für sie doch keine richtige Revolution, sondern bloß elender waschlappiger Reformismus. Sie beweisen mit ihren Anschauungen von der Revolution bloß, wie konservativ, trotz aller revolutionären Redensarten, ihr Denken ist. Sie können sich eine Revolution gar nicht anders vorstellen als nach dem Muster der bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit. Wie immer man aber über die proletarische Revolution der Zukunft denken mag, eines steht unzweifelhaft fest: sie wird ganz anders aussehen, weil sie unter ganz anderen Bedingungen vor sich gehen wird als die bürgerlichen Revolutionen, aus deren Geschichte wir bisher unser Wissen und Denken über die Revolution überhaupt geschöpft haben.

d) Die Koalitionspolitik.

Wenn wir die politische Revolution als Eroberung der politischen Macht durch eine bisher von der Staatsgewalt ausgeschlossene Klasse (oder Vereinigung von Klassen) betrachten, dann finden wir zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution in diesem Sinne mannigfache Verschiedenheiten.

Nur eine von ihnen sei hier näher untersucht.

Die bürgerliche Revolution endet in der Gegenrevolution. Die Form, die dazu überleitet, ist in der Regel eine Militärdiktatur. Diese beruht auf der Tatsache, daß die Klassen der Revolution, Bourgeois, Bauern, Kleinbürger, Proletarier, nach den wütenden inneren Kämpfen, in denen sie sich aufreiben, zu einem Gleichgewichtszustand kommen, in dem keine dieser Klassen imstande ist, ihre politische Klassenherrschaft über die anderen aufzurichten. Die Demokratie ist in diesem Stadium noch nicht festgewurzelt, dagegen haben die Bürgerkriege und vielfach auch äußere Kriege der Revolutionszeit dahin geführt, daß an Stelle der alten, aufgelösten Armee des Absolutismus eine neue, stramm disziplinierte getreten ist.

Wer über diese Armee verfügt, wird nun bei dem Gleichgewicht der Klassen leicht absoluter Herr über sie alle. So endet die Revolution in dem, was man Bonapartismus oder Cäsarismus nennt.

Wo wir es mit einer wirklich, nicht bloß, wie in Rußland, scheinbar proletarischen Revolution zu tun haben, fehlen alle Vorbedingungen für eine solche Entwicklung, die am Ende der bürgerlichen Revolution unvermeidlich war. Sie fehlt in der proletarischen Revolution einmal deswegen, weil die Demokratie bei ihrem Beginn meist schon festgewurzelt ist, ihre politischen Kämpfe also nicht in der Form des Bürgerkriegs ausgekämpft werden, der an Stelle des überwundenen Militarismus einen neuen setzt. Dann aber deshalb, weil die proletarische Revolution bei ihrem Ausgangspunkt schon ein Überwiegen des Proletariats über alle anderen Klassen zusammen voraussetzt, so daß höchstens eine innere Spaltung dieser Klasse den Gegnern der Revolution wieder ein Übergewicht verschaffen kann, was keineswegs notwendig ist und nur ausnahmsweise eintritt.

Wohl aber finden wir den Gleichgewichtszustand der Klassen, der die bürgerliche Revolution abschließt, in der einleitenden Phase der proletarischen. Dieser Zustand tritt ein in dem Zeitpunkt, ehe das Proletariat so weit ist, daß es für sich allein die politische Herrschaft zu gewinnen vermag, aber doch schon zu stark, als daß irgendeine der bürgerlichen Klassen ihre Herrschaft im Gegensatz zum Proletariat behaupten könnte.

In diesem Stadium würde durch das Streben nach einer reinen Klassenregierung jede geordnete Staatsverwaltung und damit auch ein gedeihliches ökonomisches Leben ganz unmöglich. Staat und Gesellschaft und alle ihre Teile, das Proletariat mit inbegriffen, müßten in die äußerste Notlage geraten. Der Bürgerkrieg, der Versuch einer der Klassen, die ihr entgegenstehende durch Waffengewalt niederzuhalten, würde, wenn er in der entwickelten Demokratie, die wir voraussetzen, überhaupt möglich wäre, nichts erreichen, als den völligen ökonomischen Zusammenbruch zur Höhe des heutigen russischen zu erheben.

Es bleiben unter diesen Umständen nur zwei Formen der Regierung möglich: entweder bildet eine der Parteien die Re-

gierung unter stillschweigender Duldung oder Unterstützung mindestens einer der gegnerischen Parteien, auf die Rücksicht zu nehmen ist, oder die Sozialisten bilden mit einer oder mehreren der bürgerlichen Parteien zusammen eine Koalitionsregierung.

Beispiele der ersten Form finden wir in Österreich und Schweden. In Schweden eine rein sozialistische Regierung, die aber nur lebensfähig ist, wenn die Liberalen sie unterstützen. In Österreich eine christlichsoziale, die unmöglich wird an dem Tage, an dem die Sozialisten sich anschicken, sie zu stürzen.

Vorher hatten wir in Österreich eine Koalitionsregierung mit sozialistischer Beteiligung. Ebenso in Belgien und Dänemark. Wir haben eine sozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung in Deutschland. Morgen vielleicht wieder in Dänemark und Belgien und dazu in Italien und England.

Ob ich eine Regierung deshalb unterstütze, weil sie unter den gegebenen Umständen die beste ist, ohne an den Kabinettsberatungen teilzunehmen und auf sie einzuwirken, oder ob ich in diese Regierung eintrete und ihre Beschlüsse direkt bestimme, kann mitunter taktisch einen großen Unterschied machen, nicht aber grundsätzlich. Es gibt allerdings Politiker, die überwiegend Agitatoren sind. Sie tragen daher Bedenken, offen mit bürgerlichen Elementen zusammenzuwirken, und ziehen dafür grundsätzlich versteckere Formen vor. So galt es zum Beispiel bei der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des früheren Wahlsystems mit Stichwahlen für selbstverständlich, daß man bei einer Stichwahl den Mann der bürgerlichen Opposition, etwa den Demokraten oder Zentrumsmann, wählte. Aber ein besonderes Abkommen mit den betreffenden Parteien zu diesem Zwecke wurde von vielen unserer Radikalen als schnöde Verletzung der Grundsätze des Klassenkampfes verworfen. So scheint es heute auch manchem noch grundsätzlich verwerflich, in ein Koalitionsministerium einzutreten, selbst wenn man seine Notwendigkeit noch so sehr anerkennt.

Immer wieder wird für diese intransigente Haltung an den Grundsatz des Klassenkampfes appelliert. Nun ist es sicher eine der hervorragendsten Leistungen von Marx und Engels, daß sie die Bedeutung des Klassenkampfes in der Politik erkannten, aber nie ist es ihnen eingefallen, zu behaupten, eine Klasse

könne ihre Interessen nur dann wirksam wahren, wenn sie sich völlig isoliere. Wie, höre ich auf zu kämpfen, wenn ich Bundesgenossen suche, um im Kampf erfolgreicher bestehen zu können? Gewiß, wenn ich Bundesgenossen habe, muß ich auf sie Rücksicht nehmen, ich kann mitunter deshalb dem geschlagenen Feinde nicht so schwere Bedingungen auferlegen, als ich täte, wenn ich allein ihn besiegt hätte. Aber was hilft mir dieses „hätte", wenn ich in Wirklichkeit ohne den Alliierten geschlagen wurde!

Die grundsätzliche Verwerfung jeglicher Koalition unter allen Umständen entspringt jener Auffassung des Klassenkampfes, die alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme als die gleiche reaktionäre Masse betrachtet, eine Auffassung, die niemand mehr bekämpfte als Marx, weil sie mehr der Klassenborniertheit als dem Klassenbewußtsein Vorschub leistet.

Otto Bauer, dessen Radikalismus doch nicht bezweifelt werden wird, hat denn auch die Koalitionspolitik keineswegs grundsätzlich verworfen, sondern sie sogar eine Zeitlang selbst praktisch mitgemacht.

Natürlich muß man zwischen Koalition und Koalition unterscheiden. Nur unter bestimmten Voraussetzungen wird sie von Vorteil sein.

Sehr wichtig für diese Frage ist der Artikel, den Otto Bauer in der Berliner „Freiheit" vom 3. Januar 1922 veröffentlichte unter dem Titel „Koalitionsregierungen und Klassenkampf".

Er unterscheidet zwei Arten Koalitionsregierungen. Die einen nennt er „reformistische". Sie wurden gebildet zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie noch in gewaltiger Übermacht über das Proletariat herrschte und daher ihm keine Zugeständnisse zu machen brauchte. Wenn einmal eine bürgerliche Regierung einen einzelnen Sozialisten in ihre Mitte aufnahm, wurde dieser dadurch verantwortlich für die rein kapitalistische Regierungspolitik.

Ganz anders heute, wo das Proletariat so erstarkt ist, daß wir ein Gleichgewicht der Klassen haben.

„Wo solches Gleichgewicht der Klassenkräfte besteht, dort kann eine Koalitionsregierung eine vorübergehende Notwendigkeit sein."

Darin stimme ich Otto Bauer vollständig zu. Dagegen scheint es mir, daß er zu sehr lokale österreichische Verhältnisse gene-

ralisiert, wenn er unter den Machtmitteln besonders die militärischen hervorhebt, über die das Proletariat verfügen muß, um als gestärkter Faktor der bürgerlichen Welt gegenüberzustehen und der Koalition ihren „reformistischen" Charakter zu nehmen.

„Der reformistische Ministerialismus ließ proletarische Parteien an der Regierungsgewalt teilnehmen, obwohl die vielen militärischen und ökonomischen Machtmittel von der Bourgeoisie monopolisiert blieben, die österreichische Koalitionsregierung dagegen beruhte auf der Tatsache, daß die vielen Machtmittel, die Verfügung über die Armee und über die Verkehrsmittel in die Hände des Proletariats gefallen waren."

Bauer ist offenbar der Ansicht, daß das Proletariat in den Parteien der Zweiten Internationale über weniger Machtmittel verfügt als in Österreich, sonst würde er nicht hinzufügen, daß „der reformistische Ministerialismus heute die Parteien der Zweiten Internationale beherrscht".

Meines Erachtens ist das Proletariat in Deutschland stärker als in Österreich, obwohl es hier nicht wie dort über die Reichswehr verfügt. Es ist hier zahlenmäßig der Bauernschaft weit mehr überlegen als in den Alpenländern. Und in noch höherem Grade gilt das von England, wo eine Bauernschaft überhaupt nicht mehr existiert. Stark ist die Bauernschaft in Belgien und Dänemark. Doch auch dort ist das Proletariat an relativer Kraft im Staate dem österreichischen sicher ebenbürtig. Eine Koalitionspolitik in diesen Ländern ist also über jenes Stadium schon hinausgewachsen, das Bauer als das des „reformistischen Ministerialismus" bezeichnet.

Aber darin hat Bauer vollständig recht: Die Koalitionspolitik hat um so mehr Aussicht auf Erfolg, die Gefahren, die sie in sich trägt, werden unleugbar um so mehr vermindert, je größer die proletarische Macht, die hinter den sozialistischen Ministern in der Koalitionsregierung steht. Wo einmal die Koalitionspolitik unvermeidlich geworden ist, da gilt es also, um sie möglichst nutzbringend für das Proletariat zu gestalten, dessen Macht aufs höchste zu steigern.

Das aber erheischt vor allem: Geschlossenheit des Proletariats. Wer die Gefahren der Koalitionspolitik auf ihr Minimum reduzieren will, hat vor allem die Aufgabe, auf die so-

zialistische Einigkeit hinzuwirken. Wer dieser entgegenwirkt, der beseitigt damit nicht die Notwendigkeit der Koalitionspolitik, er bewirkt bloß, daß sie unter ungünstigeren Bedingungen vor sich geht, als es sonst der Fall wäre.

Die Gegner der Koalitionspolitik in unseren Reihen halten ihr meist die Vorteile einer rein sozialistischen Regierung entgegen. Aber dieser Vergleich ist ganz sinnlos, denn kein Sozialist wird eine Koalitionsregierung bevorzugen, wenn er eine rein sozialistische haben kann. Nur diese kann uns den Weg zum Sozialismus eröffnen, nur diese wird energisch und planmäßig an das Werk der Sozialisierung des kapitalistischen Produktionsprozesses herangehen. Darüber besteht ja gar keine Frage. Hier handelt es sich aber um das Stadium, in dem das Proletariat noch nicht genügend Macht hat, eine rein sozialistische Regierung einzusetzen und zu behaupten, wohl aber schon die Macht, jede Regierung unmöglich zu machen, die als eine direkt proletarierfeindliche auftritt. In diesem Stadium kann die Frage bloß die sein: Koalitionsregierung oder eine bürgerliche Regierung von Proletariats Gnaden. Eine rein sozialistische Regierung von der liberalen Bourgeoisie Gnaden dürfte so selten sein, daß wir hier von ihr absehen können. Auch sie könnte nicht das leisten, was nur ein sozialistisches Ministerium zu leisten vermöchte, hinter dem ein übermächtiges Proletariat steht.

Es kann der Fall vorkommen, daß eine sozialistische Partei es vorzieht, wenn das bürgerliche Regime außerordentliche Schwierigkeiten hervorruft, der Bourgeoisie die heikle Aufgabe zu überlassen, die Suppe auszulöffeln, die sie eingebrockt hat, zum Beispiel heute die Kriegsfolgen zu überwinden. Aber sehr oft kann es äußerst gefahrvoll für das Proletariat werden, die Verfügung über die Machtmittel des Staates uneingeschränkt bürgerlichen Elementen zu überlassen. Genosse Bauer sagt, daß in Österreich die Koalitionspolitik vom Standpunkt des revolutionären Sozialismus gestattet war, weil es dort das Proletariat verstand, sich der Wehrmacht zu bemächtigen. Ich möchte aber noch hinzufügen: Gerade weil die Wehrmacht in proletarischen Händen war, durften die Sozialisten es riskieren, aus der Koalition herauszugehen, sobald sie ihnen unbequem wurde.

In einem Land, in dem die Wehrmacht nicht in den Händen des Proletariats ist, und das wird für lange hinaus die Regel sein, kann es von den verhängnisvollsten Folgen werden, wenn die Sozialdemokratie die gesamten Machtmittel des Staates in rein bürgerliche Hände legt ohne jede Kontrolle und ohne jede Einflußnahme auf ihre Verwendung.

Nun widerstrebt die Koalition sicher dem Wesen des Proletariats. Ich habe einmal ausführlicher (in einem Artikel über „Klassendiktatur und Parteidiktatur" im Wiener „Kampf", August 1921) dargetan, daß keine der bürgerlichen Parteien eine reine Klassenpartei ist, sondern jede aus einer Vereinigung verschiedener Klassenelemente besteht. Nur die Sozialdemokratie ist eine reine Klassenpartei. Dieser Umstand läßt das Proletariat auch mehr als andere Klassen einer zeitweiligen Zusammenfassung verschiedener Parteien zu einer Koalition widerstreben. Andererseits steht das Proletariat wegen seiner Klassenlage in stärkster Opposition zur bestehenden Gesellschaftsordnung, und das drängt es auch zu steter Opposition im Staate. Das Aufgeben der Oppositionsstellung zu einem anderen Zwecke als dem der sofortigen Überwindung des Kapitalismus geht ihm daher wider die Natur.

Aber das psychologisch Begreifliche ist nicht immer das sachlich Zweckmäßige. Wir haben unser Handeln nicht bloß nach unseren Bedürfnissen, sondern auch nach unserer Erkenntnis einzurichten. Jene psychologischen Momente erklären, warum diejenigen, die der Koalitionspolitik und dem Aufgeben der Opposition grundsätzlich widerstreben, im Proletariat leichter Beifall finden als die Vertreter der gegenteiligen Meinung. Sie erklären es, warum sich die Idee der Koalitionspolitik nur schwer und langsam durchsetzt. Aber sie können es nicht verhindern, daß das Notwendige doch kommt, wenn auch nicht mit der Raschheit und Energie, die oft wünschenswert wäre. Die Idee der Koalitionspolitik wird in dem Stadium, in dem sich die kapitalistischen Länder jetzt befinden, trotz aller Widerstände immer mehr an Boden gewinnen und die proletarische Politik immer mehr beherrschen, nicht als Ersatz für die proletarische Revolution, als der sie vielfach angepriesen wurde, was der Propagierung der Koalitionsidee nicht gerade förderlich war, sondern als Einleitung und Vorbereitung dieser Re-

volution, das heißt der politischen Alleinherrschaft des Proletariats durch eine rein sozialistische, von einer proletarischen Übermacht getragenen Regierung.

In seinem berühmten Artikel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms" sagt Marx:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Diesen Satz können wir heute auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre für die Frage der Regierung dahin variieren, daß wir sagen:

„Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den anderen. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird."

Das wird überall dort gelten, wo sich die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auf dem Wege der Demokratie vollzieht, und das ist nach dem Zusammenbruch der großen Militärmonarchien der normale Weg dafür. Wer heute noch die Koalitionspolitik grundsätzlich verwirft, der ist blind für die Zeichen der Zeit. Der ist unfähig, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

3. Der Staat der Übergangszeit.

a) Staat und Sozialismus.

Sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird es sie benützen, den Staat und die Ökonomie, soweit diese staatlichen Eingriffen zugänglich ist, seinen Interessen gemäß zu gestalten.

Bezüglich des Staates haben wir zu unterscheiden die Periode des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktion und die des vollendeten Sozialismus. Nur die erstere hat uns hier eingehender zu beschäftigen.

Bloß vorübergehend sei auf das Problem hingewiesen, das Marx und Engels für die Zeit des vollendeten Sozialismus

aufgeworfen haben. Sie erklärten, daß, sobald der Sozialismus durchgeführt und die Klassenunterschiede aufgehoben seien, der Staat zwar nicht abgeschafft werde, wohl aber absterbe, weil er seine bisherigen Funktionen verliere. Denn der Staat, sagten sie, ist eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihres Ausbeutungsverhältnisses, also zur Niederhaltung der ausgebeuteten Klassen. Mit dem Unterschied von ausgebeuteten und ausbeutenden Klassen verliert der Staat seinen Zweck, verliert er eine seiner Funktionen nach der anderen.

Diese Ausführungen haben gar manches Kopfzerbrechen verursacht. Auch Lenin handelt ausführlich davon in seiner Schrift „Staat und Religion", die er bereits im Sommer 1917 verfaßte. (Ich benutzte die deutsche Ausgabe des Verlags der „Lichtstrahlen", Berlin.)

Wie so mancher andere Revolutionär hat auch Lenin die Marx-Engelssche Auffassung vom Absterben des Staates dahin gedeutet, daß dann das anarchistische Ideal völliger Freiheit des Individuums eintreten werde. Jeder wird „freiwillig nach seinen Fähigkeiten tätig sein, und jeder wird frei nehmen nach seinen Bedürfnissen" (Lenin, S. 81).

Ein solcher Zustand mag wohl einmal eintreten. Aber nichts in den heute erkennbaren Verhältnissen deutet darauf hin, daß wir dahin kommen. Lenin selbst nimmt an, daß erst die „zweite Phase des Kommunismus" zu dem Absterben des Staates im Sinne völliger Anarchie führen werde. Er beruft sich dabei auf Marx, der in seinem bereits zitierten Programmbrief von 1875 zwei Phasen des Kommunismus unterschied. In der ersten Phase wird jeder Arbeiter nach seinen Leistungen belohnt, in der zweiten ist die Produktivität der Arbeit so groß, daß „die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben kann: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen".

Wir werden, wenn wir zur Ökonomie übergehen, sehen, wie diese stark utopistisch erscheinenden Ausführungen zu verstehen sind.

Über das, was Marx als „erste Phase des Kommunismus" bezeichnete, können wir aber heute noch nicht hinaussehen. Alles, was wir uns über die zweite Phase vorstellen können,

ist nicht Folgerung aus bekannten Tatsachen, sondern bloßes Hirngespinst, das als Denkübung seinen Wert haben mag, aber ganz untauglich dazu ist, unserem Tun bestimmte Ziele zu setzen.

Wir erreichen bereits viel, wenn wir zur Klarheit kommen über das Funktionieren des Staates in der ersten Phase des Sozialismus.

Um diese Frage zu klären, muß man einen Unterschied machen, der gewöhnlich übersehen wird, zwischen der Unterordnung des Individuums und der der Klasse unter das Gemeinwesen.

Der Mensch ist von Natur aus ein soziales Tier, und schon in den frühesten Zeiten, lange vor der Bildung des Staates, finden wir Gruppen von Menschen vereinigt in bestimmten Organisationen mit bestimmten Ordnungen, Gesetzen, die allerdings zunächst nur ein Gewohnheitsrecht bilden, aber nichtsdestoweniger streng durchgeführt werden. Man denke nur an die Eheordnungen, die Speisegesetze, das Erbrecht, Jagdrecht und viele andere Regelungen, die wir schon bei den Australiern finden, die noch weit entfernt sind von jeder staatlichen Gemeinschaft. Die Staatlosigkeit bedeutet also keineswegs völlige Freiheit des Individuums, sondern sie trifft in den frühesten Gesellschaftszuständen zusammen mit starker Unterordnung des Individuums unter das Gemeinwesen und seine Gebote. Darauf hat bereits Professor Hans Kelsen hingewiesen in seiner bemerkenswerten Abhandlung über „Sozialismus und Staat, eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus", veröffentlicht in Grünbergs „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung", 9. Jahrgang, 1. Band, S. 50. Ich hoffe, noch Gelegenheit zu finden, mich in einem anderen Zusammenhang ausführlicher mit dieser Arbeit auseinanderzusetzen.

Vor dem Aufkommen des Staates finden wir bereits Gemeinwesen mit bestimmten Verfassungen, zum Beispiel gentil- oder markgenossenschaftlichen Verfassungen, mit einer Zivil- und Militärgewalt; jene mit polizeilichen und richterlichen Funktionen, beide Gewalten einer souveränen Versammlung des Volkes unterworfen, von ihr eingesetzt, an ihre Beschlüsse gebunden.

Als sich dann mit dem Aufkommen der Klassen und der Zusammenfassung verschiedener Gemeinwesen unter eine zentrale Macht der Staat bildete, bedeutete er keineswegs etwas völlig Neues, sondern er knüpfte an die Organisationen an, die ihm vorhergingen, und entwickelte sie weiter, wobei er ihnen allerdings Funktionen verlieh, die sie bisher nicht gehabt, oder alten Funktionen, wie den polizeilichen und richterlichen, einen neuen Inhalt gab, aus dem Schutze der Gemeinschaft gegen Unbotmäßigkeit oder Gedankenlosigkeit einzelner Mitglieder einen Schutz der herrschenden gegen die beherrschte Klasse machte. Bereits Morgan hat darauf hingewiesen, wie wir die Verfassung der staatlosen Gentilgesellschaft in der athenischen Staatsverfassung wiederfinden. („Ancient Society", 1878, S. 120.)

Ist in der Zeit, die vor uns liegt, einmal die Klassengesellschaft überwunden, so bedeutet das daraus hervorgehende Absterben der heutigen Formen des Staates keineswegs völlige Freiheit des Individuums. Der gesellschaftliche Produktionsprozeß wird mehr als je planmäßig organisiert sein, und es wird nicht gehen, daß man sein Funktionieren von dem Belieben der einzelnen abhängig macht. Die Klassenkämpfe werden verschwinden und damit eine Reihe politischer Aufgaben der Staatsgewalt. Um so mehr werden die ökonomischen Aufgaben des Gemeinwesens wachsen. Wie der aufkommende Staat bei der Verfassung, die er sich gab, an die Gentil- und Markverfassungen anknüpfte, wird auch das sozialistische Gemeinwesen bei seiner Verfassung an die Formen des überlieferten Staates anknüpfen, die sich in der Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus erhalten oder bilden. Ob man dann fortfährt, das Gemeinwesen nach seiner Umwandlung noch einen Staat zu nennen oder nicht, ist im wesentlichen eine Frage der Terminologie.

Es ist sicher im Interesse klaren Denkens höchst wichtig, verschiedene Erscheinungen durch verschiedene Bezeichnungen auseinanderzuhalten. Jedoch hat der Staat seit seinen Anfängen so verschiedenartige Formen angenommen, die alle mit dem gleichen Namen bezeichnet werden, daß das Wort Staat vielen gleichbedeutend geworden ist mit einem souveränen Gemeinwesen überhaupt.

Wenn man eine orientalische Despotie und eine demokratische Republik, wenn man das straff zentralisierte Frankreich und die lose Föderation des englischen Imperiums alle mit dem gleichen Namen Staat bezeichnen darf, ist es wirklich nicht so wichtig, ob man auch dem sozialistischen Gemeinwesen diesen Namen beilegt.

Als wissenschaftliche Bezeichnung besagt das Wort Staat sehr wenig, wenn man nicht durch ein Beiwort den besonderen Staat kennzeichnet, um den es sich handelt. Darum kommt auch bei allen Untersuchungen über den Staat „an sich" so wenig heraus. Man kann ihn ebensogut als teuflische Institution verdammen wie als die Verkörperung der höchsten sozialen Ideale in den Himmel erheben. Ob wir also für das Gemeinwesen der Zukunft einen besonderen Namen erfinden oder es als sozialistischen Staat von den bisherigen Staatenarten unterscheiden, dürfte für die Präzision unseres sozialen Denkens nicht von erheblicher Bedeutung sein.

Ein Punkt noch ist in bezug auf das Verhältnis von Staat zu Sozialismus zu erörtern. In seinem Vorwort zu der Broschüre „Internationales aus dem Volksstaat", die 1894 erschien, kurz vor seinem Tode, spricht Engels von dem politischen Endziel, das Marx und er verfolgten. Es war

„die Überwindung des ganzen Staates, *also auch der Demokratie*".

Engels beschränkt sich auf diese Bemerkung, führt nicht aus, was er darunter versteht. Für Lenin ist dieser Satz ein gefundenes Fressen, er beutet ihn weidlich aus. Dadurch werden meine Bedenken gegen ihn nicht überwunden. Denn die Demokratie ist älter als der Staat und durchaus nicht mit ihm notwendig verbunden. Die vorstaatlichen Gemeinwesen waren demokratisch organisiert, der Staat hat sich als eine der Demokratie feindliche Institution erwiesen. Erst seit dem Aufkommen des modernen Kapitalismus ersteht von neuem eine Demokratie, die aber in sich bereits die Elemente des Sozialismus, also der Überwindung des Staates im marxistischen Sinne trägt. Nehmen wir an, daß der Sozialismus den Staat zum Absterben bringt, dann wird die Demokratie den Staat überleben.

Wenn Lenin den entgegengesetzten Standpunkt vertritt, so kommt er zu einem ganz merkwürdigen Schluß. Er sagt, solange es Klassen gibt, ist eine vollkommene Demokratie unmöglich. Sie wird erst möglich dann, wenn die Klassen abgeschafft sind, wenn also der Staat aufhört. Das heißt, die Demokratie wird für Lenin erst dann möglich, wenn sie untergeht. Er sagt von der sozialistischen Gesellschaft:

„Erst dann ist die Demokratie möglich und wird eine wirkliche, volle Demokratie ohne irgendwelche Ausnahmen durchgeführt werden können. Erst dann wird die Demokratie beginnen, abzusterben." (S. 74.)

Die wirkliche Demokratie wird uns also erst in dem Moment aufgehen, in dem sie untergeht. Lenin nennt sie „wirklich", offenbar deshalb, weil sie nach seiner Meinung in Wirklichkeit nie besteht.

Wenn wir aber nicht nach dem Nebelbild der Leninschen „wirklichen Demokratie" forschen, sondern einfach fragen, welches die Verfassung des sozialistischen Gemeinwesens sein wird, so ist keine andere Verfassung dafür denkbar als die einer demokratischen Republik. Das wollen wir festhalten. Die richtige Benennung für die neue Art Gemeinwesen herauszufinden, die mit der sozialdemokratischen Republik anhebt, ist eine Aufgabe, die wir der jüngeren Generation überlassen können.

b) Die marxistische Auffassung vom Übergangsstaat.

Die Frage, die wir eben behandelt, von der Art des Gemeinwesens bei vollständig durchgeführtem Sozialismus, ist eine bloße Doktorfrage. Doch ist sie nicht unwichtig, weil es stets nützlich ist, einen Gedanken zu Ende zu denken und seine fernsten Konsequenzen zu erwägen. Es wird immer dazu beitragen, unsere Schritte in der Gegenwart sicherer zu gestalten.

Dagegen von höchster aktueller und praktischer Bedeutung ist die Frage, welche Verfassung des Staates notwendig ist in der Zeit des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft; wenn das Proletariat die politische Macht erobert hat, die kapitalistische Produktion aber noch weitergeht.

Wir wollen daran festhalten, daß wir hier von der Verfassung des Staates sprechen. Der Neokommunismus, der

diese Frage aktuell gemacht hat, verwirrt sie sofort, indem er die Frage nach der Organisation, die der Staat haben soll, zusammenwirft mit den sozialen Wirkungen, die unter bestimmten sozialen Verhältnissen aus dieser Organisation entspringen.

Marx hat in dem oben mitgeteilten Zitat von dem Staate der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gesprochen, der „nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats".

Damit ist noch gar nichts gesagt über die Verfassung, in der diese Diktatur sich äußert. Lenin bringt in diese Frage die größte Konfusion hinein durch seine Versuche, sie zu klären. Er unterscheidet zwischen Staatsform und Regierungsform. Die proletarische Staatsform ist die Diktatur des Proletariats, die bürgerliche Staatsform die Diktatur der Bourgeoisie. Von der Staatsform unterscheidet er die Regierungsform, das, was wir Staatsverfassung nennen: Republik, absolute oder konstitutionelle Monarchie usw. Diese Unterscheidungen sind für ihn nur von geringer Bedeutung. Aber freilich nur für die Zeit der „Diktatur der Bourgeoisie". Denn aufs eifrigste strebt er danach, die für die Diktatur des Proletariats notwendige Staatsverfassung herauszufinden.

Das Wort von der Diktatur der Bourgeoisie als Staatsform ist eines der lächerlichsten Schlagworte, die unsere Zeit hervorgebracht hat. Es bezeugt klar die Primitivität des bolschewistischen Denkens, das die Gesamtheit der ökonomischen und politischen Kämpfe unserer Zeit auf den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie reduziert. Dabei stolpert es selbst unaufhörlich über die vor ihm liegende Realität der Bauernschaft.

Die Bourgeoisie hat nie allein die Staatsgewalt besessen und in diesem Sinn die „Staatsform" ihrer Diktatur gebildet. Sie mußte sich dazu stets mit verschiedenen Klassen koalieren, dem Großgrundbesitz, der Bauernschaft, dem Kleinbürgertum, der Bureaukratie, ja sogar mit dem Proletariat selbst, wie es einige Jahrzehnte lang die Liberalen in England taten.

Was als Diktatur der Bourgeoisie erscheint, ihr beherrschender Einfluß auf die Parlamente, die Regierungen, die Presse usw., ist nicht das Ergebnis einer Staatsform, sondern

das Ergebnis ihrer ökonomischen und intellektuellen Übermacht. Darum äußert sich dieser beherrschende Einfluß bei entwickelten kapitalistischen Verhältnissen unter jeder Staatsverfassung oder, um mit Lenin zu sprechen, jeder Regierungsform.

Ganz anders steht es mit der Diktatur des Proletariats. Sie kann nicht einer ökonomischen oder intellektuellen Übermacht entspringen, die sich unter allen Regierungsformen äußert, sondern nur aus seinem Besitz der Staatsmacht hervorgehen, der eine bestimmte Regierungsform voraussetzt.

Man hat in diesem Gedanken der Diktatur des Proletariats eine marxistische Inkonsequenz gesehen. Denn, sagt man, nach Marx hängt der politische Überbau vom ökonomischen Unterbau ab. Wie ist es da möglich, durch rein politische Macht ökonomische Übermacht zu brechen? Jene Klasse, die ökonomisch die stärkere ist, wird es stets auch politisch sein.

Das ist ein beliebter Einwand der Anarchisten gegen den politischen Kampf. Sie wollen den Kapitalismus durch rein gewerkschaftliche Machtmittel ökonomisch lahmlegen. Das ist konsequent gedacht, aber darum nicht richtiger. Denn wieso soll durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter die ökonomische Übermacht der Besitzer aller Lebensquellen der arbeitenden Menschheit beseitigt werden? In der Tat lauert bei dem Anarchisten hinter der Betonung des rein wirtschaftlichen Kampfes stets der Hintergedanke der Brechung der ökonomischen Übermacht des Kapitals durch Vernichtung der kapitalistischen Produktionsmittel.

Aber völlig inkonsequent ist es, wenn hin und wieder auch Bolschewiki die Meinung verfechten, daß die wirtschaftliche Übermacht stets auch mit politischer verknüpft sei. So polemisiert zum Beispiel der georgische Bolschewik Macharadse gegen die Menschewisten seines Landes, die sagten, wenn dieses auch noch nicht reif dazu sei, den Kapitalismus ökonomisch völlig zu überwinden, hätten sie doch die politische Herrschaft des Proletariats aufgerichtet. Das sei ganz unmöglich, ruft Macharadse:

„Die Behauptung der politischen Hegemonie der Arbeiterklasse ist nur eine Fiktion, denn die politische Gewalt stützt sich immer

auf die wirtschaftliche und umgekehrt." (Die Arbeiterfrage im menschewistischen Georgien, Russische Korrespondenz, II, 2, Nr. 7 bis 9, S. 652.)

Das ist eine ganz mechanische Auffassung des historischen Materialismus. Politische und wirtschaftliche Macht einer Klasse fallen nicht immer zusammen. Wäre dies der Fall, dann könnten alle sozialistischen Parteien zusammen einpacken, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken.

Richtig ist bloß, daß die politische Gewalt einer Klasse nicht von ihrem Belieben oder Willen abhängig ist, sondern von ökonomischen Bedingungen. Diese Bedingungen können zeitweise einer Klasse eine größere politische Macht verleihen, als ihrer ökonomischen Macht entspricht.

Dieselbe kapitalistische Entwicklung, die das Proletariat zur zahlreichsten Klasse der Bevölkerung macht, schafft auch die Bedingungen für den siegreichen Aufstieg der Demokratie, unter der schließlich die zahlreichste Klasse zur Herrschaft im Staate gelangt, die dann wieder auf die ökonomischen Verhältnisse zurückwirkt.

Merkwürdigerweise ist es Lenin selbst, der dies einmal einsieht. In seiner schon mehrfach zitierten Schrift über den Staat sagt er:

„Wenn wirklich alle an der Leitung des Staates teilnehmen, kann sich der Kapitalismus nicht mehr halten. Andererseits schafft die Entwicklung des Kapitalismus wieder die Vorbedingungen, die ‚alle' eine Beteiligung an der Staatsleitung ermöglichen. Zu diesen Voraussetzungen gehören: allgemeine Schulbildung, die bereits in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern durchgeführt ist, Unterweisung und Disziplinierung von Millionen Arbeitern durch den großen komplizierten gesellschaftlichen Apparat der Post, Eisenbahnen, Großbetriebe, des Großhandels, Bankwesens usw." (S. 84.)

Bei solchen wirtschaftlichen Vorbedingungen, meint er weiter, ist es durchaus möglich, sofort, „von heute auf morgen" zur Beseitigung der Kapitalisten und Beamten überzugehen. Damit gerät er sofort wieder in uferlose Phantastik. Aber mit dem vorhergehenden hat er recht, wo er sagt, daß in der heutigen Gesellschaft die Demokratie den Kapitalismus schließlich unmöglich macht, und daß der Kapitalismus die Vorbe-

dingungen für die Wirkung der Demokratie im sozialistischen Sinne schafft.

Schade nur, daß Lenin sich 1917 nicht die Frage vorlegte, ob in Rußland diese Vorbedingungen schon gegeben seien. Das hätte Millionen von russischen Arbeitern, Bauern, Intellektuellen das Leben gerettet und den russischen Staat vor seiner völligen Zerrüttung bewahrt.

Nur gelegentlich blitzt bei ihm die Erkenntnis auf, daß die Gewinnung und Ausübung politischer Macht zur Erreichung bestimmter ökonomischer Wirkungen von bestimmten ökonomischen Bedingungen abhängt.

Während ihm die „Staatsform" der „Diktatur der Bourgeoisie" unabhängig zu sein scheint von den verschiedenen Regierungsformen, sieht er sehr wohl, daß die „Diktatur des Proletariats" an eine bestimmte „Regierungsform" gebunden ist. Aber er sucht mehr als eine Regierungsform, die unter bestimmten ökonomischen Bedingungen dem Proletariat die politische Herrschaft und deren befreiende Anwendung ermöglicht. Er sucht eine Regierungsform, die schon durch ihre bloße Existenz die Herrschaft des Proletariats sicherstellt, unabhängig von allen ökonomischen Bedingungen.

Daß dieser Gedanke Lenins Wirken beherrscht, wenn er auch nicht von ihm in voller Schärfe entwickelt wird, hat Paul Levy sehr richtig in seiner sonst nicht sehr klaren Einleitung zu Rosa Luxemburgs Broschüre über „Die russische Revolution" (S. 25) gezeigt.

Lenin glaubte diese Regierungsform gefunden zu haben in der Verfassung der Sowjetrepublik. Daß diese die Herrschaft des Proletariats nicht unter allen Umständen sicherstellt, hat jetzt die Erfahrung gezeigt. Daß es keine Verfassung gibt, die die Herrschaft einer Klasse unabhängig von allen ökonomischen Bedingungen sicherstellt, geht von vornherein aus der materialistischen Geschichtsauffassung hervor. Es ist eine sonderbare Art Marxismus, die darauf ausgeht, eine Regierungsform dieser Art zu finden.

Unsere Aufgabe hier ist eine andere. Wir haben nur zu untersuchen, unter welcher Staatsverfassung die politische Herrschaft des Proletariats möglich wird.

Nicht jede Verfassung ist dazu geeignet. Marx sagte in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“:

„Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.“

Diesen Satz bringt Lenin in Verbindung mit einem anderen, den Marx in einem Brief an Kugelmann vom 12. April 1871 aussprach:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachliest, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr, wie bisher, die bureaukratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere Hand zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.“ (Neue Zeit, 20. Jahrgang, 1. Band, S. 709.)

Wenn wir den „Achtzehnten Brumaire“ nachschlagen, finden wir darüber folgendes:

„Die Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuren bureaukratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer anderen halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie. ... Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine, statt sie zu brechen. Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Besitznahme dieses ungeheuren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Siegers.“ (2. Auflage, S. 87.)

„Die staatliche Zentralisation, deren die moderne Gesellschaft bedarf, erhebt sich nur auf den Trümmern der militärisch-bureaukratischen Regierungsmaschinerie, die im Gegensatz zum Feudalismus geschmiedet war.“ (A. a. O., S. 94.)

Aus allen diesen und ähnlichen Stellen liest Lenin den Gedanken heraus, das siegreiche Proletariat habe vor allem die Staatsgewalt überhaupt zu zerstören. Er wendet sich gegen die „Opportunisten“ und namentlich gegen mich, weil wir das nicht einsehen:

„Die Opportunisten der modernen Sozialdemokratie sind es aber gerade, die nichts von einer Zerstörung der Staats-

gewalt, von einer Beseitigung des Schmarotzers wissen wollen." (Staat und Revolution, S. 44.)

„Die Vernichtung der Staatsmaschine', die einen Schmarotzerauswuchs bildet, deren Beseitigung, Zerstörung; die Staatsmacht wird jetzt ‚überflüssig' gemacht — das sind die Ausdrücke, in denen Marx vom Staate spricht." (S. 45.)

Immer spricht Lenin an dieser und zahlreichen ähnlichen Stellen vom Staat, der Staatsmaschinerie überhaupt, die auf jeden Fall vom siegreichen Proletariat zu zerbrechen sind.

Vom Bakunisten unterscheidet sich hier Lenin nur dadurch, daß er meint, nach der Zertrümmerung des bestehenden Staates müsse das siegreiche Proletariat sofort

„den Bau einer neuen, proletarischen Staatsmaschine in Angriff nehmen und auf diese Weise die Maßnahmen zu größerer Demokratisierung und Ausrottung des Bureaukratismus durchführen" (S. 99).

Nichts leichter, als Lenin dadurch ad absurdum zu führen, daß man zeigt, wie die neue „proletarische" Staatsmaschine aussieht, die er an Stelle der alten, zerbrochenen gesetzt hat. Wo ist die größere Demokratisierung und Ausrottung des Bureaukratismus und Militarismus, dieses „Schmarotzerauswuchses", geblieben, die uns der neue Kommunismus verhieß?

Auch hier zeigt sich der bürgerliche Charakter der jetzigen russischen Revolution, trotz ihrer kommunistischen Etikette, daß auch von ihr gilt, was Marx von den bürgerlichen Revolutionen Frankreichs sagte:

„Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine, statt sie zu brechen."

Doch würde mit diesem Einwand bloß die Unfähigkeit Lenins und seiner Jünger bezeugt, ihr eigenes Programm durchzuführen; ihre Leichtfertigkeit im Aufgeben ihrer Grundsätze sowie die Rückständigkeit Rußlands. Für die Aufgabe, die uns hier beschäftigt, wäre damit nichts gewonnen.

Deren Lösung ist indes nicht weit zu suchen. Wir brauchen bloß das, was Marx geschrieben hat, einfach so zu lesen, wie wir es finden, ohne uns durch die Leninsche Auslegung beeinflussen zu lassen. Und dann zeigt sich's deutlich, daß Marx

keineswegs meinte, das Proletariat könne auf keinen Fall seine Herrschaft ausüben, ohne den überkommenen Staatsapparat zu zerstören. Marx lehnte nur eine besondere Form dieses Apparats ab, den bureaukratisch-militaristischen, der zu einer ausnehmend hohen Entfaltung im zweiten französischen Kaiserreich gelangt war, das zu der Zeit, als Marx seine oben zitierten Ausführungen schrieb, sich eben bildete („Der achtzehnte Brumaire") oder eben gestürzt war („Bürgerkrieg in Frankreich", Brief an Kugelmann).

Daß seine Ausführungen nicht jedem bestehenden Staat galten, darauf macht er selbst aufmerksam, indem er darauf hinwies, dies Zerbrechen der „bureaukratisch-militärischen Maschinerie" sei die „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent" (Brief an Kugelmann).

Also er nahm England dabei ausdrücklich aus. Lenin meint freilich, das gelte heute nicht mehr. Heute sei auch in England die bureaukratisch-militärische Maschinerie übermächtig geworden. Es gehört zu den auszeichnenden Merkmalen der Männer der Weltrevolution, daß sie keine Ahnung davon haben, was in der Welt wirklich vorgeht.

Seit 1871 ist England noch weit demokratischer geworden, als es damals war, und seit dem jüngsten Weltkrieg hat es seine militärische Maschinerie wieder erheblich reduziert, die es im Kriege allerdings aufs äußerste ausgedehnt hatte, um die militärische Maschinerie in Mitteleuropa zu zerbrechen. Heute gibt es in Europa nur noch zwei große Staaten, in denen im Marxschen Sinne eine „wirkliche Volksrevolution" zur Zerbrechung des „fürchterlichen bureaukratisch-militärischen Parasitenkörpers" noch notwendig ist, das ist Frankreich, dies Kaisertum ohne Kaiser, und in noch weit höherem Grade Rußland, dies Zarentum ohne Zaren. Aus den Marxschen Worten geht klar hervor, daß heute die Zerschlagung der bestehenden russischen Staatsmaschinerie die unerläßliche Vorbedingung jedes proletarischen Aufstiegs ist.

Das ist so klar, daß ich annehme, die auf Marx sich berufende Leninsche Philippika gegen Bureaukratie und Militarismus aus den Tagen unmittelbar bevor er zur Regierung kam wird heute als eine aufrührerische, also „gegen-

revolutionäre" Schrift von der Nachfolgerin der Tscheka strengstens verboten werden.

Aus den Marxschen Sätzen geht folgendes unzweideutig hervor:

Die Arbeiterklasse kann nicht jede Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen. Eine bureaukratisch-militaristische Staatsmaschinerie ist dazu untauglich. Einzig dazu tauglich ist die demokratische Republik. Wo das siegreiche Proletariat sie nicht vorfindet, muß es sie schaffen. Im Jahre 1871 und lange darüber hinaus schien dies eine unerläßliche Aufgabe des Proletariats allenthalben auf dem Kontinent zu sein. Die letzten Jahre haben darin gründlichen Wandel geschaffen. Fast überall in Europa wird das siegreiche Proletariat die demokratische Republik bereits fertig vorfinden. Es wird dort keine Staatsmaschinerie völlig zu zerbrechen, sondern nur noch Überreste der Monarchie sowie bureaukratischer und militaristischer Privilegien hinwegzufegen haben.

Daß sich die Marxschen Bemerkungen über das Zerbrechen des Staatsapparats nicht auf jeden Staat, sondern bloß auf die Militärmonarchie bezogen, spricht Engels direkt aus in seiner Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs des deutschen Parteivorstandes von 1891. Er sagt dort:

„Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats." (Neue Zeit, 20. Jahrgang, 1. Band, S. 11.)

Anderwärts sagt Engels, die Pariser Kommune von 1871 das sei die Diktatur des Proletariats gewesen. Auch deren Verfassung war eine ausgesprochen demokratische. Ich habe darüber bereits in zwei Schriften gehandelt, in „Terrorismus und Kommunismus" sowie in „Von der Demokratie zur Staatssklaverei". Ich brauche mich also hier nicht zu wiederholen und darf mich mit dieser Feststellung begnügen.

c) Der Arbeiterlohn als Ministergehalt.

Lenin selbst kann es nicht leugnen, daß Marx den eminent demokratischen Charakter der Pariser Kommune, dieser „Dik-

tatur des Proletariats", hervorhebt. Lenin versucht es um so weniger, als er im Sommer 1917 noch keineswegs der Demokratie für die Zeit der Diktatur abgeschworen hatte, wenngleich sie schon anfing, ihm unbequem zu werden. Er macht nur schon den Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie. Die letztere, nicht die erstere habe Marx für die Zeit des Überganges gefordert. Daß ich diesen Unterschied nicht mache, wird mir von Lenin bereits als schnöder Opportunismus und Preisgabe proletarischen Denkens vorgeworfen.

Worin besteht aber das spezifisch Proletarische in der Demokratie der Pariser Kommune? Sie ersetzt nicht das allgemeine Wahlrecht durch ein Klassenwahlrecht, beschränkt auch nicht die politischen Rechte auf eine bestimmte Klasse — das hieße ja nach dem bisherigen Sprachgebrauch nicht Demokratie, sondern das Gegenteil davon. Demokratie bedeutet Aufhebung aller politischen Privilegien für einen Stand oder eine Klasse.

Nein, 1917 suchte Lenin den Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie noch anderswo:

„Kautsky hat den Unterschied nicht begriffen zwischen bürgerlichem Parlamentarismus, der die Demokratie (nicht für das Volk) mit dem Bureaukratismus (gegen das Volk) verbindet, und der proletarischen Demokratie, die sofort Maßnahmen ergreift, um den Bureaukratismus an der Wurzel auszurotten, und die imstande sein wird, diese Maßregeln restlos bis zur völligen Beseitigung der Bureaukratie, bis zur Einführung der vollen Demokratie für das Volk durchzuführen.

Kautsky beweist hier immer die gleiche abergläubische Ehrfurcht vor dem Staate, den gleichen Aberglauben an die Bureaukratie." (S. 93.)

Wenn die proletarische Demokratie in der sofortigen völligen Beseitigung und Ausrottung der Bureaukratie an der Wurzel besteht, dann gibt es heute keinen Staat, der weiter entfernt ist von der „proletarischen Demokratie", als den von Lenin regierten.

Worin besteht aber mein Aberglaube an die Bureaukratie?

Darin, daß ich bisher an drei Forderungen achtlos vorbeigegangen bin, die Marx in seiner Schrift über den „Bürgerkrieg in Frankreich" als Forderungen der Kommune regi-

striert und die Lenin von fundamentalster Bedeutung erscheinen. In ihnen sieht er die grundlegenden Faktoren der proletarischen Demokratie.

Es ist richtig, daß ich diese Forderungen bisher ignoriert habe. Aber nicht aus Aberglauben an die Bureaukratie, sondern weil ich ihnen keine große Wichtigkeit beimaß. Und es scheint, daß Marx und Engels ähnlich dachten, denn abgesehen von den paar Sätzen, in denen Marx im „Bürgerkrieg" die in Rede stehenden Forderungen mitteilt, und der Erläuterung dazu, die Engels in seinem Vorwort von 1891 gab, haben beide nach meiner Erinnerung nicht weiter davon gehandelt, während sie über die anderen demokratischen Einrichtungen, die von der Kommune eingeführt oder benutzt wurden, öfter und eingehender gesprochen haben: die Verwandlung des stehenden Heeres in ein Milizheer, das allgemeine Wahlrecht, die Selbstverwaltung der Gemeinden und dergleichen.

Die Forderungen, die Lenin so bemerkenswert erscheinen, sind in folgendem Absatz des „Bürgerkrieg" enthalten:

„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden."

Diese Forderungen sollen die proletarische Demokratie von der bürgerlichen grundlegend unterscheiden und jener ihren besonderen Charakter verleihen.

Betrachten wir zunächst die letztausgeführte, die Besorgung der öffentlichen Dienste für Arbeiterlohn.

Lenin schreibt darüber:

„Hier kommt am klarsten die Scheidung zum Ausdruck: von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen, von der Demo-

kratie der Ausbeutung zur Demokratie der ausgebeuteten Klassen, von der ‚öffentlichen Gewalt' zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse zur Unterdrückung der Ausbeuter durch die gemeinsame Kraft der Mehrheit des Volkes, der Arbeiter und Bauern. Und gerade an dieser anschaulichsten, vielleicht der wichtigsten Stelle zur Frage des Staates ist Marxens Lehre völlig in Vergessenheit geraten." (S. 35.)

Verhängnisvollerweise nach einer vorübergehenden Neubelebung sogar in Sowjetrußland.

Wie tauchen hier aber plötzlich die Bauern auf? Seit wann ist die bäuerliche Demokratie keine bürgerliche, sondern eine proletarische? Und doch hat Lenin recht, hier Bezug auf die Bauern zu nehmen. Eine wohlfeile Regierung ist ein Wunsch nicht bloß des Proletariats, sondern auch der Kleinbürger und Bauern. Ja, diese fordern sie sogar noch mehr als die Proletarier, die an den Staat große Ansprüche stellen. Nirgends waren zur Zeit der Kommune in Europa die Gehälter der hohen Beamten geringer als in der Schweiz, die niemand für eine proletarische Demokratie halten wird. Die Forderung der Pariser Kommune ist also durchaus nicht etwas, was die proletarische Demokratie kennzeichnet. Marx stellt sie auch keineswegs als etwas spezifisch Proletarisches hin.

Daß die proletarische Republik ebenso wie eine bäuerliche oder kleinbürgerliche alle Privilegien der höheren Beamtenschaft abschaffen wird, ist selbstverständlich. Daß die Mitglieder der Kommune nur Arbeiterlohn bezogen, war gegenüber der Korruption des Kaiserreichs eine sehr erhebende Demonstration.

Aber nach den Erfahrungen, die wir seitdem gemacht, und namentlich nach den Erfahrungen in Rußland darf man billig bezweifeln, daß es in der Zeit des Übergangs zum Sozialismus möglich sein wird, die gesamten Ämter des Staates mit den nötigen intellektuell hochstehenden Kräften zu versehen, wenn ihnen bloß ein Arbeiterlohn geboten wird.

Sicher geht die Tendenz der ökonomischen Entwicklung dahin, die Differenzen zwischen der Entlohnung geistiger und manueller Arbeit zu verringern. Allerdings darf man dabei manche Erscheinungen im und seit dem Kriege nicht übertreiben. Vielfach waren im Kriege und nachher die Löhne man-

ches einfachen Handarbeiters über die einzelner wissenschaftlicher Arbeiter emporgestiegen. Sehen wir aber näher zu, so werden wir finden, daß hier nicht eine allgemeine Tendenz zutage tritt, sondern eine Erscheinung, die auf die Länder mit rasch sinkender Valuta beschränkt ist sowie auf die Festangestellten, die bei sinkendem Geldwert mit ihren Gehaltserhöhungen nicht so rasch vorwärtskommen wie die Arbeiter mit ihren Lohnerhöhungen.

Nicht damit zu verwechseln ist die allgemeine, schon vor dem Krieg und der Revolution zutage tretende Erscheinung, daß die Überproduktion an Intelligenz eine Reihe von Intellektuellen ökonomisch immer tiefer drückt, indes einzelne Schichten von Handarbeitern emporsteigen. So findet eine allmähliche Annäherung der ökonomischen Lage beider statt. Diese Annäherung wird nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat weitere Fortschritte machen, nicht mehr durch ein weiteres Herabgleiten der Massen der Intellektuellen, wohl aber durch rascheren Aufstieg der gesamten arbeitenden Massen. Wir dürfen annehmen, daß in einer vollentwickelten sozialistischen Gesellschaft der ökonomische und auch der soziale Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeitern aufgehoben sein wird.

Aber hier handelt es sich um die Phase des Übergangs. Wir werden weiter unten in einem anderen Zusammenhang die ökonomischen Gründe darlegen, die es einfach unmöglich machen, die von Marx aufgenommene Forderung der Kommune, die auch uns stets sehr sympathisch war, aufrechtzuerhalten.

Hier sei nur noch die Begründung verzeichnet, die Lenin dafür gibt, daß aller öffentliche Dienst ohne Unterschied sofort gegen Arbeiterlohn zu leisten ist. Er sagt:

„Die kapitalistische Kultur hat Großbetriebe, Fabriken, Eisenbahnen, Post, Fernsprecher und anderes mehr geschaffen. Auf dieser Basis ist aber die Mehrzahl der Funktionen der ‚Staatsmacht' so vereinfacht worden und kann auf so einfache Operationen wie Registrierung, Vermerk, Kontrolle zurückgeführt werden, daß diese Funktionen alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, auszuüben imstande sein werden, so daß man sie zum gewöhnlichen Arbeiterlohn wird leisten können und müssen." (S. 35, 36.)

„Die Arbeiter werden nach Erringung der politischen Macht den alten bureaukratischen Apparat zerschlagen, ihn bis auf den Grund zerstören, nicht einen Stein auf dem anderen lassen; sie werden ihn durch einen neuen, aus den gleichen Arbeitern und Angestellten gebildeten Apparat ersetzen, wobei sofort die von Marx und Engels genau dargelegten Maßnahmen gegen eine Umwandlung derselben in Bureaukraten vorgenommen werden:

1. Nicht nur Wählbarkeit, sondern auch Absetzbarkeit zu jeder Zeit.
2. Eine den Arbeiterlohn nicht übersteigende Bezahlung.
3. Sofortiger Übergang dazu, daß alle die Funktionen der Kontrolle und Aufsicht verrichten, damit alle eine Zeitlang ‚Bureaukraten' werden und somit alle davor bewahrt werden, Bureaukraten zu sein." (S. 92.)

Unmittelbar bevor Lenin die Zügel der Staatsmacht ergriff, stellte er sich also noch vor, deren Funktionen seien durch die kapitalistische Kultur, durch Post und Telephon so vereinfacht worden, daß jeder sie besorgen könne, der Lesen und Schreiben gelernt habe. Die Staatsbeamten hätten nichts zu tun als zu kontrollieren und zu registrieren — wen und was, wird nicht gesagt. Vielleicht haben die einen bloß das Registrieren der anderen zu kontrollieren und die anderen das Ergebnis der Kontrolle der einen zu registrieren. Und an diesem schönen Geschäft werden sofort alle nacheinander teilnehmen.

So kindisch stellte sich noch am Tage vor seinem Staatsstreich das größte Genie des Bolschewismus das Funktionieren der Staatsmacht vor. Wahrhaftig, das russische Volk hat eine starke Konstitution, daß es dieses Regime tolldreistester Unwissenheit jetzt schon fünf Jahre lang trägt, ohne noch gänzlich ausgerottet zu sein.

d) Die Absetzung der Abgeordneten.

Die zweite Marxsche Forderung, die nach Lenin die proletarische Demokratie kennzeichnen soll, ist die Wahl der Beamten durch das Volk nach allgemeinem Stimmrecht und die Absetzbarkeit nicht bloß der Beamten, sondern auch der Abgeordneten zur Kommune, der Stadträte.

Auch hier muß man wieder fragen, einmal, wo wir in Lenins Reich die Wahl der Beamten durch das Volk nach allgemeinem Stimmrecht finden, und dann, worin das speziell Proletarische

dieser Forderung besteht, die wir in der bürgerlichen Schweiz längst erfüllt sehen. Die Forderung ist sicher von Bedeutung, aber wir haben uns ihr auch nie verschlossen. Das alte Erfurter Programm verlangte bereits „Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben".

Wenn Lenin glaubte, diese Forderung 1917 von neuem erheben zu müssen unter Schmähungen auf die früheren Sozialisten, die sie angeblich ignorierten, so hat er damit wieder einmal Amerika entdeckt.

Aber die Absetzbarkeit der Abgeordneten? Auch sie ist nichts weniger als eine neue Forderung. Und sie wurde von nicht wenigen bürgerlichen Demokraten erhoben. Sie wurde zu der Zeit der Pariser Kommune weit allgemeiner propagiert als heute, ebenso wie das imperative Mandat.

Sie entstammt einer Zeit, in der die Wähler den Abgeordneten noch als unorganisierte Masse gegenüberstanden. In der Epoche der Pariser Kommune war das noch allgemein der Fall. Hatte man den Abgeordneten einmal gewählt, dann konnte er machen, was er wollte. Seine Wähler verloren alle Kontrolle über ihn. Da erstand die Idee, die Wähler sollten den Abgeordneten, der sie enttäuschte, wieder abberufen können. Das wäre, wenigstens bei geheimer Stimmabgabe, keine so einfache Prozedur gewesen, denn wie die Meinung der Wähler feststellen? Das wäre doch nur durch eine Neuabstimmung möglich gewesen. Eine dem Abgeordneten feindliche Minderheit in einem Wahlkreis hätte es stets in der Macht gehabt, den Erwählten, auch wenn er noch so sehr im Sinne der Mehrheit seiner Wähler handelte, alle Augenblicke vor die Notwendigkeit zu stellen, sich einer Neuwahl zu unterziehen. Nichts leichter, als unbequeme Abgeordnete auf diese Weise zu schikanieren. Wenn ich recht berichtet bin, wurde die Absetzbarkeit der Abgeordneten in Sowjetrußland nur zu dem Zwecke gebraucht, jede ernsthafte Opposition in den Sowjets zu unterdrücken.

Im zivilisierten Westen ist diese so leicht zu mißbrauchende Bestimmung gänzlich überflüssig geworden durch die Organisierung der Volksmassen in großen Parteien, die seit einem halben Jahrhundert unter dem Vorangehen der Sozialdemokratie vor sich ging. Seitdem ist die Verantwortlichkeit des

Abgeordneten seinen Wählern gegenüber immer mehr zurückgetreten hinter der seiner Verantwortlichkeit gegenüber seiner Partei. Nun wird es auch immer seltener, daß der einzelne auf eigene Faust kandidiert. Er präsentiert sich immer häufiger den Wählern als Vertreter einer Partei. Als solcher und nicht um seiner persönlichen Popularität willen wird er gewählt. Das tritt am schärfsten zutage in den modernsten Wahlsystemen nach dem proportionellen Verfahren, in denen offiziell nicht mehr einzelne Personen, sondern ganze Parteien mit einer langen Liste von Kandidaten vor die Wähler treten. In der Regel sind weder die Parteien noch ihre Kandidaten Neulinge, sondern durch längeres öffentliches Wirken erprobt und bekannt.

Der einzelne Abgeordnete kann im Parlament nicht mehr machen, was er will. Er steht unter der Disziplin seiner Parteifraktion, wird von seiner Partei beständig kontrolliert — ausgenommen den einen Fall, daß die Partei selbst aus dem Leim geht. Aber auch dann finden sich die freigesetzten Elemente immer wieder in neuen Fraktionen zusammen, die von neuen Parteiorganisationen außerhalb des Parlaments kontrolliert werden.

Die Forderung der Absetzbarkeit des einzelnen Abgeordneten durch seine Wähler, die von den Pariser Kommunards 1871 wie von vielen anderen radikalen Demokraten jener Zeit erhoben und von Marx akzeptiert wurde, kennzeichnet eine Zeit, in der sozialistische Parteien und überhaupt die Organisationen der Massen zu politischen Parteien eben erst begonnen hatten. Die Erste Internationale ist während der ganzen Zeit ihres Bestehens nicht eine Vereinigung sozialistischer Parteien gewesen.

Diesem primitiven Zustand der Anteilnahme der Massen an der Politik war die Forderung der Absetzbarkeit der Abgeordneten ganz angemessen. Wer heute nach einem halben Jahrhundert intensivster Parteiarbeit und rapidester Parteiausdehnung die gleiche Forderung erhebt, bezeugt damit nur, wie verständnislos er höher entwickelten Zuständen gegenübersteht.

Was vor fünfzig Jahren vernünftig und revolutionär erscheinen mochte, ist heute nicht bloß unvernünftig, sondern auch

reaktionär geworden. Der Abgeordnete handelt reaktionär, der heute noch der Abhängigkeit von der Partei, die durch eine Idee zusammengehalten wird, die Abhängigkeit von der zusammenhanglosen Masse der Wähler vorzieht.

Je mehr das Parteileben sich entwickelt, desto mehr ist die Forderung der Absetzbarkeit des Abgeordneten durch seine Wähler zurückgetreten. Sie spielt heute in keinem Lande mit älterem politischen Leben mehr eine Rolle. Wenn die Leninsche „proletarische" Demokratie sich von der „bürgerlichen" nur durch Einrichtungen dieser Art unterscheidet, dürfte dies revolutionärste aller Gebilde bedenklich hinter seiner Zeit nachhinken.

e) Vollziehende und gesetzgebende Gewalt.

Eingehender als die zwei ersten der drei Merkmale der proletarischen Demokratie Lenins (das heißt des Lenin von 1917) ist das dritte zu erörtern, die Vereinigung der gesetzgebenden mit der vollziehenden Gewalt in einer einzigen Körperschaft, wie sie der Pariser Stadtrat während der Erhebung von 1871 bildete.

Marx begnügt sich leider damit, diese Forderung zu verzeichnen, ohne sie des näheren zu erläutern. Er fügt bloß hinzu, daß die Kommune dadurch aus einer parlamentarischen eine arbeitende Körperschaft wurde. Engels in seiner Einleitung zur Neuauflage des „Bürgerkrieg" von 1891 handelt wohl von den ersten beiden der drei hier in Rede stehenden Forderungen, nicht aber von der dritten, die am meisten einer Erläuterung bedurfte.

Man darf wohl annehmen, daß es das Beispiel des französischen Konvents seit September 1792 war, das sowohl den Kommunards wie Marx bei der Forderung der Vereinigung gesetzgeberischer mit vollziehender Gewalt vor Augen schwebte.

Diese Vereinigung war aus den Verhältnissen erstanden, in die die Französische Revolution zur Zeit des Konvents geraten war, der dritten Nationalversammlung seit 1789.

Frankreich stand damals im Krieg gegen fast ganz Europa: Österreich, Preußen, Italien, Spanien, die Niederlande, England. Nur Rußland fehlte noch, das sich eben anschickte, den Rest Polens zu verspeisen. Die alte französische Armee war

aufgelöst, die neue erst im Entstehen begriffen, die Generale unzuverlässig, zum Teil direkte Verräter. Die Minister in der furchtbaren Situation schwankend und unsicher. Der alte bureaukratische Apparat zerbrochen, noch kein neuer gebildet, die einzelnen Departements machten, was sie wollten.

In dieser Situation gab es nur drei Faktoren, die den zerfallenden Staat zusammenhielten: das von höchst energischen Arbeitermassen beherrschte Paris, eine geschlossene Riesenmacht, die den Departements in ihrer Zersplitterung überlegen war. Daneben der festorganisierte Jakobinerklub, dessen Zentrum in Paris lag, dessen Verzweigungen sich aber in alle Teile des Staates erstreckten. Neben diesen beiden bestand der Konvent, die Volksvertretung ganz Frankreichs, auf die in der Not alle revolutionären Franzosen blickten, die aber Kraft und Entschlossenheit nur bekam durch die Pariser Arbeiter und den Jakobinerklub.

Die vollziehende Gewalt versagte, die Minister, die Generale, die Provinzialbeamten. So drängten Jakobiner und Pariser den Konvent, selbst die vollziehende Gewalt an sich zu nehmen — und die höchste richterliche auch. Abgeordnete des Konvents wurden den Generalen zur Seite gestellt, um sie zu überwachen, den Ministern, um sie anzutreiben. Abgeordnete wurden in die Provinzen geschickt, um die Durchsetzung der allgemeinen Wehrpflicht zu fördern usw.

Der Konvent hat dadurch tatsächlich Großes geleistet und mit Paris und dem Jakobinerklub zusammen die Revolution gerettet. Aber man darf nicht vergessen, daß diese Vereinigung vollziehender und gesetzgebender Gewalt sich unter ganz abnormen Verhältnissen vollzog, Verhältnissen, die niemand herbeiwünschen wird: Krieg gegen die Invasion einer Übermacht bei gleichzeitigem Versagen der eigentlichen vollziehenden Elemente.

Jeder Krieg hat die Tendenz, die Konzentrierung aller Gewalten des Staates in einer Hand zu fördern. In der Regel ist es die vollziehende Gewalt, die sich da die anderen Gewalten aneignet oder unterordnet, die gesetzgebende und die richterliche. Der Krieg der großen Revolution fand die vollziehende Gewalt der Republik in völligem Verfall. Als die einzige Staatsgewalt voll Energie blieb die gesetzgebende, der

Konvent übrig. Allerdings war dies zum größten Teil übertragene Energie der Pariser arbeitenden Klassen.

Der Krieg — auch der Bürgerkrieg — ist aber gerade nicht die richtige Bedingung für den Aufbau einer neuen Produktionsweise. Der Krieg oder Bürgerkrieg kann unter bestimmten sozialen Verhältnissen sehr geeignet, ja unerläßlich sein, um die politische Macht zu erobern. Auch dazu, die politische Macht zum Wegräumen der Hindernisse des Neuaufbaus anzuwenden. Aber er ist sehr wenig geeignet, zweckmäßige soziale Neuordnungen zu fördern. Er macht sie meist ganz unmöglich. Denn er ordnet das ganze Leben seinen eigenen Zwecken unter, und die sind bloß die der Zerstörung.

Für die Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus brauchen wir auf das dringendste den Frieden nicht nur nach außen, sondern auch im Innern. Nicht in dem Sinne einer Versöhnung der Klassen, wohl aber in dem Sinne, daß sie ihre Kämpfe mit den Mitteln der Demokratie und nicht mit Waffengewalt ausfechten. Unter diesen Bedingungen besteht aber nicht der mindeste Grund dafür, die vollziehende mit der gesetzgebenden Gewalt zu vereinigen. Wohl aber sprechen eine Reihe von Gründen dagegen.

Das große Gesetz des Fortschritts ist das der Arbeitsteilung. Ein Organismus steht um so höher auf der Stufenleiter der Entwicklung, je weitergetrieben die Arbeitsteilung seiner Organe. Allerdings bedeutet nicht jede Arbeitsteilung einen Fortschritt, sondern nur eine solche, bei der die Harmonie der Teile und ihr dem Ganzen dienendes Zusammenwirken erhalten bleibt. Eine Arbeitsteilung, bei der sich ein Teil auf Kosten des Ganzen vervollkommnet, ist diesem schädlich und kann nicht als Fortschritt des Ganzen betrachtet werden. Wo aber eine Arbeitsteilung erfolgreich funktioniert, bedeutet ihre Aufhebung, also die Zuweisung der Funktionen verschiedener Organe an ein einziges Organ, einen Rückschritt.

Die Arbeitsteilung, die sich im Laufe einer Jahrtausende währenden Entwicklung zwischen vollziehenden, gesetzgebenden und richtenden Organen im Staate gebildet hat, ist kein Produkt der Willkür. Sie hat sich immer mehr durchgesetzt deshalb, weil jede dieser Funktionen zu ihrer zweckmäßigsten Ausführung andere Bedingungen erfordert.

Die vollziehende Gewalt hat zu handeln. Sie hat rasch Beschlüsse für besondere Gelegenheiten zu fassen und sie sofort durchzuführen. Dazu ist ein größerer Körper schlecht geeignet. Die raschesten und entschiedensten Entschlüsse kann der einzelne fassen. Darum bringt auch der Krieg, der solche Entschlüsse am dringendsten notwendig macht, den möglichst unumschränkten Oberbefehl eines einzelnen mit sich.

Die vollziehende Gewalt läuft daher stets in eine oberste Spitze eines einzigen oder einiger weniger aus, eines Monarchen, Präsidenten, Ministeriums usw. Auch der Konvent konnte sich dieser Notwendigkeit nicht entziehen. Im März 1793 setzte er den Wohlfahrtsausschuß ein von neun, später von zwölf Mitgliedern. Dieser stand über den Ministern, ernannte Beamte und Generale sowie Kommissare mit unbeschränkten Vollmachten, kurz er und nicht der Konvent war der eigentliche Souverän. Aber selbst dieser Ausschuß war noch zu groß, um rasches und entschlossenes Arbeiten zu gewährleisten. Er teilte sich in drei Gruppen von je drei Mann, von denen die eine das Kriegswesen besorgte, die zweite die politische Polizei, während die dritte den Verkehr mit der Provinz in Gang hielt. Der Rest wurde meist außer Paris beschäftigt.

Von diesen Gruppen wieder wurden zwei besonders wichtig, die des Krieges und die der Staatspolizei, und in jeder der beiden war es *ein* Mann, der sie dirigierte, hier Carnot, dort Robespierre. Schließlich erlangte der letztere die größte Macht von allen. In der Tat wurde der Konvent die Furcht vor dessen Diktatur bis zu seinem Sturze am 9. Thermidor (27. Juli) 1794 nicht los.

Also auch damals setzte sich die tatsächliche Loslösung der vollziehenden von der gesetzgebenden Gewalt und ihre Konzentrierung in wenigen Händen durch die Gewalt der Tatsachen durch.

Erheischt es die Natur der Dinge, daß die vollziehende Gewalt nur bei einem kleinen Kollegium liegt, so ist das Gegenteil der Fall bei der gesetzgebenden Versammlung. Diese bildet den Ersatz für die Versammlung des Volkes, bei der in den primitiven Gemeinwesen die höchste Gewalt lag. Sie erwählte für bestimmte Zwecke vollziehende und richterliche Beamte. Deren Überwachung sowie die Gesetzgebung behielt sie sich selbst vor.

Als dann die primitiven Gemeinwesen durch das Aufkommen der Staatsgewalt in größeren Staaten vereinigt wurden, war deren Bevölkerung zu zahlreich und über ein zu großes Gebiet zerstreut, als daß sie in ihrer Gesamtheit in einer einzigen Versammlung hätte zusammentreten und beraten können. Das war einer der Gründe, warum sich die vollziehenden Gewalten seit dem Aufkommen des Staates immer unabhängiger vom Volkswillen zu machen vermochten, immer mehr die gesetzgebende sowie die richterliche Gewalt an sich zogen und die urwüchsige Demokratie durch eine aristokratische Verfassung oder eine absolute Monarchie ersetzten. Die neue Demokratie, die sich mit dem Aufkommen und Erstarken der Städte schließlich wieder durchzuringen begann, konnte nicht mehr zur Volksversammlung als höchster Gewalt im Staate zurückkehren. Sie mußte die Form einer Volksvertretung wählen, in der soviel wie möglich alle Lokalitäten des Staates und alle Interessen vertreten sind, die Kraft genug haben, sich in ihm Geltung zu verschaffen.

Diese Körperschaft wird daher mit einer möglichst großen Mitgliederzahl ausgestattet. Für eine Körperschaft, die eine beratende, nicht eine bloße Demonstrationsversammlung sein will, sind natürlich gewisse Grenzen gegeben. Die Ausdehnung einer gesetzgebenden Versammlung geht in der Regel an diese Grenzen heran. Im Durchschnitt dürfte die Mitgliederzahl der Parlamente unserer Zeit 400 bis 500 betragen. Die der französischen Reichsstände von 1789 betrug freilich 1200, doch erwartete man, daß die 600 Mitglieder des dritten Standes, die 300 des ersten und ebenso viele des zweiten gesondert tagen würden. Die späteren Parlamente der Revolution umfaßten 745 Mitglieder, von denen fast nie alle anwesend waren. Immerhin nahmen an der Abstimmung über die Verurteilung Ludwigs XVI. 721 Abgeordnete teil.

Eine Korporation von mehreren hundert Mitgliedern ist von vornherein ein viel zu schwerfälliger Apparat für die Funktionen der vollziehenden Gewalt.

Zu deren raschem und entschiedenem Vorgehen gehört auch Einheitlichkeit und Geschlossenheit. Wir haben oben darauf hingewiesen, daß wir in eine Ära der Koalitionsregierungen eingetreten sind. Diese Tatsache verzeichneten wir nicht mit

Befriedigung, sondern als ein Übel, das nur dadurch erträglich werde, daß seine Alternative ein noch größeres Übel, nämlich eine rein antiproletarische Regierung sei. Aber eine Regierung, die Großes leisten will, muß homogen sein. Wir erwarten denn auch große Fortschritte erst, wenn die Phase der Koalitionsregierungen überwunden ist und die der rein sozialistischen Regierungen beginnt. Die erste Phase nach Möglichkeit abzukürzen, ist unsere dringendste Aufgabe. Wie sollten wir aber zu einer rein sozialistischen Exekutive kommen können, wenn die Funktionen der Exekutive mit denen der Gesetzgebung in einer Versammlung vereinigt wären, die eine starke antisozialistische Opposition in sich schließt?

Die Geschichte zeigt uns auch, daß eine Versammlung, die vollziehende ebenso wie gesetzgebende Gewalten besitzt, keine Opposition verträgt. Kaum hatte der Konvent die Befugnisse der Exekutive an sich genommen, da ließ er 34 seiner Mitglieder wegen ihrer politischen Anschauungen (Girondisten) ausstoßen und verhaften; kurz darauf wieder 73. Soweit sie nicht fliehen konnten, wurden sie guillotiniert. Später wurden Danton und seine Freunde unter den Konventsmitgliedern aufs Schafott geschickt, denen schließlich Robespierre und seine Anhänger folgten.

Eine Opposition innerhalb einer vollziehenden Körperschaft ist eben ein höchst hinderliches, ja mitunter geradezu verderbliches Ding. Dagegen ist sie unbedingt notwendig für eine Versammlung, die Gesetze schaffen will, Gesetze, die jeder Kritik stichhalten. Eine herrschende Partei wird bei jedem Gesetzentwurf, der von ihr ausgeht, seine Fehler leicht übersehen und nur für die Rechte ein Interesse haben, die er ihr bringt, nicht für die Pflichten, die er der Bevölkerung auferlegt. Ohne eine Opposition, die an der augenblicklich herrschenden Richtung nicht interessiert, ja ihr feindlich ist, wird eine unbefangene Prüfung aller Konsequenzen eines Gesetzes schwer möglich. Die herrschende Partei bedarf dazu selbst der Opposition, will sie möglichst alle Schwächen von den Gesetzen fernhalten, die aus der Versammlung hervorgehen.

Um die möglichst sorgfältige Prüfung der Gesetze zu erreichen, wird durch die Geschäftsordnung der Parlamente ihr Geschäftsgang sehr verlangsamt. Gesetzentwürfe müssen drei

Lesungen passieren, Kommissionsberatungen durchmachen usw. Eine vollziehende Gewalt dagegen muß stets in der Lage sein, sofort, ohne weiteres ihre Beschlüsse fassen zu können.

Der oftmals schleppende Geschäftsgang und die vielen Reden, die in den Parlamenten gehalten werden, lassen diese mitunter sehr lächerlich als bloße „Schwatzbuden" erscheinen, die nichts Rechtes vorwärtsbringen. Leider ist dies traurige Los nicht auf Parlamente allein beschränkt. Die Gefahr, durch leeres Geschwätz Zeit zu vertrödeln, teilen sie mit jeder beratenden Körperschaft. Oder will man behaupten, daß in Volksversammlungen, auf Parteitagen oder bei sonstigen Zusammenkünften nicht auch manche überflüssige Rede gehalten wird? Wie viele von denen, die über die Parlamente als Schwatzbuden die Nase rümpfen, sind selbst hohle Schwätzer.

Im Sommer 1917, als Lenin noch nicht die Sowjets nach seinem Gutdünken zu formen vermochte, schrieb er von diesen:

„Solche Helden des versumpften Kleinbürgertums, wie Skobeleff* und Zeretelli, Tschernoff und Awksentjeff haben es zuwege gebracht, selbst die Sowjets nach dem Vorbild des abscheulichsten bürgerlichen Parlamentarismus zu verunreinigen und sie in bloße Schwatzbuden zu verwandeln." (Staat und Revolution, S. 38.)

Die Parlamente unterscheiden sich von den meisten anderen beratenden Versammlungen allerdings dadurch, daß in ihnen, namentlich wo sie nach allgemeinem Wahlrecht gewählt sind, alle großen Klassen und Parteien der Gesellschaft zum Wort kommen. Das macht gerade ihre Verhandlungen wichtig, aber auch weitschweifig und viele unter den Hörern und Lesern der Reden ungeduldig, die für gegnerische Meinungen kein Interesse haben.

Kein Zweifel, Parlamente dreschen oft leeres Stroh und bringen die Gesellschaft dadurch nicht vorwärts, aber man legt mit Unrecht der Einrichtung zur Last, was den Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft zuzuschreiben ist. Der Charakter des Parlaments spiegelt den Charakter der Klassen und Parteien wider, die es beherrschen. Sind diese reaktionär oder feig, ist es das Parlament auch. Diejenigen Revolutionäre, die vom Parlament verlangen, daß es für sie die Revolution macht,

* Jetzt ein hervorragender Vertrauensmann der Sowjetrepublik.

ohne daß das Proletariat außerhalb des Parlaments die nötige Kraft erlangt, sich im Staate durchzusetzen, werden durch den Parlamentarismus stets enttäuscht sein.

Wenn die Parlamente bisher das Proletariat wenig befriedigten, so liegt das nicht an der Institution als solcher, sondern daran, daß das Proletariat in der Gesellschaft selbst schwach war. Die Bourgeoisie ist konservativ geworden. Daher die Unfruchtbarkeit der Parlamente. Daran würde es nicht das mindeste ändern, wenn die Parlamente anders organisiert wären, etwa die gesetzgebende mit der vollziehenden Gewalt vereinigt würde.

Die Form einer Institution ist sicher keine gleichgültige Sache. Sie muß ihrem Inhalt möglichst angepaßt sein. Aber es ist verkehrt, zu glauben, durch Änderung der Form den Inhalt ändern zu können.

Man ändere die Kräfteverhältnisse der Parteien, man schaffe eine entschlossene und geschlossene sozialistische Mehrheit im Volke, und das Parlament wird eine „arbeitende" Körperschaft werden, die parlamentarische Mühle wird reiches Mehl liefern, auch wenn sie bloß gesetzgebende Funktionen übt.

Übrigens hat es noch eine andere Funktion. Es hat nicht bloß die Gesetze zu formulieren, sondern auch dafür zu sorgen, daß sie beachtet werden. Es hat dabei die vollziehende Gewalt zu kontrollieren, ebenso bei der Verwendung der Mittel des Staates.

Wo vollziehende und gesetzgebende Gewalt in einer Hand vereinigt sind, da fehlt jene Kontrolle, da besteht die Gefahr, daß die vollziehende Gewalt allmächtig wird gegenüber der Bevölkerung. Wir haben bereits gesehen, daß der Konvent, seitdem er vollziehende und gesetzgebende Gewalt vereinigte, von steter Furcht gepeinigt wurde, es könne sich daraus die Diktatur eines einzelnen entwickeln. Er hat ja auch Napoleon, dem „Robespierre zu Pferde", den Weg geebnet.

Das widerspricht durchaus dem Ziel, das Marx selbst in seiner Schrift über den „Bürgerkrieg" aufgestellt hat, wo er verlangte, die Regierung solle aufhören, „unabhängig und überlegen" zu sein „gegenüber der Nation", es sollten „die berechtigten Funktionen der Regierungsmacht einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beansprucht, entrissen und

den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden".

Für den Gesamtstaat selbst sah Marx „eine Nationaldelegation in Paris" vor, der „eine Zentralregierung" mit „wenigen, aber wichtigen Funktionen" gegenübersteht. Das bedeutet doch dieselbe Trennung der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt, die Marx für die Kommune abgeschafft wissen wollte.

Man darf danach wohl bezweifeln, daß Marx für den Staat die gleiche Einrichtung wollte wie für die Gemeinde. Aber selbst wenn Marx auch für den Staat alle Gewalt in einer einzigen Körperschaft vereinigt sehen wollte, könnten wir darin nichts anderes sehen als ein Nachwirken der Eindrücke der großen bürgerlichen Revolution, deren Formen als die der Revolution überhaupt zu betrachten so lange nahe lag, als sich die eigenartigen Bedingungen der proletarischen Revolution noch nicht deutlich entwickelt hatten, was erst im letzten Menschenalter eintrat.

Wenn der Bolschewismus trotzdem heute noch an den Formen der bürgerlichen Revolution festhält, so kennzeichnet das die Rückständigkeit der russischen Verhältnisse. Eine besondere Ironie der Geschichte liegt aber darin, wenn Lenin die Eigenart der proletarischen Demokratie in Einrichtungen sucht, die entweder die bürgerliche Revolution kennzeichnen oder einem Zustand unentwickelter bürgerlicher Demokratie entspringen.

f) Die Diktatur.

Von allen Einrichtungen der Pariser Kommune, die Marx hervorhob, ist es nur eine einzige, an der die Bolschewiki heute noch festhalten: der Vereinigung gesetzgebender und vollziehender Gewalt in einer Hand — allerdings nicht in der einer Volksvertretung, die durch das allgemeine Stimmrecht gewählt wurde wie die Pariser Kommune.

Sie halten an dieser Vereinigung der Gewalten deshalb fest, weil sie am ehesten zur Diktatur führt. Und die Diktatur nicht nur als Zustand oder, wie Lenin-Levy sagen, Staatsform, sondern auch als „Regierungsform" ist für den Bolschewismus jene Staatsverfassung, die das Proletariat

nach der Eroberung der politischen Macht für die Zeit des Übergangs zum Sozialismus einrichten muß.

Worin besteht das Wesen einer Diktatur, nicht in dem übertragenen Sinn, in dem Marx und Engels das Wort gebrauchten, die in der Demokratie der Pariser Kommune die Diktatur des Proletariats fanden, sondern in dem engeren Sinne des Bolschewismus?

Die Diktatur ist eine Staatseinrichtung, die verfassungsmäßig jede Opposition gegen die Staatsgewalt ausschließt und die den Besitzer der Staatsgewalt, sei es eine Person, eine Korporation oder eine Klasse, über die Gesetze des Staates erhebt, die wohl für die übrige Bevölkerung gelten, den Diktator aber in keiner Weise in seinen Bewegungen hindern. Er darf mit der Bevölkerung umspringen, wie es ihm gutdünkt.

Diese Einrichtung ist im Grunde nichts anderes als der Belagerungszustand für alle, die an der Diktatur nicht teilhaben. Eine bequemere Regierungsform ist sicher kaum möglich. Das hat nicht erst Lenin entdeckt, sondern gar mancher andere vor ihm. Und doch muß sie ihren oder ihre Haken haben. Denn obwohl sie höchst bequem ist und durchaus nicht spezifisch proletarisch, sondern bisher am meisten gegen das Proletariat benutzt wurde, bedient sich ihrer selbst das bornierteste Gewaltregiment der Bourgeoisie und sogar des Feudaladels nur äußerst ungern und nur in Zeiten großer Verlegenheiten.

Die Gründe dafür haben wir hier nicht zu entwickeln: Wir wollen nur die Wirkungen untersuchen, die der Diktatur für das proletarische Regime entspringen.

Vor allem: Wer soll der Diktator sein? Wer soll es sein, dem diese ungeheure Machtfülle in die Hand gegeben wird? Natürlich niemand anderer als das Proletariat, das imstande sein soll, jeden Widerstand gegen die Umwandlung der Gesellschaft in seinem Sinne zu brechen.

Jedoch beim ersten Wort stocke ich schon. Selbst in Rußland, wo der Bauer eben erst der zaristischen Knute entronnen war, zeigte sich es unmöglich, einer Minderheit des Proletariats gegen die Bauern die Alleinherrschaft zu geben. Die Sowjets, die Räte, denen die Diktatur zufallen sollte, mußten nicht bloß als Räte von Lohnarbeitern, sondern auch von Bauern eingerichtet werden.

Das mochte in Rußland leidlich scheinen, weil dort die Bauern noch revolutionär waren — abermals ein Zeichen des bürgerlichen Charakters seiner Revolution. Es wird sinnlos in Westeuropa, wo der Bauer die stärkste konservative Macht bildet. Den Intellektuellen der Städte jede politische Freiheit zu nehmen und den Bauern die politische Allmacht zu geben, wird da der Gipfel des Widersinns.

Die Diktatur des Proletariats als Mittel der Herbeiführung des Sozialismus müßte damit eigentlich schon erledigt sein.

Doch gehen wir weiter. Das Proletariat hat die Diktatur. Was heißt das? Daß jeder Proletarier den besitzenden und gebildeten Klassen der Städte gegenüber allmächtig wird, sie nach Belieben plündern und mißhandeln darf. Kurz, die Diktatur einer Klasse, als Staatseinrichtung aufgefaßt, bedeutet die Verleihung anarchischer Willkür an diese Klasse.

Und das war auch in Rußland der Fall nach dem Staatsstreich des Bolschewismus (November 1917), den er als Revolution verherrlicht. Innerhalb der beiden Klassen, deren Diktatur damals proklamiert wurde, herrschte bald völlige Anarchie.

Dieses bakunistische Ideal mochte einigermaßen erträglich sein in einem primitiven Bauerndorf mit allgemeinem kleinem Familienbetrieb. Der Großbetrieb geht dabei zugrunde.

Die Zerschlagung der Großbetriebe in der Landwirtschaft, das Chaos in der Industrie, das war die erste schwere Wunde, die das Wirtschaftsleben Rußlands in der Revolution erhielt, nachdem der Krieg es bereits furchtbar geschwächt hatte.

Natürlich mußten schließlich die Bolschewiki erkennen, daß es so nicht weitergehe. Eine unorganisierte Klasse kann eben keine Diktatur üben. Soll dieses Amt von einer Masse gehandhabt werden, dann muß sie organisiert sein.

Die Diktatur des Proletariats wurde bald unhaltbar. Sie hatte zum rapidesten ökonomischen Untergang Rußlands geführt. Aber die Anarchie dieser Art Diktatur bildete den Boden, aus dem eine Diktatur anderer Art erwuchs, die der kommunistischen Partei, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Diktatur ihrer Führer. Diese setzte sich als einzige feste Organisation in dem allgemeinen Chaos durch, aber nur dank ihrem beispiellosen Opportunismus, der ihr

erlaubte, zur Behauptung ihrer Macht die wichtigsten Grundsätze über den Haufen zu werfen, zu deren Durchsetzung sie die Macht erobert hatte.

Von der Entfesselung der Anarchie in Stadt und Land ging Rußland unvermittelt über zur stärksten Fesselung des ganzen Landes durch eine mit schrankenloser Macht nach unten bekleidete privilegierte Bureaukratie, Polizei und stehende Armee, deren Wirken in blutigstem Terrorismus gipfelte.

Nach der Auffassung von Marx, die wir vollständig akzeptieren und die auch Lenin noch 1917 verfocht, kann sich das Proletariat nicht befreien ohne Aufhebung des Herrschaftsapparats der Bureaukratie, politischen Polizei, des stehenden Heeres. Wenn sich die Diktatur ohne diesen Apparat nicht behaupten kann, dann bezeugt sie schon dadurch, welch untaugliches Werkzeug für die politische Herrschaft und die ökonomische Befreiung des Proletariats sie ist.

Das wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß die Diktatur ihrer Verfassung nach nicht die mindeste Opposition duldet. Jeder Versuch von Opposition muß daher unter ihr von vornherein den Umsturz der Verfassung anstreben und die Form des Bürgerkriegs annehmen.

Der Glaube des Bolschewismus hat sich aber als Köhlerglaube erwiesen, als sei es möglich, eine sozialistische Gesellschaftsordnung im Bürgerkrieg aufzubauen. Heute wird diesem Krieg von den Kommunisten selbst die Schuld daran zugeschrieben, daß Rußland nicht zum Sozialismus, sondern zum Ruin gelangte. Aber sie vergessen, daß der Bürgerkrieg der Ausfluß ihrer Diktatur war.

Siegt die Diktatur im Bürgerkrieg, dann ist die naturnotwendige Folge die Erstarrung des politischen, ja des intellektuellen Lebens überhaupt. Hoffnungsloser Stumpfsinn bemächtigt sich der Massen, aus deren energischer und verständnisvoller Selbstbetätigung allein der Sozialismus, die Demokratisierung des autokratischen Kapitalismus, entspringen kann. Auch dadurch wird die Diktatur ein Hemmnis des sozialistischen Aufstiegs — ganz abgesehen davon, daß eine Arbeiterklasse, die nicht imstande ist, eine auf Militär und Bureaukratie aufgebaute Diktatur abzuschütteln, schon damit bezeugt, daß sie noch nicht reif ist zum Sozialismus.

Alles das ist schon früher der bolschewistischen Methode, durch die Parteidiktatur zum Sozialismus zu kommen, entgegengehalten worden. Zu diesen Faktoren, die aus der Diktatur ein Hindernis des sozialistischen Aufstiegs machen, gesellt sich noch ein wichtiger, bisher meines Wissens nicht genügend beachteter.

Der Produktionsprozeß bedarf der Sicherheit, soll er sich regelmäßig erneuern und so das gesellschaftliche Gedeihen ermöglichen. Er bedarf der Sicherung gegen unerwartete gewaltsame Eingriffe von außen, seien es solche von Privaten oder von Behörden. Niemand wird sich die Mühe nehmen, zu produzieren, wenn er befürchten muß, das Produkt seiner Arbeit werde ihm weggenommen werden.

Wohl erhält in keiner auf Ausbeutung beruhenden Produktionsweise der Arbeiter das ganze Produkt seiner Arbeit. Er muß es mit anderen teilen. Aber diese Teilung geht nach bestimmten Regeln vor sich, die dem Arbeiter bekannt sind, ehe er die Arbeit beginnt. Sie ist unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen eine der Bedingungen des Produktionsprozesses, ohne deren Erfüllung der Arbeiter überhaupt nicht produzieren und daher auch nicht leben könnte. Die Produktion wird daher durch diese Art der Teilung nicht gehemmt, wenn dem Arbeiter genug verbleibt, um die Erhaltung seiner Arbeitskraft und die seines Nachwuchses zu sichern.

Anders dagegen wirkt es, wenn dem Bauern, dem Handwerker oder sonstigen Arbeiter das, was ihm vom Produkt seiner Arbeit nach vollendetem Produktionsprozeß bleibt, in ganz regelloser, unerwarteter Weise von einer Macht geraubt wird, die an dem Fortgang seiner Arbeit nicht direkt interessiert ist. Das wirkt als eine starke Entmutigung, weiterhin zu produzieren. Das Produzieren wird dann oft sogar ganz unmöglich, wenn dem Arbeiter keine Produktionsmittel bleiben und keine Lebensmittel, um seine Arbeitskraft zu erhalten, so daß er zugrunde geht.

Trotz alledem wird freilich der Arbeiter versuchen, weiterzuarbeiten, wenn es nur irgend geht, denn eine andere Möglichkeit der Existenz als durch Arbeit hat er nicht. Und bei primitiven Verhältnissen sind auch die Produktionsmitel einfach und zur Not immer wieder zu beschaffen. Überdies ist da

auch das Einkommen des einzelnen Arbeiters oder Bauern zu ärmlich, um stark zur Plünderung zu reizen.

Weit ernsthafter wirkt der Produktion die Unsicherheit im Staate dort entgegen, wo sie kapitalistisch betrieben wird oder doch betrieben werden könnte. Hier hängt die Produktion nicht bloß vom Arbeiter, sondern auch und in erster Linie vom Kapitalisten ab. Wenn aber der Arbeiter gezwungen ist, zu produzieren, um zu leben, ist der Kapitalist in keiner Weise dazu gezwungen. Er steckt sein Geld nur dann in den Produktionsprozeß zum Bau von Fabrikgebäuden, Ankauf von Maschinen und Rohmaterialien, zur Bezahlung von Löhnen, wenn er davon einen erheblichen Profit erwartet, und zwar nicht nur in nächster Zukunft, sondern mindestens für so lange, als die Produktionsmittel währen, in denen sein Kapital angelegt ist. Hat er diese Sicherheit nicht, dann verzichtet er lieber darauf, sein Vermögen aufs Spiel zu setzen. Dann legt er es in Gold, Edelsteinen oder anderen hochwertigen Gegenständen an, die unverwüstlich sind, wenig Raum einnehmen und leicht verborgen werden können, oder er wendet es in Geschäften an, bei denen das Kapital rasch umschlägt, in Wucher und Handel, wo ihm rascher und hoher Profit winkt, der sein Risiko belohnt.

Die allgemeine Unsicherheit der Verhältnisse war einer der Gründe, warum sich bisher im Orient und in Europa bis über die Reformationszeit hinaus kein industrieller Kapitalismus entwickeln konnte. Diese Unsicherheit ist einer der Gründe, warum in den Staaten der Besiegten nach dem Weltkrieg die Industrie so langsam wieder in Gang kommt, indes das Schiebertum blüht.

Diese Unsicherheit wird auf den Gipfel getrieben und dauernd gemacht durch die Diktatur. Diese vermag wohl den Straßenraub einzudämmen, auch Pogrome zu verhindern, aber die stärkste Unsicherheit geht von ihr selbst aus, von der völligen Willkür und Gesetzlosigkeit der Staatsgewalt, deren Launen ganz unberechenbar sind und die ebenso nach Belieben heute den Arbeitern zurufen kann: Raubt den Räubern (das heißt den Kapitalisten) das Geraubte, wie morgen den Kapitalisten: Bereichert euch auf Kosten der arbeitenden Klassen, um übermorgen wieder das Kriegsgeschrei von heute anzustimmen, wenn es ihr paßt.

Die Diktatur des Sultans und seiner Paschas hat bisher allem Aufkommen einer Großindustrie in der Türkei eine unübersteigliche Schranke entgegengesetzt, und sie hat sogar die primitive Wirtschaft des türkischen Bauern ruiniert. Das wird ökonomisch für Rußland nicht geändert dadurch, daß der russische Sultan nicht Mohammed, sondern Marx als den erlösenden Propheten anruft. Die russischen Paschas haben es übrigens in ihrer asiatischen Propaganda fertiggebracht, Mohammed und Marx gleichzeitig zu ihren Leitsternen zu machen.

Schon der Absolutismus der Zaren hat den industriellen Aufschwung Rußlands sehr gehemmt, obwohl er in der letzten Zeit kein reines Willkürregiment mehr darstellte, die Bureaukratie an bestimmte Gesetze gebunden war und ein geordnetes Gerichtsverfahren (abgesehen von manchen politischen Verbrechen) bestand, in letzter Zeit sogar eine gesetzgebende Versammlung und ein von dieser kontrolliertes Staatsbudget.

Die bolschewistische Diktatur geht an Willkürlichkeit, an Kraft wie an Ungebundenheit der Staatsgewalt weit über den Zarismus hinaus, wirkt daher auch weit lähmender auf die Industrie als dieser.

Wie so vieles andere wissen die Bolschewiki auch das nicht mehr, obwohl ihnen die industrielähmende Wirkung der Autokratie vor der Revolution wohl bekannt war.

Es gibt Regierungsformen, die mit einem kapitalistischen Aufschwung unvereinbar sind. Dazu gehört der orientalische Despotismus, dazu gehört seine modernste Abart, die sich hinter dem Deckmantel der Diktatur des Proletariats verbirgt.

Solange die Diktatur nicht gefallen ist, wird Rußland fortfahren, zu verkommen, trotz aller Konzessionen an die Kapitalisten. Aber nicht nur mit dem industriellen Kapitalismus ist die Regierungsform der Diktatur unvereinbar, sondern auch mit dem demokratischen Sozialismus. Und ebenso mit dem Stadium des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Denn dieser kann nur erstehen aus einem voll entfalteten, einem blühenden, nicht einem verkümmerten Kapitalismus, und in der Zeit des Übergangs wird der Kapitalismus auf einer Reihe von Gebieten noch längere Zeit weiterbestehen müssen, wie wir noch sehen werden.

Von welcher Seite wir also die Diktatur anpacken mögen, sie erweist sich als ein untaugliches Mittel, den Kapitalismus zum Sozialismus zu entwickeln.

Nach alledem können wir unsere Untersuchung über die politische Revolution des Proletariats kurz in die Sätze zusammenfassen:

Gleichzeitig mit dem Proletariat erstarkt die Demokratie. So wird auch der normale Weg zur Eroberung der politischen Macht für das Proletariat der der Demokratie sein.

Die demokratische Republik ist die Staatsform für die Herrschaft des Proletariats.

Die demokratische Republik ist die Staatsform für die Verwirklichung des Sozialismus.

III. Die ökonomische Revolution.

1. Konsumenten und Produzenten.

a) Unter dem Kapitalismus.

Bei der Untersuchung der Regierungsform, die der Herrschaft des Proletariats und dem Sozialismus am besten entspricht, haben wir noch eine Frage zu erörtern. Aber diese führt uns bereits zu den ökonomischen Aufgaben der proletarischen Revolution, das heißt der Epoche der politischen Macht des Proletariats hin.

Es ist die Frage, ob die proletarische Staatsmacht als Macht der Konsumenten oder der Produzenten zu organisieren sei. Ob diejenige Körperschaft, die als Vertreterin des Volkes die höchste Macht im Staate darstellt, eine Vertretung der Konsumenten oder eine der Produzenten darstellen solle.

Erstere, sagt man, seien die Vertretungen von Bezirken, in denen die Wahl auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts vor sich gehe, das keine beruflichen Unterschiede kenne. Diesem System stellen neuere Tendenzen entweder eine Klassenvertretung entgegen wie der Bolschewismus, der den Lohnarbeitern wie den Bauern ein besonderes Wahlrecht zuerkennt und als Vertretungskörper besondere Bauern- und Arbeiterräte schafft, wobei den anderen Klassen jede Vertretung genommen wird. Daneben haben wir den demokratischen Vorschlag des Gildensozialismus, der nicht eine Klassen-, son-

dern eine Berufsvertretung wünscht. Die Staatsbürger im Lande sollen nach Betrieben oder Berufen ihre Abgeordneten zu seiner obersten Volksvertretung wählen. Diese soll gewissermaßen ein permanenter Gewerkschaftskongreß sein. Strittig bleibt es noch, ob diese Art Reichswirtschaftsrat die einzige parlamentarische Kammer im Staate bilden oder ob es deren zwei geben soll, eine wie bisher nach allgemeinem Wahlrecht gewählte und eine Berufsvertretung, und welches das Verhältnis der beiden zueinander sein soll. Der bedeutendste Vertreter des Gildensozialismus, Cole, erklärt:

„Die höchste Souveränität auf industriellem Gebiet müßte einer aus Parlament und Gildenverband gemeinschaftlich zusammengesetzten Körperschaft verbleiben." („Selbstverwaltung in der Industrie", nach der 5. Auflage aus dem Englischen übersetzt von R. Thesing. Berlin 1921. S. 130.)

Leider sieht sich Cole genötigt, hinzuzufügen:

„Die neue soziale Philosophie für diese veränderte Auffassung der Souveränität ist noch nicht ausgearbeitet, deshalb täten die Gildensozialisten besser, statt andauernd über ihre eigenen und anderer Leute Terminologie zu stolpern, unverzüglich eine neue Theorie zu ersinnen und auszuarbeiten, die mit der Gildenidee und der von ihr angestrebten sozialen Struktur in Einklang steht."

Dieser Auftrag, sofort eine neue Theorie zu ersinnen, der ihre Marschroute vorgeschrieben wird, ist bezeichnend für die Colesche Auffassung der Wissenschaft. Vielleicht können wir den Gildensozialisten dabei etwas helfen, obwohl wir kaum ihren Beifall dadurch erwerben dürften.

Die Hauptfrage ist die: Sollen die höchste Macht im Staate die Konsumenten haben oder die Produzenten?

Die Gildensozialisten behandeln die Begriffe der Konsumenten und Produzenten als solche, die sich von selbst verstehen, ebenso wie die Bolschewiki den Begriff des Arbeiters. Weder die einen noch die anderen halten es für notwendig, diese Begriffe besonders zu definieren. Und doch sind sie nicht so einfacher Natur, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Das habe ich für den Begriff des Arbeiters in einem Artikel des Wiener „Kampf" gezeigt („Was ist ein Arbeiter?" Dezember 1920). Über „Konsumenten und Produzenten" handelte ich in

einem gleichnamigen Artikel der „Neuen Zeit" (30. Jahrgang, 1. Band, S. 452 ff.). Doch erörterte ich dort die Frage nur vom Standpunkt der Agitation für den Schutzzoll, die von Schippel vor Jahren unter Verfechtung des „Produzenteninteresses" in der deutschen Sozialdemokratie betrieben wurde. Hier müssen wir die Untersuchung etwas anders fassen. Um sie nicht zu sehr zu komplizieren, sehe ich dabei ab von dem wichtigen Unterschied zwischen persönlichem Konsum, der gewöhnlich als Konsum schlechtweg verstanden wird, und dem produktiven Konsum, dem Konsum von Produktionsmitteln, der nur ein anderer Name ist für Produktion.

Ich beginne meinen Artikel der „Neuen Zeit" mit den Worten:

„In der modernen handelspolitischen Literatur kehrt immer wieder die Scheidung der Gesellschaft in Konsumenten und Produzenten wieder, als wären das zwei Klassen, in die die Gesellschaft zerfällt. Der Freihandel wird gefordert im Interesse der Konsumenten. Der Schutzzoll in dem der Produzenten. Unwillkürlich liegt der Gedanke nahe, daß das Produzenteninteresse das höhere ist. Die Konsumenten, das sind die Leute, die essen und trinken, die Produzenten sind jene, die im Schweiße ihres Angesichts sich abmühen.

Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

Man mag die Überlegenheit des Produzenteninteresses auch wissenschaftlicher fassen und sagen: Wir können nur konsumieren, was produziert worden ist. Das Gedeihen der Gesellschaft hängt vom Gedeihen der Produktion ab. Das Interesse der Produzenten ist also das Interesse der Gesellschaft."

Von einem anderen Standpunkt aus möchte es wieder scheinen, als könne es gar keinen Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten geben. Denn wenn auch nicht jeder Konsument produziert, so konsumiert doch jeder Produzent. Für den arbeitenden Teil der Menschheit sind konsumieren und produzieren nur verschiedene Funktionen des gleichen Individuums. Wie kann man da von einem Gegensatz zwischen Konsumenten und Produzenten sprechen?

Und doch besteht ein solcher Gegensatz, wenn auch nicht für jede Produktionsweise und nicht innerhalb jeder Produktionsweise in gleicher Art. In dem obenerwähnten Artikel der

„Neuen Zeit" habe ich nur den Gegensatz innerhalb der kapitalistischen Produktion untersucht.

Dieser Gegensatz besteht allerdings nicht in den primitivsten Produktionsverhältnissen, wo jeder Betrieb für sich selbst produziert und alles erzeugt, was seine Mitglieder brauchen. Wie überall ist auch hier der Kreis der Konsumenten weiter als der der Produzenten. Denn wenn auch jeder Produzent notwendigerweise Konsument ist, so sind doch nicht alle, die konsumieren, am Produktionsprozeß beteiligt. Die Arbeitsunfähigen, Kinder, Kranke, Greise nehmen an ihm nicht teil. Aber sie alle sind Familienmitglieder der Produzenten, diese haben an ihnen dasselbe Interesse wie an sich selbst. Es gibt in diesen Verhältnissen also kein vom Interesse der Produzenten geschiedenes Konsumenteninteresse in der Gesellschaft.

Das ändert sich bereits bei einfacher Warenproduktion, wo jeder Arbeiter im Besitz seiner Produktionsmittel ist, als Bauer oder Handwerker, und über sein Produkt verfügt. Von komplizierenden Ausbeutungsverhältnissen sehen wir hier ab.

Der Unterschied gegenüber der primitiven Produktion für den Selbstgebrauch besteht hier in der Arbeitsteilung der Betriebe untereinander. Der Produzent erzeugt in der Warenproduktion Produkte, die er nicht braucht, um gegen sie Produkte anderer Betriebe einzutauschen, die er braucht. Die Produkte tauschen sich nach ihrem Wert. Je größer der Wert oder, in Geld ausgedrückt, der Preis des eigenen Produkts, desto mehr andere Produkte kann er dafür eintauschen. Der Produzent hat daher ein Interesse an hohen Preisen seiner Produkte. Kann er durch knappe Versorgung des Marktes mit seinen Produkten deren Preise in die Höhe treiben, wird er es tun.

Hat er seine Waren aber einmal verkauft, dann erscheint er auf dem Markt nicht mehr als Warenbesitzer, sondern als Geldbesitzer; nicht mehr als Verkäufer, sondern als Käufer; nicht mehr als Produzent, sondern als Konsument. Und als solcher hat er ein Interesse an niedrigen Warenpreisen. So tut sich hier der Gegensatz zwischen Konsumenten und Produzenten auf. Aber wenn wir, wie gesagt, von komplizierenden Ausbeutungs- und anderen Verhältnissen absehen, die nicht notwendig in diesem Stadium auftreten müssen, besteht die ganze Gesellschaft ebenso wie in primitiven Zeiten nur aus

Produzenten und ihren Familienangehörigen. Der Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten ist da also einer innerhalb der Produzentenwelt, es ist in jedem gegebenen Falle ein Gegensatz der Produzenten eines Berufs zu den Produzenten der übrigen Berufe. Es ist kein dauernder Gegensatz von Klassen, sondern ein Gegensatz, dessen Faktoren ununterbrochen wechseln.

Doch kommt es unter Umständen bereits bei einfacher Warenproduktion dahin, daß verwandte Produktionszweige sich zusammentun zu gemeinsamem dauerndem Kampfe gegen einen anderen. So kann der Interessengegensatz zwischen Konsumenten und Produzenten zu einem großen sozialen Gegensatz werden, der historisch die tiefsten Wirkungen geübt hat.

Auf der einen Seite finden wir die städtische Industrie, deren Produzenten denen der Landwirtschaft als Konsumenten entgegentreten—als Konsumenten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die sie so billig als möglich beziehen wollen. Auf der anderen Seite die Landwirte als Konsumenten von Industrieprodukten, die ihnen die Industriellen möglichst teuer abgeben wollen.

Der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land, der sich immer wieder erneuert, erscheint als einer zwischen Konsumenten und Produzenten, obwohl wir hüben wie drüben Produzenten und Konsumenten finden.

Einen neuen Charakter bekommt die Produktion durch das Aufkommen der Lohnarbeit im Dienste industrieller Kapitalisten. Bis dahin waren Arbeiter und Produzent *eine* Person. Das Produzenteninteresse war das Arbeiterinteresse. Unter der Herrschaft des Kapitalismus bleibt der Arbeiter wohl *technisch* der Produzent der Produkte. Aber er hört auf, es *ökonomisch* zu sein. Nicht er ist mehr der Besitzer des Betriebs und seiner Produktionsmittel. Nicht er leitet die Produktion, nicht er bestimmt die Zahl und Art der Produkte, nicht ihm gehören sie, nicht er bringt sie auf den Markt, nicht er hat ein Interesse an ihrem Preis, sondern der *kapitalistische Unternehmer*. Dieser ist jetzt ökonomisch der Produzent. Das Produzenteninteresse ist nun das Interesse des die Produktionsmittel und Produkte besitzenden Kapitalisten.

Verschieden von diesem Interesse ist das des Lohnarbeiters. Auch er zieht sein Einkommen aus dem Verkauf einer Ware auf dem Markt, aber diese besteht in seiner eigenen Arbeitskraft. Sie ist nicht wie die anderen Waren verschieden von der menschlichen Persönlichkeit, sondern gleichbedeutend mit dieser selbst. Sie wird auch nicht für den Markt produziert, sondern erwächst aus dem Lebensprozeß des Arbeiters selbst. Sie wird höchstens durch Erwerbung besonderer Geschicklichkeiten den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts etwas angepaßt. Aber die Produzierung der Menge der vorhandenen Arbeitskräfte wird nicht wie die der eigentlichen Waren durch die Nachfrage nach ihnen bestimmt. Sie wird nicht um des Profits willen produziert.

Die Produktion einer Ware kann man ganz einstellen, wenn keine Nachfrage nach ihr vorhanden ist. Man kann deren Produktion bei der heutigen Technik auch sprunghaft steigern, wenn die Nachfrage rasch wächst. Die Produktion unprofitabler Waren hört auf, die profitabler wird ausgedehnt. Ich sagte darüber in dem zitierten Artikel:

„Von alledem ist bei der Produktion der Ware Arbeitskraft nichts zu merken. Man kann diese Produktion in doppeltem Sinne fassen: einmal als tägliche Reproduktion des Individuums, als Wiederherstellung seiner im Laufe des Tages verbrauchten Arbeitskraft. Dann als Reproduktion der Generation, als Ersatz des absterbenden Individuums durch neue.

Weder die eine noch die andere Art der Reproduktion wird zu Zwecken des Profits betrieben; weder das Essen und Schlafen noch die Erzeugung und Aufziehung von Kindern gehören zu den profitablen Geschäften. Sie gehören zum Lebensprozeß des Arbeiters, werden unter allen Umständen vollzogen, ohne jede Rücksicht auf die Nachfrage. Das Angebot von Arbeitskraft läßt sich weder nach Belieben steigern noch senken."

Noch in anderer Beziehung unterscheidet sich die Ware Arbeitskraft von den übrigen Waren. Deren Produktionskosten sind stets technisch genau gegeben. Nicht dagegen die der Arbeitskraft. Die Erhaltungskosten der Arbeitskraft sind nicht bloß physiologisch bestimmt, sondern umfassen auch Momente, Ansprüche ans Leben, die rein gesellschaftlicher Natur sind. So sagt denn auch Marx:

„Der Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse wie die Art ihrer Befriedigung ist selbst ein historisches Produkt und hängt daher großenteils von der Kulturstufe des Landes und auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält die Wertbestimmung der Arbeitskraft also ein historisches und moralisches Element." (Kapital, I, Volksausgabe, S. 127.)

Alle diese Umstände bewirken, daß der Wert und der Preis der Arbeitskraft konservativer sind als die der anderen Waren. Sie ändern sich nicht so leicht und so sprunghaft wie diese. Der Arbeitslohn sinkt in der Regel nicht so rasch und so tief wie der Preis der anderen Waren, er steigt aber auch nicht so rasch und so hoch. Der Arbeiter hat also ein Interesse am Sinken der Warenpreise, wenn sich dies nicht unter schädigenden Begleiterscheinungen wie etwa weitverbreiteter Arbeitslosigkeit vollzieht. Er hat kein Interesse an steigenden Warenpreisen — auch hier abgesehen von etwaigen kompensierenden Begleiterscheinungen.

Der Lohnarbeiter ist also der eigentliche Leidtragende bei einer künstlichen Verteuerung der Waren durch Schutzzölle oder, wie in unseren Tagen, durch die Geldinflation. Sein Interesse ist hier, so sonderbar es klingen mag, nicht das Produzenten-, sondern das Konsumenteninteresse. Er hat das größte Interesse am Freihandel sowie an der Stabilisierung der Währung.

Nun hat der einzelne industrielle Kapitalist im Grunde bloß für seinen eigenen Produktionszweig ein Produzenteninteresse. Er wünscht nur, daß seine eigenen Produkte hoch im Preise stehen, nicht die der anderen Produktionszweige. Diesen gegenüber empfindet er Konsumenten- nicht Produzenteninteresse. Aber in der Politik des Staates hat er keine Aussicht, für seinen Produktionszweig allein Maßregeln durchzusetzen, die dessen Warenpreise künstlich erhöhen, die der anderen nicht. Er muß sich zu diesem Zwecke mit den Kapitalisten anderer Produktionszweige verbinden. Er unterscheidet sich darin als Produzent nicht von denen der einfachen Warenproduktion. Und dementsprechend finden wir bei kapitalistischer Wirtschaft denselben Gegensatz zwischen Stadt und Land, Industrie und

Landwirtschaft wie in früheren Zeiten. Er äußert sich namentlich lebhaft in den Fragen der Zollpolitik. Wo die Industriellen Freihändler werden, sind die Agrarier Schutzzöllner und umgekehrt.

Aber dennoch zeigt sich dabei ein wesentlicher Unterschied der kapitalistischen von der einfachen Warenproduktion. Bei dieser ist es ganz zwecklos, daß alle Produktionszweige ohne Unterschied sich zu einer gemeinsamen Politik allgemeiner Preiserhöhungen vereinigen. Denn dabei gewinnt jeder als Verkäufer so viel, wie er als Käufer verliert.

Anders steht es in der kapitalistischen Produktionsweise, wo Arbeiter und Produzenten zwei verschiedene Personen sind. Heute können alle Unternehmer gewinnen, auch wenn sämtliche Produktionszweige ohne Unterschied in Stadt und Land die Preise erhöhen, sei es durch Schutzzölle oder durch Syndikate oder wie immer. Denn nun ist ein Faktor da, auf den die Last, deren sich jeder Produzent entledigt, abgeladen werden kann: der Lohnarbeiter.

So wird dieser jetzt zum ausgesprochenen Vertreter des Konsumenteninteresses im Gegensatz zu den vereinigten Ausbeutern als ausschließlichen Vertretern des Produzenteninteresses.

An diese Verhältnisse denken natürlich nicht die Verfechter des Gilden- oder des Rätesystems. Für sie ist der Arbeiter unter allen Umständen gleichbedeutend mit dem Produzenten.

b) Unter dem Sozialismus.

Richtig ist diese Gleichstellung nur unter bestimmten ökonomischen Verhältnissen, wie wir gesehen haben. So in der urwüchsigen Produktion für den Selbstgebrauch sowie in der einfachen Warenproduktion. Auch bei durchgeführtem Sozialismus kann der Begriff des Produzenten niemand anderen mehr bedeuten als den Arbeiter. Indes gilt das noch keineswegs für die Zeit des Übergangs.

Ist aber der Sozialismus allgemein durchgeführt, dann wird der Arbeiter nicht nur identisch mit dem Produzenten, dann gibt es auch in der Gesellschaft keine andere Einkommensquelle als die Arbeit, dann finden wir in ihr nur Arbeiter mit ihren Familien, ganz so wie in der primitiven Wirtschaft, von der wir ausgingen.

Man müßte demnach annehmen, es gäbe da kein vom Konsumenteninteresse geschiedenes Produzenteninteresse mehr.

Aber vom primitiven Kommunismus unterscheidet sich der moderne Sozialismus vor allem durch die Arbeitsteilung. In der primitiven Wirtschaft finden wir zunächst nur die Arbeitsteilung zwischen Mann und Weib in der Familie. Heute dagegen haben wir bereits eine unendlich weit getriebene Arbeitsteilung innerhalb der einzelnen Betriebe sowie in der Gesellschaft nach zahllosen Produktionszweigen, auf der die Produktivität der Arbeit und die Möglichkeit des Sozialismus auf moderner Grundlage unter der Teilnahme aller an den Schätzen unserer Kultur beruht.

Während sich, wie wir noch sehen werden, der Sozialismus immer mehr der Gleichheit aller als Konsumenten nähert, das heißt wohl mit individuellen, nicht aber mit Klassenunterschieden, spaltet er ebenso wie der ihm vorhergehende Kapitalismus die Arbeiter beim Produktionsprozeß in die verschiedensten Schichten, von denen jede andere Bedingungen der Arbeit vorfindet, so daß in jeder Arbeiterschicht besondere Interessen im Produktionsprozeß an der möglichst günstigen Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen erstehen. Aber auch die Machtverhältnisse jeder einzelnen Schicht innerhalb der Gesamtheit der Arbeitenden werden verschiedene sein. Die einen sind lebensnotwendig, die anderen nicht. Die einen gefährden den ganzen Lebensprozeß der Gesellschaft, wenn sie nur kurze Zeit die Arbeit aussetzen. Bei anderen kann das die Gesellschaft ohne Gefahr längere Zeit hindurch aushalten. Und die einen Arbeiter bedürfen keiner besonderen Vorbildung und Schulung, sind jederzeit leicht durch andere ersetzbar. Andere Arten von Arbeitern dagegen können unmöglich rasch durch andere ersetzt werden.

Unter diesen Umständen wird das Produzenteninteresse in einer sozialistischen Gesellschaft nichts anderes als das *Sonderinteresse der einzelnen Berufe*. Ähnlich war es schon in der Zeit der einfachen Warenproduktion. Da finden wir bereits die Zünftlerpolitik, die Sonderpolitik der einzelnen Zünfte, ihre Eifersüchteleien untereinander, das Streben einzelner unter ihnen nach Sondervorteilen und einer über die anderen erhöhten Position.

Doch wurden die Zünfte immer noch zusammengehalten durch gemeinsame Kämpfe gegen gemeinsame Gegner, gegen das städtische Patriziat, gegen den Landadel oder gegen fürstliche Eingriffe in die städtischen Freiheiten.

Wie der Zunft wohnt auch der Berufsorganisation der Lohnarbeiter, der Gewerkschaft die Tendenz nach einer Sonderpolitik inne. Gar manche Gewerkschaft hat es geliebt, ihre eigenen Wege zu gehen, ohne sich um die Gesamtheit der Arbeiterschaft zu kümmern. Oder die begünstigten Schichten unter den Arbeitern wurden durch die gewerkschaftliche Organisation zu einer Arbeiteraristokratie, die sich über den Pöbel der übrigen Arbeiterschaft erhob.

Diese Tendenzen haben die Arbeiterschaft Englands zum Beispiel lange Zeit sehr geschädigt. Auf die Dauer freilich können sie sich innerhalb des Kapitalismus nicht behaupten. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind, das Kapital, zwingt die verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft schließlich immer wieder, sich zu einer gemeinsamen Front zusammenzuschließen.

In einer sozialistischen Gesellschaft fehlt aber dieses die Arbeiter verschiedener Berufe vereinigende Moment. In einer solchen Gesellschaft stehen die Arbeiter des einzelnen Berufs nur noch einem Faktor gegenüber: der Gesamtheit der Arbeiter, die, wenn man von der beruflichen Sonderung absieht, als Gesamtheit nicht der Produzenten, sondern der Konsumenten erscheint. Der Gegensatz des Konsumenten- und Produzenteninteresses wird hier zum Gegensatz des gesellschaftlichen Gemeininteresses und des beruflichen Sonderinteresses.

Hier liegt eine der Gefahren, die eine sozialistische Gesellschaft bedrohen. Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß sie Mittel finden wird, ihnen zu entgehen, vor allem durch eine Art der Erziehung, die ein jedes Gesellschaftsmitglied fähig macht, in verschiedenen Berufen tätig zu sein. Aber gerade für die Zeit des Übergangs kann das Überwiegen beruflicher Sonderinteressen zu sehr unangenehmen Erscheinungen führen. Wir haben nicht die geringste Ursache, diese Gefahr dadurch zu steigern, daß wir die höchste Autorität im Staate, die Vertretung des Volkes zu einer Produzenten- und nicht zu einer Konsumentenvertretung machen, das heißt sie nicht nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht wählen lassen, son-

dern nach einem Berufswahlrecht, als Produzentenvertretung, wie es das Rätesystem oder der Gildensozialismus fordert.

Nun wird uns freilich entgegengehalten, daß auch die herkömmlichen Parlamente Vertretungen von Sonderinteressen seien. Nur nicht beruflicher, sondern territorialer Art. Jeder Abgeordnete vertrete da die Sonderinteressen seines Wahlkreises, die Interessen einer besonderen „Nachbarschaft".

Das ist keineswegs richtig. Es gilt für die mittelalterliche Vertretung, nicht die moderne. In den mittelalterlichen Landständen vertrat jeder einzelne bürgerliche Abgeordnete die Interessen der Stadt, die ihn entsandt hatte. Aber in den modernen Parlamenten gilt jedes Mitglied als Vertreter der Gesamtnation, nicht einer besonderen Lokalität. Und das bleibt nicht eine bloße Phrase, sondern wird immer mehr zur Wirklichkeit in dem Maße, in dem der kapitalistische Verkehr die einzelnen Lokalitäten des Staates in engere Verbindung miteinander bringt und damit die Grundlage für die moderne, staatliche, im Gegensatz zur primitiven lokalbeschränkten Demokratie schafft. Bereits in der ersten Nationalversammlung der großen Französischen Revolution traten die Abgeordneten nicht mehr als Vertreter ihrer Wahlkreise auf.

Die Gegensätze, die in den modernen Parlamenten aufeinanderplatzen, sind die verschiedener Klassen und verschiedener politischen Methoden, die beide zu besonderen Parteibildungen führen. Jede dieser Parteien erstreckt sich über die ganze Nation, keine vertritt ein bloß lokales Interesse. Rein lokale Parteien, wie etwa die Welfen oder der Bayerische Bauernbund, sind reaktionäre Kuriositäten, die der Denkweise der Vergangenheit entsprechen und keine Zukunft haben.

Die Fragen, um die es sich bei den Kämpfen um das Parlament und im Parlament handelt, sind zumeist allgemeiner, nicht besonderer beruflicher Natur. Jede Klasse und jede Partei hat diesen Fragen gegenüber eine besondere Stellung, doch die Fragen selbst gehen die ganze Gesellschaft an.

Aber freilich, wird das unter dem Sozialismus ebenso sein? Werden dann nicht die heutigen staatlichen Aufgaben verschwinden, so daß das Gemeinwesen keine politischen mehr, sondern nur noch ökonomische Aufgaben haben wird? Was brauchen wir dann eine Versammlung von Politikern? Wir

brauchen eine Versammlung von Fachleuten, die mit den ökonomischen Dingen aus eigener Praxis gründlich vertraut sind. Und darum soll die oberste Volksvertretung eine Vertretung der Produzenten und nicht der Konsumenten sein.

Leider aber ist heute der Fachmann auch nur ein Laie auf allen Gebieten, die außerhalb seiner Spezialität liegen. In der Frage eines bestimmten Berufs wird daher die Produzentenkammer, die aus Vertretern aller Berufe gebildet ist, ebenso eine Laienkammer sein wie die Konsumentenkammer auch. Gewiß gibt es in jedem Beruf Leute, die nach allgemeiner, umfassender Bildung streben und deren Wissen das Berufswissen übersteigt. Aber gerade die haben eher Aussicht, in die Konsumentenkammer zu gelangen, in die nach großen, sozialen Gesichtspunkten von der Masse gewählt wird, als in die Produzentenkammer, in die am ehesten diejenigen geschickt würden, die für die Arbeiter ihres Berufs am meisten getan haben.

Übrigens bin ich der Meinung, daß in der sozialistischen Gesellschaft die Volksvertretung keineswegs von ökonomischen Fragen im höchsten Grade beherrscht sein wird. Gerade wegen der weit getriebenen Arbeitsteilung, die für die zweckmäßigste Organisierung und Betreibung jedes Berufs besondere Fachkenntnisse erforderlich macht, wird es gut sein, was auch aus anderen Gründen rätlich ist, jeden Beruf möglichst selbständig zu gestalten, ihm möglichst große Freiheit der Selbstverwaltung zu geben und eigene Organe zu schaffen, die dafür sorgen, daß gegenüber dem Produzenteninteresse das der Konsumenten, also das der Gesamtheit nicht zu kurz kommt. Ist der ganze Organismus einmal im richtigen Funktionieren drin, dann wird die Zentralinstanz nur bei außergewöhnlichen tiefgehenden Neuerungen oder bei größeren Störungen und Konflikten einzugreifen haben.

Im allgemeinen ist anzunehmen, daß das ökonomische Leben die Menschen immer weniger interessieren wird, je gesicherter ihre Existenz, je ausreichender ihr Einkommen, je kürzer ihre Arbeitszeit. Der materielle Unterbau wird stets unser Fühlen und Denken aufs gewaltigste *beeinflussen*. Aber damit ist nicht gesagt, daß er unser geistiges Leben stets aufs gewaltigste zu *beschäftigen* hat. Er beschäftigt uns heute

aufs höchste, wo fast unsere ganze Lebenszeit Arbeitszeit im Beruf ist, wo sich unsere Existenz in steter Unsicherheit befindet, wo die einen durch stete Beobachtung aller ökonomischen Möglichkeiten ungemein viel zu gewinnen, andere durch deren Nichtbeachtung ungeheuer viel zu verlieren haben.

Ist dieses Stadium überwunden, dann werden die Menschen von der Ökonomie nicht mehr so ausschließlich absorbiert werden wie bisher. Ihre Zeit und ihr Interesse für den geistigen Überbau, der sich auf dem materiellen Unterbau erhebt, wird wachsen. Damit wird aber auch die oberste Volksvertretung weniger mit Fragen der Ökonomie als der Kultur zu tun bekommen, Fragen, die jedermann ohne Unterschied des Berufs in gleichem Maße angehen.

Mit diesem Wechsel wird Hand in Hand gehen ein Wechsel der Bedürfnisse. Geistige Bedürfnisse werden wachsen, manche materielle Genüsse werden in Mißachtung fallen. Damit werden sich auch die Aufgaben der Produktion ändern.

Diese dient stets, unter allen Verhältnissen, der Konsumtion, der Deckung der Bedürfnisse. Wenn man darauf hinweist, daß die kapitalistische Produktion nicht der Bedarfsdeckung dient, sondern dem Profit, so übersieht man dabei, daß das Streben nach Profit dem Streben des Kapitalisten entspringt, zu konsumieren — und heutzutage oft sehr reichlich zu konsumieren. Wenn er nicht den ganzen Profit konsumiert, sondern einen Teil davon zurücklegt, „akkumuliert", um sein Kapital zu vermehren, so geschieht das auch nur zu dem Zweck, um später wieder seinen Profit und damit seinen Konsum zu vergrößern.

Andererseits produziert der Kapitalist Waren, die er selbst nicht konsumiert, sondern verkauft. Aber er wäre übel daran, wenn sich gar kein Konsument für sie fände.

Also jede Produktion ist Produktion für den Konsum, was eine Binsenwahrheit sein sollte, wenn nicht einige Kritiker des Kapitalismus Verwirrung in diesen klaren Tatbestand gebracht hätten. Der Konsum dirigiert die Produktion.

Auch von diesem Standpunkt wie von jedem anderen, von dem aus man das Verhältnis von Konsumenten und Produzenten betrachten mag, kommt man daher zu dem Schlusse, daß wir an der Erwählung der Volksvertretung durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht nichts zu ändern brauchen.

Wir brauchen uns nicht beirren zu lassen durch die Abneigung des Bakunismus und Syndikalismus gegen politische Parteien und die Parlamente; eine alte Abneigung, die einen modernisierten Ausdruck findet in den Staatsverfassungen des Rätesystems und des Gildensozialismus.

Dabei darf man jedoch nicht außer acht lassen, daß das Konsumenteninteresse an sich keine aktive Kraft in der sozialen Entwicklung darstellt. Schon deshalb nicht, weil der Konsument eben der Herr Jedermann ist. Nur der Klassenkampf bildet die Triebkraft der Entwicklung in der Klassengesellschaft. Das Konsumenteninteresse wird in ihr aktiv wirksam bloß dort, wo es mit einem Klasseninteresse zusammenfällt.

Nur aus dem Kampfe der Arbeiter, nicht aus dem der Gesamtheit der Konsumenten wird der Sozialismus erstehen. Doch behaupten wird er sich nur, wenn er dem Konsumenteninteresse genügt, das heißt, wenn er die Produktivität der Arbeit erhöht. So wenig das bloße Konsumenteninteresse aktiv wirksam ist, so sehr wohnt ihm eine unwiderstehliche passive Kraft inne. Keine soziale Neuschöpfung kann sich lange behaupten, die die Produktivität der Arbeit herabsetzt.

Würden sich die Arbeiter in einem sozialistischen Staate die Arbeit so bequem machen, daß die Produktivität ihrer Arbeit darunter litte, so würde diese einseitige Berücksichtigung der Produzenten sich bald bitter rächen. Das neue Staatswesen würde bald anfangen, ökonomisch zurückzugehen, indes neben ihm die alten kapitalistischen Staaten fortfahren würden, ihre Produktivkräfte zu entfalten. Das müßte schließlich dahin führen, daß die Arbeiter oder mindestens ein großer Teil von ihnen im sozialistischen Staate trotz der Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung als Konsumenten schlechter daran wären als im kapitalistischen, auch bei wachsender Ausbeutung in diesem. Damit verlöre das sozialistische Gemeinwesen früher oder später seine Lebensfähigkeit.

In der Tat haben wir Sozialisten stets die Lebenskraft einer sozialistischen Gesellschaft nicht bloß darauf zurückgeführt, daß sie die Arbeiter in ihrer Gesamtheit zu Produzenten, das heißt zu Herren des Produktionsprozesses macht, sondern auch darauf, daß sie die Produktivität der Arbeit in ihrer Gesamtheit steigert und die Menge des Jahresprodukts

im Verhältnis zur Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte vermehrt.

Eine Reihe Momente wirken in dieser Richtung.

So zum Beispiel das Aufhören der Streiks. Der Streik ist die Ultima ratio, das letzte Mittel, wenn alle anderen versagen, für die Lohnarbeiter, um ihre Interessen durchzusetzen. Wie der Krieg die Ultima ratio der Könige. Wie dieser ist auch jener ein barbarisches Mittel, das nicht nur über die Kämpfenden, sondern auch über viele Unbeteiligte oft furchtbares Elend verhängt und meist großen ökonomischen Schaden anrichtet. Trotzdem können und dürfen die Arbeiter auf das Streikrecht nicht verzichten. Es hieße nichts anderes, als sich wehrlos den Kapitalisten unterwerfen.

Freilich ist es verkehrt, deshalb von den Sozialisten zu verlangen, sie müßten unbesehen jeden Streik unterstützen bloß deswegen, weil es eben ein Streik sei. Leichtfertige oder schlecht vorbereitete Streiks sind vielmehr ein Verbrechen vom Standpunkt der Arbeiterinteressen selbst, die dadurch kompromittiert und geschädigt werden. Sie zu kritisieren und ihnen entgegenzuwirken ist die Pflicht des Sozialisten, die in der Aufklärung des Proletariats, in dem rücksichtslosen Aussprechen der Wahrheit, nicht in demagogischer Verherrlichung jeder Dummheit besteht, die von Proletariern ausgeht. Die Höflinge des Proletariats sind so verächtlich und gefährlich wie die der Fürsten.

Übrigens sind leichtfertige Streiks der Arbeiter selten. Viel öfter sind Verzweiflungsstreiks. Die einen wie die anderen werden durch die Entwicklung der Gewerkschaften und durch ihre Erfahrungen immer mehr zurückgedrängt. Aber die Klassengegensätze sind zu schroff, als daß es nicht trotzdem auch in weniger aufgeregten Zeitläuften als den augenblicklichen zeitweise immer noch zu Streiks kommen müßte, die ebenso wie die Kriege der Nationen in dem Maße, in dem sie seltener werden, an Ausdehnung und Hartnäckigkeit und damit an verheerenden Folgen zunehmen.

Das verurteilt nicht den Streik, wohl aber eine Produktionsweise, die Streiks unvermeidlich macht. Unter sonst gleichen Umständen muß ihr eine Produktionsweise an Produktivität weit überlegen sein, die ohne Streiks auskommt. Und das erwarten wir von der sozialistischen.

Die große Kraft eines jeden Streiks in unserer Zeit, der nicht ausgesprochen sinnlos ist, beruht darauf, daß er die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft findet, die sich dem Kapital gegenüber solidarisch fühlt. Sie unterstützt ihn oft ökonomisch, in der Regel moralisch durch ihren Beifall und durch Brandmarkung jedes Streikbrechers.

In einer sozialistischen Gesellschaft stehen den Arbeitern einzelner Betriebe oder Produktionszweige nicht Kapitalisten gegenüber, sondern nur die Gesamtheit der Konsumenten, die gleichbedeutend geworden ist mit der Gesamtheit der Arbeiter. Ein Konflikt zwischen beiden Teilen, der zu einem Streik führen könnte, wäre jetzt ein Kampf einer kleinen Schicht von Arbeitern, die Sondervorteile fordert, gegen deren Gesamtheit. Ein solcher wäre von vornherein hoffnungslos. Darum sind Streiks in einer sozialistischen Gesellschaft nicht zu erwarten.

Man darf sich nicht beirren lassen durch die Tatsache, daß heute noch so oft in Staats- und Gemeindebetrieben gestreikt wird. Diese Betriebe sind noch nicht genügend sozialisiert — wir werden noch sehen, was das bedeutet —, und Staat und Gemeinde gelten noch zu sehr als vom Kapital beherrscht, als daß die Arbeiterschaft schon zwischen solchen und kapitalistischen Betrieben genügend scharf unterscheiden würde.

Eine sozialistische Gesellschaft kann nicht nur die unter dem Kapitalismus unvermeidlichen Verheerungen der Streiks vermeiden, sie kann auch die Produktion rationeller gestalten. Unter der freien Warenproduktion erhalten sich neben den technisch vollkommensten, rationellsten Betrieben der Produktion und des Handels immer noch zahllose kleinere, schlecht eingerichtete und geführte Betriebe, die nur wenig leisten, deren Besitzer aber krampfhaft an ihnen festhalten, denn deren Verlust bedeutet für sie ökonomischen Ruin. Sind dagegen in einem Industriezweig alle Betriebe sozialisiert, dann wird es leicht, die weniger rationellen auszuschalten und alle Arbeitskräfte in den vollkommensten zu konzentrieren, in denen sie weit mehr leisten als bisher.

Ich habe schon 1902 in einer Schrift über die „soziale Revolution" darauf hingewiesen, daß man nach dieser Methode unter Umständen in der deutschen Textilindustrie die Gesamt-

produktion verdoppeln könnte bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitszeit auf fünf Stunden für jeden Arbeiter.

Noch in anderer Weise wird heute viel Arbeitskraft verschwendet als durch Anwendung in rückständigen Betrieben. Viel wird auch durch die Anarchie der Produktionsweise, durch das Anwachsen der Großstädte, durch den Wechsel der Moden zu Arbeiten aufgewendet, die in einer sozialistischen Gesellschaft nicht notwendig wären, was wiederum zahlreiche Kräfte und Materialien für nützliche Arbeiten freimachen würde. Andererseits legen die zeitweisen Krisen zahllose Arbeitskräfte brach, die produktiv zu verwenden wären.

Ich muß mich hier mit dieser Andeutung begnügen. Ausführlich habe ich davon gehandelt in dem Artikel über „Die Verschwendung in der kapitalistischen Produktionsweise" (Neue Zeit, 1889, S. 25 ff.).

Durch alles das muß im Sozialismus die Arbeit der Gesamtheit weit produktiver werden, als sie heute ist. Es muß den Sozialismus auch vom Konsumenteninteresse zu einem Fortschritt gestalten.

Aber leider erheischen alle diese Fortschritte Zeit, sie können nicht von heute auf morgen in voller Kraft wirksam werden. Im Stadium des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist daher die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß bei den einzelnen Arbeiterschichten ihr Sonderinteresse im Produktionsprozeß stärker geltend gemacht wird, als mit der Aufrechterhaltung seiner Produktivität vereinbar ist. Daß Dauer und Intensität der Arbeit rasch verringert werden, während die Hebung der Produktivität der Gesamtarbeit durch deren sozialistische Regelung nur langsam vor sich geht.

Das braucht noch nicht zu einem solchen ökonomischen Zusammenbruch zu führen wie in Rußland. Nicht überall sind die Verhältnisse dem Sozialismus so ungünstig wie dort; nicht überall ist die Industrie so schwach, sind die Arbeiter so wenig organisiert, wie sie es in Rußland 1917 waren, und nicht überall steht die herrschende Partei den ökonomischen Problemen so hilflos gegenüber wie die bolschewistische, die bis zur Revolution ihre ganzen geistigen Kräfte im Kampfe gegen die Polizei, im Vorbereiten von Putschen, in talmudistischem Spintisieren über Marxzitate, wüstem Beschimpfen der Bru-

derparteien und rücksichtslosem Niedertrampeln jeder anderen Meinung aufgewendet hatte, so daß ihr zur Erforschung des wirtschaftlichen Gefüges Rußlands und der ihm am besten entsprechenden politischen und ökonomischen Formen keine Zeit verblieb.

Aber auch wo die Verhältnisse günstiger liegen, besteht die Gefahr, daß das einseitige Überwiegen des Produzentenstandpunkts über den Konsumentenstandpunkt zu ökonomischem Rückgang führt, der den Fortschritt zum Sozialismus zeitweise hemmen, vielleicht unmöglich machen würde.

Das hieße nicht, daß der Sozialismus überhaupt unmöglich ist — es gibt keine andere Produktionsweise, die den Kapitalismus überwinden und höhere Lebensformen entwickeln könnte. Aber es hieße, daß das Proletariat des betreffenden Landes und der betreffenden Zeit zum Sozialismus, zur industriellen Selbstverwaltung noch nicht reif wäre. Daß die Produktivität seiner Arbeit sinkt, sobald sie nicht mehr durch die kapitalistische Fuchtel angestachelt wird; daß ihm noch die nötige ökonomische Einsicht und das nötige Pflichtgefühl fehlen, die ebenso eine Vorbedingung des Sozialismus bilden wie eine gewisse Höhe des Großbetriebs. Diese Erkenntnis im Proletariat zu verbreiten, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialisten in der Übergangszeit.

2. Die Verteilung des Arbeitsprodukts.

Sobald das Proletariat, organisiert als sozialistische Partei, die politische Macht gewonnen hat, wird es sofort daran gehen, sie in seinem Interesse anzuwenden. Schon vorher wendet es das Ausmaß politischen Einflusses, den es allmählich erringt, in dieser Richtung an, und es hat damit nach dem Verhältnis der Kräfte der Klassen und der Klugheit und Zweckmäßigkeit seiner Taktik schon seit Jahrzehnten erhebliche Erfolge erzielt. Aber ungehemmt und mit aller Kraft wird es seine Interessen durch Schaffung neuer gesellschaftlicher Einrichtungen erst durchsetzen können, wenn es die politische Alleinherrschaft gewonnen hat.

Welche ökonomischen Aufgaben erwachsen ihm dann?

Was dem Beschauer der kapitalistischen Gesellschaft in ihr zuerst auffällt, ist der enorme Unterschied in den Einkommens-

verhältnissen, der zwischen arm und reich, der nie so groß war wie in den letzten Jahrzehnten und der immer noch wächst. Die bitterste Armut fährt fort, eine Massenerscheinung zu sein. Der Umfang der größten Vermögen aber nimmt mit jedem Jahrzehnt zu.

Die Aufhebung der Ungleichheit erscheint da als die wichtigste Aufgabe eines sozialistischen Regimes. Und dennoch wird es durch sie nicht gekennzeichnet.

Die Unterschiede zwischen arm und reich sind älter als die geschriebene Geschichte. Wir finden sie in deren Anfängen bereits ausgebildet vor, wenn auch nicht so kraß wie unter dem entwickelten Kapitalismus.

Das Streben nach Aufhebung der Ungleichheit ist daher auch schon sehr früh zu entdecken. Natürlich bei den Armen und Elenden selbst, aber auch bei Mitgliedern der besitzenden Klassen, die Mitleid mit der Notlage der Besitzlosen empfinden. Dieses Mitleid entspringt der sozialen Natur des Menschen, es ist ein Teil seines moralischen Wesens. Und wenn man jedes Streben nach Aufhebung sozialer Ungleichheit als Sozialismus bezeichnen will, dann kann man ihn wohl ethisch begründen. Dann ist er aber auch so alt wie die menschliche Zivilisation.

Wenn wir aber von ethischer Allgemeinheit zu ökonomischer Bestimmtheit übergehen, dann finden wir, daß das Streben nach Aufhebung der Ungleichheit unter verschiedenen Produktionsverhältnissen sehr verschiedene Formen annimmt.

Bei überwiegendem Kleinbetrieb spielen die freien Besitzlosen keine Rolle im Produktionsprozeß. Sie befinden sich ganz oder doch überwiegend im Stadium des Lumpenproletariats, das, ohne selbst zu arbeiten, davon lebt, daß es den Reichen die von ihnen aufgehäuften Früchte fremder Arbeit nach Möglichkeit abknöpft durch Raub, Gaunerei oder Bettel.

Wenn diese Schichten dahin kommen, ein soziales Ideal aufzurichten, besteht es darin, daß die Reichen alles, was sie haben, an die Armen abliefern sollen, die davon leben wollen, ohne zu arbeiten, wie die Lilien auf dem Felde, die weder säen noch spinnen und doch gedeihen. Das war die soziale Lehre des Urchristentums. Hätte sie allgemeine Geltung gewonnen, dann mußte sie jede Produktion und jedes gesellschaftliche

Leben unmöglich machen. Sie konnte nur aufkommen im Verein mit einer mystischen Weltanschauung, die ein Wunder erwartete, das baldige Herabsteigen des Himmels auf die Erde.

Gegenüber der Nüchternheit der ökonomischen Wirklichkeit konnte diese Lehre sich nur durchsetzen dadurch, daß sie auf ihren Kern verzichtete — ebenso wie heute der Bolschewismus — und die geforderte freiwillige Expropriierung der Reichen auf ein bloßes Almosengeben reduzierte.

Aber noch in anderer Weise konnten die Besitzlosen bei vorherrschendem Kleinbetrieb die Beseitigung der Ungleichheit anstreben: die Reichen sollten nicht alle ihre Güter in Konsummittel verwandeln, die sie den Armen schenkten, sondern sie sollten diese durch Abtretung von Produktionsmitteln, namentlich Grund und Boden, instand setzen, als freie Eigentümer ihr Brot durch eigene Arbeit zu gewinnen.

Das war eine ökonomisch viel rationellere Forderung. Sie lag nahe für Proletarierschichten, die eben erst von der Landwirtschaft kamen, noch nicht verlernt hatten, zu arbeiten. Wir finden das Streben nach einer Ackerverteilung in Zeiten, die weniger wundergläubig und mystisch überspannt sind als die des Urchristentums, vom alten Athen und Rom an bis zur großen Französischen Revolution.

Ein Reich der Gleichheit hat auch die Ackerverteilung nicht gebracht. Zu ihrer Durchführung erheischte sie eine ausgedehnte fruchtbare Bodenfläche, die noch nicht von anderen Arbeitern, seien es freie Bauern oder Pächter, Kolonen oder sonstwelche Arbeiter, bebaut wurde. Wo es eine solche Fläche gab, war die Forderung überflüssig. Da waren die Herren des Bodens froh, wenn sie Arbeiter für ihn gewinnen konnten. Wo der Boden besetzt war, und zwar im Kleinbetrieb besetzt war, bedeutete die Ackerverteilung die vorherige Vertreibung anderer Arbeiter, und sie lief auch in Athen und Rom meist darauf hinaus. In einem alten Kulturland war es einfach unmöglich, auf der technischen Grundlage bäuerlicher Landwirtschaft größere Mengen neuer Bauernstellen ohne Beeinträchtigung der bisherigen zu schaffen.

Mit allen diesen Bestrebungen nach Gleichheit hat der moderne Sozialismus nichts zu schaffen, der auf dem modernen, rationellen Großbetrieb aufgebaut wird.

Die Not der besitzlosen Massen entspringt auch hier daraus, daß sie nicht über die Produktionsmittel verfügen. Aber sie glauben nicht mehr an Wunder, verlangen daher nicht die Auflösung der Produktionsmittel in Konsumtionsmittel und deren Verteilung. Sie wollen auch die Vorteile des Großbetriebs nicht preisgeben und verlangen daher nicht dessen Auflösung in Kleinbetriebe. Sie fordern an Stelle des Privateigentums des Kapitalisten an den Produktionsmitteln, daß die Arbeiter selbst diese besitzen und gemeinsam anwenden. Also nicht die Verteilung des Eigentums der Reichen, weder als Konsumtions- noch als Produktionsmittel, an die Armen, sondern die Verwandlung des Eigentums der Reichen in Gesamteigentum der Gesellschaft und damit auch der bisher Armen.

Auch damit wird die Frage der Ausgleichung der sozialen Ungleichheiten wieder eine Frage des Eigentums. Aber nun ganz neuer Art. Nicht mehr seiner *Verteilung* an die einzelnen, sondern die seiner *Vereinigung* in gemeinsamen Besitz.

Doch ist damit die Frage der Verteilung nicht erledigt. Sie nimmt nur eine neue Form an. Die Arbeiter produzieren in der sozialistischen Gesellschaft gemeinsam, um gemeinsam über ihr Produkt verfügen zu können. Wieviel soll dem einzelnen davon zufallen, nach welchem Schlüssel soll es verteilt werden?

Das dünkte den meisten Sozialisten lange Zeit hindurch eine der wichtigsten Fragen zu sein, deren Lösung eine Vorbedingung des Sozialismus bilde. Die einen verlangten, daß der einzelne Arbeiter seinen vollen Arbeitsertrag erhält, das heißt alles, was er produziert; andere sahen darin eine Ungerechtigkeit und forderten, jeder solle gleichviel oder so viel bekommen, als seinen Bedürfnissen entspreche.

Noch 1886 widmete Anton Menger dieser Frage ein eigenes Werk, „Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag", in dem er sich heftig gegen Marx und Engels wendete, die die Bedeutung des von ihm behandelten Problems unterschätzt hätten.

Doch was will man von Menger? Noch 1917 erörtert Lenin selbst in seinem Buch über den „Staat und die Revolution" eingehend die Frage, nach welcher Formel das gesellschaftliche Produkt unter die Arbeiter zu verteilen sei. Merkwürdiger-

weise stützt er sich dabei auf Marx, auf denselben Marx, dem Menger 1886 vorgeworfen, daß er nicht über die Verteilung der Produkte im Zukunftsstaat gesprochen habe. Menger konnte damals freilich nicht wissen, was wir selbst erst 1891 erfuhren, daß Marx 1875 in seinem berühmten Brief über das Gothaer Parteiprogramm die Frage zwar nur kurz, aber sehr entschieden und klar behandelt hatte.

Er ging aus von den folgenden Sätzen des Programmvorschlags:

„Der Ertrag der Arbeit gehört unverkürzt, nach gleichem Rechte allen Gesellschaftsgliedern."

Und später:

„Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags."

Marx bemängelt zunächst das Wort „Arbeitsertrag", das ebenso das Produkt der Arbeit wie den von ihr geschaffenen Wert bedeuten kann und ebenso das Gesamtprodukt wie den Neuwert, den die Arbeit des Jahres den aus den früheren Jahren vorgefundenen Produkten hinzufügt. Dann weist er darauf hin, wie unbestimmt und vieldeutig der Begriff der „gerechten Verteilung" ist.

Nach Lassalle erforderte die Gerechtigkeit, daß jeder Arbeiter unverkürzt den Ertrag seiner Arbeit erhalte. Marx wies darauf hin, daß von dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt vor der Verteilung an die Arbeiter abzuziehen sind die Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel, dann Mittel zur Ausdehnung der Produktion, Reserven zur Ausgleichung von Störungen und Unfällen, wie Mißernten usw. Dann die Verwaltungskosten des Gemeinwesens und die Ausgaben zur Erhaltung Arbeitsunfähiger sowie zur Deckung gemeinsamer Bedürfnisse, Straßen, Schulen usw.

Nur der Rest kann verteilt werden. Also von der Ausfolgung des unverkürzten „Arbeitsertrags" an den einzelnen Arbeiter kann keine Rede sein.

Nach welchem Schlüssel wäre nun der Rest zu verteilen? „Nach gleichem Recht", sagte der Programmentwurf.

Aber jedes Recht, sagt Marx, ist ein ungleiches Recht, weil es an ungleiche Individuen den gleichen Maßstab anlegt. Soll jeder nach seinem Anteil am gesellschaftlichen „Arbeitsertrag", das heißt nach seiner Arbeitsleistung entlohnt werden? Das wäre sehr ungleiches Recht, denn der eine ist schwächer als der andere, der eine hat viele Kinder, der andere ist kinderlos. Trotz dieser Ungleichheit und Ungerechtigkeit wird die sozialistische oder, wie Marx sagt, die kommunistische Gesellschaft in ihren Anfängen an die Überlieferungen der kapitalistischen Gesellschaft anknüpfen und die Arbeiter nach ihrer Leistung entlohnen müssen. Marx fährt fort:

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur ein Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen."

Diese „höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft" nennt Lenin den eigentlichen Kommunismus. Dessen erste Phase sei das, „was gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird" (Staat und Revolution, S. 12).

Diese zweite Phase sieht Lenin bereits in den glänzendsten Farben. Den Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" deutet er gleich dahin, daß „die Menschen *freiwillig* nach ihren Fähigkeiten tätig sein werden.... Die Verteilung der Konsummittel wird dann die Normierung der jedem einzelnen zukommenden Mengen durch die Gesellschaft unnötig machen; *jeder wird frei nehmen nach seinen Bedürfnissen*" (Staat und Revolution, S. 81).

Welch paradiesischer Zustand, wo jeder arbeiten kann, was und wieviel und wo er will; und jeder eine solche Fülle von Gebrauchsgegenständen vorfindet, daß er frei alles nehmen kann, wonach ihn gelüstet!

Lenin schwante damals noch nicht, daß die zweite Phase seines Kommunismus einen ganz anderen Charakter tragen werde: den des Arbeitszwangs und der Hungersnot.

Aber abgesehen davon, hat Marx sich hier nicht selbst auf die Suche nach einem idealen Verteilungsmaßstab begeben?

Keineswegs. Das wird jedem klar, der bei den bereits vorgebrachten Stellen nicht stehenbleibt, sondern weiterliest. Unwirsch fährt Marx fort:

„Ich bin weitläufiger auf den ‚unverkürzten Arbeitsertrag' einerseits, ‚das gleiche Recht', die ‚gerechte Verteilung' andererseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden sind, unserer Partei wieder als Dogma aufdrängen will, andererseits aber die realistische Auffassung, die der Partei so mühevoll beigebracht worden, die aber jetzt Wurzeln in ihr geschlagen, wieder durch ideologische Rechts- und andere, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht.

Abgesehen von dem bisher Entwickelten, war es überhaupt fehlerhaft, von der sogenannten Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.

Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst. Letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise zum Beispiel beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel. Der Vulgärsozialismus (und von ihm wieder ein Teil der Demokratie) hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution (Verteilung) als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus als hauptsächlich um die Distribution sich drehend darzustellen. Nachdem das wirkliche Verhältnis längst klargelegt, warum wieder rückwärts gehen?"

Über denselben Gegenstand handelt Marx ausführlicher in dem hinterlassenen Fragment seiner „Einleitung zu einer Kritik der politischen Ökonomie", das ich in Verbindung mit der Marxschen Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie" in deren neueren Auflagen herausgegeben habe. Ein eigener Abschnitt behandelt dort „Produktion und Distribution" (S. XXVIII ff.), wo es unter anderem heißt:

„Die Gliederung der Distribution ist vollständig bestimmt durch die Gliederung der Produktion. Die Distribution ist selbst ein Produkt der Produktion, nicht nur dem Gegenstand nach, daß nur Resultate der Produktion distribuiert werden können, sondern auch der Form nach, daß die bestimmte Art der Teilnahme an der Produktion die besondere Form der Distribution bestimmt, die Form, worin an der Distribution teilgenommen wird." (S. XXIX.)

Das wird klar an der kapitalistischen Produktion. Sie ist ein bestimmtes Produktionsverhältnis zwischen dem Arbeiter und dem Besitzer der Produktionsmittel, dem Kapitalisten. Aus diesem Verhältnis folgt, daß dem Besitzer der Produktionsmittel das Eigentum an den mit ihnen erzeugten Produktionsmitteln zufällt. Aber er vermag den dafür erlösten Wert nicht vollständig zu behalten, denn der Produktionsprozeß muß weitergehen. Nicht als einmaliger, wohl aber als beständig sich erneuernder Prozeß, als Reproduktionsprozeß hat er seine Gesetzmäßigkeit, der sich auch der Kapitalist beugen muß. Dieser muß einen Teil aufwenden, um neue Rohmaterialien und Hilfsstoffe, Kohle, Öl usw. zu kaufen, Maschinen und Gebäude instand zu halten usw. Die Gesetze der Konkurrenz selbst zwingen ihn, seinen Betrieb beständig auf der Höhe zu erhalten und zu erweitern, was Neuanschaffungen und Neubauten erforderlich macht. Er muß eine Summe Geldes als Lohnfonds für die Arbeiter, die er beschäftigt, parat halten und muß Staats- und Kommunalsteuern bezahlen. Diese ganze Art der Verteilung des Produktenwerts, den er erzielt, ist ihm durch die Verhältnisse der Produktion und der Gesellschaft vorgeschrieben, er kann über ihn nicht nach Belieben verfügen. Das kann er nur mit dem Rest tun, der ihm als sein Konsumtionsfonds übrigbleibt.

So wird auch die sozialistische Gesellschaft Produktionsbedingungen vorfinden, die ihr bestimmte Arten der Verteilung

vorschreiben, ganz unabhängig von den Gerechtigkeitsformeln, deren Durchführung sie sich vornehmen mag.

Durch die Änderung des Eigentums an den Produktionsmitteln, durch deren Übergang in Gemeineigentum wird die Gesellschaft die Herrin über die Gesamtheit der geschaffenen Produkte. Aber tatsächlich erhält sie damit bloß das Verfügungsrecht über den Konsumtionsfonds der früheren Herren der Produktionsmittel, der Kapitalisten und Grundbesitzer. Und auch diesen Fonds nicht vollständig, da ja die sozialistische Gesellschaft die genannten Herren beschäftigen und ihnen dafür Lohn zahlen wird. Der Rest des Konsumtionsfonds der Kapitalisten wird mit dem Lohnfonds nun verschmolzen und dient zur Erhöhung der Löhne. Aber ebenso wie in der kapitalistischen wird in der sozialistischen Produktionsweise die Entlohnung des Arbeiters in engster Beziehung zu dem Produktionsprozeß bleiben.

Gewiß, die Arbeitskraft hört nun auf, eine Ware zu sein. Ihr Preis wird nicht mehr durch Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkt bestimmt. Aber der Lohn des Arbeiters wird nach wie vor nicht bloß ein Ergebnis der bisherigen Produktion sein müssen, sondern er muß auch eine Form haben, die einen Antrieb zu weiterer Produktion bildet.

Der Arbeitslohn bleibt in engster Beziehung zur Technik und Psychologie des Arbeitsprozesses.

Heute wählt der Kapitalist die verschiedensten Formen des Arbeitslohns, je nach der Eigenart der verschiedenen Betätigungsarten. Die einen Arbeiter beschäftigt er im Akkordlohn, andere im Stundenlohn. Manchen gibt er Rohmaterial ins Haus und bezahlt ihnen das fertige Produkt, das sie ihm bringen. Seine Beamten sind gegen Monats- oder Jahresgehalt beschäftigt.

So wird auch ein sozialistischer Betrieb die verschiedensten Entlohnungsarten wählen müssen je nach dem Charakter der zu entlohnenden Arbeit. Und wenn auch die Arbeitskraft aufgehört hat, eine Ware zu sein, wird doch das Wirken von Nachfrage und Angebot nicht ganz ausgeschaltet werden. Allerdings wird es dann keine wechselnden Konjunkturen und die ihnen entsprechenden Lohnschwankungen geben. Aber es wird nach wie vor angenehme und unangenehme, leichtere und schwerere

Arbeiten geben. Wenn wir keinen Arbeitszwang haben, werden sich bei gleicher Entlohnung zu den ersteren die Menschen drängen und die anderen Arbeitsarten Mangel an Kräften haben. Sollen alle Arbeiten im richtigen und notwendigen Verhältnis zueinander ausgeführt werden, wird nichts anderes übrigbleiben, als die Anziehungskraft der gemiedenen Arbeiten durch eine den Durchschnitt überragende Lohnhöhe zu vermehren — oder durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn, was auf dasselbe hinauskommt.

Also nicht durch die Grundsätze der Gerechtigkeit, wie immer man sie formulieren mag, wird die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts unter die einzelnen Arbeitskräfte bestimmt werden, sondern durch die Bedingungen und Erfordernisse der Produktion.

3. Eigentum und Organisation.

Was für den Sozialismus entscheidend wird, das ist nicht die Festsetzung einer besonderen Formel gerechter Verteilung, sondern das ist die Aufhebung der proletarischen Ausbeutung, also die Aufhebung jeglichen arbeitslosen Einkommens. Die Aufhebung von Profit, Zins, Grundrente. Das ist nur möglich durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Daß dies und nicht der Maßstab der Verteilung die Hauptsache für uns Sozialisten sei, haben die Marxisten seit jeher gewußt. Doch stellten wir uns das Problem einfacher vor, als es jetzt erscheint. Die Schwierigkeit bei der Verwandlung privater in gesellschaftliche, staatliche usw. Betriebe schien uns nur darin zu liegen, daß der Eigentümer des Betriebs gleichzeitig sein Leiter ist, so daß der Betrieb schwer ohne seinen Eigentümer weiterexistieren kann. Diese Schwierigkeit wurde jedoch durch die ökonomische Entwicklung von selbst immer mehr beseitigt. Je größer der Betrieb wird, desto mehr seiner leitenden Funktionen muß der Kapitalist an besoldete Angestellte abgeben, bis schließlich alle seine Funktionen in dieser Weise versehen werden können. Ist der Betrieb einmal in diesem Stadium angelangt, dann kommt es leicht auch äußerlich zur Trennung zwischen Eigentum und Leitung, was namentlich in der Form der Aktiengesellschaft sinnenfällig zutage tritt.

Hier ist auch der letzte Schein davon aufgegeben, daß die Person des Kapitalisten für den Betrieb notwendig ist.

Das wird noch erhöht durch die Zusammenfassung verschiedener Unternehmungen desselben Industriezweigs zu einem Verband, der ihnen ein Monopol in diesem Zweige gibt, gleichzeitig aber die Selbständigkeit der einzelnen Betriebe und in ihnen die „private Initiative" auf wichtigen Gebieten aufhebt.

Wo es einmal so weit war, schien der Übergang zu sozialistischem Besitz und Betrieb bloß noch eine Frage der Macht zu sein. War das Proletariat im Besitz der Staatsmacht, dann nichts einfacher, als dem Staate den Aktienbesitz zu übertragen und die Leitung der syndizierten Unternehmungen seinen Geboten zu unterstellen.

Doch die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns bereits gezeigt, daß das Problem nicht so einfach ist, obwohl sie uns erst an seine Schwelle brachten, denn das russische Experiment zählt nicht. Es ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln, unternommen an einem untauglichen Objekt.

Als Marx und Engels 1872 die zweite Auflage des Kommunistischen Manifests herausgaben, erklärten sie, es sei stellenweise veraltet:

„Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß ‚die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann'."

Wir haben über diesen dem Marxschen „Bürgerkrieg in Frankreich" entnommenen Satz oben bereits ausführlich gehandelt. Was er von der Staatsmaschine sagt, kann man aber auch von dem kapitalistischen Produktionsmechanismus sagen, den die Arbeiterklasse „fertig" vorfindet. Auch ihn kann sie nicht „einfach in Besitz nehmen und ihn für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen".

Sie muß ihn ebenso wie die Staatsmaschine ihren Zwecken erst anpassen.

Die kapitalistische Industrie beruht auf dem Großbetrieb und der Arbeitsteilung in ihm. Der einzelne Betrieb ist ein ungeheurer Organismus mit zahlreichen Organen, belebten und unbelebten, von denen jedes seine besondere Tätigkeit entwickelt, die alle harmonisch zusammenwirken, ohne Reibungen, ohne Zeitverlust, um gemeinsam ein Endprodukt zu

erzeugen. Diese Organisation im Betrieb entwickelt zu haben, das ist die Großtat des Kapitalismus. Eine solche Organisation einzurichten, erheischt immer mehr nicht nur außerordentliche organisatorische Fähigkeiten und praktische Erfahrungen auf allen Teilgebieten des komplizierten Arbeitsprozesses, sondern auch eine solide, wissenschaftliche Vorbildung.

Diese Organisation muß der Sozialismus vom Kapitalismus übernehmen. Sie bildet eine seiner Vorbedingungen. Aber sie ist zugeschnitten nicht auf die Bedürfnisse der Produktion überhaupt, sondern auf die der kapitalistischen Produktion, das heißt auf die Alleinherrschaft, die Autokratie, die Diktatur des Kapitalisten oder seiner Vertreter im Betrieb. Wie jede Diktatur oder Despotie setzt auch sie widerstandsunfähige Untertanen voraus.

Wie bei der Staatsmaschine, gilt es auch beim Betriebsmechanismus, ihn den Zwecken des Proletariats anzupassen; hier wie dort heißt das, an Stelle der Autokratie die Demokratie setzen.

Hierbei waltet jedoch der Unterschied, daß wohl 1872, als Marx und Engels den oben zitierten Passus schrieben, die großen Militärmonarchien noch bestanden, deren Staatsapparat nicht einfach proletarischen Zwecken dienstbar zu machen war, daß aber diese seitdem — abgesehen von der Militärdiktatur in Rußland und bei manchen seiner Nachbarn — durch die Demokratie ersetzt wurden, ehe noch das Proletariat sich der politischen Macht bemächtigte. Es hat diese nur noch zu vervollkommnen, nicht ganz neu zu schaffen.

Im kapitalistischen Betrieb dagegen ist die Organisation noch ganz auf den „Herrn im Hause" zugeschnitten. Die Gewerkschaften haben es vermocht, dessen Macht ein wenig einzuschränken, aber noch lange nicht zu brechen. Eine weitere Einschränkung bilden die Betriebsräte. Aber das alles sind nur Anfänge. Eine wirklich demokratische Betriebsverfassung ist fast allenthalben erst zu schaffen, die der kapitalistischen Autokratie ein Ende macht in einer Weise, die die Produktivität und Anpassungsfähigkeit des Betriebs nicht mindert, ja womöglich noch steigert.

Aber mit dieser Umorganisierung ist die ökonomische Aufgabe des Sozialismus nicht erschöpft.

Der industrielle Kapitalismus hat die Organisierung des Produktionsprozesses innerhalb des einzelnen Großbetriebs meisterhaft verstanden. Aber zum wirtschaftlichen Gesamtprozeß gehört der Zirkulationsprozeß, das Kaufen und Verkaufen ebensogut wie das Produzieren. Die primitive Bauernwirtschaft, die alles selbst produziert, was sie braucht, und alles selbst verbraucht, was sie produziert, kann ohne Zirkulationsprozeß der Produkte zwischen den Betrieben existieren. Nicht aber eine Gesellschaft, in der eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Produktionszweigen eingetreten ist. Die Fabrik muß Rohmaterialien und Kohlen erstehen sowie Arbeitskräfte anwerben, will sie produzieren. Und ihre Produktion würde bald ein Ende nehmen, wenn ihre Produkte nicht einen Absatz fänden.

So streng und oft genial organisiert die Produktion im kapitalistischen Betrieb war, so organisationslos, anarchisch, dem „freien Spiel der Kräfte" überlassen blieb lange der Zirkulationsprozeß. Und er ist heute noch arg vernachlässigt. Auf seinem Gebiet vollziehen sich die größten wirtschaftlichen Verschwendungen und Hemmungen, und hier vor allem ist es möglich, durch Herbeiführung von Plan und Organisation die sozialistische Wirtschaft produktiver zu gestalten als die kapitalistische.

Aber das Problem ist ein enormes, und es wird immer schwieriger, je mehr der Weltverkehr sich entwickelt und der Zirkulationsprozeß selbst für einen einzelnen Großbetrieb immer mehr die ganze Welt umfaßt, von der er Rohmaterialien, Hilfsstoffe, Werkzeuge bezieht und in der er Abnehmer für seine Produkte zu suchen hat.

Der Kapitalismus selbst liefert nur sehr geringe Vorarbeiten für die Organisierung des Zirkulationsprozesses. Mancher sah in den schon erwähnten Syndikaten und Trusts Ansätze zu einer derartigen Organisierung. Aber jeder dieser Verbände umfaßt nur einen einzigen Industriezweig, und er bewirkt bloß die Uniformierung der Absatzbedingungen oder die Zuteilung des Absatzes respektive der Absatzgebiete an die einzelnen Mitglieder des Verbandes. Das Problem der Organisierung der Zirkulation besteht aber in der planmäßigen Herstellung geregelter Verhältnisse zwischen den verschiedenen

Produktionszweigen, in der Aufrechterhaltung der Proportionalität, des richtigen Verhältnisses zwischen ihnen.

Die Aufgabe wird noch kompliziert dadurch, daß bisher die Triebkraft und der regelnde Faktor des Zirkulationsprozesses der Profit war. Produktionszweigen und Gegenden, die überdurchschnittlichen Profit machten, fließt das Kapital zu und es vermehrt dort die Produktion. Wo es weniger Profit macht als den durchschnittlichen, dort fließt es ab, was zur Einschränkung der Produktion führt. Ohne diese regelnde Wirkung des Profits müßte die kapitalistische Wirtschaft bald in regelloser Anarchie untergehen.

Nun geht das Streben des Proletariats, also des Sozialismus, nach Aufhebung der Ausbeutung, demnach auch des Profits. Das bringt aber die Aufgabe mit sich, nicht nur die Zirkulation zu organisieren, sondern dies auch in einer Weise zu tun, die ihren bisherigen Regulator, den Profit entbehrlich macht.

Diese Neuorganisationen sowohl innerhalb des einzelnen Betriebs wie innerhalb der Gesamtwirtschaft zu schaffen, das ist die eigentliche ökonomische Aufgabe des siegreichen Proletariats. Die Umwandlung des Eigentums an den Produktionsmitteln ist damit eng verbunden, sie kann sich aber eben deshalb nur in dem Maße vollziehen, in dem jene Organisation möglich wird. Die Regelung der Verteilung ist demgegenüber eine ganz sekundäre Frage.

Die Aufgabe ist eine der gewaltigsten und schwierigsten, die die Weltgeschichte bisher einer siegreichen Klasse auferlegt hat.

Sie mit einem Schlage zu lösen, ist von vornherein unmöglich. Und ebensowenig ist es möglich, die Aufgabe nach den Angaben eines einzelnen Diktators zu lösen, wie genial und kenntnisreich er auch sein mag. Sie erheischt organisatorische Fähigkeiten, praktische Erfahrungen, wissenschaftliche Kenntnisse in einem Ausmaß, wie auch der größte der Sterblichen sie nicht in seiner Person zu vereinigen vermag. Sie verlangt das eifrige und hingebende Zusammenwirken der besten Kräfte der ökonomischen Wissenschaft und Praxis, soll es gelingen, sie zu bewältigen und schrittweise der Lösung näherzukommen.

Nichts verderblicher, als die Größe der Aufgabe zu unterschätzen und sich leichtfertig und sorglos an sie heranzumachen.

Auch dafür wieder gibt uns ein abschreckendes Beispiel Lenin in seinem hier oft zitierten Buche. Wir haben schon gesehen, wie einfach ihm die Aufgaben des modernen Staates erschienen. Ebenso einfach stellte er sich die Organisierung der Produktion vor. Er spricht von den Bedingungen in kapitalistischen Staaten, die Voraussetzungen sind, daß die gesamte Bevölkerung sich an der Staatsleitung beteiligen kann, wie allgemeine Schulbildung, „Unterweisung und Disziplinierung von Millionen Arbeitern durch den großen komplizierten vergesellschafteten Apparat der Post, Eisenbahnen, Großbetriebe, des Großhandels, Bankwesens" usw.

Er nahm jedenfalls an, Rußland habe 1917 schon dieses „fortgeschrittene Stadium" erreicht, wenigstens handelte er so, als wenn er das annähme. Er fuhr fort:

„Bei solchen wirtschaftlichen Vorbedingungen ist es durchaus möglich, *von heute auf morgen* dazu überzugehen, nach Beseitigung der Kapitalisten und Beamten sie auf dem Gebiet der Produktions- und Verteilungskontrolle, der Arbeits- und Produktenregistrierung *durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen.* (Man darf die Frage der Kontrolle und Registrierung mit der Frage des wissenschaftlich vorgebildeten Personals — Ingenieure, Agronomen und andere mehr — nicht verwechseln: diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten; sie werden noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen.)

Registrierung und Kontrolle sind das *Wichtigste*, was notwendig ist, um die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft in Gang zu bringen, das richtige Funktionieren derselben vorzubereiten. Alle Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. *Alle* Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines Staatssyndikats des gesamten Volkes. Es handelt sich nur darum, daß sie alle die *gleiche Arbeit leisten, das Arbeitspensum richtig innehalten* und *den gleichen Lohn* zugewiesen erhalten. Diese Registrierung, die Ausübung dieser Kontrolle *hat der Kapitalismus aufs äußerste vereinfacht*, hat sie in die außerordentlich einfachen, jedem des Lesens und Schreibens Kundigen zugänglichen Operationen der Beaufsichtigung und Notierung verwandelt, *für deren Ausübung die Kenntnis*

der vier Rechnungsarten und die Ausstellung entsprechender Quittungen genügt.

Die ganze Gesellschaft wird ein Bureau und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn." (Staat und Revolution, S. 84 und 85.)

Nein, ein gesellschaftlicher Produktionsapparat so einfacher Natur, daß jeder ihn einrichten und leiten kann, der Schreiben und Lesen gelernt hat, und in dem die Leiter nichts zu tun haben, als die Arbeit zu überwachen und jedem den gleichen Lohn auszubezahlen — das ist keine Fabrik, das ist ein Zuchthaus. Selbst die einfachste Fabrik stellt höhere Anforderungen an ihre Leiter, von der Gesamtheit der gesellschaftlichen Arbeit gar nicht zu reden.

So primitiv waren die ökonomischen Vorstellungen selbst des bedeutendsten der Bolschewiki in der Zeit, in der sie sich anschickten, die Macht zu ergreifen. In gewissem Sinne allerdings war diese fabelhafte Unwissenheit für den Bolschewismus ein Glück. Nur sie verlieh ihm jene Kühnheit, die ihn zum Beherrscher des gewaltigsten Staates Europas machte. Geringer war das Glück für Rußland und den Kommunismus.

Nicht blind vorstürmende Kühnheit mit völliger Nichtachtung aller Schwierigkeiten unserer Aufgabe hat das Werk der ökonomischen Revolution des Proletariats zu beseelen. Uns Sozialisten obliegt vielmehr gewissenhafteste Prüfung eines jeden Schrittes, den wir vorwärts tun. So fruchtbar ein revolutionäres Temperament wird, das sich durch die Fesseln des Herkömmlichen nicht hemmen läßt, es wird zum Verderben, wenn es nicht geleitet und gezügelt wird durch wissenschaftliche Gründlichkeit.

4. Bürgerliche und proletarische Revolution.

a) Die bürgerliche ökonomische Revolution.

Wenn der Bolschewismus für die ökonomische Revolution ebenso wie für die politische das Hauptgewicht auf die Kühnheit und Rücksichtslosigkeit legte, so liegt das zum Teil an der Naivität seiner Anschauungen von dem kapitalistischen Produktionsprozeß. Aber nicht ausschließlich. Sondern es zeigt

sich auch hier wieder seine Befangenheit in den Vorstellungen der bürgerlichen Revolution.

Diese ist auch nach ihrer ökonomischen Seite ebenso wie nach ihrer politischen von der proletarischen grundverschieden. Das ist von vornherein eine Selbstverständlichkeit in bezug auf das ökonomische Ziel der Revolution. Die proletarische Revolution will denselben Kapitalismus aufheben, dessen volle und rasche Entfaltung durch die bürgerliche Revolution erst möglich wurde. Aber der Unterschied beider Revolutionen liegt nicht bloß im Ziel, sondern auch in den Methoden.

Die bürgerliche ökonomische Revolution hatte keine neuen Betriebs- und Verkehrsformen zu organisieren. Sie hatte bloß die Betriebsformen, die sie vorfand, von den auf ihnen liegenden feudalen Lasten und Hemmnissen zu befreien. Nach wie vor der Revolution blieb der Kleinbetrieb und speziell der bäuerliche Betrieb die weitaus überwiegende Betriebsform. Kapitalistische Betriebe waren noch selten und dienten in der Regel dem Luxus. Wohl schuf die Revolution die Grundlagen, auf denen der kapitalistische Betrieb zur Deckung von Massenbedürfnissen die in der Gesellschaft herrschende Produktionsform werden konnte, aber solche Betriebe hervorzurufen gehörte nicht zu den Aufgaben der bürgerlichen Revolution. Wohl hatte sie nicht ausschließlich negativ zu wirken, sie hatte einen neuen Staat zu organisieren, ein neues Recht zu schaffen. Aber ökonomisch war ihre Aufgabe relativ leicht und klar zutage liegend: die Aufhebung der feudalen Lasten und Privilegien. Weder der Bauer noch der Handwerker brauchte seine Betriebsweise dabei zu ändern, sie lief weiter wie bisher, nur müheloser. Der Großbetrieb des Feudalherrn verlor allerdings dabei seine Arbeitskräfte, die in den fronpflichtigen Bauern bestanden hatten. Aber nichts hinderte ihn, denselben Bauern, die bisher für ihn geschuftet, Löhne zu zahlen, die sie anlockten. Dabei waren diese Großbetriebe unbedeutend und äußerst irrationell. Wenn der Gutsherr nicht verstand, zur Lohnarbeit überzugehen, mußte er sie parzellieren und an Kleinbauern verkaufen oder verpachten. Das bedeutete nur eine Ausdehnung des Gebiets der schon bestehenden Bauernwirtschaft, keine ökonomische Neugestaltung. Dasselbe war der Fall, wenn die Revolution nicht

bloß die Feudallasten aufhob, sondern auch die Güter des großen Grundbesitzes konfiszierte, um sie in kleinere Betriebe zu zerteilen und an Private zu verkaufen.

Der Feudalherr selbst war ganz überflüssig geworden. Die feudalen Lasten bildeten nirgends eine soziale Notwendigkeit. Man konnte sie ohne weiteres für das ganze Staatsgebiet für alle Betriebe und Betriebszweige mit einem Schlage für aufgehoben erklären. Das ökonomische Leben erlitt dadurch keine Stockung, eher einen Anstoß.

Zur Verteidigung des Bolschewismus hat man behauptet, daß die Revolution in ihren Anfängen stets einige Verwirrung im ökonomischen Leben und damit eine gewisse Notlage erzeugen muß. Das gilt allerdings von der bürgerlichen Revolution, aber nur von ihrer politischen Seite. Sie vollzieht sich unter gewaltsamem Umsturz der Regierungsgewalt, Unruhen und Bürgerkriegen, die stets große ökonomische Schädigungen nach sich ziehen. Diese wachsen noch, wenn der Bürgerkrieg Hand in Hand geht mit dem Kriege revolutionärer Staaten gegen reaktionäre Mächte. Der Zusammenbruch der Staatsgewalt zieht auch ein Stocken der Steuereingänge nach sich, daher die Notwendigkeit, den Staatsbedarf durch Papiergeldwirtschaft, Assignateninflation zu decken, was zu steigender Geldentwertung und größter ökonomischer Unsicherheit führt.

Sind aber diese Folgen der politischen Revolution überwunden, dann erholt sich sofort das ökonomische Leben. Der Kleinbetrieb, namentlich der bäuerliche, sich fast selbst genügende, geht noch während der Revolution überall dort weiter, wo nicht der Krieg und der Bürgerkrieg seinen Schauplatz findet; er erholt sich rasch von deren Verwüstungen, dank der vermehrten Lebenskraft, die ihm der Fortfall der feudalen Lasten und Hemmungen verliehen hat. Nach der Beendigung des Bürgerkriegs und des Terrorismus nimmt die Produktion sofort raschen Aufschwung.

Was sie vorübergehend schädigte, waren, wie gesagt, die Folgen der politischen Revolution, nicht aber die Raschheit, Rücksichtslosigkeit, Uniformität der ökonomischen Revolution. Diese waren mit den ökonomischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution gegeben.

Stellenweise gingen im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen manche der Regierungen daran, auch ohne politische Revolution manche der ökonomischen revolutionären Forderungen durchzusetzen, entweder aus Furcht vor der Revolution oder aus Furcht vor dem unvermeidlichen ökonomischen Zusammenbruch, der dem Staatswesen drohte, wenn es die feudalen Reste nicht hinwegfegte. Dies, zum Beispiel die Bauernbefreiung, konnte sich in solchen Staaten durch Reformen von oben ebenso rasch mit einem Schlage für das ganze Land vollziehen wie auf dem Wege der Revolution. Die reformistische Methode unterschied sich von der revolutionären nicht dadurch, daß die eine nur langsam Schritt für Schritt vorwärts gehen konnte, indes die andere mit einem Male die ganze Umwandlung vollzog. Unter Umständen mochte die Befreiung der Bauern durch eine absolute Regierung, zum Beispiel 1861 in Rußland, ebenso mit einem Schlage vor sich gehen wie das Werk der Revolution, das zu seiner Vollendung auch in der Französischen Revolution einige Jahre erheischte.

Der notwendige fundamentale Unterschied zwischen der reformistischen und der revolutionären Methode liegt da anderswo: nicht in der Raschheit und Uniformität, sondern in der Rücksichtslosigkeit.

Die Reform geht nicht von einer Änderung der Machtverhältnisse der Klassen aus. Die feudale Aristokratie, die aus den Feudallasten Nutzen zieht, behält ihren Einfluß auf die Regierung, die die Reform vollzieht. Daher wird diese in einer Weise durchgeführt, die den großen Grundbesitz nicht schädigt, sondern ihm Vorteil bringt. Der Bauer muß seine Befreiung bezahlen, teuer bezahlen, entweder mit barem Geld oder mit Grund und Boden, den er dem Grundherrn abtritt. Dessen Besitz wird vergrößert, und gleichzeitig bekommt er Geld in die Hand, um Inventar zu kaufen und Löhne zu zahlen und so einen modernen, rationellen Großbetrieb zu schaffen. Leider macht er von diesen Möglichkeiten nicht genügend Gebrauch. Bequemer ist es, den von den Bauern erlangten Boden an diese teuer zu verpachten und die Pachtgelder samt den Loskaufsummen in der Hauptstadt des eigenen Landes oder im Ausland zu verjubeln. Die Befreiung durch die Reform bildet daher eine schwere Belastung des Bauern,

während die Befreiung durch die Revolution seine Lage sofort verbessert.

Durch die Reform wird der Gegensatz zwischen den Bauern und dem Großgrundbesitzer auch nicht überwunden. Er nimmt bloß neue Formen an, erhält sich aber noch jahrzehntelang. In Rußland bildete er noch eine der stärksten Triebfedern der Revolution von 1917.

b) Die proletarische ökonomische Revolution.

Wie die politische wurde auch die ökonomische Revolution des Proletariats von seinen revolutionären Vertretern in der Regel ganz nach dem Muster der bürgerlichen aufgefaßt. Dahingehende Äußerungen der Genossin Luxemburg in ihrer Schrift über „Die russische Revolution" haben wir bereits zitiert. Sie machte, und darin ist sie echte Bolschewistin, keinen Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution. Was sie an jener beobachtet, das gilt ihr für jede große Revolution überhaupt.

Aber wir haben schon gesehen, daß sich beide Arten Revolution dadurch unterscheiden, daß die bürgerliche ihren Ausgangspunkt im Absolutismus hat, die proletarische in der Demokratie. Daß jene des gewaltsamen Kampfes, des Bürgerkriegs, notwendigerweise bedarf, um zu ihrem Ziele zu gelangen, während für die proletarische Revolution der Bürgerkrieg eine Abnormität darstellt.

Die proletarische Revolution kann sich friedlich, in voller Gesetzlichkeit, ohne Gewalttat vollziehen, und die ökonomische proletarische Revolution wird um so eher gelingen und um so dauerhaftere Früchte tragen, je friedlicher die Bedingungen, unter denen sie vor sich geht.

Denn ihr Objekt ist ein anderes als das der bürgerlichen Revolution. Nicht ein so einfacher und unempfindlicher Organismus wie der mit der Familie zusammenfallende Kleinbetrieb, der alles, was er braucht, entweder selbst erzeugt oder doch aus nächster Nähe bezieht. Es ist ein Organismus höchst komplizierter Art, aufs äußerste empfindlich, wie alle hochentwickelten Organismen. Ein Organismus mit unendlich weit getriebener Arbeitsteilung in seinem Innern, der in engster Abhängigkeit von zahlreichen anderen wirtschaftlichen

Organismen steht, die oft über die ganze Welt zerstreut sind. Wohl ist dieser Organismus höchst anpassungsfähig, das hat uns erst kürzlich in erstaunlicher Weise der Weltkrieg und die rasche Umstellung der Großindustrie an seine Bedürfnisse gezeigt. Aber zu seiner Lebensfähigkeit bedarf er eines kundigen Organisators und Leiters.

Der primitive Kleinbetrieb braucht überhaupt keinen Organisator, denn die einzige Arbeitsteilung, die in ihm herrscht, ist die von der Natur gegebene zwischen Mann und Weib. Seine Leitung ist mit dem Familienoberhaupt von vornherein gegeben, das oft der einzige Arbeiter in einem solchen Betrieb ist. Die Sachkunde, die er braucht, erwirbt der Arbeiter als Kind schon durch Beobachtung der Älteren. Das Herkommen gibt ihm alle Kenntnisse, deren er bedarf. Einen modernen Großbetrieb zu organisieren und zu leiten, erheischt dagegen eine umfassende wissenschaftliche Vorbildung technischer wie ökonomischer Art und ein stetes Verfolgen der Entwicklung der Wissenschaft wie des Marktes. Ohne solches Wissen ist es ganz unmöglich, einen Großbetrieb gedeihlich neuen Aufgaben anzupassen. Und wie ungeheuer ist der Schaden, wenn ein Laie täppisch oder brutal es übernimmt, diesem Organismus eine Neuerung einzufügen oder gar ihn auf den Kopf zu stellen.

Beim Kleinbetrieb dagegen sind, entsprechend seinem Umfang, auch die Schäden klein, die einmal ein mißglücktes Experiment mit sich bringt. Er darf sich den Grundsatz erlauben: Probieren geht über Studieren. Für den Großbetrieb wäre dieser Grundsatz mörderisch.

Dabei kam aber der Kleinbetrieb im Stadium der bürgerlichen Revolution höchst selten in die Lage, Neuerungen probieren zu müssen. Er war eine höchst konservative Institution.

Die kapitalistische Produktionsweise ist dagegen in beständiger Umwälzung begriffen. Ununterbrochen werden bald in dem einen, bald in dem anderen Produktionszweig neue Erfindungen gemacht, die nicht nur ihn aufs tiefste beeinflussen, sondern auch andere, die mit ihm in Verbindung stehen. Ununterbrochen wächst der Verkehr und erschließt neue Märkte, neue Konsumentenschichten mit neuen Ansprüchen usw.

So unempfindlich gegen brutale Störungen, die nicht direkte Vernichtung bringen, der Kleinbetrieb, so empfindlich

der Großbetrieb. Aber andererseits, so konservativ der Kleinbetrieb, so anpassungsfähig der Großbetrieb.

Und das ist sehr gut für uns, denn die proletarische ökonomische Revolution unterscheidet sich von der bürgerlichen nicht bloß durch ihr Objekt — hier Kleinbetrieb, dort Großbetrieb —, sondern auch durch ihre Aufgabe.

Die bürgerliche Revolution hat an den vorherrschenden Betriebsformen, die sie vorfindet, nichts zu ändern, sie hat sie bloß von Lasten und Hemmnissen zu befreien. Die Hauptaufgabe der proletarischen ökonomischen Revolution ist die Anpassung der Betriebs- und Verkehrsformen, die sie vorfindet, an die Bedürfnisse der Arbeiterschaft in einer Weise, die sie als Produzenten wie als Konsumenten befriedigt.

Die Art, wie diese Aufgabe zu lösen, liegt nicht so klar zutage wie etwa die Aufhebung der deutlich bestimmten feudalen Lasten. Sie muß eingehend erforscht und vorbereitet werden, was Zeit erfordert, natürlich nicht die Zeit furchtsamen Zögerns oder gar feindseligen Sabotierens, sondern eifriger, gewissenhafter Arbeit.

Die Lösung wird aber von vornherein unmöglich, wenn zu den in der Sache liegenden Schwierigkeiten noch Störungen und Schwankungen der Art kommen, wie sie mit der bürgerlichen Revolution notwendigerweise verbunden sind, Assignaten, Bürgerkriege, die gesetzlose Willkür einer Diktatur, die jeden festen Plan, jede Abwägung und Bestimmung der Produktionsbedingungen unmöglich machen und den ganzen Produktionsprozeß zu einem planlosen Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben herabdrücken.

Dabei kann sich zur Not der Kleinbetrieb behaupten, dessen Produktionsmittel meist auch von heute auf morgen herzustellen sind; nicht ein moderner Großbetrieb mit Produktions- und Verkehrsmitteln, die oft Jahre zu ihrer Fertigstellung brauchen.

Es gibt Sozialisten, die es für ihre wichtigste Pflicht halten, unter allen Umständen radikal aufzutreten, mag es zweckmäßig sein oder nicht. Derartige Sozialisten lieben das Bild, daß es gelte, einen sozialen Neubau zu schaffen und daß darum das alte soziale Haus, in dem wir wohnen, abgerissen und von Grund aus beseitigt werden müsse.

Nun, das Bild mit dem Hause ist nicht sehr zutreffend, denn die Gesellschaft ist kein Gebäude, das man nach einem bestimmten Plan aufbaut. Sie ist eher einem Organismus zu vergleichen, der wächst und sich entwickelt. Wollen wir aber trotzdem das Bild vom Hause festhalten, dann darf man eines nicht vergessen: der Platz, auf dem das alte Haus steht, ist der einzige, auf dem wir wohnen, produzieren, leben können. Wo sollen wir bleiben in der Zwischenzeit, nachdem das alte Haus abgebrochen wurde und bevor das neue gebaut ist?

Will man das Bild vom Hause gebrauchen, dann zeigt es sich, daß wir zum neuen Gebäude nur durch einen Umbau des alten kommen, einem Umbau, der sich vollziehen muß, während wir fortfahren, in dem Hause zu wohnen. Nicht rascher und rücksichtsloser Abbruch des Alten, sondern sein sorgfältiges Studium, um es möglichst zweckmäßig als Grundlage des Neuen zu benutzen, ist die Aufgabe der proletarischen Revolution. Zu diesem Zweck hat Marx den besten Teil seines Lebens der Erforschung der kapitalistischen Produktionsweise gewidmet, was ganz überflüssig gewesen wäre, wenn wir dem Kapital gegenüber bloß die Aufgabe rascheſter und rücksichtsloſester Vernichtung hätten.

Will man den Vergleich mit dem Hause fortsetzen, um den Unterschied zwischen den ökonomischen Aufgaben der bürgerlichen und der proletarischen Revolution zu kennzeichnen, dann kann man sagen, daß die bürgerliche wohl politisch, nicht aber ökonomisch einen Neubau zu errichten hatte. Sie hatte das Haus nicht neu zu gestalten, in dem die Gesellschaft wirtschaftete. Aber eine schwere Schneelast hatte sich auf seinem Dach angesammelt, die es zu erdrücken und den ganzen Bau zu zerstören drohte. Da galt es, die zum Dach führenden versperrten Türen gewaltsam zu sprengen, um dann sofort mit aller Energie die ganzen angehäuften Schneemassen auf die Straße zu werfen.

c) Konfiskation oder Entschädigung.

Mit der ökonomischen Revolution steht es also gerade umgekehrt wie mit der politischen. Die politische bürgerliche Revolution hatte weit größere Hemmnisse zu überwinden, weit schwerere Aufgaben zu lösen, als heute in der Demokratie

mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat verbunden sind. Jene hatte die Machtmittel des Absolutismus gewaltsam niederzuwerfen und ein völlig neues Staatswesen zu schaffen. Diese findet den durch die bürgerliche Revolution und die ihr folgende Entwicklung gebildeten demokratischen Staat in der Regel schon weit genug entwickelt vor, um ihn zum Werkzeug der Befreiung des Proletariats zu machen, sobald es die nötige Kraft erlangt hat.

Umgekehrt dagegen hatte die bürgerliche ökonomische Revolution zunächst nur ökonomische Lasten und Hemmnisse zu beseitigen, keine neuen ökonomischen Organisationsformen zu schaffen. Die proletarische Revolution dagegen hat aus den zerstreuten Bausteinen von Großbetrieben, die ihr der Kapitalismus liefert, einen gewaltigen sozialen Neubau zu errichten, einen Neubau auf demselben Boden, auf dem der Bau der alten Produktionsweise steht.

Aber damit sind die Schwierigkeiten des sozialistischen Neubaus noch nicht erschöpfend gekennzeichnet.

Die bürgerliche Revolution hatte es auch darin leichter, daß die feudalen und zünftigen Formen bereits allenthalben seit langem völlig überflüssig, ja schädlich geworden waren. Man konnte sie in jedem Produktionszweig eines zur Revolution reifen Landes ohne Unterschied mit einem Male aufheben.

Die kapitalistische Produktionsweise hat sich seit dem Falle des Feudalismus nur schrittweise und nicht auf allen Gebieten des ökonomischen Lebens gleichmäßig entwickelt. Wir finden Gebiete, in denen der private Betrieb zum Monopol geworden ist und nach Sozialisierung schreit, und wieder andere, in denen an sofortige Aufhebung des privaten Betriebs noch gar nicht gedacht werden kann.

Darüber sind alle Sozialisten einig, die sich in den letzten Jahren mit den Problemen der Sozialisierung beschäftigt haben, daß sie nur schrittweise vor sich gehen kann, daß noch auf Jahrzehnte hinaus ein erheblicher Teil unserer Produktion kapitalistisch zu betreiben ist.

Daraus ersteht das große und schwierige Problem: sozialistische Produktion und gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln herbeizuführen und gleichzeitig die kapitalistische Produktion fortbestehen, ja gedeihen zu lassen.

Denn nichts irriger als der Glaube, es sei die Aufgabe des siegreichen Proletariats, sobald es zur Macht komme, sofort den Kapitalismus nach Möglichkeit zum Stillstand zu bringen. Damit schädigt das Proletariat nicht nur die Kapitalisten, sondern auch sich selbst. Denn ohne Fortgang der Produktion geht die ganze Gesellschaft zugrunde, die Proletarier inbegriffen. Wo und solange nicht sozialistisch produziert werden kann, ist der Fortgang der kapitalistischen Produktion ein dringendes Bedürfnis auch für das Proletariat. So schroff sich die Interessen des Kapitals und der Arbeit gegenüberstehen, so haben sie doch das miteinander gemein, daß beide am besten gedeihen bei raschem Umsatz und raschem Anwachsen des Kapitals. In Zeiten der Prosperität wachsen Löhne wie Profite. In Zeiten der Krise sinken beide.

Das siegreiche Proletariat hat daher alle Ursache, nicht nur den Fortbestand kapitalistischer Produktion auf allen Gebieten zu ermöglichen, auf denen nicht sofortige Sozialisierung angezeigt ist, sondern es muß auch verhüten, daß die Sozialisierung ökonomische Krisen auslöst. Es muß trachten, daß nach wie vor in den kapitalistischen Betrieben die Produktion flott weitergeht.

Deren Fortgang ist aber nicht allein durch Arbeiter bedroht, die vermeinen, ihr Sieg bedeute sofortiges Aufhören jeder Arbeit für die Kapitalisten, sie ist auch, ja noch mehr bedroht von Seite der Kapitalisten selbst, denen die Herrschaft des Proletariats natürlich ein Dorn im Auge ist.

Wenn wir von der Demokratie erwarten, daß sie dem Proletariat erlaubt, ohne brutale Gewalt die Macht zu ergreifen, sobald es genügend erstarkt ist, und daß sie der Bourgeoisie die Möglichkeiten gewaltsamen Widerstands nimmt, so ist damit nicht gesagt, daß die Kapitalisten sich willenlos beugen und nicht jede mögliche Form des Widerstands versuchen werden. Sie werden die der Demokratie entsprechenden Formen des Widerstands, die sie heute schon ausgiebig üben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Anwendung bringen — Korruption, Irreführung, Spaltung. Die Reife des Proletariats hat sich darin zu bewähren, daß diese Methoden des Widerstands gegen seine Macht wirkungslos an ihm abprallen.

Aber das Kapital verfügt noch über ein anderes Machtmittel, das dem entscheidenden des Proletariats entspricht: den Streik. Wie der Arbeiter, kann auch der Kapitalist seinen Betrieb stillegen und dadurch einen Druck auf die Gesellschaft ausüben. Nur schädigt er dadurch ebenso wie der Arbeiter ökonomisch sich selbst. Und gar eine dauernde Einstellung des Betriebs bedeutet für ihn völligen Ruin.

Trotzdem wäre es möglich, daß die Kapitalisten in Masse auch zu diesem letzten verzweifelten Mittel griffen, wenn das Proletarierregime dazu überginge, die Betriebe, die es in gesellschaftlichen Besitz überführen will, einfach zu konfiszieren, sie ihren Besitzern ohne Entschädigung wegzunehmen.

Wozu sollten da die anderen Kapitalisten ihre Betriebe weiterführen, wenn ihnen morgen das gleiche Schicksal droht? Jede Hemmung verschwindet, die sie davon abhalten könnte, das verhaßte sozialistische Regime durch eine plötzliche Krise allgemeiner Arbeitslosigkeit und allgemeinen Hungers zum Zusammenbrechen zu bringen.

Der bolschewistisch gerichtete Sozialist wird in diesem Falle zu dem Mittel greifen, mit dem er auch sonst stets zur Hand ist, um eine Schwierigkeit aus dem Wege zu räumen: zur Gewalt.

Zunächst könnte man ganz einfach jeden Kapitalisten, der den Betrieb einstellt, mit dessen Konfiskation bestrafen. Das würde nicht tiefen Eindruck machen, wenn die Konfiskation das Los ist, das früher oder später jedem kapitalistischen Unternehmen droht. Und sie könnte nur dann helfen, wenn bloß einige Kapitalisten zum Kampfmittel der Betriebseinstellung griffen. Denen könnte man ihre Unternehmungen konfiszieren, um sie an andere Unternehmer zu verkaufen oder zu verpachten, die sich verpflichten würden, sie weiter zu betreiben. Allerdings ist es fraglich, ob solche kühne Leute zu finden wären, die sich entschlössen, Geld in einen Betrieb zu stecken, der ihnen nach wenigen Jahren doch wieder ohne Entschädigung genommen werden soll.

Auf jeden Fall würde das Mittel der strafweisen Konfiskation vollständig versagen bei einem Streik der ganzen oder auch nur eines erheblichen Bruchteils der Kapitalistenklasse. Die sozialistische Regierung hätte bald viele Tausende ban-

krotter Unternehmungen auf dem Halse, die zu betreiben ihr jeder Apparat fehlen würde — denn was zur Sozialisierung reif ist, wurde ja nach unserer Voraussetzung bereits sozialisiert. Der völlige ökonomische Zusammenbruch des neuen proletarischen Regimes wäre die Folge.

Nun meint freilich der bolschewistisch gerichtete Genosse, das wäre nur eine Folge der Schwächlichkeit der herrschenden Sozialisten. Sie müßten noch weitergehen, wenn die Drohung mit sofortiger Konfiskation nichts hilft, und jeden widerspenstigen Kapitalisten einfach bei Androhung der Todesstrafe zwingen, seinen Betrieb weiterzuführen.

Leider ist jedoch die Zwangsarbeit eine höchst unvollkommene Form der Arbeit. Sie versagt um so mehr, je empfindlicher die Instrumente und Organisationen der Produktion.

Diese Erfahrung hat der Sowjetstaat schon mit den einfachen Arten der Arbeit gemacht und dann erst recht mit den Arbeiten der Intellektuellen; trotzdem Lenin sich, wie wir gesehen haben, schmeichelte, die Ingenieure, Agronomen usw. würden sich den bewaffneten Arbeitern weit eher fügen als den Kapitalisten und weit besser arbeiten, mußte er bald die Erfahrung machen, daß die Spitze des Bajonetts doch nicht die richtige Anstachelung zur Arbeit ist.

Und nun sollen gar die kapitalistischen Funktionen terroristisch erzwungen werden. Die akute Krise durch plötzliche Einstellung des ganzen kapitalistischen Produktionsprozesses könnte man dadurch allerdings vielleicht vermeiden, aber nur, um eine nicht minder gefährliche schleichende Krise und den unaufhaltsamen Verfall der Produktion an deren Stelle zu setzen. Rotgardisten mögen jeden Tag den Kapitalisten in sein Bureau bringen, aber werden sie auch dafür sorgen, daß in der Fabrik fleißig und zweckmäßig gearbeitet wird? Werden sie die Geschäftskorrespondenz überwachen und dafür sorgen, daß immer genügend Kohle und Rohstoffe vorhanden sind, die Maschinen instand gehalten werden, die Schuldner rechtzeitig zahlen usw.?

Das ginge wohl, wenn zu den kapitalistischen Funktionen wirklich nur Lesen, Schreiben und Rechnen gehörte und sie nur im Registrieren und Kontrollieren der Arbeit bestünden. Aber heute weiß auch Lenin das schon besser und sucht nach

anderen Methoden, die Kapitalisten zum Funktionieren zu bringen, als denen des Zwanges.

Und der Kapitalist hat nicht bloß die Aufgabe, seinen Betrieb in Gang zu halten. Ihm obliegt auch die historisch äußerst wichtige Funktion der Akkumulation von Kapital, der steten Verbesserung und Erweiterung des Betriebs. Soll das auch zwangsweise geschehen?

Die größte und auf die Dauer einzig wirksame ökonomische Triebkraft ist das Interesse — sei es ein persönliches oder ein korporatives —, nicht der Zwang.

Will ein proletarisches Regime den Sabotierungsversuchen jener Kapitalisten, die es noch braucht, erfolgreich entgegenwirken, dann muß es ihnen ein Interesse am ununterbrochenen Fortgang und an steter Verbesserung ihrer Betriebe einflößen.

Das ist unmöglich, wenn man jeden Betrieb, der sozialisiert wird, konfisziert. Es ist nur zu erreichen, wenn man ihn gegen eine billige Entschädigung ablöst, sobald man daran geht, ihn zu sozialisieren. Das heißt, diese Entschädigung sollte eine Belohnung sein für diejenigen, die ihre Betriebe auf der Höhe der Zeit gehalten und mit gutem geschäftlichen Erfolg geleitet haben. Sie sollte nicht gezahlt werden für veraltete, vernachlässigte, heruntergewirtschaftete Betriebe, die sich in der Regel nur dadurch über Wasser halten, daß sie ihre Arbeiter maßlos schinden und ausbeuten.

Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die große Aufgabe zu lösen, gleichzeitig an die Sozialisierung des Produktionsprozesses dort, wo sie bereits möglich ist, heranzugehen und die Fortführung und kraftvolle Entwicklung der Produktion auf kapitalistischer Basis dort zu sichern, wo die Bedingungen für eine Sozialisierung noch nicht gegeben sind.

Je mehr ökonomische Erschütterungen man dabei vermeidet, je mehr man durch gütliche Verständigung erreicht, je weniger man auf zwangsmäßige Enteignung, wenn auch mit Entschädigung, dabei angewiesen ist, um so besser. Das hängt freilich nicht von unserem Belieben ab, sondern von der Einsicht auf beiden Seiten sowie von dem Kräfteverhältnis der Parteien. Je überwältigender die Macht des Proletariats, desto eher werden die Herren Kapitalisten mit sich reden lassen. Diese Macht wieder wird um so überwältigender sein, je mehr es

das sozialistische Regime versteht, die sozialistische Produktion erfolgreich zu gestalten. Die Propaganda des Anschauungsunterrichts wird die wirksamste sein.

In ihren Anfängen wird also die Sozialisierung die größten Widerstände finden — diese werden mit ihrem Fortschreiten abnehmen, allerdings vorausgesetzt, daß sie von Anfang an wohlüberlegt und rationell vorgenommen wird. Das russische Beispiel hat durch seine Ergebnisse gerade nicht die Werbekraft des Gedankens der Sozialisierung gefördert.

Wenn aber die Kapitalisten vollauf entschädigt werden, wozu dann die ganze Mühe? wird mancher fragen. Die Entschädigung der expropriierten Kapitalisten wird wohl am besten in der Weise geschehen müssen, daß man ihnen Staatsschuldverschreibungen gibt, deren Verzinsung der Masse des bisherigen Profits der sozialisierten Unternehmer entspricht. Man könnte sie ja auch in bar bezahlen aus dem Ertrag einer Anleihe, die der Staat auflegt. Stets würde der Staat zur Verzinsung der ausgegebenen Schuldscheine so viel aus dem Erträgnis der sozialisierten Unternehmen herausnehmen müssen, als sie früher Profite abwarfen. Anscheinend hätte sich also an der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital nichts geändert. Nur hätte jetzt der Staat das Geschäft der Ausbeutung für die Kapitalisten zu besorgen, das sie ehedem selbst direkt betrieben. Das ist richtig. Aber dem ist folgendes entgegenzuhalten:

Einmal ginge es nicht an, den Lohn ihrer Arbeiter selbst bei rücksichtslosester Konfiskation der zu sozialisierenden Werke um den Betrag des Profits, den diese Betriebe abwerfen, zu erhöhen. Das hieße denjenigen, die der Zufall gerade in solche Unternehmungen versetzt hat, eine Prämie bezahlen, die sie durch nichts verdient haben. Oder sollte man aus diesen Arbeitern eine Arbeiteraristokratie machen, die sich über jene erhebt, denen das Geschick so mißgünstig war, sie Berufen zuzuführen, die noch nicht zur Sozialisierung reif sind?

Und wie wollte man die Überflutung der so begünstigten Betriebe mit Arbeitskräften verhindern? Sollten die bisherigen Arbeiter und ihre Nachkommen etwa ein gesetzliches Vorrecht auf ihre Arbeitsstellen bekommen, so daß sie eine Erbaristokratie bilden?

Die sozialisierten Betriebe sollen natürlich Musterbetriebe sein und in der Besserung der Arbeitsverhältnisse der Privatindustrie führend vorangehen, sie sollen aber ihre Arbeiter nicht ständig über die anderen Arbeiter hinausheben.

Nun wird man einwenden, daß die Arbeiter der sozialisierten Betriebe auch gar nicht verlangten, daß deren Profite ihnen allein zugute kommen sollten. Es wäre aber geboten, sie dem Gemeinwesen zuzuführen und nicht privaten Kapitalisten. Darauf ist zu bemerken, daß der Weg, den Mehrwert, den sich die Kapitalistenklasse aneignet, nach Möglichkeit in den Dienst des Gemeinwesens zu stellen, der der Besteuerung der großen Einkommen, Vermögen, Erbschaften ist. Dieser Weg, der die ganze Klasse und nicht bloß einzelne zufällige Individuen trifft, bleibt unter allen Umständen, auch nach einsetzender Sozialisierung, der beste. Die Sozialisierung bringt darin allerdings insofern eine erhebliche Änderung, als sich mit ihrem Fortschreiten das produktive, das heißt in Produktionsunternehmungen angelegte Kapital vermindert und das bloße Renteneinkommen vermehrt. Dieses letztere ist aber nicht nur für die Besteuerung leichter zu erfassen; deren Ausmaß kann auch eher ohne jede Gefahr für den Fortgang der Produktion außerordentlich hoch geschraubt werden.

Will man also den Betrag der Zinsen für die Entschädigungen der expropriierten Kapitalisten dem Gemeinwesen zuführen, dann suche man ihn durch Besteuerung der Gesamtheit der Kapitalistenklasse aufzubringen. Das wird ökonomisch rationeller und für unser sittliches Empfinden auch gerechter sein als die Plünderung einiger Kapitalisten, die uns gerade in den Weg kommen, wodurch wir das ganze ökonomische Leben aufs tiefste hemmen und gefährden.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Sozialisierung den Arbeitern nicht wirkliche und erhebliche Vorteile bringt. Nur liegen sie auf anderem Gebiet als dem sofortiger Lohnerhöhung. Wir haben gesehen, daß im Kampfe des Proletariats gegen das Kapital, der in seinen Anfängen ausschließlich ein Kampf gegen das Elend war, dieses Motiv immer mehr zurücktritt. Er wird immer mehr ein Kampf um Macht und um Freiheit. Der Verlust ihrer Macht wird es auch vor allem

sein, was die Kapitalisten zu Feinden der Sozialisierung machen wird, selbst dann, wenn sie ausreichend entschädigt werden. Es wäre verkehrt, zu erwarten, daß man sich damit den guten Willen der Kapitalisten kaufen könne. Ihr böser Wille wird bleiben, wir werden ihn abzuwehren haben. Aber er wird sich nicht in so ökonomisch verheerenden Formen wie der Sabotierung der Produktion zeigen. Dagegen spricht dann zu sehr ihr ökonomisches Interesse.

In den sozialisierten Betrieben herrscht nicht mehr die Autokratie des Besitzers. Wie jede Organisation müssen auch sie eine leitende Spitze haben, aber diese ist nicht unabhängig von der Arbeiterschaft, sondern von dieser beauftragt — zum Teil durch den Staat, den nun die Gesamtheit der Arbeiter beherrscht, die schließlich identisch wird mit der Gesamtheit der Gesellschaft, der „Konsumenten". Und zum Teil von den Arbeitern des Produktionszweigs und des einzelnen Betriebs selbst, den „Produzenten".

Man sollte meinen, das allein sei schon ein so riesenhafter Fortschritt, daß er den Kampf der Arbeiterschaft lohne, auch wenn deren Sieg nicht sofort zu Lohnerhöhungen führt. Man erinnere sich des bitteren Wortes, die letzte deutsche Revolution sei im Grunde nur eine rabiate Lohnbewegung gewesen.

Damit soll jedoch nicht das Streben der Arbeiter nach Erhöhung ihres Lohnes herabgesetzt werden. Ist auch der proletarische Klassenkampf nicht mehr ausschließlich ein Kampf gegen das Elend, so ist die Masse des äußersten physischen Elends in der Gesellschaft noch gewaltig. Und von den wenigsten Arbeitern, selbst den bestbezahlten, wird man sagen können, ihr Lohn reiche aus, ihnen ausgiebige Teilnahme an der errungenen Kulturhöhe zu ermöglichen. Der Sozialismus wäre eine Halbheit, wenn er den Massen nur größere Demokratie im Betrieb und nicht auch vermehrten Wohlstand und höhere Kultur brächte. Der Sozialismus wird das eine wie das andere bewirken, aber nicht beides in gleichem Tempo. Die Demokratisierung des Betriebs muß vorangehen. Bewährt sie sich, leistet sie ökonomisch, was wir von ihr erwarten, dann muß die Vermehrung des Wohlstandes folgen.

Denn die zweite große Folge der Sozialisierung besteht darin: Wir haben gesehen, daß unter kapitalistischer Produk-

tion jegliche Erhöhung der Produktivität der Arbeit fast ausschließlich den Besitzern der Produktionsmittel zufällt. Das hört auf mit der Sozialisierung, dem Übergang des Eigentums an den Produktionsmitteln in Gemeineigentum. Jeder technische Fortschritt, jede Verbesserung der Methoden und der Organisation der Arbeit, jede Ausdehnung der Produktion kommt von da an ausschließlich dem neuen Besitzer der Produktionsmittel, der Gesellschaft, den Arbeitern, zugute. War bisher der ökonomische Aufstieg des Proletariats bloß ein Ergebnis seines Kampfes und immer wieder durch neue technische Errungenschaften, Organisationsformen und Methoden bedroht, so wird von nun an sein ökonomischer Aufstieg die kampflose, automatische Folge aller dieser Neuerungen, die sich fortan aus seinen gefürchtetsten Feinden in seine besten Freunde verwandeln.

Diese der bisherigen ganz entgegengesetzte neue Entwicklungsrichtung der Gesellschaft muß, sobald sie einmal fühlbar wird, aufs äußerste beglückend wirken. Sie ist die zweite große Errungenschaft der Sozialisierung, die gewaltig genug ist, jeden, der sie erkannt hat, zum heißesten und hingebendsten Kampfe für sie anzuspornen, auch wenn sie nicht sofortige ausgiebige Lohnerhöhungen bringt.

Mit dem Wachstum des Kapitals wuchs bisher oft auch noch der Grad, stets die Masse der Ausbeutung, die es übte. In den sozialisierten Produktionszweigen hat dieses Wachstum ein Ende. Es wächst die Menge ihres Produkts, nicht aber die Masse des Profits, die den entschädigten Kapitalisten zufließt, sie ist ein für allemal festgesetzt. Der Grad der Ausbeutung hat nun die Tendenz, bei wachsender Produktivität der Arbeit zu sinken. Die den Kapitalisten gezahlten Zinsen werden von nun an einen immer geringeren Teil des Gesamtprodukts bilden.

Das Gemeinwesen hat es aber in der Hand, die Masse der Zinsen, die es den entschädigten Kapitalisten zahlt, von Zeit zu Zeit auch absolut zu verringern entweder durch Rückkauf eines Teils der Staatsschuldverschreibungen oder sonstige Methoden der Tilgung von Staatsschulden oder durch ihre Konvertierung bei fallendem Zinsfuß.

So wird die kapitalistische Ausbeutung zusehends abnehmen, bis sie ganz verschwunden sein wird.

Gar manchem Sozialisten wird das hier Ausgeführte sehr anstößig vorkommen. In der Tat, wenn man bloß nach der Klassenpsychologie ginge, müßten Bourgeoisie und Proletariat ihren Revolutionen einen Charakter geben, der gerade das Gegenteil ihres wirklichen wäre. Der Bourgeois als Besitzender hat Respekt vor dem Eigentum; er hat viel zu verlieren, ist daher vorsichtig und zu Kompromissen geneigt. Und gerade seine Revolution stürmte gewaltsam daher, entlud sich in Bürgerkriegen und Konfiskationen.

Umgekehrt der Proletarier. Als Besitzloser ist er nicht erpicht auf Schonung des Eigentums der großen Ausbeuter. Er hat wenig zu verlieren und viel zu gewinnen, und seine Lage ist so traurig, daß er ungeduldig und ungestüm nach ihrer raschesten Besserung strebt. Und doch hat gerade seine Revolution am meisten Aussicht, sich friedlich zu vollziehen, ohne Gewaltsamkeiten, schrittweise, vorsichtig jeden Schritt vorbereitend unter Schonung des kapitalistischen Eigentums.

Das widerspricht so sehr den psychischen Bedürfnissen des Proletariats, daß jeder, der der Revolution den gegenteiligen Charakter geben will, leicht in proletarischen Versammlungen großen Beifall ernten wird. Aber leider entscheidet in der Geschichte nicht der psychische Drang, das Bedürfnis allein. Sicher vollzieht sich kein bewußtes menschliches Handeln, ohne daß es vorher gewollt wurde. Ohne Willen keine Tat. Aber der Erfolg des Wollens hängt von materiellen Bedingungen ab, deren Mißachtung sich um so schwerer rächt, je energischer das Wollen. Wer mit dem Kopfe durch die Wand will, wird sich den Schädel um so stärker einschlagen, je entschiedener sein Wille, auf diese Weise die Wand zu durchdringen.

Das ökonomisch Notwendige entscheidet in der Geschichte, und unser Wille wird uns nur dann zum Siege führen, wenn er sich das ökonomisch Notwendige zum Ziele setzt.

Die russische Revolution entsprach dem psychischen Bedürfnis des Proletariats sicher viel mehr als die hier dargelegte Methode der proletarischen Revolution. Aber was ist dabei herausgekommen? Lenin verkündet triumphierend: Ich habe den Kapitalismus rücksichtslos zu Boden geschmettert. Aber er läßt mich nicht los, und nun liegen wir beide zerschunden da, und soll ich wieder in die Lage kommen, meine Glieder

rühren zu können, muß ich vor allem ihm wieder auf die Beine helfen.

Studieren wir weniger unsere Gefühle und den Beifall erregter Volksversammlungen und studieren wir mehr das ökonomische Getriebe und dessen Gesetze. Das ist mühevoller und oft sehr unpopulär. Aber es ist der einzige Weg, die proletarische Revolution zum Siege zu führen.

5. Die Planwirtschaft.

Die Schaffung sozialistischer Organisation ist also kein so einfacher Prozeß, wie wir in früheren Zeiten annahmen, als das Problem uns noch nicht so greifbar nahe gerückt war. Wie diese Organisation aussehen und wie sie herbeigeführt werden soll, das ist die Frage, die die Theoretiker und auch die weitersehenden Praktiker des Sozialismus jetzt am meisten beschäftigt und die in den letzten Jahren bereits eine ganze Literatur hervorgerufen hat, am meisten in Deutschland und dem ihm so nahestehenden Österreich sowie in England, also gerade in jenen Ländern, in denen die Vorbedingungen für den Sozialismus am meisten gegeben sind und die am ehesten berufen sein dürften, führend auf diesem Gebiet voranzugehen. Vielfach nimmt diese neue Literatur wieder utopische Züge an, doch ist dies nicht notwendigerweise der Fall. Sie hat allerdings mit dem Utopismus die gleiche Aufgabe gemein, ein Bild sozialistischer Produktion zu geben, aber sie hat dabei weit festeren Boden unter den Füßen als die alten Utopisten, die noch rein spekulativ arbeiteten. Und dann stehen wir heute dank Marx auf dem Boden des Entwicklungsgedankens. Wir suchen nicht mehr nach einer vollkommenen Gesellschaft, die jede weitere Entwicklung überflüssig macht, sondern nur nach einer Lösung der bestimmten Probleme, die der Kapitalismus uns stellt. Der utopistische Zug in der Sozialisierungsliteratur wird zumeist durch Nichtmarxisten in sie hineingebracht, die erst seit der Revolution ihr proletarisches Empfinden entdeckten.

Vielfach wird uns der Vorwurf gemacht, wir hätten mit unseren Untersuchungen früher kommen sollen, dann wäre die Revolution anders ausgegangen. Aber ich habe schon oben bemerkt, daß wir ohne die Erfahrungen der Revolution die Frage gar nicht mit der nötigen Bestimmtheit hätten erörtern können.

Wir konnten ja gar nicht voraussehen, wann und unter welchen Umständen wir ans Ruder kommen.

Tatsächlich ist auch nichts versäumt. In Deutschland hatten wir wohl im Winter 1918/19 einige Monate lang eine rein sozialistische Regierung. Aber das deutsche Proletariat erwies seine Unreife in jenem Moment dadurch, daß es nichts Gescheiteres zu tun wußte, als sich untereinander zu zerfleischen. Wir hatten drei sozialistische Parteien, Mehrheitler, Unabhängige und Kommunisten, die einander wütend bekämpften. Die ersteren umfaßten, ihrem Namen entsprechend, die große Mehrheit des deutschen Proletariats. Aber der Hauptstadt fällt in revolutionären Zeiten in einem modernen Staat immer eine entscheidende Rolle zu, und in Berlin überwogen Unabhängige und Kommunisten. Und nicht genug an diesem Durcheinander, waren überdies noch sowohl Kommunisten wie Unabhängige unter sich gespalten — bei den einen fand Rosa Luxemburg, bei den anderen Hugo Haase eine starke Opposition. Immerhin waren die Kommunisten insofern einig, als sie außerhalb der sozialistischen Regierung blieben und sie bekämpften. Die Unabhängigen aber boten das tragikomische, in der Geschichte wohl einzig dastehende Bild einer Partei, deren rechter Flügel in der Regierung drinsitzt, indes ihr linker Flügel sich bemüht, diese zu stürzen.

Daß einem derartigen Proletariat die Kraft sowohl wie die Fähigkeit fehlte, erfolgreich zu sozialisieren, wird wohl kein Unbefangener bestreiten wollen.

Zu dieser politischen Schwierigkeit gesellten sich noch die ökonomischen, die aus der Niederlage, dem Zusammenbruch, dem wahnsinnigen Versailler Frieden erstanden. Nicht aus dem verkommenden, stagnierenden, sondern aus dem zur höchsten Produktivität entfalteten Kapitalismus kann der Sozialismus hervorgehen.

Erst wenn die durch die Revolution den sozialistischen Parteien neu zugetriebenen, politisch noch analphabetischen Massen sich eine höhere Schulung und Disziplin angeeignet haben; wenn die Illusionen und der Gewaltkultus des Kommunismus durch ökonomische Einsicht ersetzt sind; wenn die Sozialisten wieder in einer geschlossenen Partei vereinigt sind und die schlimmsten Folgen des Krieges und des Friedensvertrags

überwunden und der Produktionsprozeß wieder flott im Gang ist, erst dann wird die Zeit zu erfolgreicher Sozialisierung da sein. Ich nehme an, daß sie für England früher kommt als für Deutschland.

Alle die Untersuchungen und vereinzelten Versuche, die jetzt auf dem Gebiet der Sozialisierung angestellt werden, haben vor allem die Aufgabe der Vorbereitung der Geister auf den Zeitpunkt, in dem das Proletariat die politische Macht gewinnt und damit die Kraft, entschieden das Werk der Sozialisierung in großem Maßstab in die Hand zu nehmen. Je mehr theoretische Überlegungen und praktische Erfahrungen wir bis dahin gesammelt haben, um so sicherer und rascher werden wir dann vorwärtsmarschieren können.

Es ist also keineswegs zu spät, wohl aber die höchste Zeit für alle führenden Geister des Sozialismus, sich mit aller Macht diesem Gegenstand zuzuwenden. Der erste Rang wird dabei denjenigen zufallen, deren organisatorische Begabung eine hervorragende ist, oder, richtiger gesagt, jenen, die mit solcher Begabung auch großen theoretischen Sinn und theoretisches Wissen verbinden. Unter uns Alten ist jene Verbindung selten — ich muß für mich persönlich gestehen, daß mir jegliche organisatorische Begabung fehlt —, ich muß mich daher im folgenden auf einige Andeutungen beschränken, obwohl wir hier zum Kernpunkt unserer historischen Aufgabe in den nächsten Jahrzehnten gelangt sind.

So jung die Sozialisierungsliteratur ist, wir können in ihr bereits verschiedene Richtungen konstatieren.

Vor allem treten zwei Auffassungen auf in der für uns, solange wir noch vor den Anfängen stehen, entscheidenden Frage: *Womit sollen wir anfangen?*

Die Sozialisierung kann nicht mit einem Schlage vor sich gehen, sie muß sich schrittweise vollziehen. Darin sind wir alle einig. Nicht aber in der Beantwortung der Frage: Auf welchem Gebiet sollen wir beginnen?

Der Vorgang der kapitalistischen Gesamtwirtschaft zerfällt in zwei verschiedene Vorgänge: die *Produktion* der Ware und ihre *Zirkulation*, ihr Kaufen und Verkaufen. Natürlich sind beide Vorgänge eng miteinander verbunden und voneinander nicht zu trennen.

Die eine Richtung will beim Produktionsprozeß beginnen, die andere beim Zirkulationsprozeß.

Die zweite will zunächst das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln nicht antasten. Der einzelne Kapitalist kann — manche sagen sogar soll — Besitzer und Leiter seines Betriebs bleiben. Aber es bleibt nicht ihm überlassen, zu entscheiden, was er zu Markte bringen, also produzieren soll.

Die Gesamtheit der Produktivkräfte im Staate soll statistisch erfaßt werden, ebenso die Gesamtheit des Konsums und daraufhin ein Wirtschaftsplan ausgearbeitet werden, dem jeder Betrieb einzufügen ist und an den er sich zu halten hat. Die Produktion soll oder kann doch fortfahren, Privatproduktion zu sein, aber es soll nicht mehr der Profit sein, der entscheidet, was und wieviel der einzelne Produzent produziert und auf den Markt bringt — oder an den Staat abgibt —, sondern der Bedarf der Gesellschaft. An Stelle der Profitwirtschaft soll die Bedarfsdeckungswirtschaft treten.

Die Preise werden nicht auf dem Markte durch Nachfrage und Angebot, sondern durch Berechnung der Produktionskosten festgestellt. Die einzelnen Unternehmungen eines jeden Industriezweigs werden in Zwangssyndikaten zusammengefaßt, in denen neben den Unternehmern auch die Arbeiter und Konsumenten eine Stimme haben sollen.

Das ist in kurzen Umrissen das Gemeinsame der Vorschläge einer Planwirtschaft, wie sie zum Beispiel von Wissell und Neurath vorgebracht wurden. (Rudolf Wissell und Alfred Striemer, Ohne Planwirtschaft kein Aufbau. Stuttgart 1921. R. Wissell, Kritik und Aufbau. Berlin 1921. Dr. Otto Neurath, Wesen und Weg zur Sozialisierung. München 1919. Vergl. darüber und über die Fragen der Sozialisierung überhaupt auch die instruktive Darstellung Heinrich Ströbels über „Die Sozialisierung, ihre Wege und Voraussetzungen". Berlin 1921.)

Diese Vorschläge sind sehr verführerisch. Innerhalb des einzelnen Großbetriebs hat der industrielle Kapitalismus bereits die Produktivität der Arbeit aufs höchste entwickelt. Es besteht keine Aussicht darauf, sie durch die Sozialisierung rasch zu steigern.

Dagegen auf dem Gebiet der Zirkulation finden wir noch die höchste Verschwendung und die schmerzhaftesten und läh-

mendsten Krisen. Setzen wir an Stelle der Planlosigkeit eine Planwirtschaft, so können wir sofort die Erträge der Wirtschaft und damit den allgemeinen Wohlstand bedeutend steigern, selbst ohne jede Verkürzung der Einnahmen des Kapitals. Und diesem bleiben nicht bloß seine Einnahmen erhalten, sondern auch sein Eigentum an den Produktionsmitteln braucht nicht angetastet zu werden.

Diese letztere Erwägung ist für viele Befürworter der Planwirtschaft wohl sehr maßgebend geworden. Allerdings schließt die Planwirtschaft die Enteignung der Kapitalisten keineswegs aus. Die meisten Anhänger der Planwirtschaft wollen das eine wie das andere; nur halten sie es für notwendig, mit der Planwirtschaft zu beginnen, weil sie eher durchzuführen und durchzusetzen sei. Aber es gibt auch Befürworter der Planwirtschaft, die es für möglich halten, daß ihre Vorteile genügend groß seien, um das Proletariat befriedigen zu können, so daß es auf die andere Art der Sozialisierung ganz verzichten würde.

Das letztere ist in Wirklichkeit ausgeschlossen.

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit innerhalb des Betriebs wird durch steigende Besserstellung der Arbeiter nicht vermindert, er ändert bloß seinen Charakter. Der Kampf des Proletariats wird dann immer mehr, wie schon mehrfach bemerkt, ein Kampf um Freiheit und Macht, je weniger er ein Kampf ums bloße Brot ist.

Ist aber auf der anderen Seite zu erwarten, daß die Kapitalisten sich mit der Planwirtschaft leichter abfinden, daß sie ihr geringeren Widerstand entgegensetzen als dem mehr oder weniger zwangsweisen Abkaufen ihrer Betriebe?

Ihre Einnahmen werden in dem einen wie in dem anderen Falle nicht verringert. Mit der Ablösungssumme aber kann der Kapitalist anfangen, was er will. Er darf frei über sie verfügen. Er kann für den Erlös wieder einen der noch nicht sozialisierten kapitalistischen Betriebe kaufen. Die Nachfrage nach solchen Betrieben mag dann wachsen, ihr Preis steigen, ihre Profitrate entsprechend sinken, aber der tatenlustige Unternehmer wird imstande sein, nach wie vor sich ungehemmt zu betätigen.

In der Planwirtschaft ist dagegen dem Kapitalisten ein wichtiges Gebiet seines Wirkens, dasjenige, welches gerade

das eigentlich kapitalistische ist, das kaufmännische, völlig verschlossen, und zwar für alle Betriebe. Ihm bleibt als einziges Betätigungsfeld das Antreiben der Arbeiter im Betrieb. Er kann ja nicht mehr dadurch Profite erzielen, daß er billig kauft, teuer verkauft, sondern nur noch dadurch, daß er seinen Arbeitern möglichst viel Arbeit erpreßt.

Das muß den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit steigern, aber auch die Situation des Kapitalisten zu einer höchst widerlichen gestalten.

Und diese Degradierung des Kapitalisten trifft bei der Planwirtschaft die ganze Klasse auf einmal, während die Sozialisierung einiger Betriebe und Produktionszweige anfänglich nur einen geringen Teil der Kapitalistenklasse trifft und mit solchen Produktionszweigen beginnt, die zu privaten Monopolen geworden sind und als solche in einem Gegensatz zu jenen Zweigen stehen, in denen noch freie Konkurrenz herrscht.

Es ist also durchaus nicht zu erwarten, daß die Planwirtschaft auf geringeren Widerstand stößt als die schrittweise Enteignung von Betrieben.

Sie erlaubt aber auch nicht eine raschere Durchführung der Sozialisierung. Ihre Voraussetzung bildet eine eingehende Statistik sowohl der Produktionskräfte wie des Konsums. Und zwar eine Statistik nicht bloß für das eigene Land. Otto Neurath meint darüber:

„Die Gesamtorganisation ... kann nur dann die Wirtschaftlichkeit der Lebensordnung erhöhen, wenn sie über einen ausreichenden Wirtschaftsplan verfügt. Es genügt nicht, die Produktionsmöglichkeiten und den Verbrauch im ganzen zu kennen, man muß die Bewegung und das Schicksal aller Rohstoffe und Energien, der Menschen und Maschinen durch die Wirtschaft hin verfolgen können. Neben die Rohstoff- und Energiebilanz, welche Erzeugung, Verwandlung (Verbrauch), Vorratsbildung, Einfuhr, Ausfuhr des ganzen Landes behandelt und etwa nach einzelnen Rohstoffen wie Kupfer, Eisen usw. verfolgt, muß die Bilanz der einzelnen Industriezweige, der Landwirtschaft usw. treten. Man muß erkennen können, welche Mengen an Kohle, Eisen, Kalk usw., Maschinen, Menschen usw. für die Hüttenwerke in Anspruch genommen werden, was davon in die Industrie, in die Landwirtschaft übergeht.

Um solche Übersichten im Stil eines Ballod-Atlanticus oder Popper-Lynkeus entwerfen zu können, dazu bedürfen wir einer

Universalstatistik, welche in zusammenhängenden Übersichten ganze Länder, ja die Welt umfaßt. Wäre eine solche Universalstatistik, ein solcher Wirtschaftsplan seit jeher das Ziel unseres Strebens, so würde die gesamte Wirtschaftsstatistik niemals in den jetzigen planlosen Zustand gekommen sein." (Wesen und Weg der Sozialisierung, S. 8.)

„Die Wirtschaftspläne müßten von einer eigenen Stelle entworfen werden, welche die gesamte Volkswirtschaft wie einen riesigen Betrieb anzusehen hätte.... Die Naturalrechnungszentrale, wie wir die erwähnte Stelle nennen können, hätte einerseits den jeweiligen Wirtschaftsablauf darzustellen, vor allem aber Wirtschaftspläne für die Zukunft zu entwerfen." (A. a. O., S. 9.)

Bevor wir diese Universalstatistik für die Welt und den auf sie aufgebauten Wirtschaftsplan haben, ist an eine Durchführung der Planwirtschaft schwer zu denken. Eine so umfassende Statistik läßt sich aber nicht von heute auf morgen schaffen. Sie bedarf eines kolossalen Apparats sachkundiger und gewissenhafter Arbeitskräfte. Es wird viele Jahre brauchen, bis wir zu einer einigermaßen verläßlichen Statistik dieser Art kommen — wenn eine solche auf Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln überhaupt möglich ist. Und das ist stark zu bezweifeln.

Neurath scheint sich den Organismus der Gesamtwirtschaft denn doch etwas gar zu einfach vorzustellen. Er spricht bei den Produkten, die in Frage kommen, immer nur von den Ausgangspunkten der Produktion, Kohle, Eisen, Kupfer, Kalk, Zement usw. Alles das läßt sich heute schon zahlenmäßig erfassen. Aber die statistischen Schwierigkeiten wachsen mit dem Fortschreiten des Rohprodukts durch die verschiedenen Stadien der Verarbeitung bis zur schließlichen Fertigstellung der Produkte für den persönlichen Konsum. Die unendliche Mannigfaltigkeit aller dieser Produkte bei privater Produktion statistisch genau zu erfassen, scheint mir ganz unmöglich.

Daß sich Neurath die Planwirtschaft zu einfach vorstellt, dürfte auch daraus erhellen, daß er den Wirtschaftsplan auf Naturalwirtschaft aufbauen will. Wir werden aber noch sehen, daß auf dieser Basis nur eine ganz rohe Wirtschaft mit den primitivsten Bedürfnissen ihrer Mitglieder möglich ist, oder eine so sublime Wirtschaft, wie sie heute nur in Wolken-

kuckucksheim besteht. Sie ist ganz unvereinbar mit den ökonomischen Zuständen und Bedürfnissen, die bestehen, und denen, die aus ihnen entspringen.

Der Wirtschaftsplan, von dessen Zustandekommen das Schicksal der Sozialisierung abhängig gemacht wird und der ihren Ausgangspunkt bilden soll, ist sicher heute und wahrscheinlich so lange, als es noch eine private Produktion von Belang gibt, nichts als eine Fata Morgana.

Noch weit wichtiger als diese Einwände gegen das Anstreben der Planwirtschaft als Ausgangspunkt der Sozialisierungstätigkeit ist aber folgendes: Sie behält (wenigstens zunächst) das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Leitung des Betriebs durch den Kapitalisten oder dessen Vertreter bei, will aber gleichzeitig die Profitwirtschaft in eine Bedarfsdeckungswirtschaft verwandeln. Heute wirkt der Profit als Triebkraft und Regulator der Produktion der privaten Kapitalisten. Er ist ein höchst unvollkommener Regulator, der sich nur durch Krisen, mit steten Reibungen und großem Kraftverlust durchsetzt, aber er zeigt sich bisher als der einzig mögliche Faktor, der auf Grund des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln die Produktion in Gang zu halten vermochte.

Nun soll dies Eigentum fortbestehen, an Stelle des Profits als Triebkraft und Regulator aber der von Staats wegen auferlegte Wirtschaftsplan treten. Woher soll dieser seine bestimmende Kraft erhalten? Offenbar von derselben Quelle, deren dazu bestellten Organe den Plan ausarbeiteten, vom Staat. Dieser soll die einzelnen Produzenten zwingen, ihre Produktion diesem Plan entsprechend einzurichten, ohne Rücksicht darauf, wie ihre geschäftlichen Aussichten ohne ihn wären.

Auf Zwang, das haben wir schon wiederholt bemerkt, läßt sich jedoch eine höhere, verfeinerte Produktionsform nicht begründen. Der Zwang in der Produktion führt stets nur zu niedrigen, rohen Produktionsformen. Unser Sozialismus soll aber einen Fortschritt über den Kapitalismus hinaus, nicht einen Rückschritt hinter ihn darstellen. Wir wollen das Quantum an Zwang, das in der Lohnarbeit heute noch steckt, nach Möglichkeit durch das Interesse des Arbeiters an der Arbeit und ihrem Ergebnis ersetzen, nicht aber unter Beibehaltung

der bisherigen Produktionsformen ein neues Element des Zwanges als Triebkraft in den Produktionsprozeß einfügen.

Wohlgemerkt: als Triebkraft. Der gesellschaftliche Zwang kann Großes leisten, wo es gilt, eine schädliche Übermacht abzuwehren oder lahmzulegen. Der Zwang war unentbehrlich, um die Feudalherren zu veranlassen, auf ihre Rechte und ihr Eigentum zu verzichten. Er ist unentbehrlich, um die Industriellen zu hindern, daß sie ihre Arbeiter zu Tode schinden, daß sie Arbeiterkinder im zartesten Alter schon in die Hölle der Fabrik verdammen und sie bei Nacht wie bei Tag steter Arbeitsqual aussetzen, die sie verdummt und entnervt. Zwang wird notwendig sein, den Kapitalisten das Eigentum an den Produktionsmitteln zu nehmen.

In dieser Art kann der Zwang sehr fruchtbringend, ja unerläßlich sein. Aber ganz anderer Art ist der Zwang, der nicht negativ, sondern positiv wirken und mich drängen will, mit Widerstreben etwas zu leisten, was nur dann ausreichend gelingen wird, wenn es mit Lust und Liebe vollzogen wird.

Die Anhänger der Planwirtschaft weisen auf die Trusts, Kartelle usw. hin, in denen trotz des Fortbestehens des Privateigentums an den Produktionsmitteln der einzelne Unternehmer doch nicht nach seinem Gutdünken, sondern nach den Anweisungen der Gesamtorganisation produziert und verkauft. In der Tat bedeutet der Gedanke der Planwirtschaft nichts als eine Ausdehnung des Gedankens des Syndikats. Auf der einen Seite sollen solche Verbände allgemein und obligat, zu Zwangssyndikaten werden, und andererseits sollen diese in engen, harmonischen Zusammenhang miteinander gebracht werden.

Dabei wird nur eine Kleinigkeit vergessen: in den Verbänden, die durch die Kapitalisten, nicht durch den Staat geschaffen wurden, ist das Wirken des Profits nicht ausgeschaltet. Im Gegenteil, gerade auf ihm beruht ihre Kraft und Lebenszähigkeit. Die Trusts und Kartelle sind geschaffen, um ihren Mitgliedern den Profit zu erhöhen, um ihnen Extraprofite zu verschaffen, die sie bei freier Konkurrenz nicht einheimsen könnten. Dieser Profit, dieses Interesse und nicht äußerer Zwang veranlaßt die einzelnen Unternehmer, sich der Regelung der Produktion durch den Verband zu unterwerfen. Und

diese Regelung wieder bezweckt nicht die Anpassung der Produktion an den Bedarf, sondern das Zurückbleiben der Produktion (oder doch des Angebots auf dem inneren Markt) hinter dem Bedarf.

Wo der Unternehmerverband nicht in der Lage ist, seine Profite in dieser Art auf Kosten der Konsumenten zu erhöhen, wendet er seine ganze Kraft bloß gegen die Arbeiter.

Die Planwirtschaft will Unternehmerverbände, die ihre Spitze weder gegen den Arbeiter noch den Konsumenten richten und denen jede Möglichkeit zu Extraprofiten genommen ist. Sollte es ihr gelingen, der Unternehmerverbände in dieser Weise Herr zu werden, dann nimmt sie ihnen die belebende Seele, so daß sie für die Regelung der Produktion völlig versagen werden. Es wird dem Staate zur Durchsetzung seines Wirtschaftsplans nichts anderes übrigbleiben, als neben dem Produktionsapparat einen ungeheuren Polizeiapparat aufzubauen, um den ersteren zu überwachen. Langsam und mühsam würde dieser Aufbau werden, und sein Wirken würde bald unerträgliche Reibungen und Hemmungen ergeben. Das Resultat wäre schließlich ebenso kläglich wie heute das russische.

Man berufe sich nicht darauf, daß die Zwangswirtschaft im Kriege nützlich, ja notwendig gewesen sei. Die Verhältnisse, die ein Krieg schafft, sind keine normalen. Und selbst die Kriegswirtschaft schaltete den Profit nicht aus, sondern produzierte mit recht fetten Profiten. Daß man dort, wo Zwangswirtschaft einmal besteht, nicht ohne schwere Schädigungen der Bevölkerung sofort zur freien Wirtschaft übergehen kann, ist sicher. Aber das beweist noch lange nicht, daß die Zwangswirtschaft auf der Basis des Privateigentums an den Produktionsmitteln der freien Wirtschaft überlegen oder überhaupt auf die Dauer erträglich ist.

Eine Bedarfsdeckungswirtschaft ohne unerträglichen und unnützen, ja schädlichen Zwang als Triebkraft läßt sich nur dann einrichten, wenn diejenigen, deren Bedarf gedeckt werden soll, selbst über die Produktionsmittel verfügen. Je mehr die organisierte Macht der Gesellschaft, der Staat an wichtigen Produktionsmitteln besitzt und anwendet, desto klarer wird seine Einsicht in die Produktionsmöglichkeiten und den Bedarf, desto näher wird seine Produktions- und Konsum-

statistik dem Ideal einer Universalstatistik kommen. Desto mehr wird die Bedarfsdeckungswirtschaft seiner Betriebe sich einer Planwirtschaft für die ganze Gesellschaft nähern.

So notwendig und fruchtbringend diese Planwirtschaft ist, sie kann nicht der Ausgangspunkt der schrittweisen Sozialisierung sein, sondern nur deren Endergebnis. Sie beim Beginn der Sozialisierung schon aufrichten wollen, heißt fordern, daß mit dem Aufbau des Sozialismus beim Dache begonnen werde.

Weil dem so ist, muß es als ganz verkehrt bezeichnet werden, wenn, was häufig der Fall, die Sozialisierung als Heilmittel für eine der Krisen von heute empfohlen wird. Der Sozialismus wird den Krisen und damit der Arbeitslosigkeit gründlich ein Ende machen, sobald er einmal so weit durchgeführt ist, daß seine Wirtschaft eine ausgebildete Planwirtschaft darstellt. Krisen und Arbeitslosigkeit werden auch in dem Maße sich mildern, in dem die Sozialisierung fortschreitet. Aber diese wird niemals so rasch und umfassend vor sich gehen können, daß sie vermöchte, einer bereits hereingebrochenen Krise ohne weiteres ein Ende zu machen.

Nicht als Heilmittel für schon eingetretene Krisen, sondern nur als Prophylaxe gegen kommende kann die Sozialisierung erfolgreich wirken.

Man sollte annehmen, daß das bereits einen ungeheuren Fortschritt darstellt.

6. Die Bureaukratie.

Wir werden die Sozialisierung also nicht beim Zirkulationsprozeß, sondern beim Produktionsprozeß beginnen, dort, wo der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit scharf zutage tritt, der die mächtigste Triebkraft der Sozialisierung bildet. So hat ja auch der erste Band des Marxschen „Kapital", der den Produktionsprozeß behandelt, die tiefsten historischen Wirkungen geübt, während der zweite Band, der den Zirkulationsprozeß untersucht, nur von einigen wenigen Fachgelehrten beachtet wurde.

Die Produktion in der heutigen Gesellschaft ist aber ein unendlich mannigfaltiger Vorgang. Zur Zeit der bürgerlichen Revolution bildete noch der bäuerliche Betrieb die un-

geheure Mehrheit der Produktionsbetriebe aller Länder. Das verlieh ihrer Produktion eine große Uniformität. In den Städten bestand wohl eine gewisse Arbeitsteilung der Berufe, aber auch die war noch nicht weit fortgeschritten.

Heute dagegen ist die Arbeitsteilung der Berufe und Betriebe ungeheuer weit gediehen, und sie wächst noch mit der Ausdehnung des Weltmarktes. Jede Spezialität hat ihre Eigenart, ihre besonderen technischen und ökonomischen Bedingungen, die auch besondere Organisationsformen der Betriebe schaffen.

Die kapitalistische Produktionsweise ist die herrschende geworden, aber sie ist keineswegs die einzige. Noch gibt es zahlreiche vorkapitalistische Betriebsweisen, namentlich in der Landwirtschaft. Aber auch der industrielle Kapitalismus selbst, der sich so rapid wandelt, weist verschiedene Entwicklungsformen auf, von der kleinlichsten durch einen Verleger organisierten und ausgebeuteten Hausindustrie bis zu den modernen Ungetümen der Riesenkonzerne etwa vom Typus des amerikanischen Stahltrusts.

Und zu diesen Verschiedenheiten der ökonomischen Entwicklungshöhe gesellen sich noch die Verschiedenheiten der Technik, die andere Organisationsformen und Bedingungen erheischen für die Schwerindustrie und andere für die Textilindustrie; andere für die chemische Industrie und andere für den Buchdruck usw.

Angesichts dessen sind nicht alle Produktionszweige und Betriebe gleich reif für die sofortige Sozialisierung. Diese wird dort anfangen müssen, wo die Bedingungen für sie am günstigsten sind, um dann, gestützt auf die dort gemachten Erfahrungen, allmählich auch an kompliziertere und schwierigere Gebiete heranzugehen. Sie wird sehr verschiedene Ausgangspunkte haben und sehr verschiedene Formen in den einzelnen Produktionszweigen annehmen müssen. Zu den Formen, die wir heute schon voraussehen können, werden sich mit wachsenden Erfahrungen wohl noch neue hinzugesellen, denn das Leben ist immer noch reicher als die üppigste Phantasie. Das Abbild des Lebens in unserem Geiste ist immer eine Abstraktion, eine Vereinfachung. Das gilt schon vom Abbild der Gegenwart, in der wir mitten drin stehen; wieviel mehr dann

von dem Bilde, das wir uns auf Grund einzelner Indizien von der Zukunft zu entwerfen vermögen.

Das hat man vielfach in unseren Reihen und erst recht bei den Gegnern übersehen und sich eine sozialistische Produktion von höchster Uniformität vorgestellt. Alle Betriebe sollten in Staatsbetriebe wie Post und Eisenbahn verwandelt und von der staatlichen Bureaukratie geleitet werden. Nach dieser Auffassung wurde ja auch im Sowjetstaat die Produktion organisiert.

Nun kann man sich über die sozialistische Produktion die verschiedensten Vorstellungen machen, aber eines steht fest: die staatliche Bureaukratie ist ihrer Geschichte und ihrem Wesen nach der ungeeignetste Faktor zur Herstellung sozialistischer Produktion.

Wir haben bereits gesehen, daß Marx ihr Tätigkeitsgebiet aufs äußerste einschränken wollte. Das gilt für die *Politik* und erst recht für die *Ökonomie*.

Man bemerke wohl, daß wir hier von der *staatlichen* Bureaukratie sprechen, nicht von der Bureaukratie *überhaupt*, von der die staatliche nur eine besondere Abteilung ist.

Die Zukunft gehört in der Ökonomie ebenso wie in der Politik der Massenorganisation. Diese bedarf einer Leitung mit zahlreichen Organen. Je komplizierter und höher die Aufgaben der Organisation, desto weniger kommen ihre Leiter und deren Helfer mit dem bloßen gesunden Menschenverstand und allgemeiner Bildung aus. Desto weniger darf sie eine bloß dilettantische, in den Mußestunden nach Feierabend betriebene sein. Sie bedarf besonders ausgebildeter und erfahrener Fachleute, die in ihren Bureaus eine besondere Organisation, eine Bureaukratie bilden.

Diese Bureauleute bilden sicher eine Gefahr für die Mitglieder der Organisation. Die einzelnen Mitglieder stehen zusammenhanglos der geschlossenen Phalanx des leitenden Bureaus entgegen, dessen Elemente in steter Verbindung miteinander stehen und den Mitgliedern an Wissen — wenn auch nicht notwendigerweise an allgemeiner Bildung, stets aber an Fachwissen — überlegen sind.

Trotzdem kann auch die demokratischste Massenorganisation, wenn sie moderne Aufgaben zu erfüllen hat, ohne Bureau-

kratie nicht auskommen. Keine Partei, keine Gewerkschaft, kein Großbetrieb, selbst wenn er sozialistisch organisiert ist. Eine Demokratie, die sich ohne Bureaukratie behelfen will, kann nur primitiven Aufgaben entsprechen. Die moderne Demokratie bedeutet nicht Beseitigung der Bureaukratie, sondern deren Unterordnung unter die Mitglieder der Organisation, von deren Wahl und Kontrolle sie abhängig wird.

Das allein genügt freilich nicht zur Sicherung der Demokratie angesichts der natürlichen Überlegenheit der Bureaukratie über die Masse.

Als Sicherung wurde empfohlen: allgemeines Mißtrauen gegen die Bureaukraten und namentlich gegen ihre Führer. Bebel zum Beispiel liebte es, das Mißtrauen als demokratische Tugend zu bezeichnen. Aber in Wirklichkeit wirkt das Mißtrauen lähmend. Eine Organisation, die ihrer Leitung mißtraut, die nicht von vollem Vertrauen zu ihren Führern getragen ist, wird nie Großes leisten. Allerdings wirkt es komisch, wenn manche Führer das Vertrauen als eine pflichtgemäße Leistung von den Mitgliedern an sie einfordern. Vertrauen kann nie gefordert, kann stets nur geschenkt werden. Und blindes Vertrauen wirkt verhängnisvoll. Ebensosehr aber blindes Mißtrauen, das Spreu und Weizen nicht zu sondern versteht.

Nicht *Mißtrauen* schützt davor, daß die Führer in den Bureaus sich zu einer wahrhaften *Bureaukratie*, das heißt einer *Herrschaft* der Bureaus über die Massen entwickeln, sondern nur die *Intelligenz* und das *Wissen* der Massen. Wenn diese auch naturgemäß nicht die Detail- und Fachkenntnis der Bureauleute erwerben können, da sie sich nur nebenher mit den Dingen beschäftigen können, die deren Beruf bilden, so müssen sie doch so intelligent und geschult sein, daß sie sachliche Argumente von Phrasen und den ernsten Arbeiter vom Demagogen unterscheiden können. Wo sie so weit sind, werden sie imstande sein, bei demokratischer Organisation die Bureaukratie zu meistern, das heißt aus ihr ein Werkzeug zu machen, das vollkommener und wirksamer, als sie selbst es ohne sie vermöchte, den Zwecken der Organisation dient und die Kräfte der Masse planmäßiger und wirksamer, als es sonst der Fall wäre, für diese Zwecke einsetzt.

Das gilt von der Bureaukratie im allgemeinen. Eine besondere Art der Bureaukratie ist aber die staatliche.

In ihrer heutigen Form ist sie ein Kind des mit der Geldwirtschaft aufkommenden Absolutismus.

Zur Zeit der mittelalterlichen Naturalwirtschaft hatte der Staat kein anderes Mittel, seine Beamten ebenso wie seine Krieger zu besolden, als die Verleihung von Grundbesitz samt den dazu gehörigen Arbeitskräften. Das machte den Beamten sehr unabhängig von seinem Herrn und ebenso den Krieger. Sie verstanden es in der Regel, das Lehngut in ein Erbgut zu verwandeln und die Verwaltung des ihnen zugewiesenen Gebiets sehr selbständig zu gestalten. Die Selbstverwaltung im Staate war damals sehr ausgedehnt, allerdings weniger auf demokratischer als vielmehr aristokratischer Basis.

Neben der Verwaltung der Feudalherren auf dem Lande tat sich die der Städte auf, von denen jede so viel Freiheiten besaß, als sie ihrer Macht entsprechend dem Fürsten, auf dessen Gebiet sie lagen, abringen konnte. Sie waren mehr oder weniger freie Republiken, aber auch ihre Selbstverwaltung trug in der Regel einen aristokratischen Charakter. Die alten Familien der ersten Grundbesitzer in der Stadt, die Patrizier im Verein mit den großen Kaufherren regierten sie unter Mitwirkung und Kontrolle der Zünfte, die nur in Ausnahmefällen zu einer Alleinherrschaft kamen. Die untere, nichtzünftige Bevölkerung hatte im Stadtregiment überhaupt nichts zu sagen.

Als dritter Faktor der Verwaltung im Staate wirkte die Kirche, die mächtigste, intelligenteste und größte der mittelalterlichen Organisationen.

Diesen drei sich selbst verwaltenden Elementen gegenüber spielten die Monarchen nur eine klägliche Rolle. Sie konnten Macht nur gewinnen durch eine dem Gesamtinteresse der herrschenden Klassen entsprechende Außenpolitik oder durch kluges Ausspielen eines oder zweier der drei Faktoren gegen einen oder zwei andere. Namentlich die Städte halfen gern den Monarchen, wo es gegen Adel oder Kirche ging.

Von ihnen aus kam auch die Stärkung der Staatsgewalt, die schließlich bis zu absoluter Macht anstieg.

Mit der Warenproduktion der Städte entwickelte sich die Geldwirtschaft und die Möglichkeit von Geldsteuern. Sobald

die Fürsten über größere Geldsummen verfügten, bekamen sie nun die Möglichkeit, Krieger und Beamte gegen regelmäßig sich erneuernde Geldzahlungen zu mieten. Derartige Söldner und Beamten standen in ganz anderer ökonomischer Abhängigkeit von ihrem Herrn als die Krieger und Verwalter des Mittelalters. Diese hatten über einen Grundbesitz verfügt, dessen Einnahmen ihnen ohne jedes Zutun des Fürsten durch ihre eigene Verwaltungstätigkeit zuflossen. Der Fürst hatte ihnen nichts mehr zu geben, nachdem er sie einmal mit ihrem Besitz belehnt, außer höchstens noch mehr Grundbesitz, der früher einem anderen genommen werden mußte.

Die Söldner und Verwaltungsbeamten des Staates der Geldwirtschaft dagegen saßen auf dem trocknen, sobald die monatliche Löhnung ausblieb. Und konnten sich die bewaffneten Söldner mitunter durch Meuterei helfen, so blieb dieses Mittel den wehrlosen Staatsbeamten versagt. Ihre Lage kennzeichnete sich durch vollständige Abhängigkeit vom Landesfürsten.

Ihre Söldnerarmee und ihre Beamtenschaft zu vermehren, wurde nun eine der wichtigsten Aufgaben der Monarchen. Je weiter sie bei ihrer Lösung vorwärtsschritten, desto mehr versanken die alten Formen der Selbstverwaltung, kirchliche, feudale, städtische. Die kirchliche Hierarchie wurde nun der staatlichen Bureaukratie einverleibt, die städtischen Freiheiten aufgehoben; den Feudalherren verblieben ihre Einnahmen von ihrem Grundbesitz, aber die Leistungen an schützender, verwaltender und richterlicher Arbeit, die sie ehedem dafür an den Staat zu entrichten hatten, fielen weg und wurden von den bezahlten Armeen und Bureaukraten des Staates übernommen.

So war es ein ungeheurer bureaukratischer Apparat, der sich schließlich erhob. Wir haben von ihm oben schon gehandelt. Er im Bunde mit den Werbearmeen machte eine Zeitlang jeden Widerstand gegen die Staatsmacht aussichtslos, schuf den fürstlichen Absolutismus. Dieser wurde zeitweise so stark, daß es schien, als sei er von allen Klassen unabhängig und beherrsche sie alle. Doch war das nur Schein. In Wirklichkeit herrschten unter dem Absolutismus diejenigen Teile der oberen Klassen, die am fürstlichen Hofe Einfluß auf den Monarchen und seine Minister bekamen — der Hofadel, der Hofklerus, die

großen Geldleute, die als Steuerpächter und noch mehr als Geldleiher für den Staat äußerst wichtig wurden.

Nichtsdestoweniger haben selbst sehr kluge Leute oft den Schein für die Wirklichkeit genommen und dem, was sie als Staat ansahen, das heißt der anscheinend über den Klassen stehenden Bureaukratie, die Aufgabe zugewiesen, das gesellschaftliche Gemeininteresse, die ewige Gerechtigkeit oder sonstige Postulate einer von Raum und Zeit unabhängigen Sittlichkeit gegenüber den Sonderinteressen der einzelnen Klassen zu vertreten und durchzusetzen.

Und doch ist diese bureaukratische Art des absoluten Staates nicht etwas, was jeden modernen Staat kennzeichnet. In der angelsächsischen Welt fehlte dem Monarchentum die Stütze einer jeden Widerstand zerschmetternden Armee. Da konnte sich der Absolutismus und mit ihm auch die Allgewalt der Bureaukratie nicht durchsetzen. Die aristokratische Selbstverwaltung behauptete sich dort so lange, bis sie ohne das Zwischenglied einer mächtigen Bureaukratie durch eine domokratische abgelöst werden konnte.

Natürlich gibt es auch in England eine Bureaukratie. Ohne die kommt keine große, moderne Organisation, also auch kein moderner Staat aus. Aber sie hat lange nicht den Umfang und die Machtbefugnisse der staatlichen Bureaukratie des Kontinents.

Diese bildet eine privilegierte Körperschaft, die Vertreterin der Staatsautorität, vor der jeder einfache Bürger im Staate sich zu beugen hat — ausgenommen natürlich die Regenten des Staates selbst und deren Freunde. Gehorsam zu erzwingen ist die erste Aufgabe der staatlichen Bureaukratie. Sie sucht diese Aufgabe mit der ungeheuren Übermacht zu erreichen, die der Staat dem einzelnen gegenüber besitzt. Ihre Politik im Innern ist Machtpolitik, selbst dort, wo sie ökonomische Funktionen hat. Sie hat die riesigen Summen aufzubringen, die der Staatsapparat kostet. Sie sucht das zu erreichen nicht mit ökonomischen, sondern mit Machtmitteln. Das gilt nicht nur bei der Erhebung von Steuern und Zöllen, sondern auch bei der Verwaltung der fiskalischen Betriebe. Diese sind in der Regel Monopole, die jede Konkurrenz gewaltsam fernhalten und ihre Verkaufspreise nach Belieben festsetzen.

Aber wie der staatliche Bureaukrat Gehorsam zu erzwingen hat, muß er selbst ebenfalls blinden Gehorsam leisten. Es ist nicht sein eigener Wille, sondern der seines obersten Herrn, den er unweigerlich in der ihm aufgetragenen Weise auszuführen hat. Er selbst darf keinen eigenen Willen haben oder wenigstens nicht zeigen. Selbständiges Denken ist eine Gefahr für den Vorgesetzten und daher nach Möglichkeit zu vermeiden. Es wird zum großen Teil dadurch überflüssig, daß sich die staatlichen Verhältnisse in normalen Zeiten wenig ändern, so daß es meist die gleichen Vorgänge sind, die sich in der Staatsverwaltung immer wieder erneuern. Was von der Schablone abweicht, ist zu geringfügig, um beachtet zu werden. Die Wucht der Staatsgewalt schreitet darüber hinweg. Wo aber eine Abweichung von der Schablone trotzdem erheischt ist, müssen erst zahlreiche übergeordnete Instanzen befragt werden, ehe sie gestattet wird. Neben Schablonenhaftigkeit und Verknöcherung ist Schwerfälligkeit eines der auffallendsten Merkmale der staatlichen Bureaukratie.

Ganz anders ist die Bureaukratie geartet, die der Kapitalismus für seine Zwecke geschaffen hat. Sie stimmt darin mit der staatlichen überein und unterscheidet sich darin von einer gewerkschaftlichen oder genossenschaftlichen, daß sie nicht die Interessen der Mitglieder der Gemeinschaft zu wahren hat, die sie leitet — hier der Staatsbürger, dort der Lohnarbeiter —, sondern daß sie das Interesse eines über den Mitgliedern stehenden Herrn — hier des Monarchen, dort des Kapitalisten — zu vertreten hat. Aber ihre Übermacht gegenüber dem einzelnen ist im kapitalistischen Betrieb doch nicht so groß wie im Staate; die Beamten des Kapitals können doch nicht so leicht bloße Machtpolitik treiben wie die Staatsbeamten.

Dazu kommt aber, daß die Beamten des Kapitals nicht bloß im Produktionsprozeß tätig sind, sondern auch und vor allem im Zirkulationsprozeß. Hier versagt aber in der Regel jede Machtpolitik. Hier stehen die einzelnen Betriebe einander als gleiche gegenüber, hier zeigen sich die ökonomischen Gesetze am stärksten erhoben über jede persönliche Willkür, hier wechseln rasch die Situationen und Verhältnisse, hier setzt sich bloß überlegene Sachkenntnis, Gewandtheit und rasche Entschlußkraft durch. Mit dem blinden Gehorsam des Beamten gegen-

über dem Vorgesetzten und seinen schablonenhaften Instruktionen kommt man da nicht durch. Wohl muß der Kapitalist ebenso wie der Minister darauf halten, daß alle seine Beamten ihre Schuldigkeit tun, von Pflichteifer und Interesse für das Unternehmen erfüllt sind, aber Selbständigkeit des Untergebenen ist für den kapitalistischen Vorgesetzten nicht eine Gefahr, sondern ein Vorzug. Weniger durch strenge Unterordnung des Beamten unter seine Instruktionen als vielmehr durch die sorgfältige Auswahl der Kräfte, die er beschäftigt, sucht der Kapitalist zu bewirken, daß sein Unternehmen gut bedient wird.

Der Staat dagegen kann die persönlichen Qualitäten seiner Beamten bei ihrer Anstellung und Verwendung nur wenig in Betracht ziehen. Das verhindert schon der ungeheure Umfang seines Apparats. Er muß sich bei der Auswahl mit dem sehr mechanischen Mittel der Forderung bestimmter Examina helfen. Die persönliche Auswahl, die darüber hinaus geübt wird, ist fast nur die der raschen Beförderung von Protektionskindern, eine Auswahl vornehmlich der Unfähigsten, nicht der Fähigsten.

Der Durchschnitt steigt zu den höheren Stellen auf nach der Anciennität. So gelangen, abgesehen von den erwähnten Protektionskindern und einigen weniger unerfreulichen Ausnahmen, in die höheren Stellen fast nur alte Herren, müde, verbraucht, durch die ewige Schablonenhaftigkeit ihrer Tätigkeit unzugänglich für alles Neue.

Darin unterscheidet sich die staatliche Bureaukratie sehr zu ihren Ungunsten von der kapitalistischen. Sie unterscheiden sich voneinander wie die Armeen der ersten französischen Republik und der Anfänge Napoleons von denen der sie bekämpfenden monarchischen Mächte. Die ersteren verdankten ihre Sieghaftigkeit nicht zum wenigsten dem Umstand, daß ihre Generale fast alle junge Leute waren, indes die gegnerischen Armeen von sehr alten Herren kommandiert wurden.

Dazu kommt noch, daß in der staatlichen Bureaukratie, ihrer übrigen Schablonenhaftigkeit entsprechend, auch die Entlohnungen schablonenhaft nach Rangklassen geregelt sind. Sie kennt weder eine Gewinnbeteiligung an gesteigerten Erträgen staatlicher Unternehmungen noch eine erhöhte Entlohnung hervorragender Leistungen.

Der kapitalistische Betrieb ist darin viel freier und kann nach Belieben für jeden einzelnen Fall jede Art und Höhe der Entlohnung wählen, die den besten ökonomischen Erfolg verspricht. Er geht dabei mitunter ausschweifend weit. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Masse des Mehrwerts, die sich in kapitalistischen Händen sammelt, enorm gestiegen ist. Daher können die großen Kapitalisten es sich gestatten, für hervorragende Leistungen auf verschiedenen Gebieten, die ihnen gefallen oder ihr Interesse fördern, außerordentlich hohe Summen auszugeben. So für Rennpferde, Orchideen ebenso wie für Kunstleistungen, Sänger und Sängerinnen, Maler und andere.

Sie sind bereit, Millionen für oft sinnlosen Luxus auszugeben, so sparen sie natürlich auch nicht, wo es gilt, ihrem Leib oder ihrem Profit zu nützen. Sie bezahlen oft Unsummen für einen berühmten Arzt, von dem sie Gesundheit erhoffen. Ebenso aber auch für einen hervorragenden Organisator.

Mit Recht macht Dr. H. Beck den Unterschied zwischen dem Organisationstechniker und dem Organisator.

„Organisationstechniker kann man durch Studium werden. Der Organisator wird stets nur geboren." (Wege und Ziele der Sozialisierung, Berlin 1919, S. 34.)

Große Organisatoren sind ebenso selten wie große Künstler. Sie werden für den Großbetrieb um so unentbehrlicher, je bedeutender sein Umfang und je mannigfaltiger und enger seine Verschlingungen mit dem Gesamtprozeß der Wirtschaft sind.

Das hat das Kapital seit langem erkannt, und daher suchen einzelne Unternehmungen bewährte Organisatoren durch Gewährung exorbitanter Vorteile und größter Bewegungsfreiheit an sich zu ziehen.

Nicht minder, ja eher noch mehr bedarf die staatliche Bureaukratie hervorragender Organisatoren. Aber sie gibt ihnen weder Bewegungsfreiheit noch außerordentliche Vorteile. Solange die kapitalistische Industrie und der Weltverkehr nicht entwickelt waren, bildete für die heranwachsende Intelligenz der Staatsdienst die beste Möglichkeit, zu einer ökonomisch und sozial hervorragenden Stellung zu gelangen. Zahlreiche hervorragende geistige Kräfte strömten ihm zu, die auf dem Gebiet der Organisation und Verwaltung tätig zu sein vermochten. Wo sich dagegen Großindustrie und Weltverkehr entwickeln, versiegt

dieser Zustrom immer mehr, die staatliche Bureaukratie verarmt gerade an jenen Kräften, deren sie am notwendigsten bedarf, sie kann die Konkurrenz um den Organisator mit dem Kapital nicht aushalten.

Der sozialisierte Betrieb wird aber diese Konkurrenz mit dem Kapital aufnehmen müssen. Er kann nicht gedeihen ohne hervorragende Organisatoren, er muß ihnen zum mindesten die gleichen Vorteile bieten wie der kapitalistische Betrieb.

Schon deswegen ist es unmöglich, die von Marx erhobene, von Lenin aufgenommene Forderung durchzuführen, an keinen im Staatsdienst Tätigen ein den gewöhnlichen Arbeiterlohn übersteigendes Gehalt auszubezahlen. Diese Forderung entspricht sicher dem proletarischen Empfinden und unseren sozialistischen Anschauungen. Aber sie ist unvereinbar mit dem ökonomisch Gebotenen, und dieses setzt sich immer durch, und wir kommen am weitesten stets dann, wenn wir es von vornherein erkennen und zu unserer Richtschnur machen und nicht erst durch bittere Erfahrungen klug werden, die uns nahezu bankrott machen.

In einer vollständig sozialistischen Gesellschaft, in der die sozialisierten Betriebe nicht mehr mit dem Kapital zu konkurrieren haben, werden die großen Organisatoren kein anderes Betätigungsfeld mehr finden als im Dienste der Gesellschaft. Da werden sie sich damit abfinden müssen, nicht besser bezahlt zu werden wie andere Intellektuelle auch. Die hervorragenden Leistungen werden trotzdem nicht schwinden, weder in der Kunst noch in der Wissenschaft noch auf dem Gebiet der Organisation. Innerer Drang, Ehrgeiz, Freude an Macht und Ansehen werden genügende Triebfedern sein, solche Leistungen hervorzubringen.

Das gilt aber nicht für die Zeit des Übergangs von der kapitalistischen zu sozialistischer Produktion. Solange das Kapital imstande ist, Mehrwert zu produzieren und Mehrwert zu gewinnen, wird es die großen Organisatoren durch bedeutende materielle Vorteile an sich zu ziehen suchen und dadurch allen Betrieben und Betriebsarten überlegen sein, die nicht Gleiches zu bieten haben.

Zu allen schon aufgezeigten Ursachen der Überlegenheit der kapitalistischen über die staatliche Bureaukratie gesellt sich noch

der Umstand, daß diese den größten, am festesten zusammenhängenden Körper in der modernen Gesellschaft bildet. Schon das bewirkt, daß die staatliche Bureaukratie unter allen sozialen Körpern das größte Beharrungsvermögen selbst bei der Lösung von Fragen hat, bei denen sie nicht schon durch ihr bloßes Interesse zum Widerstand herausgefordert wird.

Und bei alledem ist der Staat nicht nur die umfangreichste und gewichtigste, sondern auch die am längsten lebende aller sozialen Organisationen. Wohl ist auch er sterblich wie alles Gewordene; aber unsterblich im Vergleich zu dem einzelnen Menschen. Daher wird der Staatsbeamte für Lebenszeit Diener des Staates, für Lebenszeit an den gleichen Beruf und Betrieb gefesselt. Demgegenüber ist der einzelne kapitalistische Betrieb, welchen Umfang er auch erreichen mag, doch klein, oft kurzlebig, fast stets rasch wechselnd in seinem Charakter. Seine Arbeitskräfte und auch seine unteren Beamten sind nicht dauernd an ihn gefesselt und er nicht an sie. Das bewirkt im Zusammenhang mit den schon erörterten Eigentümlichkeiten des kapitalistischen Betriebs, daß er ebenso frei in der Auslese der Passendsten unter seinen Arbeitern ist wie frei in der Anpassung an wechselnde Verhältnisse und in der Erreichung höchster Ökonomie, die für ihn eine Lebensbedingung bildet.

Die staatliche Bureaukratie dagegen ist schwerfällig, unökonomisch, ohne Mittel der Auslese der für einzelne spezielle Funktionen Passendsten und dabei aufs äußerste konservativ. Diese Bureaukratie hat sich in den letzten zwei Jahrhunderten als das stärkste Hindernis jedes Fortschritts erwiesen. Sie hat zahlreiche Revolutionen überlebt und ist aus jeder gestärkt hervorgegangen, auch wenn sie Monarchien, Aristokratien, Staatskirchen hinwegfegte.

Wenn die moderne Staatsgewalt in den letzten zwei Jahrhunderten trotz der steten Fortschritte der Demokratie sich in ihrem Wesen so wenig geändert hat, daß man von ihr das Wort prägen konnte: „Plus ça change, plus c'est la même chose“ (Je mehr sich das ändert, desto mehr bleibt es dasselbe), so liegt das in der Hauptsache an der Bureaukratie.

Und das sollte die Macht sein, durch die der Staatssozialismus die soziale Revolution durchführen und das Proletariat befreien wollte!

Auf dem Festland Europas sind die Menschen seit dem Absolutismus und dem Polizeistaat so daran gewöhnt, von der hohen Obrigkeit die Abhilfe aller Nöte zu erwarten, die Regierung für alles üble verantwortlich zu machen, aber auch von ihr alles Herrliche und Große zu erwarten, daß der Gedanke an eine bureaukratische Verstaatlichung der gesamten Produktion für viele nichts Schreckhaftes hatte.

Auch diejenigen unter uns, die diesem Gedanken widerstrebten, hielten es nicht für notwendig, ihn mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. So konnte es kommen, daß der russische Sowjetstaat, der die ganze Produktion verstaatlichte und einer allmächtigen, streng zentralisierten Bureaukratie unter Aufhebung, ja Verfolgung aller selbständigen Organisationen im Staate unterwarf — daß ein derartiger Staat von Sozialisten aufgebaut und von anderen Sozialisten als eine höhere Produktionsweise und als Mittel der Befreiung des Proletariats betrachtet werden konnte.

In den angelsächsischen Ländern hat die staatliche Bureaukratie nie die gleiche Rolle gespielt wie bei uns auf dem Kontinent, haben die Massen nie auf die Bureaukratie gerechnet, stets gegen sie ein instinktives Mißtrauen gehegt. Wohl ist in England der Sozialismus früher als anderswo eine praktische Macht geworden, im Owenismus und Chartismus. Als aber der letztere 1848 zusammenbrach, warfen sich beim Wiederaufleben der Arbeiterbewegung seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Arbeiter mit aller Macht auf die Entwicklung ihrer freien Organisationen, Konsumgenossenschaften und vor allem Gewerkschaften. Dagegen konnten sie sich für die Formen des Sozialismus nicht erwärmen, die nun vom Kontinent zu ihnen hinüberkamen und ihnen zu sehr staatssozialistisches Gepräge trugen.

Die Abneigung gegen die staatliche Bureaukratie trägt wohl nicht wenig Schuld daran, daß der neuere Sozialismus in England so schwer Wurzel schlug. Er wird die englischen Massen um so leichter gewinnen, je mehr wir selbst uns darüber klar werden, daß die staatliche Bureaukratie bloß ein *Herrschaftsapparat* ist, kein *ökonomischer Apparat*. Daß wir sie nicht nur in der Politik, sondern erst recht in der Ökonomie aufs äußerste zurückdrängen müssen.

Was wir zu fordern haben, ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, was für die wichtigsten von ihnen die Verstaatlichung des Eigentums an ihnen bedeutet, nicht aber Leitung ihres Betriebs durch die staatliche Bureaukratie.

Die Arbeiter müssen sich dagegen wenden, weil der Sozialismus für sie Befreiung sein soll, nicht Knechtung. Wo wir bereits Staatsbetriebe haben, müssen wir dafür sorgen, daß sie der staatlichen Bureaukratie entzogen werden, dabei aber staatliches Eigentum bleiben. Solange wir nicht eine sozialistische Mehrheit im Reichstag und damit auch eine sozialistische Regierung haben, ist diese Seite der Sozialisierung wohl die einzige, die wir durchsetzen können. Sie ist keineswegs bedeutungslos. Je eher es uns gelingt, die Staatsbetriebe auf eine gesunde Basis zu stellen, die für Arbeiter wie für Konsumenten befriedigende Verhältnisse schafft, um so leichter wird es werden, die Sozialisierung auf weitere Betriebe und Betriebszweige auszudehnen. Man mag darüber streiten, ob es angängig ist, den Staatsbeamten, also den Vertretern der Staatsautorität, das Streikrecht zu gewähren. Es steht sicher in vollstem Widerspruch zur Geschichte und zum Wesen der staatlichen Bureaukratie. Aber je entschiedener man das Streikrecht für sie ablehnt, um so notwendiger wird es, den Charakter des Staatsbeamten auf jene Elemente zu beschränken, die tatsächlich nichts sind als Vertreter und Helfer der Regierung. Es ist ganz sinnlos, Lokomotivführer derselben Disziplin zu unterwerfen wie etwa Schutzleute oder Zollbeamte. Wer in den Wirtschaftsbetrieben des Staates arbeitet, soll zum mindesten dieselben Rechte haben wie jeder andere Arbeiter seinem Unternehmer gegenüber. Wir müssen, im Interesse des Proletariats selbst, jeden frivolen Streik verurteilen und bekämpfen. Wir können verlangen, daß Arbeiter in lebensnotwendigen Betrieben niemals Aktionen auf eigene Faust unternehmen, sondern stets im Einvernehmen mit der Gesamtheit der organisierten Proletarier vorgehen. Aber wir müssen es entschieden ablehnen, daß man Arbeiter zu Staatsbeamten macht, damit sie das Recht verlieren, sich gegen eine verständnislose überhebliche Bureaukratie zu wehren.

Entsprechen aber den größeren Verpflichtungen der Arbeiter als Staatsbeamte nicht auch gewisse materielle Vorteile, Sicherheit der Existenz, Versorgung der Familie nach dem Tode des Ernährers und dergleichen? Diese Vorteile sollen die Arbeiter, die im Dienste des Staates sind, nicht verlieren. Wir verlangen dieselben aber für alle Arbeiter, in wessen Dienst immer sie stehen mögen. Und sie sollen jedem Staatsbürger gewährt werden als Leistung der Gesellschaft, nicht des Betriebs, der ihn beschäftigt. Alle „Wohlfahrtseinrichtungen" für den Arbeiter verwandeln sich aus einem Vorteil in eine drückende Last, wenn sie von seinem Betrieb ausgehen, an den er durch sie gefesselt wird. Also keine staatliche Bureaukratie in den staatlichen Betrieben!

Der Sozialismus soll herauswachsen aus dem Kapitalismus. Er ist aufzubauen auf den Erfahrungen der wirtschaftlichen Organisationen, die das kapitalistische Zeitalter hervorgerufen hat, der wirtschaftlichen Organisationen der Lohnarbeiter, Gewerkschaften und Genossenschaften, und der wirtschaftlichen Organisationen des Kapitals.

Dagegen soll der Sozialismus nicht herauswachsen aus dem Herrschaftsapparat, den sich der Absolutismus des achtzehnten Jahrhunderts geschaffen hat, auch nicht aus denjenigen seiner Teile, die er zur Gewinnung von Mehrwert schuf, aus seinen fiskalischen Betrieben.

7. Die private Initiative.

Mit der Frage der Bureaukratie hängt eng zusammen die der privaten Initiative.

Die Gegner sozialistischer Produktion fürchten von ihr, daß sie den Antrieb zur Arbeit und den Antrieb zu Verbesserungen der Produktion ertötet, den Fleiß des Arbeiters und die Initiative des Unternehmers.

Den ersteren Einwand, die befürchtete Erhöhung des Antriebs zur Arbeit, brauchen wir nicht ausführlich zu behandeln. Er wäre beachtenswert, wenn der Sozialismus darauf angewiesen wäre, sich auf die Verteilung der Produkte entweder nach der Parole: „Jedem nach seinen Bedürfnissen" oder „Jedem das Gleiche" zu versteifen. Aber wir haben oben in dem Kapitel über die Verteilung gesehen, wie wenig das der

Fall ist. Welche Entlohnungsmethoden für die sozialisierten Betriebe in Betracht kommen, hängt ganz von den Bedürfnissen der Produktion ab.

Alle Entlohnungsmöglichkeiten, die der Kapitalismus erfunden hat, vermag auch der Sozialismus in Anwendung zu bringen. Sie werden an Wirksamkeit nicht geschwächt, sondern verstärkt werden, wenn die Arbeiter eines Betriebs an seiner Gestaltung und Führung mitwirken und wenn die Ergebnisse einer Produktionssteigerung teils den Arbeitern des Betriebs, teils der Gesamtheit, auf keinen Fall aber mehr dem Kapital zufließen.

Wie steht's aber mit der Initiative des Unternehmers? Mit dem einzelnen kapitalistischen Unternehmer hört auch seine Initiative auf. Bedeutet das nicht für die Volkswirtschaft einen unersetzlichen Verlust?

Sehen wir zu.

Auch hier wieder müssen wir unterscheiden zwischen dem Produktions- und dem Zirkulationsprozeß.

Im Produktionsprozeß bedeutet die Initiative des Unternehmers seine Initiative bei der Anwendung neuer Erfindungen und Entdeckungen, bei der Einführung neuer Maschinen, Verfahren, Rohstoffe und dergleichen.

Jede derartige Neuerung ist sicher mit einem unter Umständen oft sehr bedeutenden Risiko verbunden. Sie kann in der Theorie oder im kleinen sehr bestechend aussehen und sich im großen angewendet doch als ein Fehlschlag erweisen. Und auch die glänzendste Erfindung ist selten bei ihrer ersten praktischen Anwendung vollkommen. Mit ihrer Einführung setzt auch eine stete Arbeit der Verbesserung ein, so daß derjenige, der zuerst eine neue Maschine einführt, oft erleben muß, daß sie rasch veraltet und überholt wird und daß diejenigen, die sich der Neuordnung gegenüber zuerst ablehnend verhielten, später den Gewinn von ihr einheimsen, indes der Bahnbrecher nur die Kosten davon ohne Gewinn hat.

Trotzdem bietet jede Neuerung doch die Aussicht auf erhöhten Gewinn, und sie verlockt daher kühne Unternehmer, das Risiko zu wagen. Diese Art der Initiative ist historisch aufs höchste bedeutsam geworden. Durch sie hat die kapitalistische Produktion jene riesenhafte Produktivität entfaltet und

jene unendliche Fülle von Reichtum geschaffen, die erst ein neues Zeitalter allgemeinen Wohlstandes, das Zeitalter des Sozialismus ermöglicht.

Und auf diese Quelle stets wachsender Fruchtbarkeit sollen wir verzichten? Wird sie aber nicht verstopft, wenn der private Unternehmer und die Aussicht aufgehoben wird, erhöhte Profite durch erfolgreiche Neuerungen zu gewinnen? Der Beamte im sozialisierten Betrieb hätte wohl die Verantwortung für jede Neuerung zu tragen, aber ohne Aussicht auf Gewinn für ihn. Da wird er wohl jedes Risiko scheuen. Und selbst wenn er tatenlustig genug wäre, eine Neuerung zu wagen, wird er doch wegen jeder, die größere Kosten verursacht, erst mit seiner vorgesetzten Behörde zu verhandeln haben. Je größer aber ein Kollegium, desto zahlreicher die Bedenken, die sich in ihm geltend machen.

Der sozialisierte Betrieb wird daher jeder Initiative entbehren, der Fortschritt der Produktivität und damit der Bedingung vermehrten Wohlstandes wird sich nach der Sozialisierung langsamer vollziehen als bei ungestörtem Fortbestehen des Kapitalismus.

Dieser Einwand ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Er wird durch einen Hinweis auf die Aktiengesellschaften nicht entkräftet. Denn in den meisten derselben herrschen nicht die Aktionäre, sondern einer oder der andere Finanzmagnat.

Hier liegt wohl ein Nachteil des sozialisierten Betriebs gegenüber dem vom Kapitalisten besessenen und geleiteten vor. Aber das gilt nur dann, wenn *ein einzelner Betrieb allein* sozialisiert wird. Das wird aber bei der Sozialisierung nicht die Regel sein. Sie vollzieht sich am zweckmäßigsten in der Form, daß jeder ihrer einzelnen Akte nicht einen einzigen Betrieb ergreift, sondern einen ganzen Betriebszweig, die Gesamtheit der Betriebe, die er umfaßt. Dann liegt aber nichts näher und ist nichts leichter als die Aussonderung eines bestimmten, dazu besonders geeigneten und ausgestatteten Betriebs, dem die besonderen Aufgaben zugewiesen sind, als Forschungs- und Versuchsstation zu dienen. Alle vorgeschlagenen Neuerungen werden ihm zur Prüfung zugewiesen. Seiner ganzen Anlage nach ist er dabei auch am

ehesten geeignet, selbst nach Verbesserungen zu suchen, Erfindungen und Entdeckungen nicht bloß zu prüfen, anzuwenden, zu verbessern, sondern selbst solche herbeizuführen. Für die anderen Betriebe gleicher Art besteht dann kein Risiko mehr bei der Einführung von Neuerungen, und die Kosten ihrer Erprobung fallen nicht einem Betrieb allein, sondern ihrer Gesamtheit zur Last, werden so für jeden von ihnen auf ein Minimum reduziert.

Die private Initiative ist dann allerdings aufgehoben, aber auch nicht mehr notwendig. Das Erfinden und die Anwendung von Erfindungen hört nun auf, ein individueller Akt und damit großenteils Zufallssache zu sein, es wird eine planmäßig geregelte und damit aufs wirksamste gestaltete gesellschaftliche Tätigkeit.

Wie gestaltet sich aber die private Initiative im Zirkulationsprozeß, beim Kaufen und Verkaufen? Hier liegt das eigentliche Feld des Kapitalisten. Er ist früher Kaufmann, ehe er Ingenieur wird, und er bleibt unter allen Umständen Kaufmann, während er Ingenieur nur unter bestimmten Bedingungen wird. Es gibt viele Kapitalisten, die bloß Kaufleute sind. Es gibt keinen industriellen Kapitalisten, der nicht auch Kaufmann wäre. Und als solcher vor allem hat er sich zu betätigen. In der Fabrik kann der Betrieb, wenn er einmal richtig eingerichtet ist, lange Zeit ohne jede weitere kapitalistische Initiative weiter gehen. Der Markt dagegen ändert sich unaufhörlich, oft sprunghaft. Es muß stets beobachtet, erwogen, und es müssen jeden Moment seiner wechselnden Lage entsprechend neue Entschlüsse gefaßt werden. Diese können ebenso fruchtbar wie verhängnisvoll wirken.

Vor dem Aufkommen des industriellen Kapitals kann der Profit des Kaufmanns nur daher rühren, daß er dieselbe Ware billig kauft und teuer verkauft, was ohne Verletzung des Wertgesetzes nicht möglich ist. Er muß sie entweder unter ihrem Wert kaufen oder über ihrem Wert verkaufen. Das ändert sich, sobald der Kapitalist ein Industrieller wird und den Produktionsprozeß in den Zirkulationsprozeß seines Kapitals einschiebt. Er kauft nun nicht, wie der bloße Kaufmann, Ware, um dieselbe Ware weiterzuverkaufen, sondern er kauft Ware — Rohmaterial, Maschinen, Arbeitskraft —,

um aus ihnen und durch sie eine neue Ware zu produzieren, in der Mehrwert drin steckt. Er kann jetzt Profit erzielen, auch wenn er die Waren zu ihrem vollen Werte kauft und nicht über ihrem Wert verkauft.

Aber immer bleibt das Kaufen und Verkaufen eine wichtige Sache für den Kapitalisten. Denn fast nie fallen die Marktpreise mit den Werten, respektive den Produktionspreisen zusammen. Während sich die Werte nur langsam mit den Produktionsverhältnissen ändern, wechseln die Preise oft von Tag zu Tag. Wenn der Kapitalist die voraussichtliche Gestaltung des Marktes falsch einschätzt, also falsch spekuliert, wenn er in einer Zeit der Teuerung für seine Rohmaterialien hohe Preise zahlt in der Erwartung, sie würden noch steigen, und später, weil er falsch spekuliert hat, das Produkt in einer Zeit der Preissenkung billig verkaufen muß, dann kann der ganze Gewinn verlorengehen, den er aus dem in seinem Unternehmen produzierten Mehrwert hätte ziehen können und müssen, wenn Kauf und Verkauf der Waren zu ihren Produktionspreisen gelungen wäre.

Hier, auf dem Gebiet des Marktes, liegt die aufregendste Tätigkeit des Kapitalisten. Hier liegen für ihn die größten Aussichten auf rasche und große Gewinne, aber auch die schlimmsten Gefahren völligen Zusammenbruchs. Hier wird die entschlossene, aber auch wohlüberlegte und sachkundige Initiative des Unternehmers nicht nur eine Bedingung des Fortschritts, sondern eine Bedingung des Lebens überhaupt.

Ihre Bedeutung für den Fortschritt der Menschheit hat die Initiative des Kaufmanns heute freilich ganz eingebüßt. Ehedem war sie enorm. Jahrtausendelang, ehe der industrielle Kapitalismus aufkam und durch die moderne Technik die Produktion umwälzte, war der Kaufmann einer der stärksten fortschrittlichen Faktoren. Wir haben eben bemerkt, daß, solange die Mehrwertproduktion des industriellen Kapitals nicht bestand, der Kaufmann seine Profite nur dadurch erzielen konnte, daß er Waren unter ihrem Werte kaufte, über ihrem Werte verkaufte. Das war schwer zu erreichen, wenn sich ihr Kauf und Verkauf auf dem gleichen Markte vollzog. Der Kaufmann mußte die Ware dort suchen, wo ihr Wert niedrig war, und sie dort absetzen, wo ihr Wert hoch stand.

Das trieb ihn, immer weitere Märkte für den Kauf wie für den Verkauf aufzusuchen, oft unter Gefahr seines Lebens. Zu einer Zeit, wo die Masse der Bevölkerung, sowohl Bauern wie Handwerker, an der Scholle haftete, erfüllte der Kaufmann die Funktionen des Forschungsreisenden und erweiterte dadurch immer mehr den Horizont der Menschen.

Die Entwicklung des industriellen Kapitalismus macht diese Funktion des Kaufmanns und seiner persönlichen Initiative überflüssig. Auf der einen Seite erzeugt er einen solchen Überschuß an persönlichen und technischen Kräften, daß wissenschaftliche Forschung und Sport heute ganz andere Aufgaben erfolgreich bewältigen können, als in früheren Jahrhunderten. Die weitere Aufdeckung noch unbekannter Gebiete können wir ihnen überlassen.

Auf der anderen Seite wird das Interesse des Kaufmanns für diese Gebiete immer geringer, je mehr das industrielle Kapital und damit die Masse des Mehrwerts wächst, an der nun der Handel seinen Teil bekommt. Nicht mit den unbekannten, sondern den wohlbekannten, völlig erschlossenen, hochindustriellen Gebieten wird jetzt der erfolgreichste Handel getrieben. Was in unentdecktem Gebiet für ihn noch zu holen wäre, kommt daneben gar nicht in Betracht.

Allerdings, wenn auch nicht die Entdeckung neuer Gebiete ökonomisch wenig mehr in Betracht kommt, so spielt doch die Erschließung abgelegener Gebiete für den Weltmarkt noch eine große Rolle. Aber heute, wo dazu nicht Karawanenreisen, sondern Eisenbahnbauten in Anwendung kommen, geschieht sie durch Aktionen von Regierungen, die private Initiative kühner Kaufleute reicht dazu nicht aus.

Indes für die Entwicklung und Behauptung des eigenen Betriebs ist die kaufmännische Initiative des Kapitalisten nach wie vor unerläßlich — unerläßlich für das Geschäft. Für die Gesellschaft jedoch um so entbehrlicher, je mehr deren Produktion planmäßig geregelt ist.

Nur die Unsicherheit unserer ökonomischen Verhältnisse macht die Initiative, das heißt die Spekulation des Kaufmanns unentbehrlich. Je größer die Unsicherheit, desto größer die Notwendigkeit, zu spekulieren, desto mehr treten die anderen, nützlicheren Funktionen des Kapitals zurück hinter der

reinen Spekulation auf das Steigen und Fallen der Preise, die selbst unter kapitalistischen Bedingungen für die Gesellschaft ganz überflüssig ist, aber unvermeidlich, solange diese Bedingungen bestehen. Denn in der Gesellschaft der Warenproduktion ist jedes Geschäft, auch das solideste, mit einer Berechnung kommender Preise, also mit einer Spekulation verbunden. Man kann diese nicht erfolgreich treffen, ohne auch jenes zu schädigen. Oder vielmehr, bei jedem Versuch, die Spekulation zu unterbinden, schädigt man eher das solide Geschäft, als daß man die Spekulation trifft.

Daher scheiterten alle Versuche, sie bei weiterbestehender Warenproduktion zu unterdrücken. Sie gedeiht um so mehr, je unsicherer die sozialen Verhältnisse. Und so zeigt sich die paradoxe Erscheinung, daß sie blüht nicht nur im Kriege, sondern in Zeiten der Revolution, bisher gerade dann, wenn die Gegner des Kapitalismus am meisten Macht hatten und ihm am energischsten zu Leibe gingen, sowohl während der Periode des Terrorismus der französischen wie jetzt der russischen Revolution, die zwar das industrielle Kapital ruinierte, aber den privaten Kleinbetrieb namentlich in der Landwirtschaft und damit einen großen Teil von Warenproduktion und Warenzirkulation fortbestehen ließ. Der Terrorismus richtete sich in beiden Revolutionen in hohem Grade gegen die Spekulanten und suchte jede Spekulation durch rücksichtsloses Hinrichten aller „Agioteure", wie man 1793 sagte, und aller Schieber zu beseitigen. Aber 1793 in Frankreich wie jüngst in Rußland erreichte der Terrorismus nicht die Einschränkung der Spekulation, sondern nur das Wachstum ihrer Kosten für den Staat wie für die Spekulanten selbst. Für jenen wuchsen die Kosten des immer mehr vergrößerten Polizeiapparats, für diese wuchsen die Kosten für die Bestechung der Behörden, damit aber auch deren Korruption.

Dagegen vermochte selbst die Todesstrafe die Spekulanten nicht abzuschrecken, schon deshalb, weil in jenen Zeiten allgemeiner Unruhe und Stagnation das Schiebertum oft die einzige Existenzmöglichkeit für viele deklassierte Menschen wurde. Es wurde auch fast die einzige Form der Kapitalanwendung, denn je unsicherer die Verhältnisse, desto mehr meidet man jede Kapitalanlage, die nur langsam umschlägt,

da ja die ferne Zukunft völlig unberechenbar. Der größte Teil des großindustriellen Kapitals, wie Bauten und Maschinen, schlägt aber nur langsam um. Den schnellsten Umschlag hat das Kapital, das zu kurzfristigen Spekulationen und Lieferungen verwendet wird.

So haben die proletarischen Phasen der bürgerlichen Revolutionen nur dazu gedient, die nützlichsten Formen des Kapitals aufs äußerste zu reduzieren; jene, die am meisten der Entwicklung der Produktivkräfte dienen; dafür aber seine parasitischsten enorm zu entwickeln und dadurch die widerlichsten Elemente des Kapitalismus großzuziehen.

Solange es Warenzirkulation und Kapital gibt, wird es eine Spekulation geben. Es wird um so mehr davon geben, je größer die Unsicherheit der Verhältnisse. Die Spekulation bei fortbestehendem Kapitalismus zurückzudrängen, vermag keine Gewalttätigkeit; es gelingt nur durch Beruhigung und Stabilisierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse. Also am ehesten durch eine Ära der Prosperität bei gleichzeitiger Herrschaft der Demokratie und ihrer Methoden. Nicht durch Bürgerkrieg, Hungersnot und Diktatur.

Ganz verschwinden wird aber die Spekulation erst mit dem Kapitalismus selbst. Solange noch die Produktion für den Markt vorherrscht, wird jeder Betrieb, mag er schon sozialisiert sein oder noch kapitalistisch weiterbetrieben werden, mit den wechselnden Konjunkturen des Marktes rechnen und sie ausnutzen, insofern also spekulieren müssen. Auf diesem Gebiet ist aber die Initiative des Einzelbesitzers jeder kollegialen oder gar bureaukratisch gebundenen Geschäftsleitung überlegen.

Das besagt aber nicht, daß die Sozialisierung nachteilig oder gar unmöglich ist, es besagt nur, daß bei der Bestimmung der Formen und Arten der Sozialisierung diesem Umstand Rechnung getragen werden muß.

Es gibt Wirtschaftszweige, für die die Schwankungen des Marktes eine geringe Rolle spielen. Zweige, deren Produkte oder Leistungen wenig mannigfaltig sind und ebensowenig mannigfaltig die Art des Konsums oder der Konsumenten dieser Produkte oder Leistungen; Wirtschaftszweige, die ihres Absatzes stets sicher sind, da sie lebensnotwendige Bedürfnisse

zu befriedigen haben. Zweige, deren Betriebe nur wenig zahlreich, leicht zu überblicken und zu einheitlichem Vorgehen zu bringen sind, teils, weil sie natürliche Monopole bilden oder weil sie durch eine weit vorgeschrittene Konzentration des Kapitals oder gesetzlichen Zwang zu künstlichen Monopolen geworden sind.

Betriebszweige dieser Art sind in hohem Grade unabhängig vom Markte. Soweit sie noch in hohem Grade ein Feld der Spekulation bilden, geschieht es nicht deshalb, weil sie vom Markte beherrscht werden, sondern deshalb, weil sie die Kraft erlangt haben, den Markt zu beherrschen. Diese Art der Spekulation ist die sicherste und einträglichste, aber gerade jene, die keine ökonomische Notwendigkeit darstellt, sondern nur aus bestimmten Machtverhältnissen entspringt. Sie ist nicht ein Ergebnis, sondern eine Ursache wirtschaftlicher Unsicherheit.

Die Aufhebung der privaten Initiative für die Herren dieser Betriebszweige, für die großen Kapitalmagnaten, bildet nicht bloß für das Proletariat, sondern für die ganze Gesellschaft einen Akt der Befreiung.

Bei diesen Betriebszweigen wird also die Sozialisierungstätigkeit beginnen müssen. Ihre Sozialisierung ist nicht nur am ehesten möglich, sondern auch am dringendsten nötig.

Je mehr dagegen ein Betriebszweig dem Luxus dient und nicht einem allgemeinen, dringenden Lebensbedürfnis; je zahlreicher und mannigfacher seine Betriebsstellen, je zahlreicher seine Konsumenten, je individueller und wechselnder ihre Ansprüche, um so schwieriger seine Sozialisierung. Viele dieser Produktionszweige werden erst gründliche Wandlungen durchmachen müssen, bevor ihre Sozialisierung überhaupt in Betracht kommen kann.

Jedoch darf man erwarten, daß sie mit jedem Schritte leichter wird, den man auf ihrer Bahn vorwärts macht. Je weiter vorgeschritten die Sozialisierung ist, desto größer unsere Erfahrungen auf diesem Gebiet. Desto bedeutender aber auch der Einfluß des sozialisierten, planmäßig wirkenden Teiles der Wirtschaft auf deren Gesamtheit.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Sozialisierung bei Betriebszweigen anzufangen hat, die derart zu privaten Monopolen geworden sind, daß sie es vermögen,

den Markt zu beherrschen, statt von ihm beherrscht zu werden. Je mehr solcher Zweige, zum Beispiel Kohle, Eisen, Eisenbahnen, sozialisiert und damit zu einer wirtschaftlichen Einheit — allerdings mit weitgehender Selbstverwaltung ihrer Teile — verschmolzen werden, um so größer ihr dominierender Einfluß auf dem Markte, um so mehr vermögen sie auf die Produktion anderer Betriebszweige bestimmend einzuwirken, desto mehr können sie Schwankungen der Konjunktur ausgleichen und den Gang des Wirtschaftslebens stetiger gestalten. In demselben Maße wird die Initiative des privaten Unternehmers auch im Zirkulationsprozeß immer entbehrlicher werden. Wo er nicht fortfährt, im Produktionsprozeß eine entscheidende Rolle zu spielen, wie etwa in künstlerischen Betrieben, wird sich dann auch in den mehr differenzierten Produktionszweigen die Sozialisierung immer leichter gestalten. So wird diese schließlich auch auf Gebieten möglich werden, die ihr heute ganz unzugänglich erscheinen. Aber sie wird dort erst möglich werden, nachdem ein langer Entwicklungsprozeß dazu die Bedingungen geschaffen hat. Diesen zu beginnen, und zwar beim richtigen Ende, ist auf dem Gebiet der Ökonomie die erste praktische Aufgabe der sozialistischen Parteien, sobald sie zur politischen Herrschaft gekommen sind. Es wäre verhängnisvoll, wollten sie an allen Ecken und Enden zugleich, aber nicht minder verhängnisvoll, wollten sie am unrechten Ende beginnen, etwa bei der Landwirtschaft.

Wird die Sozialisierung auf das richtige Maß und Tempo beschränkt und mit ihr beim richtigen Ausgangspunkt eingesetzt, dann ist sie in einem hochentwickelten kapitalistischen Staat wie Deutschland oder England nur noch eine Frage der Macht und eine Frage der nächsten Zeit.

Es gibt Genossen, die meinen, die psychischen Bedingungen des Sozialismus seien noch nicht gegeben, denn dieser setze einen hohen Grad von Gemeinsinn voraus, den die Arbeiter noch nicht erreicht hätten.

Sicher wäre mehr Gemeinsinn heute schon sehr nützlich. Aber wäre der Beginn der Sozialisierung davon abhängig, dann stünde es schlimm um sie. Denn wir wissen wohl, daß die ökonomische Entwicklung nicht nur die Kapitalien immer mehr konzentriert, sondern auch den Gegensatz zwischen Kapital und

Arbeit immer mehr vertieft und das Proletariat immer intelligenter und kraftvoller macht. Aber für das Wachsen seines Gemeinsinns haben wir keine Indizien. Gewiß erzeugt der Klassenkampf ein starkes Solidaritätsbewußtsein der Arbeiter untereinander. Aber es besteht die ständige Gefahr, daß es zu einem Berufsbewußtsein entartet, daß die Solidarität zünftige Formen annimmt. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Idealismus der Arbeiter bisher weniger durch den wirtschaftlichen Kampf gegen das Kapital als durch den politischen Kampf um das große Ziel der Erneuerung des ganzen Staatswesens entzündet wurde. Wo es in der Demokratie keine großen politischen Kämpfe gibt, da wirkt sie in der bürgerlichen Gesellschaft leicht dem Gemeinsinn entgegen. Den höchsten Idealismus während der letzten Jahrzehnte fanden wir bei den russischen, den geringsten bei den amerikanischen Arbeitern.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Arbeiter heute sich dem Einfluß des kapitalistischen Denkens nicht ganz entziehen können, das die gesamte Gesellschaft durchdringt und durch das die Wirkungen des Klassenkampfes oft in hohem Grade paralysiert werden.

Das darf uns jedoch nicht entmutigen. Darin liegt nur die Aufforderung, die Sozialisierung so zu gestalten, daß sie auch ohne einen ordentlichen Gemeinsinn lebensfähig ist und ihn stets steigert. Wir müssen der Sozialisierung Formen geben, die an das Interesse appellieren, allerdings nicht bloß an das Geldinteresse, sondern auch an das Interesse, das an größerer Macht und Freiheit genommen wird. Die Sozialisierung muß so gestaltet werden, daß alle in den sozialisierten Betrieben Tätigen ein Interesse an deren Gedeihen haben, daß sie freudig und eifrig ihre Pflichten erfüllen. Wir werden daraufhin die Lohnformen in den sozialisierten Betrieben zu prüfen haben und ebenso die Stellung, die wir der Leitung solcher Betriebe einräumen. Wenn auch bei fortschreitender Sozialisierung die Initiative der Leitung immer entbehrlicher wird, das Interesse am erfolgreichen Fortgang der Produktion muß stets bei ihr vorhanden sein, soll die sozialistische Produktion mehr leisten als die kapitalistische und ihrer großen Aufgabe gerecht werden.

Und darum möglichst große Bewegungsfreiheit der Leitung, kein Zurückschrecken vor außergewöhnlichen Entlohnungen, wenn nur dadurch hervorragende Organisatoren zu gewinnen sind, sowie Anteilnahme der Leitung und der Arbeiterschaft jedes Betriebs an einem Mehrprodukt, das ihren speziellen Leistungen entspringt und nicht allgemeinen natürlichen oder gesellschaftlichen Faktoren.

8. Die Formen der Sozialisierung.

a) Sozialisierung und Sozialreform.

Die Sozialisierung wird nur schrittweise und für die Ungeduld des Proletariats zu langsam vor sich gehen. Sie wird den Arbeitern der sozialisierten Betriebe auch nicht sofort eine bedeutende Verbesserung ihrer Einkommen bringen können.

Die Tätigkeit der Regierungen und Parlamente wird sich daher, nachdem das Proletariat die politische Macht erobert hat, nicht auf die Sozialisierung beschränken dürfen. Sie muß daneben Maßregeln ergreifen, die nicht einzelnen Arbeitergruppen, sondern der ganzen ärmeren Bevölkerung zugute kommen und deren Lage sichtbar verändern. Diese Maßregeln werden um so weiter gehen können, je reicher die Gesellschaft, das heißt allerdings einstweilen, je reicher die Kapitalistenklasse, je höher ihre Einnahmen, die abhängen von der Produktivität der Arbeit. Um so größer die Steuerlast, die Staat und Gemeinden den Besitzenden aufladen können, um die Leistungen der Gesellschaft zu erweitern.

Es wird dann heißen, ein ausreichendes gesellschaftliches Gesundheitswesen sowohl prophylaktischer wie heilender Art zu schaffen, das Schulwesen auszubauen und die Ernährung und Bekleidung der Schulkinder auf gesellschaftliche Kosten herbeizuführen.

Wie für die Jüngsten muß auch für die Ältesten und für sonstige Arbeitsunfähige von Gesellschafts wegen ausreichend gesorgt werden, und zwar nicht bloß für die der Lohnarbeiter allein. Die Erwerbslosenfürsorge ist produktiver und weniger drückend zu gestalten.

Endlich müssen Staat und Gemeinde das Wohnungswesen in die Hand nehmen und die Erbauung billiger, gesunder, freundlicher Wohnungen herbeiführen.

Alle diese Maßnahmen müssen, wenn sie energisch angepackt und durchgeführt werden, bereits die Lage der Massen erheblich verbessern, die schlimmsten Ursachen moralischer Degradation und intellektueller Rückständigkeit beseitigen. Gesellt sich dazu eine ausgiebige Schulung der Massen durch die sozialistische Partei, die Gewerkschaften, die Betriebsräte, dann müssen sie das Proletariat gewaltig heben, seine Fähigkeiten industrieller Selbstverwaltung vermehren, sein Pflichtgefühl gegenüber den staatlichen und kommunalen Anlagen steigern, sein Interesse am sozialistischen Regime erhöhen, die Sozialisierung erleichtern, gleichzeitig aber auch die proletarische Ungeduld etwas eindämmen, so daß die Sozialisierung nicht überstürzt wird, was Fehlschläge und Entmutigung nach sich zöge.

Wenn wir von der notwendigen Langsamkeit der Sozialisierung reden, so meinen wir damit natürlich nicht, daß das sozialistische Regime sich auf die faule Haut legen oder nur im Schneckentempo vorwärtsmarschieren soll.

Es wird neben der Sozialisierung noch eine Fülle anderer großer Aufgaben vorfinden — wir haben hier nur einige unter ihnen hervorgehoben —, die bereits auf kapitalistischer Basis, ohne jegliche Sozialisierung gelöst werden können, die bisher nicht an den gegebenen ökonomischen Verhältnissen, sondern an den Machtverhältnissen im Staate scheiterten und sofort durchführbar werden, sobald diese Machtverhältnisse sich zugunsten des Proletariats gründlich ändern.

In ihrer gesellschaftlichen Bedeutung unterscheiden sich diese großen Reformen allerdings dadurch von der ökonomischen Revolution der Sozialisierung, daß jene den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und damit den Klassengegensatz und Klassenkampf mit seinen unangenehmen Folgen nicht aufheben. Mit der Kraft und Intelligenz des Proletariats vermehren sie nur sein Bedürfnis, die kapitalistische Autokratie durch die industrielle Demokratie zu ersetzen.

So werden alle die großen Reformen, die der Sieg des Proletariats herbeiführen wird, es nicht befriedigen, seinen Ansturm gegen das Kapital nicht eindämmen, sondern ihn nur wirksamer gestalten. Erst wenn die sozialisierte Betriebsform die herrschende im Produktionsprozeß geworden ist, wird die Gesellschaft die Basis gefunden haben, auf der sie sich ohne

große Kämpfe der Klassen weiterzuentwickeln vermag; in der die Arbeiterklasse, der Schöpfer der Warenwelt, auch ihr Besitzer wird und die große Masse Befriedigung und Glück in der gegebenen Gesellschaft findet.

b) Ausgangspunkte der Sozialisierung.

Wir haben gesehen, daß es bestimmte Betriebszweige sind, bei denen die Sozialisierung zu beginnen hat. In jedem Land ist der wirtschaftliche Aufbau ein besonderer, der Eigenart seines Bodens und seiner Geschichte entsprechend. So wird auch nicht in jedem Lande der Ausgangspunkt der Sozialisierung der gleiche sein. In der Schweiz zum Beispiel kann man nicht mit dem Kohlenbergbau beginnen, weil es dort keinen gibt.

Allen kapitalistischen Ländern gemeinsam ist aber ein großer Betriebszweig, der ein großes gesellschaftliches Monopol darstellt, für das ganze Leben unentbehrlich ist und um die Verwertung seiner Leistungen nicht besorgt zu sein braucht: die Eisenbahnen.

In vielen Staaten sind sie bereits verstaatlicht. Dort braucht die Sozialisierung nicht mehr eine Änderung des Eigentums, sondern nur eine der Organisation zu sein. Die Staatseisenbahnen werden ja überall von der staatlichen Bureaukratie betrieben. Sie von dieser unabhängig im Betrieb zu machen, ihnen die Selbstverwaltung einer industriellen Demokratie zu geben, die das Staatseigentum auf Geheiß des Staates und nach seinen Anordnungen verwaltet, das ist überall die Aufgabe der Sozialisierung der Eisenbahnen.

In Ländern, wo diese noch nicht verstaatlicht sind, verbindet sich die Aufgabe der Umorganisierung natürlich mit der der Umwandlung aus privatem in staatliches Eigentum.

Wo ein Kohlenbergbau besteht, bildet dieser den zweiten Ausgangspunkt für die Sozialisierung. Die Zahl der Staatsgruben ist noch gering, daher fällt überall in der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus die Eigentumsfrage mit der Organisationsfrage zusammen.

In den beiden Staaten, die der Herrschaft des Proletariats am nächsten stehen, England und Deutschland, werden sicher Kohle und Eisenbahn den Ausgangspunkt der Sozialisierung bilden. Darüber werden sich die zähesten und entscheidendsten

Kämpfe abspielen. Eine Staatsgewalt, die über diese beiden Machtpositionen verfügt, hat bereits den Schlüssel zur Beherrschung des ganzen Produktionsprozesses in der Hand.

Nicht in allen Betriebszweigen ist der Staat der berufene Träger der Sozialisierung, wenn auch seine Gesetzgebung für alle ihre Erscheinungsarten die Grundlagen und Möglichkeiten zu schaffen hat. Immer ist das Ziel der Sozialisierung die Ersetzung der Profitwirtschaft durch Bedarfsdeckungswirtschaft. Das heißt diejenigen, für deren Bedarf produziert wird, sollen Eigentümer der Produktionsmittel sein. Der Kreis dieser Elemente wird aber nicht immer mit dem der Bewohner des Staates zusammenfallen. Wir sehen hier ab von einer interstaatlichen Wirtschaft, von dem Eigentum eines Völkerbundes an internationalen Produktions- oder Kommunikationsmitteln: die Entwicklung steuert sicher einem solchen Zustand entgegen. Doch kommt er nicht für unsere nächsten Aufgaben, sondern erst für eine höherentwickelte Form sozialistischer Wirtschaft in Betracht. Er braucht uns also hier nicht zu beschäftigen.

Wohl aber die entgegengesetzte Seite des Problems. Manche Zweige der Produktion oder des Verkehrs dienen bloß eng lokalen Zwecken. Ihre Konsumenten bilden einen viel engeren Kreis, als der des Staates ist. Hier die Produktions- oder Kommunikationsmittel zu verstaatlichen, wäre ganz zwecklos und würde eine große Schwerfälligkeit hervorrufen. Für solche Zwecke kommt kommunales Eigentum und kommunaler Betrieb in Frage.

Im allgemeinen ist bei den lokalen Monopolen der Übergang in Gemeindebetrieb schon viel weiter fortgeschritten als die Verstaatlichung der großen, das ganze Land beherrschenden Monopole. Die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität, die Straßenbahnen sind zumeist schon kommunalisiert. Hier geht die Aufgabe vor allem dahin, in den städtischen Betrieben an die Stelle der bureaukratischen Autokratie Betriebsformen zu setzen, die eine weitgehende Selbstverwaltung der Arbeitskräfte ermöglichen, allerdings in einer Weise, die den Interessen der Konsumenten gerecht wird und in den städtischen Arbeitern nicht eine privilegierte Arbeiteraristokratie schafft, die Vorteile auf Kosten der übrigen Arbeitermasse genießt.

Daneben müssen die Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit natürlich trachten, auch das Bereich der für den städtischen Konsum arbeitenden Gemeindebetriebe auszudehnen. Sie brauchen sich dabei nicht auf Betriebe mit Monopolstellung zu beschränken.

Die Brotfabriken zum Beispiel genießen noch keine solche Stellung, sie machen einander noch starke Konkurrenz, und die private Initiative des Unternehmers spielt in ihrem Zirkulationsprozeß noch eine große Rolle. Aber nur wegen dieser Konkurrenz, die von selbst aufhört, wenn die Gemeinde die Brotfabriken an sich bringt. Der Vertrieb ihrer Ware selbst ist sehr einfacher Natur und erheischt bei fehlender Konkurrenz gar keine besondere Initiative. Das Brot unterliegt keiner Mode, keiner individuellen Auswahl und Anpassung, sein Absatz ist gleichmäßiger als der einer anderen Ware. Erhebliche Kosten verursacht in einer großen Stadt mit einer Anzahl von Brotfabriken für jede von ihnen der Versand ihrer Brote durch die ganze Stadt. Sind die Fabriken alle in einer Hand, dann wird jeder ein besonderer Bezirk zugeteilt, der ihr zunächst liegt, was die Versendungskosten erheblich verbilligt und es ermöglicht, den Brotpreis herabzusetzen sowie die Löhne der Bäckereiarbeiter oder ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Neben der Sorge für das Brot wird die für die Wohnungen sozialistische Gemeinden sehr beschäftigen. Wir haben schon bemerkt, daß die Wohnungspolitik eine der ersten Aufgaben des sozialistischen Regimes werden wird. Es hat die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die gesamte ärmere Bevölkerung sofort in Angriff zu nehmen. Das kann nicht geschehen ohne einschneidende Änderungen der staatlichen Gesetzgebung, aber die Hauptsache wird von den Gemeinden geleistet werden müssen, die entweder direkt oder durch Baugenossenschaften Wohnungen erbauen müssen, was wieder die Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Herstellung von Baumaterialien mit sich bringt.

So werden sich in Staat und Gemeinde die mannigfachsten Ansatzpunkte zu Sozialisierungen ergeben.

Daneben ist noch eine dritte Form der Bedarfsdeckungswirtschaft möglich. Es können sich Verbraucher eines oder mehrerer bestimmter Gegenstände zusammentun, um eigene Produk-

tionsstätten zu erwerben, in denen deren Produkte für den eigenen Verbrauch der Gemeinschaft hergestellt werden. Doch werden derartige Gründungen nur dann sozialistischen Charakter tragen, wenn sie von Lohnarbeitern ausgehen. Eine produzierende Genossenschaft der besitzenden Klassen wird stets in einem Klassengegensatz zu ihren Arbeitern stehen und kann nicht als Mittel dienen, ihn zu überwinden.

Besonders kommen hier in Betracht die Konsumgenossenschaften der Arbeiter. Zunächst sind sie bloß bestimmt, die Nachteile des parasitischen Zwischenhandels für die proletarischen Konsumenten auszuschalten, indem sie direkt beim Produzenten kaufen und zum Selbstkostenpreis, natürlich mit Aufschlag für Verwaltung und Risiko, verkaufen. Aber wenn die Vereinigung groß genug geworden ist und namentlich wenn die lokalen Konsumvereine eines Landes sich zu einer Großeinkaufsgesellschaft vereinigen, kann diese dazu übergehen, einzelne der Waren, die sie vertreibt, selbst herzustellen. Das ist im Grunde bereits eine sozialistische Wirtschaft, da sie nicht für den Markt produziert, sondern für den Bedarf ihrer Mitglieder, und da sie nicht darauf angelegt ist, Profit zu erzielen, also auch ihren Arbeitern die besten Arbeitsbedingungen bietet, die unter den gegebenen Umständen mit der Lebensfähigkeit des Unternehmens vereinbar sind.

Die Eigenproduktion der Konsumvereine kann unter günstigen Umständen schon vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat eine große Ausdehnung erreichen, wie das Beispiel Englands beweist. Immerhin wird sie stets auf wenige Produktionszweige beschränkt bleiben, die direkt Waren für den persönlichen Konsum der Masse produzieren. Nur einige wenige Waren, die für den persönlichen Konsum der Masse bestimmt sind, und bei diesen Waren meist nur die letzten Phasen ihrer Herstellung fallen in das Bereich der Eigenproduktion der Konsumvereine. Die Produktion der Produktionsmittel bleibt ihr fast gänzlich unzugänglich, und doch umfaßt diese bei fortschreitender Arbeitsteilung immer mehr den größten Teil der gesellschaftlichen Produktion und bildet das eigentliche Gebiet des Großbetriebs und damit die Haupttriebkraft des Sozialismus. Die Produktion der Konsumgenossenschaften wird stets sehr bescheiden erscheinen gegen-

über der Sozialisierung durch Staat und Gemeinde. Sie kann deren Wirkung auf keinen Fall ersetzen.

Trotzdem kann die Eigenproduktion der Konsumvereine sehr wichtig werden nicht bloß als Vorbild, sondern auch durch ihre ökonomischen und sozialen Wirkungen auf die Lage mancher Arbeiterschichten. Sie wird vielleicht noch wichtiger werden in primitiven, agrarischen Gebieten als in den großen Industriestaaten. In diesen sind Bauern und Lohnarbeiter meist schon streng geschieden und durch starke Gegensätze getrennt. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften tragen da einen ganz anderen Charakter als die proletarischen. Anders liegen die Dinge in Rußland, in den Balkanstaaten, in Kaukasien; und ähnlich wie dort mag es noch werden in China und Indien. Dort stehen sich Industriearbeiter und Bauern noch nahe. Jüngst noch kämpften sie große revolutionäre Kämpfe in engster Gemeinschaft miteinander aus. Der bolschewistische Brutalitätswahnsinn hat zwar sein möglichstes dazu getan, die Bauern Rußlands der proletarischen Revolution zu entfremden. Immerhin dürfte auch heute noch dort die Kluft zwischen Arbeitern und Bauern nicht unüberbrückbar sein.

Da wird es möglich, daß die Konsumgenossenschaften der städtischen Arbeiter auch in den Dörfern Fuß fassen, so daß diesen Genossenschaften die ungeheure Kaufkraft der ganzen ländlichen Bevölkerung in hohem Maße zur Verfügung gestellt wird. Das ergibt für die Eigenproduktion der Konsumvereine jener Gebiete eine weit breitere und stärkere Basis als für die der alten Industriestaaten.

Die Konsumvereine werden die wichtigsten, aber nicht die einzigen Verbraucherorganisationen sein, die nach einer Eigenproduktion für den Selbstgebrauch streben werden. Nach dem bekannten Bibelwort lebt der Mensch nicht bloß vom Brote, sondern auch vom Worte Gottes. Er braucht nicht bloß Brot, Speck, Heringe, Seife, Stiefel und sonstige Waren des Konsumvereins, sondern er verlangt auch nach geistiger Nahrung. Die sich aber von der Obrigkeit vorschreiben und präparieren zu lassen, wird er entschieden ablehnen. Nichts bezeugt die Kulturlosigkeit des Bolschewismus besser als die Tatsache, daß er jede andere literarische Publikationsmöglichkeit als die durch die Staatsverlage im russischen Reich unmöglich machte. Trotz

alles Kokettierens mit der modernen Kunst und Literatur hat sich der Bolschewismus dadurch als das furchtbarste Mittel der Verdummung der Massen seit den Tagen des schlimmsten christlichen und mohammedanischen Glaubensfanatismus erwiesen, in denen die Reste althellenischer Kultur bis auf wenige dürftige Überbleibsel ausgelöscht wurden.

In einem zivilisierten proletarischen Regime wird das lesende Publikum es sich verbitten, nur polizeilich vorgekaute Literatur vorgesetzt zu bekommen.

Die Versuche, den kapitalistischen Verleger in der Literatur auszuschalten, können sich nur in der Richtung vollziehen, daß er durch die freie Organisation der Verbraucher ersetzt wird. Heute schon gibt es Organisationen, die Zeitschriften, Zeitungen, Bücher herausgeben, nicht um Profit zu erzielen, sondern um den Bedarf ihrer Mitglieder zu befriedigen. Die Gewerkschaften haben ihre Fachzeitschriften, ebenso die Vereine der Ärzte, der Ingenieure usw. Auch die Zeitungen der sozialdemokratischen Parteien sind keine geschäftlichen Gründungen. Jeder anderen Organisation muß und wird es freistehen, in ähnlicher Weise ihre Publikationen für den Gebrauch ihrer Mitglieder und Freunde herauszugeben.

Verlage des Staates und der Gemeinden mögen daneben Schriften herausgeben, die Staats- oder Kommunalzwecken dienen, Reichs- oder Gemeindestatistiken, Gesetzessammlungen, Schulbücher oder Werke, deren Wert von aller Welt einmütig anerkannt ist, also die sogenannten Klassiker.

Man sieht, die Sozialisierung kann von den verschiedensten Punkten ausgehen und schon deshalb auch die verschiedensten Formen annehmen. Nichts verfehlter als der Glaube an die mit einem Schlage einsetzende Sozialisierung von oben herab, die die ganze Gesellschaft in eine einzige große Kaserne oder, wie Lenin sagt, eine einzige große Fabrik verwandelt. So unendlich mannigfaltig wie das moderne gesellschaftliche Leben werden auch Ausgangspunkte und Formen der Sozialisierung werden, und sie wird um so besser gelingen und gedeihen, je weniger dabei die staatliche Bureaukratie einzugreifen braucht, je kraftvoller, einsichtsvoller und zielbewußter die Selbsttätigkeit der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten, vor allem ihrer arbeitenden Massen, dabei zur Geltung kommt.

Und verschieden wie die Ausgangspunkte und Formen der Sozialisierung werden auch ihre Zeitpunkte sein. Wohl hängt ihre Ausführung durch Verbraucherorganisationen und Gemeinden von der staatlichen Gesetzgebung ab. Aber wo der Staat einigermaßen demokratischer Art ist, da haben die Genossenschaften wie Gemeinden ausreichenden Spielraum, bei entwickelter Arbeiterbewegung bereits vor der Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat wenigstens auf einigen Gebieten Sozialisierungen durchzuführen. Am freiesten sind dabei die Verbrauchergenossenschaften. Aber auch die industriellen Kommunen können hier manches leisten, und einzelne von ihnen erlangen schon früher sozialistische Mehrheiten als die staatlichen Parlamente.

Eigenartig allerdings ist es, daß dabei nicht die Hauptstädte den anderen führend vorangehen. Darin sehen wir wieder einen Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution. In den bürgerlichen Revolutionen ergreift die Hauptstadt die Initiative und gibt sie den Ton an. Die englische Revolution gegen Karl I. hätte nicht gesiegt ohne London. Was Paris seit 1789 für die Revolution bedeutete, ist allbekannt. Im Jahre 1848 waren es Paris, Wien, Berlin, die die Revolution bestimmten, und auch die russischen, noch stark in der bürgerlichen Phase steckenden Revolutionen von 1905 und 1917 wurden getragen von Petersburg und Moskau.

Ganz anders die proletarische Revolution. Für sie werden die reinen Industriegebiete weit wichtiger als die großen Hauptstädte, deren Industrie zum großen Teil Luxusindustrie ist, und in denen sich mehr noch als die Industrie die Bureaukratie des Reiches konzentriert und daneben Schwelgerei und Korruption dominieren. So blieb schon in der Zeit der Chartisten London hinter dem industriellen Norden Englands an sozialistischer Geschlossenheit und Entschlossenheit weit zurück. Paris hört seit 1871 immer mehr auf, eine sozialistische Vormacht zu sein. Die heutige Schwäche des Sozialismus in Frankreich wird zu einem Teil dadurch bedingt, daß im Kriege der industrielle Norden zerstört wurde. Und ebenso finden wir heute Berlin hinter den Industriegebieten Deutschlands an sozialistischer Kraft so weit zurückstehend, daß es nicht einmal seine sozialistische Mehrheit zu

behaupten vermochte. Nur Wien macht eine Ausnahme unter den Großstädten des entwickelten Kapitalismus.

In den eigentlichen Industriegebieten erlangen wir eher sozialistische Mehrheiten. Hier wird deren Wirken freilich nicht wenig dadurch gehindert, daß die Mehrheit ihrer Bevölkerung sehr arm ist. Die Massen von Mehrwert, die sie produziert, werden meist in der Hauptstadt teils akkumuliert, teils verjubelt.

Also Großes darf man von der sozialistischen Tätigkeit der Genossenschaften und Gemeinden nicht erwarten, solange im Staate selbst nicht eine entschiedene sozialistische Mehrheit besteht. Aber so schwierig diese Tätigkeit bis dahin sein wird, und so gering ihre Erfolge, werden sie doch ihre große Bedeutung haben als jene ersten Schritte, die bekanntlich die schwersten sind. Sie bekommen bahnbrechende Bedeutung durch die Erfahrungen, die sie sammeln und die unsere spätere größere Praxis befruchten, vor Fehlschritten bewahren und erfolgreicher gestalten. Außerdem wirken sie äußerst propagandistisch und aufmunternd dort, wo sie durch die Tat die Überlegenheit des sozialisierten Betriebs dokumentieren. Entscheidend wird dabei werden die Haltung der Arbeiter eines solchen Betriebs. Die beste Organisation und Leitung allein nützen nichts ohne Reife der Arbeiter zur Selbstverwaltung.

Wenn die Arbeiter der Kommunalbetriebe diese Reife an den Tag legen, dann wird von diesen Betrieben ein unwiderstehlicher Drang ausgehen nach Ausdehnung der Sozialisierung auf größeren Gebieten. Erweisen sich die Arbeiter der Kommunalbetriebe noch als unreif, dann stehen die Aussichten auch der staatlichen Sozialisierung schlecht.

Mögen die städtischen Arbeiter allenthalben und ebenso die Arbeiter der heute schon staatlichen Betriebe sich der großen Verantwortung für die Befreiung des gesamten Proletariats stets bewußt sein, die auf ihnen heute ruht!

c) Die Produktivgenossenschaft.

Mannigfaltig müssen Ausgangspunkte und Zeitpunkte der Sozialisierung verschiedener Betriebszweige der Produktion und des Verkehrs sein. Ebenso mannigfaltig wird sich ihre Organisation gestalten.

Wenn wir absehen von den utopistischen Ausmalungen und Versuchen sozialistischer kleiner sich selbst genügender Gemeinwesen, Kolonien, Phalanstere usw., dann finden wir als erste Form der Sozialisierung, die vorgeschlagen wird, die der Produktivgenossenschaft. Die Arbeiter eines Betriebs übernehmen diesen und richten ihn nach ihrem Gutdünken ein, geben sich selbst ihre Satzungen, erwählen ihre Leitung. Hier finden wir die vollkommenste Demokratie der Arbeit. Hier verfügen auch die Arbeiter frei über die Produktionsmittel und über das ganze Produkt ihrer Arbeit.

Es gab eine Zeit, wo jeder, der überhaupt an die Befreiung der Arbeit dachte, in der Produktivgenossenschaft das Mittel dazu sah. Die liberalen Arbeiterfreunde unterschieden sich von den Sozialisten nur durch den Weg zur Produktivgenossenschaft. Die Liberalen meinten, die Arbeiter vermöchten sich selbst zu befreien, wenn sie nur tüchtig sparten, um die Mittel zur Begründung solcher Genossenschaften zu gewinnen. Die Sozialisten erkannten die Sinnlosigkeit dieser Erwartung. Sie erklärten, die Produktivgenossenschaften könnten für die Abschaffung der Lohnknechtschaft nur Bedeutung gewinnen, wenn sie in großer Zahl für die gesamte Arbeiterschaft mit Staatsmitteln ins Leben gerufen würden, wenn die Produktionsmittel Staatseigentum blieben und die Genossenschaften in ausgedehnten Verbänden die Produktion organisierten.

Darin waren fast alle Sozialisten einig. Unterschiede gab es zwischen ihnen jedoch in bezug auf den Weg zur Staatshilfe. Louis Blanc, der für die Idee der Produktivgenossenschaften aufs wärmste eintrat, glaubte, die Herbeiführung der demokratischen Republik allein genüge schon, um den Arbeitern die nötige Staatshilfe zu sichern. Lassalle, der die Idee von Louis Blanc übernahm, meinte sogar, schon das bloße allgemeine gleiche Wahlrecht führe, selbst in der preußischen Militärmonarchie, zu der Bereitwilligkeit der Staatsgewalt, das Proletariat von der Kapitalherrschaft zu befreien.

Marx dagegen sah im allgemeinen Wahlrecht und der demokratischen Republik notwendige Voraussetzungen der Befreiung des Proletariats. Aber sie erschien ihm nur möglich durch eine Staatsgewalt, die vom Proletariat erobert war,

was nicht nur allgemeines Wahlrecht und Republik, sondern auch eine hohe kapitalistische Entwicklung sowie ein zahlreiches, gut organisiertes und geschultes Proletariat voraussetzte. Auch er legte großen Wert auf die Produktivgenossenschaften, zunächst aber erschienen ihm die Gewerkschaften weit wichtiger.

Heute ist die Bedeutung der Gewerkschaften größer als je, seitdem sie sich nicht mehr bloß um Löhne und Arbeitszeit kümmern, sondern auch in die innere und äußere Politik energisch eingreifen. Von den Produktivgenossenschaften ist dagegen wenig mehr die Rede. Die praktischen Erfahrungen, die man mit ihnen machte, haben mancherlei Bedenken gegen sie hervorgebracht. Wohl gediehen nicht wenige unter ihnen, und sie bezeugten durch ihr Beispiel, daß die Selbstverwaltung der Industrie durch ihre Arbeiter keineswegs eine Utopie ist. Aber es ging mit ihnen wie mit allen Unternehmungen in der kapitalistischen Welt. Nicht alle gediehen, manche verkamen oder machten Bankrott, und deren Zahl war schon deswegen nicht gering, weil ihren Leitern vielfach die nötige kommerzielle Erfahrung fehlte und sie in der bürgerlichen Welt auf die schärfste Gegnerschaft bei denjenigen stießen, die als Lieferanten von Material, als Gewährer von Kredit, als Abnehmer von Produkt für sie in Betracht kamen.

Sollte der Staat verpflichtet sein, jeder Genossenschaft ihre Verluste zu decken, wie unfähig auch die Leitung, wie unzulänglich die Arbeitskräfte? Das mußte, wenn es in großem Maßstab geschah, den Staat selbst auch ökonomisch herunterbringen. Auf diesem Wege war eine höhere Produktionsweise nicht zu erreichen. Der kapitalistische Staat, der bisher für solche Versuche allein in Frage kam, hat natürlich nie Miene gemacht, eine derartige Hilfsaktion einzuleiten. Soweit es auf ihn ankam, hat er das Fallende gestoßen.

Sollten nun etwa die gedeihenden Produktivgenossenschaften den niedergehenden helfen? Sollten deren Mitglieder die der bankrotten Genossenschaften mit gleichen Rechten in ihrer Mitte aufnehmen? Das fiel ihnen gar nicht ein. Sie hatten sich meist nur durch große Entbehrungen und fleißige Arbeit über die Schwierigkeiten der Anfänge hinweggeholfen. Nun sollten sie, sobald sie so weit waren, die Früchte zu ernten,

diese teilen mit jenen, die vielleicht weniger opferwillig oder eifrig gewesen waren und dadurch dem Ruin verfallen waren! Mochten diese moralisierenden Erwägungen berechtigt sein oder nicht oder mochten kühlere geschäftliche Erwägungen ohne moralische Salbung entscheiden. Genug, das Ende vom Liede war bei den Produktivgenossenschaften stets folgendes: Die einen mißlangen, die gelingenden dagegen vergrößerten sich, nahmen neue Arbeiter auf, aber nicht als Teilnehmer mit gleichen Rechten, sondern als Lohnarbeiter. So wurden die Produktivgenossenschaften praktisch nur ein Mittel, eine Reihe von besonders befähigten oder vom Glück begünstigten Proletariern in Kapitalisten zu verwandeln, nicht die Herrschaft des Kapitals aufzuheben.

Trotzdem braucht man die Idee der Produktivgenossenschaft nicht ganz aufzugeben. Sie wurden bisher stets unter Verhältnissen versucht, die ihnen große Schwierigkeiten bereiteten. In einem vom Proletariat beherrschten Staatswesen könnten sie sich leichter entfalten, und der Nachteil, daß sie nur neue Kapitalisten züchteten, ließe sich vielleicht durch besondere Bestimmungen verhindern.

Aber wie sehr das auch gelingen mag, es ist nicht zu erwarten, daß sie zur allgemeinen Form sozialistischer Produktion werden, wie man früher annahm.

In seiner Geschichte der Revolution von 1848 spricht Louis Blanc natürlich auch ausführlich von den sozialistischen Versuchen, die im Revolutionsjahr unter dem Drucke der Arbeiterschaft von Paris bei sehr großem Widerstreben der provisorischen Regierung vornehmlich im Geiste Louis Blancs gemacht wurden.

Da ist es nun bemerkenswert, daß es fast ausschließlich Handwerke waren, für die damals mit Staatshilfe Produktivgenossenschaften gegründet wurden. Das entsprach auch dem Stande der Pariser Industrie, in der selbst noch 1871, zur Zeit der Kommune, die Maschine noch keine Rolle spielte.

Die wichtigste unter den damals gegründeten Produktivgenossenschaften war die der Schneider, die 2000 Mitglieder umfaßte, denen man das frühere Schuldgefängnis von Clichy als Werkstätte einräumte, da die Revolution die Schuldhaft aufhob und damit das Gefängnis leerte.

Die zweite Produktivgenossenschaft, die unter Louis Blancs Einfluß entstand, war die der Sattler. Beide Genossenschaften bekamen die Kundschaft des Staates. Die Schneider erhielten den Auftrag, 100 000 Uniformen für die Nationalgarde herzustellen, den Sattlern wurde ein Auftrag auf Herstellung von Sätteln zugewiesen, den bis dahin die Militärwerkstätten ausgeführt hatten.

Diesen beiden Genossenschaften schloß sich eine dritte an, die der Posamentierer (fileurs, wörtlich Spinner), die sich neben der der Schneider von Clichy bildete, mit dem Auftrag, für die von diesen gefertigten Uniformen die Epauletten herzustellen.

Als weitere Produktivgenossenschaften jener Zeit werden uns genannt: Feilenhauer, Köche, die Garküchen für die Arbeiter einrichteten, Schuhleistenschneider und Möbelschreiner. (Louis Blanc, Histoire de 1848, I, 10. Kapitel, „Associations coopératives, établies par le Luxembourg".)

In allen diesen Gewerben hatte die Maschine das Handwerk noch nicht überwunden. Und in jedem dieser Betriebe arbeiteten nur Arbeiter des gleichen Berufs. Die Organisation des Produktionsprozesses war sehr einfach, erheischte keine anderen Kenntnisse als die persönlichen Erfahrungen, die jeder Arbeiter nach einiger Zeit im Gewerbe machte und die jeden intelligenten, gewandten Kopf der Arbeiterschaft befähigten, den Betrieb einzurichten und zu leiten.

Nur für Produktionszweige dieser Art hat sich die Produktivgenossenschaft bisher erprobt. Und auch da nicht immer. Mehrere unter ihnen, wie Schneiderei, Möbelschreinerei, Sattlerei, Posamentiererei, Restaurants bedürfen noch sehr der Initiative der Leitung dort, wo sie dem persönlichen Geschmack des einzelnen Konsumenten und dem Wechsel der Moden Rechnung zu tragen haben. Das ist natürlich dort nicht der Fall, wo sie für einen bestimmten Bedarf einer sich gleichbleibenden Organisation arbeiten, wie das zum Beispiel bei Militärlieferungen der Fall ist.

Wo die Produktivgenossenschaften nur einfache Handwerksverhältnisse vorfinden und nicht für einzelne Individuen, sondern für feste Organisationen mit bestimmten Bedürfnissen, Großeinkaufsgesellschaften, Gemeinden, den Staat, zu

produzieren haben, können sie noch eine gewisse Bedeutung für die Sozialisierung der Produktion gewinnen.

Doch dürfte sich für die meisten Betriebszweige, für die bisher die Produktivgenossenschaft in Betracht kam, als vorteilhafter die Organisation und Leitung des Betriebs durch die Gewerkschaft erweisen, der sogenannte Gildensozialismus.

d) Der Gildensozialismus.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts, als die Idee der Befreiung des Proletariats durch die Produktivgenossenschaft auf ihrem Höhepunkt stand, waren die Gewerkschaften auf dem Festland Europas noch so gut wie unbekannt. Auch in England waren sie noch wenig entwickelt, noch schwach und zersplittert, aber immerhin schon eine Macht.

Dort tauchte der Gedanke auf, die Produktivgenossenschaft in der Weise erfolgreicher zu gestalten, daß man sie in Verbindung brachte mit der Gewerkschaft. In den „Staatswirtschaftlichen Abhandlungen", herausgegeben von Dr. Seyfferth (ein Pseudonym für Höchberg), Stuttgart 1882, veröffentlichte ich ebenfalls unter einem Pseudonym (wir lebten damals unter dem Sozialistengesetz!) als Karl Kämpffer einen Artikel über „Gewerkschaftliche Produktivassoziationen".

Ich wies dort auf die Unzulänglichkeiten der Produktivgenossenschaften hin und führte dann aus:

„Diesem Übelstand soll gesteuert werden dadurch, daß man die Assoziationen zum Eigentum der Gewerkschaften macht, so daß ihre Profite der Gesamtheit der organisierten Arbeiter zukommen. Die Gewerkschaft wird natürlich den in ihrer Assoziation beschäftigten Arbeitern keine besseren Bedingungen zugestehen, als sie den bei der Privatindustrie beschäftigten Kollegen zugestanden werden. Die Genossenschaftsarbeiter haben also dieselben Interessen mit den übrigen. Vergrößert sich das Geschäft, so werden einfach mehr Arbeiter eingestellt, es vermehrt sich die Zahl der vom Kapital unabhängigen Arbeiter. Jede Erweiterung des Geschäfts ist also ein Schritt weiter zur Befreiung der Arbeit, statt, wie heute, ein Schritt weiter zur Schaffung neuer Kapitalisten. Neben diesem friedlichen Zwecke sollen sie aber auch als Kampfesmittel dienen. Sie sollen die Arbeitslosen aufnehmen und, namentlich bei Streiks, einen Rückhalt für die Feiernden bieten. Man hofft überdies, bei

gehöriger Ausdehnung der Assoziation eine solche Pression auf die Arbeitgeber ausüben zu können, daß jeder Streik überflüssig wird. Die Streikgelder könnte man dann zur Erweiterung der Assoziation benutzen.

Der Vorschlag einer gewerkschaftlichen Produktivgenossenschaft ist nicht neu. In England finden wir, daß bereits 1842 Mitglieder der ‚The Journeymen Steam Engine and Machine Makers Friendly Society' bei der Delegiertenversammlung den Vorschlag machten, die Gelder der Gesellschaft zum Ankauf von Fabriken zu verwenden. 1845 wurde der Vorschlag wiederholt und ernstlich in Erwägung gezogen. 1847 wurden neuerliche Unterhandlungen gepflogen; allein unmittelbar nach der Delegiertenversammlung stellte sich ein so flauer Geschäftsgang ein, daß alle Gelder für die laufenden Ausgaben bereitgehalten werden mußten.

Die Ereignisse des Jahres 1848, welche die Kooperationsbewegung in Frankreich so mächtig förderten, wirkten auch nach England.

Die National Association of United Trades beantragte in ihrem Organ, der ‚Labour League', es sollten 50 000 Pfund Sterling als ‚Employment Fund' aufgebracht werden, mit deren Hilfe Unternehmungen gegründet werden sollten, die Mitglieder und Subskribenten aufnähmen, welche infolge von Konflikten mit den Arbeitgebern arbeitslos würden.

Am energischsten ging die Gewerkschaft der Amalgamated Society of Engineers vor. Schon im ersten Monat nach der Amalgamierung (1850) berieten Mitglieder des Exekutivausschusses mit den Mitgliedern der ‚Gesellschaft zur Förderung der Arbeitergenossenschaften' über die beste Anlage ihrer beträchtlichen Gelder. Die Folge war eine große Agitation unter den Maschinenbauern zugunsten des Genossenschaftsprinzips, sowohl in den offiziellen Publikationen wie im offiziösen Organ des Vereins, ‚The Operative'. Dieser bezeichnet geradezu die Verbesserung der Lage der Arbeiter durch die Assoziation als sein Programm. Die Agitation fiel auf fruchtbaren Boden. War doch die Assoziationsidee damals so stark, daß der Zweigverein der Maschinenbauer zu Bury sich eine Zeitlang vom Hauptverein fernhielt, weil die Statuten desselben keine Vorsorge für die Verwirklichung genossenschaftlicher Grundsätze träfen." (S. 482, 483.)

Im Jahre 1852 gedachte man mit der genossenschaftlichen Praxis der Gewerkschaft Ernst zu machen. Der Ankauf einer Gießerei war schon 1851 betrieben worden; als es 1852 zu einer großen Aussperrung kam, wollte man den Ankauf beschleunigen, um arbeitslose Mitglieder unterzubringen. An-

dere suchte man in schleunigst gegründeten Produktivgenossenschaften zu beschäftigen. Aber die Aussperrung endete mit einer Niederlage der Arbeiter und verschlang trotz reichlicher Unterstützung durch andere Gewerkschaften das ganze Gewerkschaftsvermögen. Damit waren zunächst alle Versuche zur Gründung oder Erwerbung von Produktionsstätten lahmgelegt. Als die Gewerkschaft wieder erstarkte, hatte der Gedanke der Produktivgenossenschaft in der ganzen Arbeiterschaft seinen Zauber verloren. Und der wirtschaftliche Aufschwung, der nun einsetzte, brachte der gewerkschaftlichen Tätigkeit solche Erfolge, daß man an eine Umgestaltung der herrschenden Produktionsweise nicht mehr dachte.

Dieser glänzende Zustand des Gewerkschaftswesens hörte Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts auf. In dem hier zitierten Artikel von 1882 konnte ich konstatieren:

„Jetzt ist diese glückliche Periode für England vorüber. Die Überproduktion ist eine allgemeine geworden und macht sich auch im Mutterland der kapitalistischen Produktionsweise geltend. Das Übergewicht der englischen Industrie verschwindet immer mehr und damit die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Die Gewerkschaften treiben dem Bankrott entgegen, die Arbeiterklasse erkennt immer mehr die Notwendigkeit eingreifender sozialer Reformen. Kein Wunder, daß man wieder auf die alten Vorschläge, Produktivgenossenschaften zu gründen, zurückkommt.

Herr George Howell, ein bei den englischen Gewerkschaften hochangesehener Mann, Sekretär des Trades Union Parliamentary Committee, tritt für diese Idee ein. In ‚The Conflicts of Capital and Labour' (1878, S. 474) sagt er: ‚Solange die Gewerkschaften nicht einen Teil ihres Reichtums zur Fabrikation von Artikeln verwenden, die in ihr Gewerbe einschlagen, wird der Arbeiter von der Hand in den Mund leben.... So wie die Trade Unions heute organisiert sind und verwaltet werden, zehren sie Jahr zu Jahr von ihrem Kapital, anstatt es den Kapitalisten nachzumachen und von ihren Profiten reich zu werden." (S. 485.)

Auch von anderen angesehenen englischen Sozialpolitikern wurde die Idee verfochten. Ihrer Kritik galt der hier zitierte Artikel. Ich wies darauf hin, daß die Mittel der Gewerkschaften zu beschränkt seien, um gegen die Akkumulation des Kapitals aufzukommen. Daß überdies die Gewerkschaften Gelder stets flüssig zur Hand haben müßten, um für ihre Kämpfe

gerüstet zu sein, und daß die gewerkschaftlichen Unternehmungen gegen die Arbeitslosigkeit nichts ausrichten könnten, da sie ebenfalls der Konjunktur unterlägen. Sie hätten die widerspruchsvolle Aufgabe, in Zeiten guten Geschäfts wenig Arbeiter, bei Geschäftsstille viele Arbeiter zu beschäftigen.

Nur wenn der Staat eingriffe und den Gewerkschaften die nötigen Mittel zur Verfügung stellte, könnten die gewerkschaftlichen Produktivgenossenschaften Bedeutung gewinnen.

Davon wollten die englischen Gewerkschafter damals nichts wissen. Sie sahen im Staate nur seine Bureaukratie, mit der sie möglichst wenig zu tun haben wollten. Erst in den letzten zwei Jahrzehnten hat sich das geändert. Die Gewerkschaften sind enorm erstarkt, gleichzeitig aber zur Erkenntnis gekommen, daß die rein gewerkschaftlichen Methoden nicht ausreichen, wenn sie nicht durch politische verstärkt werden, durch die Gewinnung und Benutzung der Demokratie zu proletarischen Zwecken. Die Gewerkschaften sind zusammengetreten zur Labour Party, zur Arbeiterpartei, und der Gedanke, die Staatsgewalt zu erobern, um sie zu einem Werkzeug der ökonomischen Befreiung des Proletariats zu gestalten, macht rasche Fortschritte in England.

Unter diesen Umständen ist auch der Gedanke der gewerkschaftlichen Produktivgenossenschaften wieder erstanden, aber jetzt nicht mehr in unzulänglicher liberaler, sondern in rationellerer sozialistischer Form. Die Gewerkschaften sollen nicht aus ihren Kampffonds Produktivgenossenschaften gründen, sondern aus Staatsmitteln. Und jede einzelne Gründung soll dem großen, gemeinsamen Ziel einer neuen Produktionsweise dienen. Jede Gewerkschaft soll schließlich den ganzen Industriezweig betreiben, dessen Arbeiter sie umfaßt, und alle Gewerkschaften sollen zusammen einen großen gesellschaftlichen Produktionsapparat bilden. Die Produktionsmittel sollen in die Hände des Staates übergehen, die Produktion selbst in die Hände der Gewerkschaften.

Dies die Grundidee des schon mehrfach erwähnten Gildensozialismus. Sie stammt aus dem Lande, wo die Gewerkschaften mehr als anderswo das ganze Leben der Arbeiterschaft erfaßt haben. Die Idee des Gildensozialismus begann dort schon in den letzten Jahren vor dem Kriege aufzutauchen.

Sie hat seitdem eine umfangreiche Literatur hervorgebracht und auch schon Versuche praktischer Durchführung gezeitigt. In England haben sich in den letzten Jahren Baugilden gebildet, die mit verschiedenen Stadtgemeinden Verträge zur Erbauung einer größeren Zahl von Häusern abgeschlossen und bisher zufriedenstellend gearbeitet haben. Nach ihrem Muster wurden auch in Deutschland und Österreich bereits Baugilden oder Bauhütten organisiert.

Am 16. September 1920 wurde in Deutschland der „Verband sozialer Baubetriebe" gegründet, an dem folgende Gewerkschaften beteiligt sind: die Verbände der deutschen Bauarbeiter, der Fabrikarbeiter, der Maler und Lackierer, der Holzarbeiter, Metallarbeiter, technischen Angestellten, Maschinisten und Heizer, Töpfer, Zimmerer, Steinarbeiter, Steinsetzer, Dachdecker, Asphalteure, Glaser und schließlich Sattler und Tapezierer. Ein Industrieverband würde natürlich den „sozialen Baubetrieb" einheitlicher gestalten können als diese bunte Musterkarte von Berufsverbänden. Neben den genannten Gewerkschaften haben sich auch der sächsische Staat sowie eine Reihe deutscher Städte und Siedlungsgenossenschaften mit Kapital an den sozialen Baubetrieben beteiligt. Die Gewerkschaften steuerten an Stammkapital 6 Millionen Mark und ungefähr ebensoviel die öffentlichen Organe bei.

Über „Stand und Leistung der sozialen Baubetriebe" in Deutschland berichtet eine Denkschrift ihres Verbandes an den Reichstag, die Vertretungen der Länder und der Gemeinden vom Beginn des Jahres 1922. Es heißt dort:

„Zurzeit sind in den Bauhüttenbetriebsverbänden und durch den Verband sozialer Baubetriebe rund 200 Betriebe (Bauhütten und Genossenschaften) zu einer planmäßigen wirtschaftlichen Tätigkeit zusammengefaßt. Diese Betriebe beschäftigen heute rund 20 000 baugewerbliche Arbeiter. In dem Geschäftsjahr haben diese Betriebe einen Umsatz von 350 Millionen Mark gehabt. Diese Auftragsbestände haben sie in freier Konkurrenz mit den privaten Baubetrieben auf Grund preiswürdigster Angebote erhalten. Die sozialen Baubetriebe haben die privaten Betriebe bei den erhaltenen Aufträgen um rund 40 Millionen unterboten."

Ein Anfang ist also gemacht. Wie rasch sich die Organisationsform ausbreitet, wird natürlich in erster Linie davon ab-

hängen, daß sie von vornherein versteht, Gutes zu leisten. Nicht weniger aber auch von den Bauaufträgen sozialistischer Regierungen und Gemeinden, eventuell noch proletarischer Organisationen wie Konsumvereine und dergleichen. Auf andere Aufträge werden die sozialen Baubetriebe zunächst nicht viel rechnen dürfen.

Man darf jedoch wohl erwarten, daß diese Organisationsform eine große Zukunft hat und beim Aufbau sozialistischer Produktion eine beachtenswerte Rolle spielen wird.

Aber der Gildensozialismus geht zu weit, wenn er die Gildenorganisation zur einzigen Form sozialistischer Produktion gestalten will. Über seine primitive Staatsauffassung und unzulängliche Ökonomie könnte man noch hinwegsehen als bloße Doktorfragen, obwohl auch sie praktische Nachteile nach sich ziehen können. Aber direkt bedenklich auch für den Praktiker muß die enge Schablone wirken, in die der Gildensozialismus das gesamte wirtschaftliche Getriebe der sozialistischen Gesellschaft einengen will. Seine Grundidee ist vortrefflich und fruchtbar, aber sie darf nicht voreilig generalisiert werden.

Es ist sicher kein Zufall, daß bisher die Idee der Gilde zu praktischer Anwendung nur im Bauwesen kam. Die Andeutungen über ihre Anwendung in anderen Produktionszweigen sind noch unbestimmt, wenigstens soweit sie mir zu Gesicht kamen.

Nun gilt vom Baugewerbe dasselbe, was von den Gewerben galt, in denen 1848 Produktivgenossenschaften zustande kamen: es steht noch im Stadium des Handwerks. Die Maschine spielt noch keine Rolle bei ihm.

Weist uns schon der Name des Gildensozialismus in die mittelalterliche Zunftzeit zurück, so auch der der „Bauhütten".

Während in den anderen Handwerken des Mittelalters jeder Meister mit einem oder ein paar oder auch ohne Gesellen für sich in seiner Werkstatt arbeitete, war es anders bei den „freien Maurern", die sich seit dem zwölften Jahrhundert in „Bruderschaften", das ist ungefähr dasselbe wie Gewerkschaften, organisierten. Wo es einen großen Bau gab, und das war damals zumeist ein kirchliches Gebäude, wurde er im Auftrag einer kirchlichen Organisation oder einer Stadt oder eines hohen Herrn von der Bruderschaft übernommen, die ihre Tätig-

keit in einer neben dem Bau errichteten Bauhütte konzentrierte. Es wurde damals an Kirchen langsam und stetig jahrhundertelang gebaut, der Auftrag für die Bauhütte war daher ein ständiger. Die Organisation überlebte ihre Mitglieder. Noch war in ihr der Künstler nicht vom einfachen Werkmann getrennt. Alle Mitglieder nahmen teil an den reichen Erfahrungen und dem hohen Wissen, das sich allmählich in der Organisation ansammelte und von ihr als eine Geheimwissenschaft ängstlich gehütet wurde. Neue Mitglieder wurden daher erst nach vielen Vorsichtsmaßregeln und Proben aufgenommen.

Der nach der Reformation aufkommende Absolutismus hat dann alle selbständigen Organisationen unterdrückt, auch der Freiheit der Gesellenverbände ein Ende gemacht. Erst recht mußten ihm die Organisationen der freien Maurer verhaßt sein, die vor der Obrigkeit Geheimnisse hatten. Nur als Geheimverbände konnten sie sich weiter erhalten.

Gleichzeitig schwand die materielle Grundlage der Bauhütten, der Bau der gotischen Dome. In der neuen Baukunst trennten sich die Werkleute von den Baumeistern und Künstlern, deren Wissen und Können nun an hohen Schulen gelehrt wurde, die öffentlich waren, aber den einfachen Arbeitern, denen Mittel und Vorbildung mangelten, nicht zugänglich. Da wurden die Bruderschaften mit ihrer Geheimwissenschaft für den Baubetrieb überflüssig.

Ob die philanthropischen Geheimbünde der Freimaurer, die seit dem Beginn des achtzehnten Jahrhunderts auftauchten, in den absterbenden Bruderschaften der freien Maurer bloß ein Vorbild sahen oder ob sie direkt aus ihnen herauswuchsen, da diese Geheimbünde nun jede praktische Bedeutung für den Betrieb ihres Handwerks verloren, so daß sie auch Nichthandwerker als Mitglieder aufnehmen konnten, das haben wir hier nicht zu erörtern.

Trotz aller Wandlungen ist jedoch die Bauindustrie ein Industriezweig eigener Art geblieben, der auch heute, ebensogut wie im Mittelalter, zu einer eigenartigen Organisation neigt, so daß die Bauhütten des Gildensozialismus des zwanzigsten Jahrhunderts aus ähnlichen Bedingungen entspringen wie die Bauhütten der Bruderschaften der Maurer und Steinmetzen vom zwölften bis zum sechzehnten Jahrhundert.

Nicht nur, daß heute wie ehedem die Maschine im Baubetrieb noch keine Rolle spielt. Auch das fixe Kapital überhaupt ist noch wenig entwickelt. Es umfaßt nicht viel mehr als Gerüste und Leitern. Grund und Boden, auf dem gebaut wird, gehört dem Auftraggeber. Nichts hindert, daß dieser auch die Baumaterialien liefert oder doch selbst bezahlt; dann hätte die Gilde, wie beim Lohnhandwerk, nur die Bauarbeit zu liefern.

Man wird zugeben, daß derartige Verhältnisse in der Industrie keineswegs die Regel sind. Sie unterscheiden sich von deren anderen Formen wie der Störer, der keine eigene Werkstätte hat, sondern in der Wohnung des Auftraggebers dessen Rohmaterial verarbeitet, von den anderen Handwerkern.

Damit sei nicht gesagt, daß das Gildensystem bloß auf das Bauwesen Anwendung finden könnte. Es wird wohl noch für eine ganze Reihe anderer Betriebszweige die zweckmäßigste Form sozialistischer Organisation bilden. Nur davor muß man sich hüten, es unbesehen für jede Art des Sozialismus verwenden zu wollen.

Im Bauwesen aber kann es wahrhaft revolutionierend wirken. Vergessen wir nicht, daß eine der nächsten und wichtigsten Sorgen eines proletarischen Regimes die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse sein muß. Es wird sich damit den Dank und die Zuneigung von vielleicht drei Vierteln der Bevölkerung in Stadt und Land erwerben. Die Gemeinden werden die berufenen Träger dieser großen sozialen Reform werden und die sozialen Baubetriebe ihre kraftvollen Organe, die ihrerseits wieder in den sozialistischen Gemeinden ihre beste Stütze finden werden.

e) Die gemeinwirtschaftliche Organisation.

Der Baubetrieb ist in der Regel umfangreicher und mannigfaltiger als ein gewöhnlicher Handwerksbetrieb in der Werkstatt. Er umfaßt nicht eines, sondern verschiedene Handwerke, Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Töpfer usw. Doch arbeitet dabei jedes dieser Handwerke auf der Baustelle für sich. Sie arbeiten nebeneinander oder nacheinander, nicht aber miteinander.

Ganz anders die Großbetriebe der modernen Industrie. Jeder von ihnen umfaßt Mitglieder der verschiedensten Be-

rufe, die miteinander und füreinander arbeiten, so daß jeder Arbeiter von der Arbeit zahlreicher anderer abhängig ist. Es erheischt außerordentliche organisatorische Fähigkeit und umfassende Sachkenntnis der Leitung, soll jedem einzelnen sein Platz und seine Leistung in einer Weise zugewiesen werden, daß nirgends Reibungen und Hemmungen entstehen und jede Arbeitskraft voll ausgenutzt wird. Und zu diesen zahlreichen lebenden Arbeitskräften mannigfachster Art, die oft in die Tausende gehen, gesellt sich eine Fülle riesenhafter Maschinen und baulicher Anlagen, gesellen sich oft zahlreiche, höchst verschiedenartige Rohstoffe und Hilfsstoffe aus aller Herren Ländern, die einen weitverzweigten kommerziellen Apparat erforderlich machen. Und nicht minder bedarf der Absatz der Produkte eines solchen.

Damit steigen die Ansprüche an das Wissen und die Fähigkeiten der leitenden Persönlichkeiten außerordentlich. Dies Wissen kann nur auf hohen Schulen erworben werden, die dem gewöhnlichen Arbeiter bis jetzt unzugänglich sind.

Wurde so die Leitung über das Maß eines erfahrenen, intelligenten Arbeiters emporgehoben, so hat die ökonomische Entwicklung in vielen modernen Betrieben auf der anderen Seite die Ansprüche an das Wissen der Masse der Arbeiter vielfach sehr herabgedrückt. An Stelle des geschickten, mit allen Seiten seines Berufs wohlvertrauten Handwerkers setzte sie einen Handlanger, der zu wenigen, sich immer in gleicher Weise erneuernden Handgriffen angelernt ist und außer ihnen für den Produktionsprozeß, in dem er tätig ist, nichts weiß.

Besitzen im Handwerk und auch noch im Bauwesen die Mehrzahl der Arbeiter genügend Einsicht in den Produktionsprozeß und ist dieser bei ihnen noch einfach genug, um die Arbeiterschaft instand zu setzen, allein herauszufinden, wer unter ihnen am besten zur Leitung eines Betriebs befähigt ist, so wird das um so schwieriger, je höher kapitalistisch entwickelt ein Betriebszweig ist. Zugleich aber werden die Folgen eines Mißgriffs um so verhängnisvoller, weil Intensität und Umfang der ökonomischen Wirkungen mit der Höherentwicklung der Betriebe steigen.

Noch wichtiger in diesem Zusammenhang ist aber folgende Erwägung. Der Gildensozialismus trennt, wie wir schon be-

merkt haben, ganz mechanisch Produktion und Konsumtion. Für ihn ist die Produktion in jedem Industriezweig etwas, was nur seine Arbeiter angeht. So sagt Cole:

„Es liegt ganz klar zutage, daß die Leitung der Produktion und die Verantwortung für sie den Gilden ganz allein überlassen bleiben muß und daß weder der Staat noch eine andere außenstehende Instanz bei der Ernennung der Funktionäre und Verwaltungsbeamten der Gilden mitzusprechen haben werden." (Selbstverwaltung in der Industrie, S. 112.)

Und später:

„Die Leitung der Produktion, meint der Gildenmann, sei Aufgabe der Produzenten und nicht der Konsumenten. Nur wenn wir dem Erzeuger die Macht über sein eigenes Erzeugnis geben, leisten wir dem Grundsatz der echten Demokratie Genüge, denn Selbstverwaltung ist auf industrielle Betätigung ebensogut anwendbar wie auf politische." (S. 145.)

Nach dieser sonderbaren Auffassung besteht die „echte" Demokratie darin, daß die Gesamtheit sich nicht darum kümmern darf, was jedes ihrer Organe unternimmt. Der Staat ist gut dazu, die einzelnen Gewerkschaften zu Herren der Produktionsmittel ihres Industriezweigs zu machen. Was sie mit diesem Gemeineigentum anfangen, das geht außer ihnen niemanden etwas an.

Im Produktionsprozeß sollen sie völlig selbständig sein. Erst wenn sie mit dem fertigen Produkt auf den Markt kommen, sollen die Konsumenten das Recht haben, etwas in die Preisbestimmung dreinzureden. Dazu sind sie zu organisieren:

„Die Gildensozialisten meinen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen können nur dann ganz erfaßt werden, wenn Produzenten und Konsumenten in gleicher Weise organisiert sind und gleichberechtigt miteinander verhandeln." (A. a. O., S. 128.)

Wie aber, wenn die Verhandlungen zu nichts führen, wenn eine Gilde sich auf den Machtstandpunkt stellt? Wird es dann nicht zu Machtkämpfen zwischen manchen Gilden und manchen Konsumentenorganisationen kommen?

Daß das nicht angeht, schwant Cole selbst:

„Die Nation ist untereinander so abhängig, Produktion und Konsumtion so unauflöslich verflochten, daß eine so abstrakte Funktionsteilung (zwischen Produzenten und Konsumenten) nicht zur theoretischen Grundlage der modernen Gemeinschaft gemacht werden kann. Ich gebe zu, daß das Problem nicht in diesem Zustand belassen werden kann....

Bei einem Streitfall zwischen einer einzelnen Gilde und dem Parlament müßte die Entscheidung einem Organ übertragen werden, das sowohl die organisierten Produzenten wie die organisierten Konsumenten vertritt. Die höchste Souveränität auf industriellem Gebiet müßte einer aus Parlament und Gildenverband gemeinschaftlich zusammengesetzten Körperschaft verbleiben. Andernfalls würden die Entscheidungen in ungerechter Weise zugunsten der einen oder der anderen Gruppe ausfallen." (S. 129, 130.)

Es ist natürlich ganz irrig, daß sich in einem Verband verschiedener Gilden bloß Produzenteninteressen geltend machen werden. Es wird kaum eine Gilde geben, die nicht anderen gegenüber als Konsument dasteht. Der Kohlengrägergilde gegenüber haben fast alle anderen Produzenten Konsumenteninteressen. Andererseits ist in einer sozialistischen Gesellschaft jeder arbeitsfähige Mensch nicht bloß Konsument, sondern auch Produzent, und niemand läßt sich so entzweischneiden, daß er im Gildenverband anders denkt als im Parlament, das von den gleichen Leuten gewählt ist.

Da beide Körperschaften nach verschiedenem Wahlmodus gewählt werden, mögen wohl zeitweise Differenzen zwischen ihnen auftauchen, aber diese dürften in den seltensten Fällen einfach zusammenfallen mit der Scheidelinie zwischen den Interessen der Konsumenten und denen der Produzenten.

Aber nehmen wir an, daß der Gildenverband ein allen Produktionszweigen gemeinsames Interesse verträte, das in einer sozialistischen Gesellschaft gar nicht vorhanden ist. Und nehmen wir weiter an, die Unterschiede der Parteien in den Parlamenten würden nicht durch andere Motive bestimmt als durch ein angeblich allen Parlamentariern gemeinsames Konsumenteninteresse. Was käme aus einer Körperschaft heraus, die „aus Parlament und Gildenverband gemeinschaftlich zusammengesetzt" sein soll? Ihre Zusammensetzung müßte doch derart geregelt sein, daß weder der Gildenverband noch das Parlament den Gegenpart majorisieren könnte. Wenn

aber beide Teile sich nicht mehr verständigen können, wie soll dann die über ihnen stehende Körperschaft zu einem Resultat kommen? Sie bedürfte, wie alle Schiedsgerichte, dazu eines unbefangenen, unparteiischen Dritten, der in diesem Falle weder Arbeiter noch Konsument sein dürfte.

Es ist wohl begreiflich, daß Cole die Beschaffung dieses überirdischen Wesens von sich weiter schiebt an eine noch zu schaffende neue Theorie, deren Aufgabe sich mit der der Quadratur des Zirkels messen kann.

Aber selbst wenn trotz alledem die Schaffung des neuen Übersouveräns gelänge, der über dem souveränen Gildenverband und dem nicht minder souveränen Parlament stände, so wäre noch nicht viel dabei gewonnen. Man denke nur, wie umständlich es wäre, wenn Gilde und Parlament wegen jedes Streitpunktes jedesmal den höchsten Richter anrufen müßten! Wie voll von Reibungen, unsicher und schleppend würde sich das ganze Produktionsleben abspielen. Jede Gilde hätte volle Freiheit, die Produktion nach ihrem Gutdünken einzurichten, vielleicht zum größten Schaden der Konsumenten. Erst wenn der Schaden geschehen, dürften diese einschreiten, um feststellen zu lassen, daß sie wirklich geschädigt wurden. Denn nicht jeder Schaden läßt sich hinterdrein wieder gutmachen.

Es wäre doch viel zweckmäßiger und wirksamer, wenn Konsumenten und Produzenten nicht erst beim höchsten Gerichtshof, stets streitend, zusammenkämen, sondern wenn Einrichtungen geschaffen würden, durch die schon bei Beginn der Produktion, bei ihrer Organisierung und der Bestimmung ihrer Leitung, Konsumenten und Produzenten in jedem Produktionszweig zusammengebracht würden, um vereint darüber Bestimmungen zu treffen. Dabei kämen nicht zwei, sondern drei Faktoren in Betracht: einmal die Produzenten, dann jene Konsumenten, die direkt an dem Produkt interessiert sind, zum Beispiel bei landwirtschaftlichen Maschinen die Landwirte, und schließlich das Gemeinwesen, das ebenso die Gemeinschaft der Produzenten wie der Konsumenten bedeutet, also zunächst der Staat, der sich zu stützen hat auf die wissenschaftliche Erkenntnis der Gesellschaft.

Dieser von der Wissenschaft geleitete Staat steht in einem proletarischen Regime als Unparteiischer und oberster Rich-

ter über den Sonderinteressen einzelner Produzenten wie einzelner produktiver Konsumenten, die nichts anderes sind als andere Produzenten. Auf diese Weise wird ein harmonisches, planmäßiges Produzieren zur Bedarfsdeckung der Gesellschaft ermöglicht.

Bei handwerksmäßiger Produktion, bei der Herstellung von Produkten, deren Verzögerung keine Lebensgefahr für Beteiligte herbeiführt, kann die Produktivgenossenschaft oder das Gildensystem zweckmäßig sein. Je technisch höher entwickelt ein Produktionszweig oder je mehr seine ununterbrochene intensive Fortführung eine Lebensnotwendigkeit bedeutet, um so mehr wird eine Organisationsform am Platze sein, in der alle Interessenten, nicht bloß die Arbeiter, bei den Bestimmungen über Organisation und Leitung ein Wörtlein mitzureden haben. Diese Form hat den Namen der Gemeinwirtschaft erhalten.* Stammt der Gildensozialismus aus England, so die Idee des gemeinwirtschaftlichen Betriebs aus Deutschland, wozu ja geistig auch Österreich gehört. Auch die wichtigsten Träger der Idee im Deutschen Reiche stammen aus Österreich, so daß man sie als ein Produkt des Austromarxismus bezeichnen kann.

Ihren besten Ausdruck hat sie wohl in dem Schriftchen Otto Bauers „Der Weg zum Sozialismus" (1919) gefunden. In seinen Spuren wandelt W. Ellenbogen, der in einer Broschüre „Sozialisierung in Österreich" nicht nur einen Abriß der Sozialisierungstheorien gibt, sondern auch eine Darstellung der praktischen Versuche, die auf diesem Gebiet in Österreich gemacht wurden. Denn ebensowenig wie der Gildensozialismus hat sich der Sozialismus der Gemeinwirtschaft auf die bloße Theorie beschränkt. In Österreich wie in Deutschland sind mit Erfolg gemeinwirtschaftliche Unternehmungen organisiert worden, zumeist staatliche Betriebe, die in der Kriegszeit Material für die Kriegführung herstellten und jetzt auf friedlichere Produktionszweige umgestellt wurden.

* Der Name wird mitunter auch in einem weiteren Sinne gebraucht, für eine jede Produktion, die staatlichen Eingriffen unterworfen ist, auch wenn sie kapitalistisch betrieben wird. Wir gebrauchen hier das Wort nur zur Bezeichnung einer besonderen Form sozialistischer Wirtschaft.

In Deutschland hat die Idee der Gemeinwirtschaft Ausdruck in den Vorschlägen der sozialistischen Mitglieder der ersten und zweiten Sozialisierungskommission gefunden, an denen Hilferding und Professor Lederer in hervorragendem Maße beteiligt waren. Hilferding hat über die Idee der Sozialisierung auch ein Referat vor dem ersten Kongreß der Arbeiterräte Deutschlands im Dezember 1918 gehalten. Ein weiteres Referat wurde von mir vor dem zweiten Kongreß 1919 erstattet, das als Broschüre in Wien unter dem Titel „Die Sozialisierung und die Arbeiterräte", in Berlin unter dem Titel „Was ist Sozialisierung?" erschienen ist.

Es heißt dort:

„Es geht aber auch nicht so einfach, daß die Staatsgewalt ohne weiteres alles kapitalistische Eigentum an sich zieht, um es von der Regierungsbureaukratie verwalten zu lassen. Es muß vielmehr aus jedem Produktionszweig, der aus kapitalistischem Eigentum in staatliches oder kommunales übergeht, auch eine neue Organisation geschaffen werden, die den Arbeitern wie den Konsumenten und der Wissenschaft den nötigen Einfluß auf die Gestaltung des Produktionsprozesses ermöglicht. Eine solche Organisation ist etwas ganz anderes als die bisherige Regierungsbureaukratie. In Einzelheiten wird die neue Organisation für die verschiedenen Produktionszweige verschieden sein müssen. Sie muß elastisch und anpassungsfähig gemacht werden.

Immerhin wird es nicht möglich sein, sofort alle Produktionszweige der neuen Organisation einzuverleiben. Manche werden noch einige vorbereitende Stadien durchlaufen müssen. Wo es aber zur Sozialisierung kommt, wird es, trotz aller Verschiedenheiten in Details, überall notwendig werden, daß die Produktion gelenkt wird durch das Zusammenwirken der drei großen Faktoren: der Arbeiter, der Konsumenten, der Wissenschaft.

Das Zusammenwirken dieser drei Faktoren muß die glücklichsten Wirkungen erzeugen. Überließe man jeden Erwerbszweig allein seinen Arbeitern, so liegt die Gefahr nahe, daß diese die Löhne erhöhen und die Arbeitszeiten verkürzen, die Menge der Produktion verringern und ihren Preis erhöhen, ohne sich um die Gesamtheit zu kümmern. Am ehesten dürfen sich das die unentbehrlichen Arbeiter erlauben. Bei den entbehrlichen fände das Hinaufschrauben der Preise ihrer Produkte bald ein Ende. Der ganze Prozeß liefe auf eine Gewaltherrschaft der ganz unentbehrlichen Arbeiter über die eher, wenigstens vorübergehend, entbehrlichen hinaus, etwa der

Kohlengräber über die Textilarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Schreiner usw., ein Zustand, der ebenso unerträglich wäre wie die kapitalistische Ausbeutung.

Würden dagegen die Konsumenten allein über jeden Industriezweig entscheiden, dann liegt wieder die Gefahr nahe, daß die Senkung der Preise mit allen Mitteln, auch auf Kosten der Arbeiterschaft, angestrebt wird.

Sind Arbeiter und Konsumenten in einer Organisation in einer Weise vereinigt, daß kein Teil den anderen vergewaltigen kann, dann müssen sie trachten, ihren Gegensatz in einer Form zu überwinden, bei der beide Teile gewinnen.

Diese Art der Überwindung zu finden, das wird Aufgabe der Männer der Wissenschaft, die als dritter Faktor zur Organisierung der Wirtschaft heranzuziehen sind. Sie haben dahin zu wirken, daß die vollkommenste Technik und Organisation in jedem Betrieb durchgeführt wird, so daß man imstande ist, mit dem kleinsten Kraftaufwand das größtmögliche Resultat zu erzielen.

Dies Bestreben fand unter dem Kapitalismus seine Triebkraft im Profit. Im Sozialismus hört der Profit auf, aber seine Triebkraft wird durch eine zum mindesten gleich starke ersetzt, wenn der Gegensatz zwischen Konsumenten und Arbeitern organisatorisch geregelt wird und die Möglichkeit bekommt, durch das Eingreifen der Wissenschaft überwunden zu werden.

Die Wissenschaft kann aber in der sozialisierten Produktion noch manches leisten, was sie unter dem Kapitalismus nicht kann. Sie wird die Aufgabe haben, nicht nur die Produktion, sondern auch die Konsumtion zweckmäßig zu gestalten. Das kann sie heute nicht, das vermag sie aber, sobald in den Produktionsprozeß nicht bloß Organisationen der Arbeiter, sondern auch der Konsumenten eingreifen. Wenn auf der einen Seite die Techniker dafür sorgen, daß mit gleichem Aufwand mehr produziert wird, so können andererseits Nationalökonomen und Statistiker dem Absatz seine Bahnen weisen und bewirken, daß möglichst wenig Produkt unnütz oder gar schädlich vergeudet, daß mit dem gleichen Produkt für die Befriedigung der Konsumenten mehr geleistet wird wie bisher.

Die Verschwendung von Material und Kraft durch Planlosigkeit der Produktion und Sinnlosigkeit oder Übermut Besitzender ist eine der dunkelsten Schattenseiten des Kapitalismus. Sie paralysiert in hohem Maße seine großartigen Wirkungen auf die Entwicklung der Produktivkräfte. Der Sozialismus vermag diese letztere Entwicklung ebenso kräftig, wenn nicht noch kräftiger vorwärts zu treiben, aber gleichzeitig der kapitalistischen Verschwendung ein Ende zu machen. So erreicht er, daß die Menschen als

Arbeiter wie als Konsumenten auf die höchste Stufe des Gedeihens gelangen."

Die Organisation im einzelnen kann mannigfaltige Formen annehmen. Sie wird für verschiedene Produktionszweige, verschiedene Länder, verschiedene Phasen ihrer Entwicklung verschieden sein müssen.

Als Beispiel zitiere ich hier den Vorschlag, den Otto Bauer in seinem „Weg zum Sozialismus" macht. Er sagt dort (S. 9):

„Wer soll nun die vergesellschaftete Industrie verwalten? Die Regierung? Durchaus nicht! Wenn die Regierung alle möglichen Betriebe beherrschte, dann würde sie dem Volke und der Volksvertretung gegenüber allzu mächtig; solche Steigerung der Macht der Regierung wäre der Demokratie gefährlich. Und zugleich würde die Regierung die vergesellschaftete Industrie schlecht verwalten; niemand verwaltet Industriebetriebe schlechter als der Staat. Deshalb haben wir Sozialdemokraten nie die Verstaatlichung, immer nur die Vergesellschaftung der Industrie gefordert. Aber wer denn soll die vergesellschaftete Industrie leiten, wenn es nicht die Regierung tun soll?

Heute wird der industrielle Großbetrieb von einem Verwaltungsrat beherrscht, der von den Aktionären gewählt wird. Auch in Zukunft wird jeder vergesellschaftete Industriezweig von einem Verwaltungsrat geleitet werden; aber dieser Verwaltungsrat wird nicht mehr von den Kapitalisten gewählt werden, sondern von den Vertretern derjenigen Gesellschaftskreise, deren Bedürfnisse der sozialisierte Industriezweig fortan befriedigen soll. Wer hat nun an der Leitung des sozialisierten Industriezweigs ein Interesse? Erstens die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die in diesem Industriezweig arbeiten; zweitens die Konsumenten, die die Erzeugnisse dieses Industriezweigs brauchen, und drittens der Staat als Vertreter der Gesamtheit des Volkes. Daher wird man den Verwaltungsrat jedes vergesellschafteten Industriezweigs ungefähr in folgender Weise zusammensetzen: Ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats wird von den Gewerkschaften der Arbeiter und von den Organisationen der Angestellten, die in dem Industriezweig beschäftigt sind, bestimmt. Ein zweites Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats bilden die Vertreter der Konsumenten. Es werden also zum Beispiel in den Verwaltungsrat des Kohlenbergbaus Vertreter der Konsumenten teils von den Konsumvereinen als den Organisationen der Verbraucher von Hausbrandkohle, teils von den Industriellenorganisationen als den Organisationen der Verbraucher von Industriekohle gewählt werden. Das

dritte Drittel der Verwaltungsratsmitglieder endlich bilden die Vertreter des Staates. Sie werden zum Teil vom Staatssekretär für Finanzen ernannt, damit die Interessen des Staatsschatzes vertreten seien, zum anderen Teil aber von der Nationalversammlung gewählt, damit auch die allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen ihre Vertretung finden. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten auf der einen, die der Konsumenten auf der anderen Seite haben entgegengesetzte Interessen wahrzunehmen; denn jene werden hohe Löhne, diese niedrige Preise wünschen. Die Vertreter des Staates werden als Vermittler und Schiedsrichter zwischen den beiden Parteien stehen.

Dem auf diese Weise zusammengesetzten Verwaltungsrat wird die oberste Leitung des Industriezweigs zustehen: die Ernennung der leitenden Beamten, die Festsetzung der Warenpreise, die Abschließung der kollektiven Arbeitsverträge mit den Gewerkschaften und den Angestelltenorganisationen, die Verfügung über den Reingewinn und die Entscheidung über größere Investitionen. Besondere Vorkehrungen werden notwendig sein, damit die Verwaltungsräte bei der Ernennung der leitenden Beamten nicht aus persönlicher Gunst oder politischen Beweggründen entscheiden, sondern die tüchtigsten Techniker, Ingenieure, Chemiker erwählen. Dafür wird am zweckmäßigsten in folgender Weise vorgesorgt werden können: Die Lehrkörper der technischen Hochschulen und die leitenden technischen Beamten der gesamten Industrie bilden ein Kollegium. Dieses Kollegium hat vor jeder Ernennung eines leitenden technischen Beamten in einem vergesellschafteten Industriezweig seine Vorschläge zu erstatten. Der Verwaltungsrat des Industriezweigs ernennt dann eine der vorgeschlagenen Personen."

Nur wenig unterscheidet sich davon der Vorschlag, den die Mehrheit der ersten deutschen Sozialisierungskommission für die Verwaltung des zu sozialisierenden Kohlenbergbaus in ihrem Bericht vom 15. Februar 1919 machte. Es heißt dort:

„Es wird empfohlen, die gesamte deutsche Kohlenwirtschaft einem Kohlenrat zu unterstellen, der aus 100 Mitgliedern besteht und etwa viermal im Jahre zusammentritt. Je 25 dieser Mitglieder werden von den Betriebsleitungen, der Arbeiterschaft und den Konsumenten gewählt, die letzten 25 vom Reiche bestimmt. Von den Vertretern des Reiches sollen 10 durch das Parlament und der Rest vom Reichsministerpräsidenten, und zwar durch ihn persönlich, nicht durch einen Ressortminister, ernannt werden. Dabei ist darauf zu achten, daß von den Vertretern des Reiches höchstens ein Drittel Beamte sind. Die übrigen sollen aus verschiedenen Kreisen

der Wissenschaft, des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens gewählt werden. Als Konsumenten sind die industriellen Abnehmer, die kommunalen Werke, Verbraucherorganisationen usw. zu betrachten." (Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Bergbaus, Berlin 1920, S. 39.)

Die Verhältniszahlen der Vertretungen der einzelnen an der Produktion interessierten Faktoren sind natürlich kein Rührmichnichtan. In diesen Zahlen unterscheiden sich nicht nur der Vorschlag Bauer von dem der ersten Sozialisierungskommission, sondern auch der der Mehrheit der ersten von dem Vorschlag der Mehrheit der sozialistischen Mitglieder der zweiten Sozialisierungskommission. Danach sollten von den 100 Mitgliedern des Reichskohlenrats 15 (nicht wie im Vorschlag der ersten Kommission 25) von den Betriebsleitungen, 25 von den Arbeitern, 10 von den Angestellten gewählt werden. Dieser Vorschlag sieht also eine stärkere Vertretung der Arbeiter als der Betriebsleitungen vor.

Solche Details sind noch mannigfacher Variationen fähig. Andererseits muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Erfahrungen und theoretische Erwägungen noch manchen anderen Vorschlag der Sozialisierung zutage fördern werden.

Wie immer sie gestaltet sein mögen, sie alle werden, wenn sie zu befriedigenden Ergebnissen führen sollen, darin übereinstimmen müssen, daß kein Betriebszweig, kein Betrieb den in ihm beschäftigten Arbeitern allein überlassen wird, sondern daß neben ihnen auch den an ihm interessierten Konsumenten sowie der Gesamtheit und der Wissenschaft ein Mitbestimmungsrecht zusteht. Und stets wird es dabei vorzuziehen sein, daß dieses Bestimmungsrecht sich nicht bloß auf die Verfügung über das fertige Produkt, sondern auch auf den Produktionsprozeß selbst bezieht.

Wohl hat der Gildensozialismus ganz recht, wenn er sagt, daß der Arbeiter nicht bloß nach guten Arbeitsbedingungen, sondern auch nach Freiheit verlangt. Er will die Demokratie auch in der Industrie.

Aber die Demokratie bedeutet, das sieht auch Cole ein, nicht Anarchie, sondern Unterwerfung des Individuums unter die Beschlüsse der Mehrheit und unter die von ihr eingesetzten Leiter.

Er meint allerdings:

„Der Arbeiter ist nicht frei, solange ihm seine Aufseher und Direktoren von einer äußeren Gewalt aufgezwungen werden, möge diese ihm noch so mild begegnen. Er muß als notwendigen Schritt auf dem Wege der industriellen Selbstbefreiung das Recht verlangen, seine Leiter selbst zu wählen." (Selbstverwaltung in der Industrie, S. 176.)

Dem einzelnen Arbeiter werden auch bei höchster industrieller Demokratie seine Aufseher und Direktoren stets durch eine äußere Gewalt aufgezwungen werden, nämlich durch die Mehrheit.

Der Gildensozialismus macht hier freilich eine merkwürdige Unterscheidung. Die Mehrheit der Berufsgenossen ist für ihn keine „äußere Gewalt" dem einzelnen Arbeiter gegenüber, wohl aber die Mehrzahl der Klassengenossen, der Arbeiter aller Berufe, die in einer sozialistischen Gesellschaft gleichbedeutend sind mit der Masse der Konsumenten. Die Gesetze der Zunft sind für den Gildensozialismus Freiheit, die Gesetze der Gemeinschaft aller sind ihm unerträgliche Sklaverei. Er wird eben die Eierschalen des Syndikalismus nicht los, wenn er auch dessen Ablehnung des staatlichen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln überwunden hat.

f) Sozialismus und Profit.

Noch eine Frage ersteht für uns im Zusammenhang mit der des Einflusses der Arbeiter, der Konsumenten, des Staates auf die sozialisierten Betriebe: Wie sind deren Überschüsse zu verwenden? Und dürfen sie überhaupt Überschüsse machen?

Die Anhänger der gemeinwirtschaftlichen Betriebsform bejahen zumeist diese Frage. Otto Bauer in seinem „Weg zum Sozialismus" hält es für eine Selbstverständlichkeit, deren Notwendigkeit er nicht weiter erörtert, daß die vergesellschafteten Industriezweige Reingewinne machen.

„Ein Teil des Reingewinns wird selbstverständlich in jedem Jahre dazu verwendet werden müssen, den Produktionsapparat des Industriezweigs auszugestalten und zu vervollkommnen. Der Rest des Reingewinns aber wird geteilt werden zwischen dem Staat einerseits, den Arbeitern, Angestellten und Beamten, die in dem Industriezweig beschäftigt sind, andererseits."

Ähnlich sagt der sozialistische Vorschlag der zweiten Sozialisierungskommission in seinem § 4 von der zu begründenden deutschen Kohlengemeinschaft:

„Die Überschüsse fließen, soweit sie nicht im Einvernehmen mit der Reichsregierung zur Förderung der Kohlenwirtschaft verwendet werden, der Reichskasse zu."

Daran haben manche Sozialisten Anstoß genommen. So Edwin Carpow und Hermann Kranold in ihrer Schrift „Vollsozialisierung des Bergbaus", die eine Kritik der Vorschläge der Sozialisierungskommission darstellt. Die Verfasser sagen zu dem eben erwähnten § 4:

„Es wird also nicht die Beseitigung kapitalistischen Gewinns aus dem Kohlenbergbau überhaupt geplant, sondern es ist ein Staatskapitalismus an Stelle des Privatkapitalismus in Aussicht genommen. Es liegt ganz im Ermessen des Reiches, was es mit den Gewinnen der Kohlengemeinschaft, die ihm ausbezahlt werden, macht." (S. 6.)

Dementsprechend sagen die Verfasser auch in dem Gegenentwurf, den sie dem der Sozialisierungskommission entgegensetzen, in § 10:

„Überschüsse der deutschen Kohlengemeinschaft sind dem Betrieb der deutschen Kohlengemeinschaft wieder zuzuführen. Gewinnanteile werden nicht ausbezahlt."

Überschüsse an die Gesamtheit abzugeben, ist danach verwerflicher Staatskapitalismus.

Ähnliche Auffassungen konnten wir schon vor dem Kriege in bezug auf Gemeindebetriebe hören: es wäre verwerflich, aus ihnen Überschüsse zu erzielen. Das sei Profitwirtschaft, also das Gegenteil von Sozialismus.

Diese Auffassung geht noch von dem alten Grundsatz aus: Jedem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit.

Auch Cole nennt unter den vier Punkten, die die Reichsgilden dem Arbeiter sichern müssen, als vierten den „Anspruch auf das Produkt seiner Arbeit, gemeinsam mit seinen Kameraden („Selbstverwaltung usw.", S. 75).

Die Kritik, die Marx in seinem Programmbrief von 1875 an dem Anspruch des Arbeiters auf das Produkt seiner Arbeit übte, ist an den sozialistischen Theoretikern dieser Art spurlos vorbeigegangen.

Nun ist aber eines klar: Die politische Herrschaft des Proletariats wird große staatliche Aufwendungen für mannigfache Zwecke der Gemeinschaft mit sich bringen, auf die wir schon hingewiesen haben: eine Umwälzung des Wohnungswesens, Verbesserung und Erweiterung des Schulwesens sowie des Heilwesens, endlich eine umfassende Jugendfürsorge.

Bisher wurde als vornehmstes Mittel, Gelder für Staatszwecke aufzubringen, die Steuer betrachtet. Das soll für die genannten Sozialisten wohl auch weiter so bleiben. So bemerken auch die Carpow und Kranold höhnisch, die Überschüsse der Kohlenwirtschaft, die dem Reiche zuflössen, könnten wohl künftighin dazu verwendet werden, „reichen Leuten direkte Vermögens- und Einkommensteuern zu ersparen".

Es ist natürlich äußerst wahrscheinlich, daß ein proletarisches Regime, das genügend entschlossen und kraftvoll dem Kapitalismus entgegentritt, um den Kohlenbergbau zu sozialisieren, keine andere Sorge daneben kennen wird, als den reichen Leuten Steuern zu ersparen.

Aber etwas anderes ist zu beachten: Je weiter die Sozialisierung fortschreitet, desto mehr wird sie das Ausbeutungsgebiet des privaten Kapitals einengen und innerhalb dieses stets kleiner werdenden Gebiets durch wachsende Hebung der proletarischen Lebenslage den Lohn auf Kosten des Profits heben, die Profitrate senken.

Die Folge wird sein ständige Abnahme der Masse des Mehrwerts, die den Kapitalisten zufließt. Es ist nun ein Unding, diese Masse zu verringern und gleichzeitig von ihr eine ungeheure Vermehrung von Steuererträgen zu erwarten. Werden die riesigen Kosten der gemeinsamen sozialen Aufgaben des Staates unter einem proletarischen Regime durch Steuern aufgebracht, dann wird bei noch so hohen Vermögens- und Einkommensteuern der Reichen ein immer größerer Teil der Steuerlasten auf die Arbeiter fallen.

Nun wird ja bei unseren Voraussetzungen auch der Lohn entsprechend gestiegen und damit die Kraft der Arbeiter vermehrt sein, die erhöhten Steuern zu tragen. Ist es aber nicht eine Sinnlosigkeit, den Arbeitern der sozialisierten Betriebe um des sozialistischen „Prinzips" willen zuerst den Betrag der Steuer in ihren Löhnen auszuzahlen, um ihnen dann müh-

sam, in stetem Kampfe mit den Steuerträgern durch einen schwerfälligen und kostspieligen bureaukratischen Apparat den Betrag in hunderterlei verschiedenen Arten wieder abzunehmen?

Wenn die Zahl der sozialisierten Betriebe und die Menge ihrer Überschüsse einmal groß genug sind, die gesamten Ausgaben des Staates und der Gemeinden zu decken, dann wird der große bureaukratische Apparat, der heute dem Steuerwesen dient, ganz überflüssig. Damit würden wir einen sehr erklecklichen Teil jener staatlichen Bureaukratie los, deren Verminderung zu den dringendsten Aufgaben des siegreichen Proletariats gehört. Diese kostspieligen Kräfte würden frei zu produktiver Anwendung. Und um wieviel einfacher und harmonischer würde sich das Leben ohne die zahllosen Schikanen der Steuerveranlagung, Kontrolle, Einhebung gestalten.

In dieser Richtung würde die sozialistische Produktion noch dadurch sehr kräftig wirken, daß sie auch der Zölle entraten kann und damit des Heeres der Zöllner.

Die Finanzzölle, die ja nur Steuern sind, müßten bei einigermaßen gedeihender sozialistischer Produktion von vornherein fallen. Der Sozialismus wird ausgehen von industriell hochstehenden Staaten, die auch keine Erziehungszölle mehr brauchen und erst recht nicht Zölle zu dem Zweck, den großen Unternehmerverbänden Extraprofite zuzuschanzen.

So blieben nur die Zölle zum Schutze von Produktionszweigen, die im Lande deshalb nicht gedeihen können, weil sie dort die notwendigen natürlichen oder sozialen Bedingungen nicht finden. Zölle dieser Art haben nur den Zweck, die natürliche, geographische Arbeitsteilung und damit die Entwicklung der Produktivität der Arbeit zu hemmen, unproduktiven Betriebszweigen auf Kosten der Gesamtheit künstlich das Leben zu verlängern.

Die Abschaffung solcher Zölle mag mitunter für manche Kreise auch der Arbeiterschaft schmerzhaft sein. Das macht Vorsicht bei der Abschaffung erforderlich, spricht aber nicht gegen diese selbst.

Der Verzicht auf jede Abgabe von Überschüssen sozialisierter Betriebe an das Gemeinwesen würde dessen Aufsteigen zu höheren Formen sehr hindern und die Fütterung eines

umfangreichen Beamtenapparats mit sehr weitgehenden Befugnissen gegenüber dem einzelnen Bürger nötig machen. Dieser Verzicht auf Überschüsse ist keineswegs gleichbedeutend mit Sozialismus.

Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus besteht nicht darin, daß der eine Profite erzielt und der andere nicht, sondern darin, daß der eine Profite für einzelne erzielt und der andere Profite für die Gemeinschaft. Das dürfte doch schon ein sehr erheblicher Unterschied sein.

Doch ist er nicht der einzige in bezug auf Profit. Ein anderer besteht in folgendem: Unter dem Kapitalismus sind Betriebe nur dann lebensfähig, wenn sie Profit erzielen. Der Profit ist die Seele der Wirtschaft. Einzelne Betriebe oder Betriebszweige mögen noch so nützlich für die Allgemeinheit sein, sie können sich nicht behaupten, wenn es ihnen nicht gelingt, die durchschnittliche Profitrate zu erzielen. Auf der anderen Seite findet jeder Betrieb das nötige Kapital und fröhliches Gedeihen, wenn er genügenden Profit abwirft, er mag für die Gesellschaft noch so verächtlich oder schädlich sein.

Das ist anders in einer sozialistischen Organisation des Produktionsprozesses. Die Leitung eines sozialisierten Betriebs hat es nun in der Hand, jede schmähliche oder schädliche Anwendung seiner Produktionsmittel hintanzuhalten, auch wenn sie noch so viel Profit verspricht. Das wird um so eher der Fall sein können, je mehr auf ihn nicht bloß die Produzenten des einzelnen Produktionszweigs, sondern auch die Gesamtheit der Konsumenten Einfluß haben.

Andererseits vermag aber die sozialisierte Produktion einzelne Betriebe oder Betriebszweige fortzuführen, die ihr nützlich erscheinen, auch wenn sie keinen Profit abwerfen, vielleicht sogar Zuschüsse erheischen. Die Errichtung von Schulen, der Bau von Landstraßen und Brücken ist für Staat und Gemeinden nie ein profitables Geschäft gewesen. Ein sozialistisches Gemeinwesen wird und muß trachten, auch sonstige Einrichtungen allgemeinen Bedarfs oder höherer Kultur allen ohne oder gegen geringes Entgelt zugänglich zu machen.

Daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß die Frage des Profits, des Überschusses für die städtischen und kommu-

nalen Betriebe gleichgültig sei. Heute können staatliche oder kommunale Einrichtungen, die sich nicht selbst decken, nur betrieben werden mit Hilfe von Steuern auf den einzelnen, die um so höher steigen, je größer die Leistungen jener Einrichtungen für die Allgemeinheit. Je mehr die Sozialisierung fortschreitet, je mehr Betriebszweige in den Besitz des Staates und der Gemeinden übergehen, desto mehr wird man den kostspieligen Umweg der Steuer für die Gewinnung von Staats- und Gemeindeeinnahmen verlassen, und desto abhängiger werden die öffentlichen Finanzen von den Überschüssen der öffentlichen Betriebe sein. *Einzelne* Betriebe und Betriebszweige mögen dann ohne Überschuß, ja mit starken Zuschüssen arbeiten. Für ihre *Gesamtheit* ist das unmöglich. Je größer die Zuschüsse für die einen, desto größer müssen die Überschüsse der anderen sein.

Die Überschußwirtschaft ist also nicht nur nicht unsozialistisch: je gewaltiger die sozialen Aufgaben, die dem sozialistischen Regime gestellt werden, desto erheblicher werden die Überschüsse sein müssen, die seine sozialisierten Betriebe in ihrer *Gesamtheit* zu liefern haben.

Aber der Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird nicht bloß darin bestehen, daß hier die Profite einzelnen Kapitalisten, dort der Gesamtheit zufallen, und daß hier die Betriebe bloß wegen des Profits, ohne Rücksicht auf ihre Schädlichkeit und Nützlichkeit betrieben werden, indes dort nur die für die Gesamtheit nützlichen Betriebszweige erhalten, die für sie schädlichen zum Stillstand gebracht werden, ohne Rücksicht auf den Profit. Zu diesen Unterschieden gesellt sich noch der, daß die nächstliegende Methode für den Kapitalisten, seinen Mehrwert zu steigern, die Verschlechterung der Lage seiner Arbeiter ist, Reduzierung ihres Lohnes, Verlängerung ihrer Arbeitszeit. Das ist natürlich in einem sozialisierten Betrieb ausgeschlossen. Wohl hat er nicht die Aufgabe, auf Kosten der anderen Arbeiter eine privilegierte Arbeiteraristokratie zu schaffen, aber es gebührt ihm, ein Musterbetrieb zu sein in jeder Beziehung, nicht zum mindesten in bezug auf die Lage seiner Arbeiter. Ihre geistige und physische Hebung muß zu den Hauptsorgen der Leitung der sozialisierten Betriebe gehören. Sie darf nach Überschüssen nur trachten durch

möglichste Vollkommenheit ihrer technischen Einrichtungen, durch die möglichste Verbesserung ihrer Organisation, durch Maßregeln, welche die Kraft und Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter steigern. Sie kann darin mehr leisten als der kapitalistische Betrieb, weil sie nicht auf die Gegnerschaft, sondern auf die Mitarbeit ihrer Arbeitskräfte bei der Einrichtung und Durchführung des Produktionsprozesses aufgebaut ist.

Die sozialisierten Betriebe in ihrer Gesamtheit sollen und müssen Überschüsse erzielen. Aber sie können und dürfen sie nicht erzielen durch vermehrte Arbeiterschinderei, sondern durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit, durch Maßnahmen, die bewirken, daß gleicher Arbeitsaufwand höheres Produkt bringt.

g) Die Ausbreitung der Sozialisierung.

Die Sozialisierung wird von wenigen Punkten aus beginnen müssen. Aber es liegt in ihr ein Drang nach steter Ausdehnung. Nicht nur infolge des Druckes der Arbeiterklasse, sondern auch aus ökonomischen Erwägungen heraus.

Schon in der kapitalistischen Produktionsweise finden wir neben dem steten Streben nach Erweiterung der einzelnen Betriebe das nach Annäherung verschiedener Betriebe aneinander und nach ihrer Zusammenfassung unter einer gemeinsamen Leitung — teils Zusammenfassung von Betrieben gleicher Art, was man ihre horizontale, teils Zusammenfassung von Betrieben verschiedener, aber aufeinander angewiesener Art, was man ihre vertikale Verbindung nennt.

Die Zusammenfassung von Betrieben gleicher Art geschieht hauptsächlich zu dem Zwecke, die Konkurrenz auszuschalten, die Produktion einzuschränken, dadurch die Preise über das Niveau hinaufzutreiben, das sie bei freier Konkurrenz erzielen würden, und so Extraprofite über den Durchschnittsprofit hinaus zu erzielen. Nur dort, wo der Großbetrieb so hoch entwickelt ist, daß die Zahl der einzelnen Betriebe gleicher Art im Staate eine geringe ist, oder wo natürliche Umstände die Zahl der vorhandenen Betriebe einschränken, wie oft im Bergbau, finden wir Vereinigungen dieser Art.

Sie wirken indes nicht bloß durch Einschränkungen der Produktion, sondern auch dadurch, daß sie mit der Konkur-

renz auch deren Kosten des Suchens und Anlockens der Abnehmer für jeden einzelnen Betrieb, die Kosten von Annoncen, Reklamen, Geschäftsreisenden usw. aufheben. Wo die Zusammenfassung der Betriebe zur Vertrustung geht, wo die einzelnen Betriebe völlig ihre Selbständigkeit verlieren, kann sich zu diesem Vorteil noch der hinzugesellen, daß die ganze Produktion auf die besteingerichteten, ertragreichsten Produktionsstätten konzentriert wird und die schlecht ausgestatteten außer Betrieb gesetzt werden.

Bei sozialisierten Betrieben wird das Bedürfnis nach Zusammenfassung zum Teil ebenfalls, wie bei diesen kapitalistischen, durch Vorteile größerer Produktivität und Kostenersparnis hervorgerufen werden. Die natürlichen Ausgangspunkte der Sozialisierung werden ohnehin meist Betriebszweige sein, bei denen Kartellierung oder Vertrustung schon erreicht ist. Aber unter Umständen wird sie auch mit Einzelbetrieben beginnen müssen.

Neben dem Bestreben nach höherer Produktivität wird bei den sozialisierten wie bei den kapitalistischen Betrieben auch das nach Ausschaltung der Konkurrenz für ihre Zusammenfassung wirksam sein. Jedoch hier nicht in dem gleichen Sinne wie dort. Die sozialisierten Betriebe haben keine Veranlassung, nach Ausschaltung der Konkurrenz auf dem Markte zu trachten, um das Angebot hinter der Nachfrage zurückstehen zu lassen, dadurch die Preise zu erhöhen und Extraprofite zu erzielen: dagegen würden sich die Konsumenten energisch wehren, die in den sozialisierten Betrieben ein kräftig Wörtlein mitzureden haben.

Aber gerade weil dies der Fall, kann die Ausschaltung der Konkurrenz ohne Schaden für das Gemeinwesen erfolgen, während in der kapitalistischen Produktion die Aufhebung der Konkurrenz gerade jenen Faktor beseitigt, dem ihre größten Errungenschaften auf dem Gebiet der Entwicklung der Produktivkräfte zu danken sind und ohne den die Schädlichkeiten des Kapitalismus auf die Spitze getrieben werden.

Die sozialisierten Betriebe müssen trachten, die Konkurrenz auszuschalten, nicht um die Konsumenten zum Vorteil der Produzenten zu schröpfen, sondern weil der Konkurrenzkampf auf dem Markt eine persönliche Initiative im Zirku-

lationsprozeß der Waren erheischt, die am besten bei privatem Eigentum an Produktionsmitteln und Produkten gedeiht und die einen schwachen Punkt des sozialisierten Betriebs darstellt, wie wir schon gesehen haben. Das spricht natürlich nicht gegen die Sozialisierung, wohl aber gegen die Sozialisierung auf der Basis der Konkurrenz. Beginnt das Sozialisieren am besten dort, wo bereits die kapitalistische Entwicklung die Konkurrenz aufgehoben hat, so müssen vereinzelt sozialisierte Betriebe das Bestreben haben, die mit ihnen konkurrierenden privaten Betriebe in das Bereich der Sozialisierung mit einzubeziehen.

Neben dieser horizontalen Zusammenfassung verspricht aber auch die vertikale höchst wichtig zu werden.

Bei der heutigen weitgetriebenen Arbeitsteilung ist die Herstellung eines Produkts selten auf einen Betrieb beschränkt. Die meisten Produkte müssen vom Rohmaterial an eine Reihe von Betrieben durchlaufen, bis sie für den letzten Verbrauch fertig sind. In der Reihenfolge der einzelnen Betriebe steht immer der eines späteren Stadiums des Produkts demjenigen, der es oder einen seiner Bestandteile im vorhergehenden Stadium produziert, als Konsument dem Produzenten gegenüber.

Wie das Interesse der Konsumenten im allgemeinen dann am besten gewahrt wird, wenn sie selbst über die Produktionsmittel der Produkte verfügen, die sie konsumieren, so ist das auch mit diesen produktiven Konsumenten der Fall. Wenn ein Betrieb die Gegenstände selbst erzeugt, die er verbraucht, oder wenn sein Eigentümer auch jene Betriebe besitzt, die solche Gegenstände erzeugen, ist er sicher, sie stets in der nötigen Quantität und Qualität zu erhalten, da ja dann die Produktion die Hilfsbetriebe nach den Bedürfnissen des von ihnen bedienten Betriebs einrichten wird.

Seit dem Aufkommen der Unternehmerverbände kommt noch ein weiteres Moment dazu. Diese suchen ihrem Betriebszweig Extraprofite zuzuschanzen, die jeden Betrieb belasten, der ihre Produkte verarbeitet. Dem entgeht der konsumierende Betrieb, wenn er über die Betriebe seiner Lieferanten selbst verfügt. Er erspart die Extraprofite des Kartells oder Trusts, steckt sie entweder selbst ein oder vermag um ihren Betrag sein Produkt billiger herzustellen und so die Konkurrenz zu schlagen.

Dem stehen allerdings in hohem Grade die Bedingungen der Arbeitsteilung entgegen, die dahin führten, daß ein ehemals einheitlicher Produktionsprozeß, der in einem einzigen Betrieb vollzogen wurde, sich jetzt in eine Reihe von Teilprozessen gespalten hat, die in einer Reihe selbständiger Betriebe vor sich gehen.

Die Vorteile der Arbeitsteilung, der Spezialisierung sind offenkundig, aber eine jede Arbeitsteilung unter einzelnen Betrieben setzt eine bestimmte Ausdehnung des Marktes voraus. Je kleiner die Betriebe eines Produktionszweigs im allgemeinen, je kleiner also der Konsum an Produktionsmitteln des einzelnen Betriebs, desto größer wird die Zahl der Betriebe sein müssen, für die ein einzelner Produktionsmittel erzeugt. Nur ein sehr großer Betrieb wird imstande sein, wenigstens einzelne Produktionsmittel selbst herzustellen oder sich Betriebe anzugliedern, die solche Produktionsmittel erzeugen.

Das Bestreben, Betriebe zusammenzufassen, die in einer Reihenfolge nacheinander dem gleichen Produktionsprozeß dienen, ersteht daher erst mit den modernen Riesenbetrieben und ist auf sie beschränkt.

Was heute schon für die kapitalistischen Betriebe gilt, wird erst recht Geltung bekommen für die sozialisierten, namentlich dort, wo nicht einzelne Betriebe sozialisiert werden, sondern ein ganzer Betriebszweig, der nicht nur einer gemeinsamen Leitung unterstellt ist, sondern dessen Betriebe auch alle den gleichen Eigentümer haben, den Staat (oder die Gemeinde). Da bekommt das Streben nach vertikaler Zusammenfassung ganz außerordentliche Kraft und sehr erweiterte Möglichkeiten vorteilbringender Durchführung. Es wird nicht darunter leiden, sondern dadurch verstärkt werden, daß die enge Verschlingung verschiedener Produktionszweige miteinander es mitunter schwierig macht, den einen ganz gesondert von den anderen zu sozialisieren.

So sind zum Beispiel die Eisenwerke in hohem Grade abhängig von richtiger Qualität der Kohle und ihrem billigen Preis. Das hat dazu geführt, daß eine Reihe von Eisenwerken eigene Kohlengruben erworben hat, die sogenannten Hüttenzechen. Bei der Sozialisierung der Kohlengruben ersteht nun die Frage: Soll sie sich auch auf die Hüttenzechen erstrecken?

Wer aber diese Frage bejaht, wird leicht zur Konsequenz getrieben: Warum bei der Kohle stehenbleiben und mit den Hüttenzechen nicht auch die Hütten selbst sozialisieren? Alfons Horten hält es für notwendig, daß man nicht bloß die Kohle allein sozialisiert, sondern Kohle, Eisen und Stahl zusammen. Es erscheint ihm jedoch unmöglich, dieses ganze ungeheure Produktionsgebiet auf einmal zu sozialisieren. Im Gegensatz zu den meisten anderen Vorschlägen will er jedoch nicht einen dieser Produktionszweige nach dem anderen sozialisieren, sondern sie alle gleichzeitig, aber nur zum Teil, zunächst etwa 10 bis 15 Prozent der vorhandenen Kohlen- und Eisenwerke (Horten, Sozialisierung und Wiederaufbau, S. 45, Berlin 1920).

Grundsätzlich wäre dieser Vorschlag nicht von vornherein abzulehnen. Ob er praktisch zweckmäßig ist, müssen die Fachleute entscheiden. Viel Gegenliebe hat er bisher nicht gefunden.

Aber wie dem auch sei, eines ist jedenfalls klar: die Sozialisierung der Kohle enthält in sich schon das Verlangen nach Sozialisierung des Eisens.

Derselbe Drang wird sich von einem anderen sozialisierten Betriebszweig aus geltend machen: von seiten der Eisenbahn. Sie ist ein so starker Verbraucher von Eisen, Schienen, Schwellen usw., ihr Betrieb und ihre Rentabilität so sehr abhängig von den Qualitäten und den Preisen der Eisenprodukte, daß die Sozialisierung der Eisenproduktion für sie eine fühlbare Erleichterung bilden wird. Wenn die bürgerlichen Regierungen für ihre Staatseisenbahnen bisher noch nicht dahin gestrebt haben, so liegt das wohl namentlich daran, daß erstens die Wirtschaftsführung der staatlichen Bureaukratie keine guten Resultate erzielte, zweitens aber daran, daß die Schwerindustrie bisher zusammen mit der Kohle die stärkste Macht in den meisten kapitalistischen Staaten darstellte. Kohle und Eisen sowie (in Frankreich, England, Amerika) die Eisenbahnen bilden die Hochburgen des Kapitalismus. Sind ihm die entrissen, dann ist die Macht der Finanzmagnaten gebrochen. Wenn in Deutschland und Österreich die Eisenbahnen trotz dem kapitalistischen Widerstand schon seit längerer Zeit verstaatlicht wurden, ist es nicht der Macht der Arbeiterklasse, sondern der des Militarismus zuzuschreiben, der dieser Werkzeuge der Kriegführung bedurfte und noch stärker war als das Großkapital.

In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, in denen die meisten der preußischen Privatbahnen verstaatlicht wurden, besaß das Kapital noch nicht jene Kraft wie heute. In anderen Staaten war es die infolge ökonomischer Rückständigkeit voraussichtliche geringe Rentabilität der Eisenbahnen, die veranlaßte, daß viele von ihnen von vornherein als Staatsbahnen gebaut wurden. In allen Militärmonarchien aber versöhnte sich das Großkapital mit den Staatsbahnen, weil es den Landmilitarismus verehrte, dessen das Großkapital wenigstens in England und Amerika nicht bedurfte.

Jetzt, nach dem Verlust des Weltkriegs, wo die deutschen Eisenbahnen jede militärische Bedeutung verloren haben, wagt es das deutsche Großkapital, wieder nach den Staatsbahnen zu greifen. Jetzt ist es an den Arbeitern, das Staatseigentum an ihnen zu verteidigen aus anderen als militärischen Gründen.

Gesellt sich zu der Sozialisierung der Eisenbahnen die der Kohle, dann muß das Eisen nachfolgen. Hier werden die Entscheidungsschlachen der Sozialisierung geschlagen werden.

Dazu wird eine große Macht der Sozialdemokratie im Staat notwendig sein. Solange die Arbeiter gespalten sind und zeitweise Koalitionsregierungen in Frage kommen, ist die Sozialisierung von Kohle und Eisen kaum zu erwarten.

Wir rufen nicht nach Waffengewalt und Konfiskation, um das Kapital aus seinen Herrschaftsgebieten zu vertreiben. Aber es ist ein Unding, diese Leistung von einer sozialdemokratischen Partei zu verlangen, solange diese nicht die politische Übermacht im Staate besitzt, das heißt, solange sie nicht die entschiedene Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, nicht deren begeistertes Zutrauen besitzt.

Die meiste Macht wird das Proletariat aufwenden müssen, um Kohle und Eisen, in England und Amerika auch die Eisenbahnen dem Kapital zu entreißen. Ist das gelungen, dann bestehen für das Weitertreiben der Sozialisierung sicher bei einzelnen Betriebsarten noch große ökonomische Schwierigkeiten. Als Machtfrage aber ist die Sozialisierung dann entschieden.

Erweist sich die Sozialisierung auf den drei genannten Gebieten als ökonomisch vorteilhaft, dann kann ihren Fortschritt

in einem vom Proletariat beherrschten Staate nichts mehr aufhalten.

So liegt es nahe, daß Eisen und Eisenbahnen dann den vertikalen Aufbau fortsetzen, daß die Eisenproduktion sich Zweige der Eisenverarbeitung angliedert und die Eisenbahn daran geht, ihre Lokomotiven und Waggons selbst in Staatsbetrieben herzustellen, die ihre Autonomie jedoch nicht verlieren sollen. Um die Darstellung nicht unnötig zu erweitern, sehen wir davon ab, welche Antriebe zur Sozialisierung die Elektrifizierung der Eisenbahnen und die Verstaatlichung der Wasserkräfte nach sich zieht.

Sind die Eisenbahnen als gemeinwirtschaftliche Betriebe von sozialistischem Geiste durchtränkt, dann werden ihre Verwaltungen noch weiter gehen. Für eine Reihe von Bahnbediensteten, die dem Publikum als solche erkennbar sein müssen, sind Uniformen notwendig. Es wäre wohl höchst zweckmäßig, die Deckung dieses Bedarfs nicht privaten Firmen zu überlassen, sondern der Gewerkschaft der Schneider zu übergeben, die damit die Funktionen einer Gilde im Sinne des Guildensozialismus übernimmt.

Bei der Kohle wieder weist ihre chemische Weiterverarbeitung und Verwertung in das Gebiet der chemischen Industrie hinüber.

Ähnlich wird es bei der kommunalen Sozialisierung gehen. Aus der Kommunalisierung der Brotfabriken folgt die der Mühlen, die ihnen das Mehl liefern. Von da zur Sozialisierung des Mehlhandels an private Konsumenten entweder durch kommunale oder konsumgenossenschaftliche Organe ist nur ein Schritt. Daß die kommunalisierten Straßenbahnen ebenso wie die Staatseisenbahnen zu festen Abnehmern der Produkte von staatlichen Schienenwalzwerken und Waggonfabriken werden, ist selbstverständlich.

Wo der Bedarf sozialisierter Werke einer Gemeinde allein nicht ausreicht, um eine Fabrik hinreichend zu beschäftigen, wird es notwendig werden, kommunale Unternehmungen gleicher Art zu einem Verband zusammenzuschließen, für den eine sozialisierte Fabrik arbeitet, die entweder dem Staat oder den vereinigten Gemeinden gehört. Hier werden namentlich Werke der elektrotechnischen Industrie in Betracht kommen.

Die Elektrifizierung der Eisenbahnen würde von vornherein die Verstaatlichung dieser Werke notwendig machen.

Daß die Gemeinden auch die Deckung ihres Bedarfs an Uniformen der Schneidergilde übergeben würden, wäre unter den gegebenen Verhältnissen wohl selbstverständlich.

Eine große und fruchtbare Aufgabe wird unter dem proletarischen Regime den Gemeinden auf dem Gebiet des Wohnungsbaus zufallen. Darauf haben wir schon mehrfach hingewiesen, ebenso wie darauf, daß das die Gemeinden veranlassen wird, die Baugilde als Bauunternehmer zu betrachten, dem die Errichtung kommunaler Häuser unter bestimmten Bedingungen zugewiesen wird. Wir haben auch schon darauf hingewiesen, daß daraus die Kommunalisierung oder Verstaatlichung der Zementfabriken, Ziegeleien usw. folgen müßte.

Neben dem Wohnungswesen wird die Sozialisierung des Gesundheitswesens eine der großen Aufgaben des sozialistischen Regimes sein, deren Lösung nicht bloß der Lohnarbeiterschaft, sondern der ganzen großen Masse der Bevölkerung zugute käme. Das Gelingen dieser Lösung bringt es mit sich, daß die Organisationen der öffentlichen Heilpflege auch den Vertrieb der Heilmittel an Private zu einer sozialisierten Funktion machen und damit dem Skandal des staatlich eingerichteten privaten Monopols der Apotheker ein Ende bereiten. Auf der anderen Seite wird daraus aber auch das Bestreben entstehen, die Fabrikation der Heilmittel selbst ebenfalls nach Möglichkeit zu sozialisieren, was wiederum in die chemische Industrie hinübergreift.

Die dritte große Aufgabe, die von der Proletarierherrschaft im Interesse nicht bloß der Lohnarbeiter allein, sondern der großen Mehrheit des Volkes zu erfüllen sein wird, ist die Hebung des allgemeinen Kulturniveaus, namentlich durch Ausdehnung und Verbesserung des Schulwesens. Das wird, wie schon bemerkt, die Notwendigkeit mit sich bringen, die Schüler mit Lehrmitteln zu versehen und auch den Erwachsenen solche Mittel zur Höherbildung zu liefern, über die allgemeine Übereinstimmung besteht. Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bevölkerung, namentlich politische oder ökonomische, sind nicht durch Verbreitung einer Staatsmeinung auszufechten.

Im Jahre 1869 erklärte Marx in einer Diskussion des Generalrats der Internationale über das Erziehungswesen unter anderem:

„Politische Ökonomie und Religion sollten in den niederen Schulen nicht gelehrt werden, ja auch nicht in den höheren; man müsse es den Erwachsenen überlassen, sich auf diesen Gebieten zu bilden; die Belehrung darüber gehöre in den Hörsaal, nicht in die Schule. Nur die Naturwissenschaften, nur Wahrheiten, die von allen Parteivorurteilen unabhängig seien und bloß eine Deutung zuließen, gehörten in die Schule." (Nach dem Bericht des Londoner „Beehive" vom 21. August 1869.)

Es ist bezeichnend für den Bolschewismus, daß er nicht nur den Kommunismus als Staatsreligion durch Staatsorgane in Schule und Presse predigen läßt, sondern daß er die Äußerung jeder anderen Meinung als die seine innerhalb seines Machtbereichs überhaupt streng verpönt. Ein derartiges Verfahren ist begreiflich bei Herrschern, die noch des naiven Wahnes leben, sie seien im Besitz einer ihnen von der Gottheit geoffenbarten absoluten Wahrheit. Es ist eine Schande für Menschen, die behaupten, auf dem Boden der modernen Wissenschaft zu stehen.

So vieles in unserer Wissenschaft und Kunst auch umstritten ist, so verfügt unsere Kultur doch zum Glück über einen großen Schatz von Leistungen, die entweder völlig unbestritten sind oder doch das moderne Denken so sehr beherrschen, daß niemand auf seine Höhe zu gelangen vermag, der sie nicht kennt. Um nur ein Beispiel zu nennen: so sehr die Meinungen über Goethe und sein Werk auseinandergehen, der ist als Deutscher kein Kulturmensch, der nicht wenigstens seine wichtigsten Schriften gelesen hat.

Es wird Aufgabe der Bildungseinrichtungen des Staates und der Gemeinden sein, denjenigen, die in diesen Einrichtungen Belehrung suchen, Schreibmaterial, Lehrbücher, Klassiker ohne Entschädigung zu übergeben.

Ein Staatswesen, das nicht abergläubische Ehrfurcht vor dem privaten Profit hat, wird selbstverständlich trachten, diesen ungeheuren Bedarf durch eigene sozialisierte Produktionsstätten zu befriedigen. Wenn man bedenkt, wie groß heute schon daneben der Papierverbrauch staatlicher und kommu-

naler Einrichtungen ist, dann führt dieses Anschwellen des Papierverbrauchs für soziale Zwecke von selbst zur Sozialisierung der Papierfabriken.

Neben alledem wird sich natürlich die heute schon einsetzende Eigenproduktion der Konsumvereine erweitern. Vielfach werden sie die berufenen Organe sein, die für den persönlichen Konsum fertigen Produkte staatlicher und kommunaler Wirtschaft den einzelnen Konsumenten zugänglich zu machen.

So wird sich das Netz der sozialisierten Produktion für die Zwecke der Bedarfsdeckung der Bevölkerung im Staate von Jahr zu Jahr ausdehnen, das Bereich der kapitalistischen Produktion wird immer mehr eingeengt und diese Produktion durch den zunehmenden ökonomischen Druck und Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, den die sozialisierte Produktion übt, immer mehr gezwungen, die Arbeitsbedingungen, die sie gewährt, denen der sozialisierten Musterbetriebe anzupassen. Die Funktionen und die Bedeutung der Betriebsräte in den kapitalistischen Betrieben werden ständig zunehmen, ebenso wie der Einfluß der Konsumentenorganisationen auf sie und die Notwendigkeit, sich in den Zusammenhang der sozialisierten Betriebe einzufügen. Hand in Hand damit geht wachsende Durchsichtigkeit des Gesamtprozesses der Produktion, eine immer genauere und umfassendere Statistik der Produktion und des Verbrauchs, da die sozialisierten Produktionszweige öffentliche Einrichtungen ohne Geschäftsgeheimnisse sind. So erwachsen die Elemente einer allumfassenden sozialistischen Planwirtschaft.

Es ist heute noch nicht abzusehen, wie lange dieser Entwicklungsprozeß dauern wird. Man kann auch nicht mit Bestimmtheit voraussagen, daß künftighin alle Produktion sozialisiert sein werde. Ein großer Teil der künstlerischen und wissenschaftlichen Produktion wird individuelle Tat bleiben, obwohl auch auf diesen Gebieten Arbeitsteilung und Kooperation, also gesellschaftliche Produktion zunehmen.

Doch abgesehen von der Produktion des vereinzelten Dichters, Komponisten, Malers usw., können auch Betriebe mit Lohnarbeit sich inmitten einer sozialistischen Gesellschaft erhalten. Aber sie werden ganz anderer Art sein müssen als die heutigen kapitalistischen. Denn sie können sich dann nur in

solchen Betriebszweigen lebensfähig erweisen, in denen der einzelne Betrieb nicht eines großen Kapitals, wohl aber einer überragenden Persönlichkeit zu seiner Leitung bedarf; einer Persönlichkeit, die anziehend auf ihre Hilfskräfte wirkt und ihnen mindestens ebenso gute Arbeitsbedingungen zu bieten weiß als die sozialisierten Betriebe. Nicht sein Kapitalbesitz, sondern seine Persönlichkeit wird dann dem Betriebsleiter seine Stellung verleihen, und nicht Mangel wird ihm seine Hilfsarbeiter zuführen.

Im Laufe der sozialistischen Entwicklung werden neue Erfahrungen, neue Probleme, neue Möglichkeiten auftauchen, von denen wir noch keine Ahnung haben. Sie dürften die unendliche Mannigfaltigkeit der Produktionsformen noch steigern, die wir heute schon voraussehen können und die aus der weitgetriebenen Arbeitsteilung erwächst, auf der der industrielle Kapitalismus fußt. Wir wollen wohl die Klassengegensätze abschaffen, nicht aber Produktion oder Konsum einförmiger gestalten. Das wäre ein Rückschritt.

Das Tempo des Fortganges der Sozialisierung in einem bestimmten Lande vorauszusehen, ist natürlich absolut unmöglich. So zutreffend sich die Marxschen Prophezeiungen über die Richtung der Entwicklung erwiesen haben, so sehr haben sie häufig geirrt in bezug auf ihr Tempo. Die Dinge entwickeln sich geschichtlich meist langsamer, als die Theorie erwarten läßt, die ja nicht in der Lage ist, alle etwaigen störenden Zwischenfälle im vorhinein in Rechnung zu ziehen.

Auf jeden Fall wird die Sozialisierung um so rascher vor sich gehen können, je reifer die Arbeiter sind, je besser sie ihre Aufgaben verstehen und ihnen gerecht werden. In der Beziehung kann heute schon große Vorarbeit geleistet werden in den Betriebsräten, die nicht bloß als Machtpositionen gegenüber dem Kapital aufgefaßt werden dürfen oder gar bloß als Mittel, das Kapital zu ärgern, sondern vor allem als Schulen, um die Proletarier mit den Aufgaben, den Bedingungen und Methoden der Betriebsführung bekannt zu machen.

Was neben den Betriebsräten namentlich die städtischen Arbeiter dafür tun können, um später den Fortgang der Sozialisierung zu erleichtern, haben wir schon gezeigt.

Von der augenblicklichen Art des Wirkens der Betriebsräte und städtischen Arbeiter hängt daher ungeheuer viel für die Anfänge des Sozialismus ab. Von der Höhe ihres Pflichtgefühls, nicht minder aber von der Höhe ihrer ökonomischen Einsicht.

Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß die kapitalistische Welt keine gute Schule des Gemeinsinns ist, auch nicht für Arbeiter. Allerdings, der Klassenkampf erweckt starke Gefühle der Solidarität, aber doch nur für den Kampf. Gemeinsinn und Gemeinsinn können zwei verschiedene Dinge sein, je nach der Gemeinschaft, auf die er sich bezieht. Bei dem einen Arbeiter stärkt der Klassenkampf bloß das Gefühl der Solidarität mit der Gewerkschaft, bei anderen wohl das Gefühl der Solidarität mit der ganzen Klasse, aber das braucht nicht auch starken Gemeinsinn für Staat und Gemeinde hervorzurufen. Der Staat stand bisher den Arbeitern als Gegner gegenüber. Erst wenn sie ihn erobert haben, wird ihr Gemeinsinn sich ihm mit größerer Kraft zuwenden. In den Anfängen der Sozialisierung wird man daher den Gemeinsinn der Arbeiter dem Staat und der Gemeinde gegenüber keiner zu starken Belastungsprobe aussetzen dürfen. Namentlich nicht in ökonomischen Dingen. Große Kämpfe rufen auch große Leidenschaften, Heroismus und selbstlose Hingabe hervor. Das bleierne Einerlei der Erwerbsarbeit des Alltags ist dagegen nicht dazu angetan, große Tugenden zu gebären.

Die Bolschewiki suchten, dank der Eigenart ihres Marxismus, den mangelnden Gemeinsinn der Arbeiter bei der Produktion aufzupeitschen durch flammende Moralpauken. Das hat natürlich nicht die mindeste dauernde Wirkung gehabt. Dann griffen sie zur Zwangsarbeit. Für diese Revolutionäre sind wie für den Philister Sittensprüchlein und Polizei die Mittel der Erzeugung von Tugend.

So förderlich für den Erfolg der Sozialisierung ein hoher Grad von Gemeinsinn der Arbeiter ist, so hängt dieser doch vielfach von Faktoren ab, die wir nicht nach Belieben schaffen können. Was wir Sozialisten aber auf jeden Fall können, ist das Verbreiten ökonomischer Einsicht unter den Arbeitern.

Diese ist wie in der bürgerlichen Welt, so auch in der proletarischen durch das militärische Denken, durch das Über-

schätzen dessen, was die Macht vermag, leider sehr in den Hintergrund gedrängt worden. Daher die Sinnlosigkeiten hier des Bolschewismus und dort der Friedensverträge mit ihren Ausläufern. Nicht die Bösartigkeit, sondern die Unwissenheit ist der schlimmste Feind der Menschen, und namentlich ökonomische Unwissenheit.

Je mehr die Arbeiter die ökonomischen Gesetze erkennen; je vollkommener sie mit den ökonomischen Zuständen ihres Landes im besonderen und der Welt in allgemeinen vertraut sind; je besser sie ökonomisch zu rechnen verstehen, je klarer sie die Grenzen des in jedem gegebenen Moment Möglichen sehen; je kraftvoller sie daher alle ihre Kräfte auf das jeweilig Erreichbare konzentrieren, desto eher werden sie nicht als Schuljungen handeln, die jede Arbeit fliehen und zu jedem Unfug aufgelegt sind, sobald sie die Rute des Schulmeisters nicht mehr über sich fühlen, sondern sie werden sich als reife Männer bewähren, die aus freiem Entschluß alles Erforderliche leisten, sobald es ihnen gelingt, zur politischen auch die ökonomische Freiheit hinzuzuerobern.

Zu diesem Zwecke müssen wir immer wieder verlangen: Verbreitung ökonomischen Denkens und Wissens in den Massen.

9. Die Landwirtschaft.

a) Der Wald.

Wir hatten bisher bei der Sozialisierung nur das Verkehrswesen, den Bergbau und die Industrie im engeren Sinne im Auge. Von der Landwirtschaft aber sahen wir ganz ab. Und doch umfaßt sie in vielen Staaten noch den größten Teil der Bevölkerung, bildet sie auch in den industriellsten den stärksten aller Produktionszweige. So umfaßte im Deutschen Reich 1907 die Landwirtschaft 9 732 000 Erwerbstätige, das nächststärkste Gewerbe, das Baugewerbe dagegen nur 1 905 000 Erwerbstätige, die Metallindustrie nur 1 086 000, der Bergbau bloß 936 000. In England mit Wales allerdings zählte 1911 die Landwirtschaft nur 1 260 000 Erwerbstätige, der Handel dagegen 2 214 000.

Überall aber bildet die Landwirtschaft, wenn auch nicht immer die einheimische, die Grundlage der Existenz der ganzen Bevölkerung, die Lieferantin ihrer Nahrungsmittel und vieler

ihrer Rohstoffe. Versagt sie, dann verhungern wir. Das bezeugt augenblicklich in gräßlichster Weise das russische Reich.

Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß das Proletariat, wenn es sein Schicksal, das heißt vor allem die Verfügung über seine Lebensquellen in die Hand nehmen will, dabei von der Landwirtschaft nicht absehen kann, sondern trachten muß, auch sie seiner Bedarfsdeckungswirtschaft einzuverleiben.

Seit langem schon haben sich die sozialistischen Parteien verschiedener Länder Agrarprogramme gegeben. Aber sie enthielten hauptsächlich eine Aufzählung der Forderungen, die die Sozialdemokratie im Interesse der Landbevölkerung stellen müsse. Es waren meist Wahlprogramme. Jetzt, wo wir vor der Möglichkeit stehen, die politische Macht zu erobern, müssen wir weiter gehen. Es genügt nicht, zu fragen: Was haben wir den Bauern, wie sie sind, zu bieten? Wir müssen dem noch die Frage hinzugesellen: Was haben wir zu tun, um die Landwirtschaft der Gesellschaft direkt dienstbar zu machen?

Dabei stoßen wir aber auf Schwierigkeiten, die uns die anderen Produktionszweige nicht bieten. Das Bedürfnis, die Landwirtschaft zu sozialisieren, die Produktion der Lebensmittel aus dem Stadium der Profitwirtschaft in das der Gemeinwirtschaft zu überführen, ist ein gewaltiges. Aber dies Bedürfnis entspringt dort, wo der bäuerliche Betrieb überwiegt, aus dem Bedürfnis der Mehrheit nicht der *ländlichen*, sondern der *städtischen* Bevölkerung. Selbst bei vielen Lohnarbeitern der Landwirtschaft überwiegt die Sehnsucht nach einem privaten Kleinbetrieb den Drang nach einer Sozialisierung ihres Produktionszweigs.

Und dann kommt es ja auf das Bedürfnis allein nicht an. Ohne Bedürfnis, ohne Wollen wird sicher nichts geschaffen. Aber es ist eine verhängnisvolle Täuschung vieler Menschen, zu glauben, der Wille allein entscheide. Man brauche etwas nur kräftig zu wollen, dann setze man es schon durch.

Das Wollen erreicht nur dann etwas, wenn es ein *vernünftiges* Wollen ist, das heißt eines, das sich verbindet mit klarer Einsicht in die gegebenen materiellen Bedingungen für die Durchsetzung des Gewollten; ein Wollen, das sich nur Mögliches zum Ziele setzt und dessen Grenzen genau erkennt.

Nun haben wir gesehen, daß sich wohl in den anderen Produktionszweigen die Bedingungen für die Durchführung des Sozialismus ebenso entwickeln wie das Bedürfnis nach ihm. In der Landwirtschaft ruft dagegen der Gang der ökonomischen Entwicklung weder das eine noch das andere in ausreichendem Maße hervor. Wir haben zugeben müssen, daß hier der Großbetrieb den Kleinbetrieb noch nicht zurückgedrängt hat.

Das ist eine bedrohliche Klippe für den Sozialismus.

Nur für *einen* Produktionszweig gilt das nicht, der zur Landwirtschaft gerechnet wird, aber seine eigenen Gesetze hat, die von denen der Landwirtschaft ebenso abweichen wie von denen der Industrie. Dieser Produktionszweig ist das *Forstwesen*.

Hier sind heute schon das *Bedürfnis* nach Sozialisierung wie die *Bedingungen* ihrer Durchführung in hohem Maße gegeben.

Die Erhaltung des Waldes an bestimmten Punkten ist von äußerster Wichtigkeit für das Klima und die Bodenfeuchtigkeit, also für die Landwirtschaft ebenso wie für die Flußschiffahrt.

Dabei ist indes das Privateigentum am Boden der Erhaltung des Waldes keineswegs günstig. Das Kapital verlangt überall nach möglichst raschem Umschlag, denn je beschleunigter dieser, desto größer die Masse Profit, die von der gleichen Kapitalmenge in einem bestimmten Zeitraum geliefert wird. Die Umtriebszeit des Waldes ist aber eine äußerst hohe, erreicht meist hundert Jahre, geht oft darüber hinaus, bei Eichenwaldungen kann sie zweihundert Jahre überschreiten. Wer wird sein Kapital anlegen, um nach so langer Frist erst den Profit einzuheimsen? Ein Privatmann, der einen Wald erworben und abgeholzt hat, wird deshalb danach trachten, statt nun eine neue Waldkultur anzulegen, an deren Stelle eine andere Art der Bodennutzung zu setzen, die raschere, vielleicht jährliche Einnahmen bringt, wenn Beschaffenheit und Lage des Bodens dies gestatten. Der Kapitalismus neigt daher zur Waldvernichtung wenigstens dort, wo die Forstkultur um des Profits willen betrieben wird. Das ist indes nicht überall der Fall. Denn der Wald ist seit jeher auch ein beliebter Luxusgegenstand für die Reichsten und Mächtigsten im Lande gewesen.

Der Wald erzeugt nicht bloß Holz, sondern birgt auch Wild, und die Jagd war neben dem Kriege stets der beliebteste Zeitvertreib der feudalen Herren und ihrer Nachfolger. An der Erhaltung des Waldes und der Hegung des Wildes in ihm war daher den herrschenden Klassen in der Feudalzeit stets sehr viel gelegen, und das haben sie ihren Nachfahren aus der Kapitalistenklasse vererbt.

Für die Bauern war der an Wild reiche Wald schädlich, denn dieses verheerte ihre Saaten. Sie empfanden es auch bitter, wenn guter Boden bewaldet blieb, statt der Landwirtschaft erschlossen zu werden. Dem sparsamen Bürger wieder war die Verschwendung zuwider, die das Vorherrschen von Wald und Wild in Gegenden bedeutete, die für höhere Bodenkultur geeignet waren.

Das war auch einer der Gründe, warum die Überwindung des Feudalismus durch den Kapitalismus und die Demokratie dem Wald verhängnisvoll wurde. Doch nicht überall und nicht lange. Denn mit wachsendem Kapitalismus wuchsen auch die Mehrwertmassen, die den Kapitalisten zuflossen und damit der Luxus, den die Reichen sich gestatten konnten. Die Reichsten der Reichen durften sich nun auch den höchst kostspieligen Luxus erlauben, Wälder als Jagdreviere zu erwerben. Ja sie trieben die Verschwendung so weit, in manchen Gegenden kultivierten Boden anzukaufen, um ihn brachzulegen und in Waldboden zu verwandeln. Namentlich in den Alpengegenden war das vielfach der Fall. Viel früher schon hatten übermütige Landlords in Hochschottland die Stätten fleißiger Bauern in wüste Jagdgehege verwandelt.

Diese Waldvermehrung an manchen Punkten kann unter Umständen gesellschaftlich ebenso schädlich werden wie an anderen Punkten die Waldverminderung.

Fast nirgends ist daher die Waldwirtschaft selbst in kapitalistischen Staaten freigegeben, meist ist sie an, oft recht strenge, staatliche Regulationen gebunden. Und fast überall ist bereits im Zeitalter des Liberalismus das Bedürfnis nach staatlichem Betrieb der Waldwirtschaft aufgetaucht.

Aber nicht minder wie das Bedürfnis sind auch die Bedingungen für staatlichen Betrieb im Forstwesen ausnehmend hoch entwickelt.

Die Waldwirtschaft verlangt von vornherein nach dem Großbetrieb, und zwar nach höchst extensivem Betrieb. Die forstwirtschaftlich benutzte Fläche des Deutschen Reiches umfaßte 1907 13876000 Hektar, die Zahl der Erwerbstätigen in Forstwirtschaft und Jagd betrug dagegen nur 126 000. Also kam ein forstwirtschaftlich Erwerbstätiger auf 100 Hektar Wald.

Der Großbetrieb überwiegt bei weitem. Im Jahre 1907 entfielen im Deutschen Reiche von Waldboden auf forstwirtschaftliche Betriebe:

	Hektar	Prozent
mit mehr als 1000 Hektar	6 693 000	48,2
mit 100 bis 1000 Hektar	3 382 000	24,4
unter 100 Hektar.	3 800 000	27,4

Also fast drei Viertel der Betriebe waren Großbetriebe.

Dabei hat sich heute schon im Forstwesen der Staatsbetrieb bewährt trotz seiner Einschnürung durch die staatliche Bureaukratie. Wird ihm größere Selbständigkeit gegeben und erlangen auf der einen Seite seine Arbeiter, auf der anderen seine Konsumenten größeren Einfluß auf die Betriebsführung, so wird der staatliche Betrieb noch bessere Resultate liefern.

Im Jahre 1895 umfaßten die Staatswaldungen im Deutschen Reiche bereits 4741000 Hektar, 34,5 Prozent des ganzen forstwirtschaftlich benutzten Bodens. Sie waren 1907 auf 4 938 000 Hektar, 35 Prozent, gestiegen, hatten also um 197 000 Hektar zugenommen, indes die anderen Waldungen um 47 000 Hektar zurückgegangen waren.

Neben den Staatsforsten sind noch die Gemeindeforsten zu nennen. Sie wurden 1895 leider nicht gezählt. Im Jahre 1907 umfaßten sie 2 287 000 Hektar, 16,5 Prozent des forstwirtschaftlich benutzten Bodens. Mit den Staatswaldungen zusammen machten sie also 51,5 Prozent des Waldlandes aus, mehr als die Hälfte.

Der Forstbetrieb Privater ist demnach heute bereits in der Minderheit. Der Apparat zu seiner Verstaatlichung ist schon vorhanden, und es würde nur geringe Mühe verursachen, ihn auf die privaten Betriebe zu übertragen.

Dies könnte rasch und leicht geschehen. Es ist nur eine Machtfrage und würde, wenn geschickt unternommen, den Bei-

fall der Masse nicht bloß der städtischen, sondern auch der ländlichen Bevölkerung finden, in der noch die alte Tradition des Gemeineigentums an Wald, Wasser, Weide fortlebt. So sehr der Bauer an seiner Parzelle hängt, gegen die Verstaatlichung der Waldungen der großen Herren wird er nichts einwenden.

Die Sozialisierung der Forstwirtschaft wird eine der ersten Aufgaben des siegreichen Proletariats sein müssen.

b) Das Gemeineigentum am Boden.

Bei weitem nicht so günstig wie mit dem Forstwesen steht es mit der eigentlichen Landwirtschaft. Doch muß man da unterscheiden zwischen dem Bodenbesitz und der Bodenbenutzung. Es gibt soziale Verhältnisse, unter denen Betrieb und Besitz eng miteinander verschlungen sind, so daß die Sozialisierung des Grundbesitzes da die gleichen Schwierigkeiten bietet wie die des landwirtschaftlichen Betriebs und beide nur gemeinsam erfolgen können.

Aber das ist keineswegs unter allen Umständen der Fall. Beim Pächterverhältnis sind Grundbesitz und Landwirtschaftsbetrieb sichtbar voneinander getrennt. Da kann zum Beispiel ungeheurer Latifundienbesitz mit elender Zwergwirtschaft verbunden sein, wie dies in Irland und verschiedenen Teilen Italiens in hohem Maße der Fall war und teilweise noch ist.

Der landwirtschaftliche Betrieb ist eine lebenswichtige Funktion, die nicht leichtherzig gestört werden darf. Der private Grundbesitzer dagegen, losgelöst vom Betrieb, ist in der Gesellschaft die überflüssigste Person von der Welt. Da aber diese überflüssige Person das Monopol über die Lebensquellen der Gesellschaft in der Hand hat, kann er zugleich auch eine der schädlichsten, ja geradezu die schädlichste Person im Gemeinwesen werden.

Wo der Grundbesitzer also nicht selbst Landwirtschaft treibt, sondern als bloßer Grundherr dem Pächter gegenübersteht, der den Boden selbst bearbeitet oder doch dessen Bearbeitung leitet, da liegt es im dringenden Interesse der Gesellschaft, der beherrschenden Stellung des Bodenbesitzers ein Ende zu machen. Der Pächter wünscht meist, selbst Grundbesitzer zu werden, und die liberale Auffassung begünstigt diesen Wunsch.

Aber schon der bürgerliche Radikalismus hat in einem so stark proletarischen Lande und bei so überwiegendem Großbetrieb, wie in England, auch eine andere Lösung der Bodenfrage gefunden und zu seiner Forderung erhoben: die Verstaatlichung des Grundbesitzes. Nicht die Aufhebung des Pachtverhältnisses, sondern die Verwandlung des Landmanns aus einem privaten in einen Staatspächter.

Dieses Ziel ist erst recht gegeben für eine proletarische, sozialistische Partei, die nach der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln strebt und nicht vor dem wichtigsten Produktionsmittel haltmachen darf, wenn die Möglichkeit seiner Verstaatlichung gegeben ist. Diese ist in Ländern mit vorherrschendem Pachtsystem in hohem Maße vorhanden. Da der Grundbesitz dort keine ökonomischen Funktionen hat, kann seine Verstaatlichung sofort, mit einem Schlag geschehen. Die Methode des schrittweisen Vorgehens ist da ebensowenig am Platze wie gegenüber den feudalen Rechten. In der Tat kann man ja auch die Aufhebung dieser Art Grundeigentum als einen Nachhall der bürgerlichen Revolution betrachten, für den deren Methoden am Platze sind.

Dementsprechend bedeutet es auch keine Störung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, wenn derartiger Grundbesitz ohne jede Entschädigung enteignet wird. In einzelnen Fällen mögen Gründe der Billigkeit oder politischer Klugheit dagegen sprechen. Davon haben wir hier nicht zu handeln. Eine ökonomische Notwendigkeit für eine Entschädigung liegt keineswegs vor. Die Grundbesitzer dieser Art üben keinerlei ökonomische Funktionen aus, durch deren Einstellung sie den Produktionsprozeß gefährden könnten.

Aber das gilt leider nur für Länder mit vorherrschendem Pachtsystem. Dieser Umstand gehört zu den vielen Punkten, die der ökonomischen Revolution des Proletariats in England so sehr den Boden ebnen und daher dies Land zum Vorläufer des Sozialismus trotz seiner langen Sprödigkeit gegenüber der sozialistischen Theorie geradezu prädestinieren. Heute noch ebenso wie zur Zeit, als Karl Marx in der Internationale bestimmend wirkte.

Neben Kohle, Eisen und Eisenbahnen, ja vielleicht noch vor ihnen wird ein proletarisches Regime in England auch

den weitaus größten Teil des Grundbesitzes, landwirtschaftlichen und städtischen, auf dem Wege der Expropriation verstaatlichen können und damit alle entscheidenden Elemente des ökonomischen Lebens in die Hand bekommen. Es wird den Grundbesitz ohne große Entschädigung dem Staate zuführen können und so ihm mit einem Schlage ungeheure Einnahmen eröffnen, die ohne weiteres zu großen sozialen Leistungen befähigen.

Ganz anders steht es in den meisten Staaten des europäischen Kontinents sowie in den Vereinigten Staaten. Hier sind überwiegend die Besitzer des Bodens zugleich auch seine Bewirtschafter, und überdies bilden sie eine zahlreiche, ökonomisch und in der Demokratie auch politisch starke Klasse. Ihr Grundeigentum antasten zu wollen, wäre politisch äußerst gefährlich und auch ökonomisch kaum ohne schwere Störungen möglich, die große Schädigungen für die Ernährung der Volksmassen, namentlich der städtischen, nach sich ziehen würden. Selbst die einfache Verstaatlichung des großen Grundbesitzes könnte unter diesen Umständen eine sehr gewagte Operation werden, an die man nur herangehen sollte, sobald man in der Lage ist, mit der Sozialisierung des Besitzes auch die des Betriebs zu verbinden, was nicht so einfach ist, wie wir gleich sehen werden.

An eine sofortige, allgemeine, entschädigungslose Verstaatlichung des gesamten Grundbesitzes, Verwandlung sämtlicher Landwirte in Staatspächter, ist also bei uns nicht zu denken.

Nichtsdestoweniger wäre auf eine fortschreitende Verstaatlichung des Grundeigentums hinzuwirken, die sofort einsetzen könnte, sobald wir die nötige Macht dazu haben, ehe noch die Bedingungen für eine Sozialisierung landwirtschaftlicher Betriebe gegeben sind.

Eine derartige progressive, ohne Konfiskation vor sich gehende Verstaatlichung des Bodens würde schon gegeben, sobald der Staat bei jeder Veräußerung eines Grundstücks oder Guts eine Verkaufsrecht bekäme. Der Grundbesitz ist heute schon sehr stark mobilisiert, Gutsverkäufe kommen oft vor. Jede derartige Besitzveränderung wäre ein Mittel, den staatlichen Bodenbesitz zu vergrößern. Auch wenn der Staat zunächst nicht daran geht, eine sozialistische Wirtschaft auf dem

gekauften Gut einzurichten, wozu namentlich Bauerngüter von vornherein viel zu klein wären, wird doch schon der bloße Besitz des Bodens für ihn und die Gesamtheit von Vorteil sein. Wohl werden zunächst die Zinsen, die der Staatspächter zu zahlen hat, nur ausreichen, die Zinsen der Kaufsumme zu decken, die der Staat erlangt hat. Aber wir leben in einer Zeit steigender Grundrente, und jeder weitere Zuwachs an Grundrente fällt vom verstaatlichten Grundbesitz dem Staate und nicht privaten Grundbesitzern zu. Ganz abgesehen von dem Vorteil, daß vor der Steuerbehörde ein Renteneinkommen viel klarer zutage liegt und von ihr gründlicher erfaßt werden kann als ein Gutsertrag.

Die spätere Sozialisierung aber wird um so mehr erleichtert werden, je mehr Landwirte dem Staat als seine Pächter und nicht als freie Grundeigentümer gegenüberstehen.

Trotz dieser Vorteile für den Staat verlieren die anderen bei der Transaktion Beteiligten nichts durch die Ausübung des Vorkaufsrechts. Dem Verkäufer des Gutes kann es gleich sein, ob es ein Privater oder der Staat ist, der ihm den Gutspreis auszahlt. Aber auch der dem Verkäufer nachfolgende Landwirt hat einen Vorteil davon, wenn nicht er es ist, der den Gutspreis erlegt. Es sei denn, er sei ein Bodenspekulant, der das Gut nicht erwerben will, um darauf Landwirtschaft zu treiben, sondern um es raschestens mit einem Profit weiterzuverkaufen.

Der solide Landwirt spart die Kaufsumme, wenn er bloß Pächter wird statt Käufer, und kann sie entweder dazu verwenden, seinen Betrieb besser auszustatten und intensiver zu wirtschaften oder aber ein größeres Gut zu pachten, als er zu kaufen vermocht hätte. Das eine wie das andere wird seine Einnahmen erhöhen, das erstere überdies die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes fördern.

So können wir auch in Ländern ohne Pachtsystem zu einer fortschreitenden Bodenverstaatlichung kommen.

Aber so wichtig diese, wir sind keine bloßen Bodenreformer. Wir wollen dabei nicht stehenbleiben, sondern müssen trachten, die Landwirtschaft unserer Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern.

Und das wird eine harte Nuß für uns werden.

c) Die Sozialisierung der Großbetriebe.

Die größten Schwierigkeiten für das sozialistische Regime beginnen bei den Versuchen, die landwirtschaftlichen Betriebe zu sozialisieren. Hier hat die kapitalistische Entwicklung bisher so wenig Vorarbeit geleistet, daß es Sozialisten gibt, die an der Sozialisierung der Landwirtschaft überhaupt verzweifeln. Sie wollen den Sozialismus auf die Industrie beschränken.

Dabei müssen sie aber zugeben, daß die Fortsetzung des bisherigen Zustandes der Besitzverhältnisse auf dem flachen Lande mit einer sozialistischen Produktion unvereinbar ist. Wir haben bereits darauf hingewiesen, in welcher Weise sie der ausgebeuteten Lohnarbeit in der Landwirtschaft ein Ende machen wollen: durch Zerschlagen aller größeren Wirtschaften — nicht bloß der eigentlichen Großbetriebe, sondern auch der Mittelbetriebe — und Reduzierung der ganzen Landwirtschaft auf Familienbetriebe.

Gelänge es wirklich, diese wirtschaftliche Reaktion auf dem Lande mit der sozialen Revolution in der Stadt zu verbinden, so wären die Folgen katastrophale. Denn die Zwergwirtschaft ist nicht imstande, erhebliche Überschüsse, wenn überhaupt welche, zu produzieren.

Wir haben darüber schon in anderen Schriften gehandelt. Das dort Ausgeführte werde hier ergänzt durch einige Zitate aus einer Denkschrift des Oberamtmanns Dr. E. Rabbethge, die er der Sozialisierungskommission als ihr Mitglied im März 1922 überreichte.

In dieser Denkschrift wird berechnet, daß die Erträge des Klein- und Mittelbetriebs der Landwirtschaft gerade ausreichen, die bäuerliche sowie die kleinstädtische Bevölkerung Deutschlands zu ernähren. Die großstädtische Bevölkerung (20 Millionen) sowie die Bearbeiter des Großgrundbesitzes (3 Millionen) leben nur von den Erträgen des letzteren. Der Großbetrieb ernährt durchschnittlich 5 Köpfe pro Hektar, der Klein- und Mittelbetrieb nur 2. Der Unterschied wird noch größer, wenn wir den intensiv bewirtschafteten Großbetrieb allein nehmen. Er produziert pro Hektar Nahrung für etwa 9 Köpfe.

Das „annähernde Bild", das mit diesen Zahlen gegeben werden soll, wird folgendermaßen begründet:

„Es dürfte unbestritten sein, daß die Bruttoerträge vom Acker beim Klein- und kleinsten Besitz durchschnittlich erheblich unter den Erträgen des unter gleichen Bodenverhältnissen wirtschaftenden Großgrundbesitzes liegen. Weniger sorgfältige Ackerbearbeitung, weniger gutes Saatgut, weniger und unzweckmäßigere Anwendung von Kunstdünger, weniger sorgfältige Unkrautbekämpfung, weniger rationeller Fruchtwechsel dürften die Ernte durchschnittlich 25 Prozent unter die des Großgrundbesitzes gleicher Lage herabsetzen. Diese Mängel sind an sich zum Teil zu beseitigen. Zurzeit bestehen sie aber, und man muß damit rechnen.

Der Bedarf für die Ernährung der Handarbeiter ist beim Kleinbesitz etwas größer, da die rationelle Ausnutzung aller Hände weniger gut ist, doch spielt dieser Punkt keine so große Rolle. Der Hauptgrund der Unterlegenheit ist die weniger günstige Ausnutzung des Zugviehs und damit Vergrößerung des Anteils, den dieses von der Ernte in Anspruch nimmt.* Während beim Großgrundbesitz auf 5 Hektar das Spannvieh etwa den Ertrag von 1,1 Hektar für sich verbraucht, so daß der Ertrag von 3,9 für menschliche Ernährung und Fütterung von Nutzvieh bleibt, so erfordert beim kleinen Besitz das Zugvieh unter Berücksichtigung der geringeren Ernte von je 5 Hektar den Ertrag von 2,6 bis 3 Hektar, so daß nur der Ertrag von etwa 2 Hektar bleibt....

Der Gesamtfutterbedarf des Spannviehs beträgt mehr als das Anderthalbfache des Nahrungsbedarfs des Menschen in Stärkewert. Man sieht daraus, welche Bedeutung die Spannviehhaltung, die rationelle Ausnutzung des Spannviehs und die Verwendung von Gespann sparenden Maschinen, insbesondere Dampfpflügen und Motorpflügen hat.

Würde der gesamte Großgrundbesitz zerschlagen, so würden statt 23 nur noch etwa 9 Millionen Menschen von derselben Fläche genährt, der Rest von 13 bis 14 Millionen müßte verhungern, und außerdem würde auch dem Rest die Nahrung verteuert."

---

* Dieses zeigen unter anderem die Zahlen der Statistik von 1907. Danach entfielen auf je 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche:

Größenklasse	Pferde	Rindvieh (ohne Kühe)
5 bis 20 Hektar	12,7	37,2
20 bis 100 Hektar	12,9	24,5
100 Hektar und darüber	9,2	14,3
Davon 200 Hektar und mehr	8,8	12,8

K. K.

Diese 13 bis 14 Millionen, die verhungern oder auswandern müßten, das sind gerade diejenigen, von denen die moderne Kultur in Deutschland getragen wird. Wird die Landwirtschaft auf Zwergwirtschaft reduziert, so bedeutet das ein Zurücksinken in die Barbarei.

In Rußland eröffnete jüngst die Ruinierung zuerst des Großbetriebs durch die gewaltsame Form des Bauernaufstandes und dann die Ruinierung der größeren Bauern durch die Komitees der „Dorfarmut" den Weg zur heutigen Hungersnot, die durch Dürren und Mißernten entsetzlich gesteigert, aber nicht allein hervorgerufen wurde. Zu diesen Faktoren gesellten sich allerdings noch die verheerenden Requisitionszüge der roten Armeen, um das Maß des Elends voll zu machen.

Solche gewaltsame Requisitionen von Soldaten oder hungernden Arbeitern dürften aber auch bei uns das Ende vom Liede sein, wenn die kleinbäuerliche Wirtschaft nicht mehr genügende Überschüsse liefert. Das könnte wirklich, trotz der Demokratie, noch einen Bürgerkrieg ergeben. Das Kapital hat in der Demokratie, bei entwickeltem Proletariat, nicht die Kraft zum Bürgerkrieg, wenn es nicht über die Fäuste der Bauern verfügt. Nur von ihnen droht dem sozialistischen Regime Gefahr. Da aber die Requisitionen den Bauern höchstens Getreide nehmen, keineswegs aber eine Mehrproduktion von Getreide hervorrufen könnten, vielmehr von der Lebensmittelproduktion noch weiter abschrecken müßten, würde die Lage der Arbeiter trotz aller Gewaltsamkeiten, ja durch sie erst recht verschlechtert; das würde schließlich auch ihnen das neue Regime verleiden, und die Gegenrevolution hätte gewonnenes Spiel.

Nichts wäre also verderblicher als diese Art Lösung der Agrarfrage.

Dazu käme noch ein wichtiges Moment. Die sozialistische Wirtschaft wird danach trachten müssen, die Arbeitslast der einzelnen möglichst zu verringern. Das wird für viele Arbeiter vielleicht wichtiger sein als die Vermehrung ihrer materiellen Genüsse.

Der Kleinbetrieb dagegen kann sich nur erhalten durch größte Anspannung seiner Arbeitskräfte. Deren geringe Zahl und die Fülle der Funktionen, die der Betrieb mit sich bringt,

läßt ein Ausruhen und Feiern kaum zu. Heute schon ist einer der Gründe des schroffen Gegensatzes zwischen Bauern und industriellen Arbeitern darin zu suchen, daß die Arbeitsfron jener sich nicht mindert, indes diese ihre Arbeitszeit verkürzen. Das führt auf der einen Seite dazu, daß die Bauern, namentlich die älteren, die „Faulenzer" in der Stadt grimmig hassen, auf der anderen dazu, daß viele Bauern, namentlich die jüngeren, der Öde des Landlebens und seiner Überarbeit zu entfliehen suchen und in die Stadt ziehen. Die Landflucht war eine der auffallendsten sozialen Erscheinungen der letzten Jahrzehnte bis zum Kriege. Sie wird wieder stark einsetzen, sobald wir die Kriegsfolgen überwunden haben und zu einigermaßen normalen ökonomischen Zuständen zurückgekehrt sind.

Diese Erscheinung bedroht den landwirtschaftlichen Betrieb, damit aber auch die Ernährung der Gesamtbevölkerung aufs ernstlichste. Die Gefahr müßte in einer sozialistischen Gesellschaft gewaltig wachsen, wenn die Sozialisierung und deren Vorteile für die Arbeiter auf die der Industrie beschränkt blieben und in der Landwirtschaft nach der alten bäuerlichen Schablone weitergewurstelt würde.

Auch dadurch würde der Bestand der sozialistischen Gesellschaft ernsthaft gefährdet.

Die Zerschlagung des Großgrundbesitzes wäre also aus den verschiedensten Gründen eine vernichtende Katastrophe für eine sozialistische Gesellschaft. Seine Sozialisierung und die möglichste Ausdehnung des Großbetriebs ist für sie dringend geboten.

Nun werden die sozialistischen Verfechter der bäuerlichen Wirtschaft, die sonst vom Marxismus nicht viel wissen wollen, sich in diesem Falle an ihn klammern und antworten: Das Bedürfnis nach einer Produktionsform allein reicht nicht aus, sie zum Durchbruch zu bringen. Es müssen auch ihre Bedingungen gegeben sein. Die ökonomische Entwicklung wirkt aber nicht der bäuerlichen Wirtschaft entgegen.

Darauf ist zunächst zu bemerken, daß sie auch nicht in ihrem Sinne wirkt. Das Verhältnis zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb bleibt in der Landwirtschaft seit einiger Zeit wenig verändert. Dann aber kommt es auf die ökonomische Entwicklung allein nicht an, sondern auch auf die technische,

und die bringt immer eindringlicher die Überlegenheit des Großbetriebs zur Geltung. Bestände sie nicht, erwiese sich der Großbetrieb nicht als die produktivere Betriebsform, dann freilich wäre jeder Versuch, ihn im Rahmen des Sozialismus aufrechtzuerhalten, hoffnungslos, aber auch überflüssig. Es ist gerade die technische Unterlegenheit des Kleinbetriebs, die die bäuerliche Wirtschaft mit dem Bestand einer sozialistischen Gesellschaft unvereinbar macht.

Können wir auch nicht ohne weiteres an die Sozialisierung der gesamten Landwirtschaft herangehen, so wird doch die des landwirtschaftlichen Großbetriebs eine der wichtigsten Aufgaben eines sozialistischen Regimes darstellen.

Aber auch diese eingeschränkte Aufgabe ist nicht ohne weiteres zu lösen. Die Entwicklung der Landwirtschaft ist so ganz anders als die der anderen Produktionszweige, daß nicht nur der Großbetrieb in ihr nicht siegreich fortschreitet, sondern auch der Großbetrieb in seinen Gestaltungen hinter der Industrie zurückbleibt. So hat zum Beispiel bei ihm die Aktienform noch kaum Platz gegriffen. Einige Riesenfarmen in Nordamerika und in Argentinien haben die Form von Aktiengesellschaften angenommen. Diese Gesellschaften wurden aber mehr zu Zwecken der Bodenspekulation als landwirtschaftlicher Produktion gegründet, die sie so extensiv als möglich betrieben. (Vergl. Dr. R. Leonhard, Landwirtschaft — Landindustrie — Aktiengesellschaft. Tübingen 1913.) Auch zur Syndizierung ist es in der Landwirtschaft nicht stark gekommen. Das liegt an ihrem eigenartigen Charakter und nicht etwa an dem ihrer Betriebsleiter. Denn dieselben Herren, die an der Selbständigkeit ihres eigentlichen landwirtschaftlichen Betriebs nicht rühren lassen, finden sich zur Syndizierung gern bereit auf Gebieten, auf denen sich Landwirtschaft und Industrie berühren, wie bei der Produktion von Spiritus und Zucker.

Für die Sozialisierung sind daher auch innerhalb des Großbetriebs der Landwirtschaft noch die Bedingungen durch die bisherige ökonomische Entwicklung weniger geschaffen, als in manchen Zweigen der Industrie und des Bergbaus. Wenn zum Beispiel die Sozialisierung des gesamten Kohlenbergbaus und nicht die einzelner Zechen als die rationellste Form für diese Transaktion erschien, so ist in der Landwirtschaft

nicht an eine derartige Sozialisierung zu denken. Man wird da mit der Sozialisierung einzelner Güter den Anfang machen müssen, die besonders günstige Bedingungen bieten, um auf Grund der Erfahrungen, die man dort gewonnen, dann allmählich fortzufahren.

Ein großes Hemmnis wird dabei die Rückständigkeit der Landarbeiterschaft bilden. Die Stadt bietet dem Arbeiter so viele Anregungen und Bildungsmöglichkeiten, daß er wohl imstande ist, die Unzulänglichkeit der Schulbildung, die ihm zuteil wird, einigermaßen wettzumachen. Auf dem Lande fehlen ihm derartige Anregungen und Bildungsmöglichkeiten in einem solchen Maße, daß er leicht auch noch das bißchen vergißt, was ihm die ganz ungenügende Dorfschule beigebracht hat. Dabei sind seine Lektüre und seine Geselligkeit sowie eine eventuelle Vereinstätigkeit leichter zu überwachen, seine Isolierung größer, was zum Beispiel der gewerkschaftlichen Organisation auf dem Lande bisher große Hemmnisse auch dort bereitete, wo die Gesetzgebung ihr nicht im Wege stand. In England sind bisher alle gewerkschaftlichen Bewegungen der Landarbeiter, auch wenn sie noch so vielversprechend anfingen, nach wenigen Jahren immer wieder eingeschlafen.

Nun muß das natürlich nicht immer so sein. Es ist zu erwarten, daß die Landarbeiterbewegung, die jüngst in vielen Staaten entweder schon im Kriege oder nach der Revolution einsetzte, größere Lebenskraft entwickeln wird. Aber auf jeden Fall steht der Landarbeiter an gewerkschaftlicher Erfahrung sowie an politischem Wissen und allgemeiner Bildung hinter der großen Mehrzahl seiner Arbeitsbrüder in der Industrie weit zurück, was die Einführung der Selbstverwaltung in die Landwirtschaft nicht erleichtert. Eine kraftvolle gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter in Verbindung mit gut funktionierenden Betriebsräten und eine ausgiebige Verbesserung der Dorfschulen, das sind Vorbedingungen, ohne die keine ersprießliche Demokratisierung landwirtschaftlicher Großbetriebe zu erwarten ist, die vom Staat oder von städtischen Gemeinden erworben und sozialisiert werden.

Allerdings könnte es scheinen, als sei eine gut gebildete ländliche Arbeiterschaft am wenigsten geeignet zu einem ge-

nossenschaftlichen Betrieb der Landwirtschaft, ganz gleich, ob man als die geeignetste Form dafür die der Produktivgenossenschaft, der Gilde oder der gemeinwirtschaftlichen Unternehmung ansieht. Mir scheint die letztere die zweckmäßigste zu sein, da sie allen Gegensätzen zwischen Produzenten und Konsumenten im Keime begegnet.

Für die Form der ländlichen Produktivgenossenschaft dagegen sprechen die günstigen praktischen Erfahrungen, die man mit ihnen machte. Die russischen ländlichen „Kommunen" des Bolschewismus endeten wohl in allen ihren Formen mit einem Mißerfolg.

„Alles schien den Versuch zu begünstigen. Und doch zerfielen bis Anfang 1919 gegen 83 Prozent der (im Sommer 1918 gegründeten) Kommunen, gegen Mitte 1919 aber verschwand auch der übriggebliebene Rest." Nicht besser erging es mit den ihnen folgenden Sowjetwirtschaften. (Vortrag des Professors Bukowetzky über die agrarkommunistischen Versuche der Bolschewiki. Abgedruckt im Anhang zu M. Tugan-Baranowskys „Die kommunistischen Gemeinwesen der Neuzeit", deutsch von Dr. E. Hurwicz. Gotha 1921, J. A. Perthes.)

Dieser Mißerfolg bezeugt indes nicht, daß die Natur der Landwirtschaft dem genossenschaftlichen Betrieb widerstrebe, sondern eher, daß die Bolschewiki alles, was nicht auf bloße Organisierung der Gewalt, auf rote Armee und Polizeiallmacht hinausläuft, mit unglaublichem Ungeschick anpacken.

In Italien sind im letzten Menschenalter eine Reihe landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften erstanden. Eine Enquete des Jahres 1906 zählte 108 Genossenschaften für den Betrieb von Landwirtschaft. Darunter 88 in voller Tätigkeit und 20 in Bildung begriffen. Von den 88 waren 18 wahre Produktivgenossenschaften, die zusammen eine Fläche von 1873 Hektar bearbeiteten, also größere Güter von durchschnittlich 100 Hektar Umfang.

Daneben waren noch 70 Genossenschaften im Betrieb, die den Boden gemeinsam gepachtet hatten, ihn aber getrennt an Einzelfamilien zur Bewirtschaftung ausgaben.

Im Jahre 1912 schrieb ein deutscher Erforscher dieser Gebilde:

„Die Resultate der Pachtgenossenschaften sind, im allgemeinen betrachtet, durchaus günstig. Bis jetzt sind keine Mißerfolge oder

Konkurse zu verzeichnen." (W. D. Preyer, Die Arbeits- und Pachtgenossenschaften Italiens, S. 136. Jena 1913.)

Die Zahl derartiger landwirtschaftlicher Genossenschaften ist seit 1906 bis 1922 noch weiter und sehr erheblich gewachsen, von 108 auf 400. Und die Bodenfläche, die sie bebauten, hat sich mehr als verdierfacht.

Bemerkenswert sind ferner eine Reihe religiös-kommunistischer Kolonien, die im vorigen Jahrhundert in den Vereinigten Staaten blühten und mit Erfolg genossenschaftliche Landwirtschaft trieben.

Unter Owenitischem Einfluß wurde auch 1830 von einem Herrn Vandaleur auf seinem Gute Ralahine in Irland ein genossenschaftliches Experiment angestellt, das ausgezeichnete Resultate erzielte. Leider war Herr Vandaleur ein Spieler, er wurde bankrott, und seine Gläubiger zerstörten die Genossenschaft, die es versäumt hatte, einen Pachtvertrag mit dem Gutsbesitzer abzuschließen, der sie gesichert hätte.

Ein ähnliches Schicksal hatte die erste Pachtgenossenschaft in Italien. Auch sie gedieh und ging trotzdem zugrunde an dem Versagen des Großgrundbesitzers. Preyer berichtet darüber:

„Der Abgeordnete Dr. Mori, ein reicher Gutsbesitzer in Stagno Lombardo, überließ im Jahre 1886 ein Gut von 100 Hektar, das er bisher an einen Großpächter verpachtet hatte, einer Anzahl von Bauern, die zu einer Genossenschaft zusammentraten.... Der Vertrag war zunächst auf zwei Jahre abgeschlossen und sollte dann auf Grund der gleichen Bedingungen ein dauernder werden. Hierzu kam es aber nicht, denn der Eigentümer verspürte keine Neigung, ihn zu erneuern. Er war verärgert durch Vorwürfe und Intrigen seiner Nachbarn, die befürchteten, daß das ‚sozialistische Experiment' die Ansprüche der Bauern und Landarbeiter der Gegend zu sehr steigern würde, und seine Familie befürchtete, daß er sein Vermögen durch solche Versuche ruiniere. Es ist sehr bedauerlich, daß der Vertrag nicht erneuert wurde, denn er hatte in jeder Beziehung gute Erfolge gezeitigt. Finanziell hatte die Genossenschaft im ersten Jahre außer ihren gewohnten Löhnen eine kleine Dividende herausgewirtschaftet, die im zweiten Jahre für jeden Beteiligten auf 100 Lire stieg. Der Eigentümer erhielt außer der festgesetzten Pachtsumme einen Gewinn, der so groß war wie der aller Genossen zusammen. Auch wirtschaftlich hatten sich Vorteile gezeigt: während die Bauern das Gut früher recht nachlässig bearbeitet hatten, suchten sie jetzt, wo ihr eigenes Interesse in Frage

kam, durch peinlichste Arbeit den Ertrag möglichst zu steigern. Moralisch und sozial betrachtet, war das Ergebnis ebenfalls ermutigend. Die Mitglieder der Genossenschaft waren die von dem früheren Pächter auf dem Gut beschäftigten Arbeiter. In der ihnen sozusagen aufgezwungenen Organisation bestand ein gutes Einvernehmen, und die Leitung, die aus den Arbeitern und dem Eigentümer bestand, hielt gut Disziplin." (S. 83, 84.)

Alles das erinnert lebhaft an Ralahine. Aber die Arbeiterschaft am Ende des neunzehnten Jahrhunderts bedeutete doch schon etwas anderes, als die in seinem Beginne. Ralahine hinterließ keine Spuren. Die italienische Pachtgenossenschaft von 1886 fand dagegen bald Nachahmungen, die nicht mehr von der Laune eines reichen Philanthropen abhängig waren. Die weiteren Pachtgenossenschaften wurden von den Arbeiterkammern (Gewerkschaftskartellen) einzelner Gegenden begründet.

Zu diesen Zeugnissen aus neuester Zeit gesellen sich zahlreiche aus früherer. Der Großbetrieb der Landwirtschaft durch umfangreiche Hausgenossenschaften war ehedem eine sehr erfolgreiche und weitverbreitete Form der Landwirtschaft.

Aber alle diese Erscheinungen des genossenschaftlichen Großbetriebs finden wir bei unkultivierten oder doch unmodernen Verhältnissen. Es ist bezeichnend, daß Ralahine in der Grafschaft Clare lag, einem der rückständigsten Teile Irlands, und seine Arbeiter gehörten zur niedrigsten Gattung von Irländern. (Kautsky, Die Agrarfrage. Stuttgart 1899, S. 124 ff. Ich berichte dort ausführlich über Ralahine.) Andererseits ist es bemerkenswert, daß die kommunistischen Gemeinden, deren genossenschaftliche Landwirtschaft gedieh, aus tiefreligiösen bäuerlichen Sektierern bestanden, die frei waren von allem modernen Denken. Jene kommunistischen Kolonien dagegen, die neuerem sozialistischen Denken entsprangen und von gebildeten Elementen gegründet wurden, auf Grund Owenitischer, Fourieristischer, Cabetistischer Lehren, sie haben sich alle nicht zu behaupten gewußt.

Man könnte also wirklich glauben, als ob genossenschaftliche Landwirtschaft einen Zustand der Barbarei voraussetze und mit modern gebildeten Menschen unmöglich sei.

Woher rührt dieses Versagen der neueren kommunistischen Kolonien? Zum großen Teil jedenfalls daher, daß diese Kolo-

nien in abgelegenen Wüsteneien angelegt wurden, wo sie vor störenden Einflüssen des Kapitalismus sicher zu sein hofften, aber auch aller Anregungen der Zivilisation entbehrten, was für einen gebildeten Menschen auf die Dauer fürchterlich ist. Ferner darauf, daß die Kolonien des neueren Sozialismus nicht von Bauern, sondern von Städtern gegründet wurden, die als solche der Landarbeit nicht gewachsen waren und ihrer bald überdrüssig werden mußten. Sobald der erste Reiz der Neuheit verflogen und der Enthusiasmus, den die Größe des Ziels hervorrief, gedämpft war durch die Monotonie des Alltags, erwachte die Sehnsucht nach dem Milieu, das man verlassen. Das allein würde genügen, zu erklären, warum die Kolonien dieser Art nach wenigen Jahren auseinanderliefen. Es erklärt aber noch nicht, daß Zank und Streit ihr Leben so häufig störten.

Das dürfte auf eine Erscheinung zurückzuführen sein, die bisher viel zu wenig beachtet wurde, auf die enge Beziehung des Haushalts mit dem landwirtschaftlichen Betrieb.

Während das Handwerk von vornherein Produktion von Waren ist, von Produkten, die der Produzent selbst nicht braucht und die er an andere gegen Produkte hingibt, die er braucht, ist die Landwirtschaft lange fast ganz Produktion für den eigenen Haushalt des Produzenten, und selbst heute überwiegt diese Produktion für den Selbstgebrauch des Produzenten, namentlich in den kleineren Betrieben.

Betrieb und Haushalt sind daher in der Landwirtschaft eng und organisch miteinander verwachsen, indes sie in der Industrie zwei völlig voneinander getrennte Gebiete darstellen.

Die Entwicklung des Haushalts verfolgt aber keineswegs die gleiche Richtung wie die des Betriebs: Hat dieser die Tendenz, immer größer zu werden, so trifft bei jenem das Gegenteil zu. Konnte ehedem das Individuum sich nur behaupten als Mitglied einer größeren Gemeinschaft; war es um so stärker, je größer und mächtiger seine Familie, so wurde der einzelne immer unabhängiger von größeren Gemeinschaften, in denen er geboren war, je mehr sich die Geldwirtschaft entwickelte. Die Familie wurde von da an immer mehr reduziert auf ein Ehepaar mit seinen noch nicht erwerbsfähigen Kindern. Diese Tendenz, die in der kapitalistischen Gesellschaft allgemein ist,

führte zu einer großen Selbständigkeit des einzelnen. Sie wurde so stark, daß sie sich trotz der ökonomischen Nachteile durchsetzte, die auch im Haushalt der kleinere Betrieb gegenüber dem größeren aufweist. Wohl sucht man für den Haushalt wenigstens in der Stadt ebenfalls die Vorteile des Großbetriebs zu gewinnen, aber nicht dadurch, daß man mehrere Haushaltungen zu einer großen verschmilzt, sondern dadurch, daß man eine der ökonomischen Funktionen des Haushalts nach der anderen von ihm loslöst und durch gemeinsame Anstalten ersetzt, so daß die Arbeiten des Haushalts immer einfacher und geringer werden.

In der Industrie wurde das Aufkommen des Großbetriebs durch die Verkleinerung des Haushalts nicht gehindert.

Ganz anders wirkt diese Verkleinerung dagegen in der Landwirtschaft, wo Haushalt und Betrieb eng verbunden sind. Sie hat die Großfamilien zerstört und durch zahlreiche kleine Haushaltungen ersetzt. Damit aber auch einen starken Drang nach der Auflösung der größeren Güter in kleine erweckt und das Vordringen des modernen Großbetriebs sehr gehemmt, dessen technische Überlegenheit in der Landwirtschaft ohnehin nicht so stark war wie in den meisten Zweigen der Industrie.

Wo sich der Großbetrieb behauptete, blieb er aber mit einer großen Haushaltung verbunden. Er bedingte das Vorhandensein eines zahlreichen Gesindes, lediger Knechte und Mägde ohne eigenes Heim, aber vielfach mit den entsprechenden Anhängseln „lediger Kinder". Und selbst die Arbeiter des großen Guts, die eigene Familien gegründet hatten, blieben in bezug auf Wohnung und Haushalt in hohem Grade von der Gutsherrschaft abhängig.

Eine Abhängigkeit ähnlicher Art bestand auch in den kommunistischen Kolonien. Sie ist aber für moderne Menschen ganz unerträglich. Ließen wir sie fortbestehen, dann drohten an ihr alle landwirtschaftlichen Genossenschaften zu scheitern.

Je mehr daher das proletarische Regime Sorge dafür trägt, daß die Landarbeiter gebildet und zu modernen Menschen erzogen werden, um so mehr muß es auch danach trachten, ihnen menschenwürdige Wohnungsverhältnisse zu schaffen, die ihre Haushaltungen völlig unabhängig vom Betrieb machen. Nur dann, wenn der kleine Haushalt organisch losgelöst ist vom

großen Betrieb, wird dieser in der Landwirtschaft vereinbar werden mit dem Bestehen einer intelligenten und selbständigen Landarbeiterschaft.

Das bezeugt uns deutlich das Beispiel Italiens. Im Unterschied von den meisten anderen Ländern vermochten dort genossenschaftliche Großbetriebe in der Landwirtschaft aufzukommen und sich zu behaupten. Es gelang ihnen, obwohl die Bedingungen für sie nicht sehr günstig waren. Denn diese Betriebe dienen weniger dem Konsumenten- als einem recht beschränkten Produzenteninteresse. Sie wurden nicht begründet, um billige Lebensmittel zu produzieren, sondern um der Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern abzuhelfen. Sie lehnen also die Anwendung von Maschinen dort ab, wo Arbeitskräfte dadurch überflüssig gemacht würden. Ein Großbetrieb ohne Maschinen ist aber dem Kleinbetrieb kaum überlegen.

Daß trotzdem die Genossenschaften in der italienischen Landwirtschaft emporkommen konnten, ist nicht zum wenigsten dem Umstand zuzuschreiben, daß in ihr im Gegensatz zu der Landwirtschaft anderer Staaten Betrieb und Haushalt in hohem Grade getrennt sind. Die Bebauer des Landes leben nicht zerstreut, sondern in kleinen Landstädtchen konzentriert. Dies erleichtert sowohl die sozialistische Propaganda wie die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation unter den Landarbeitern.

Daher finden wir in Italien nicht bloß genossenschaftliche Landwirtschaft, sondern auch eine Landarbeiterbewegung von ausnehmender Kraft und Zähigkeit, wie bisher nirgends in der Welt.

Die Schaffung ausreichender gesunder und freundlicher Wohnungen aus öffentlichen Mitteln für die Landarbeiter; Wohnungen, die losgelöst sind von den Betrieben und in größeren Siedlungen konzentriert werden; damit größere Bewegungsfreiheit der Landarbeiter, eine starke Gewerkschaftsbewegung unter ihnen, gute Landschulen — das sind unerläßliche Vorbedingungen für eine Sozialisierung landwirtschaftlicher Großbetriebe.

d) Die Sozialisierung des Kleinbetriebs.

Sind einmal einige große Güter sozialisiert, und zwar mit gutem Erfolg, dann wird die Sozialisierung der anderen rasche

Fortschritte machen können. Doch bildet der bäuerliche Betrieb in den meisten Ländern einen zu wichtigen Faktor der Lebensmittelproduktion, als daß nicht der Versuch gemacht werden müßte, auch ihn zur Sozialisierung heranzuziehen.

Für den Kleinbetrieb, wie er ist, bleibt sie unmöglich. So wie für die großen Güter muß auch für die kleinen erst eine Reihe von Bedingungen geschaffen werden, ehe sie in das Bereich der Sozialisierung einbezogen werden können.

Daß die Verbesserung der Dorfschulen und die allgemeine Hebung des Kulturniveaus auf dem Lande auch für den Aufstieg der Bauern zu höheren Produktionsformen unerläßlich ist, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Dagegen wird der Zusammenschluß der Bauern zu wirtschaftlichen Verbänden die Sache der Sozialisierung wenig fördern. Bisher waren solche Verbände meist Organe des Kampfes der ländlichen Produzenten gegenüber den städtischen Konsumenten. Der sozialisierte Betrieb soll aber eine Organisation sein, die den Interessen beider Seiten dient.

Wie bei der Sozialisierung der Großbetriebe wird auch bei der der bäuerlichen Betriebe eine wichtige Vorbedingung die Trennung von Betrieb und Haushalt bilden. Nur stellt sich dies Problem bei dem kleinen Betrieb anders dar als bei dem großen. Bei diesem wird an die Betriebsform angeknüpft, die man vorfindet. Die Form des Haushalts ist da zu ändern.

Umgekehrt beim Bauern. Die Selbständigkeit des Haushalts findet man bereits vor. Zu ändern ist die Form des Betriebs.

Den ganzen bäuerlichen Betrieb vom Haushalt zu trennen, wird kaum möglich, ja vielfach nicht einmal vorteilhaft sein. Was sich in der bäuerlichen Wirtschaft am ehesten vom Haushalt loslösen und selbständig betreiben läßt, das ist der Feldbau. Das ist aber auch gerade jener Teil der landwirtschaftlichen Produktion, in dem der Großbetrieb am vorteilhaftesten ist und die meisten Maschinen zur Anwendung kommen. Es wäre technisch nicht nur möglich, sondern auch höchst vorteilhaft, daß die Bauern eines Dorfes ihre Felder zusammenlegen und eine Genossenschaft zu ihrer gemeinsamen Bewirtschaftung bilden würden.

Das wäre durchaus nichts Unerhörtes. Bis weit in die neuere Zeit hinein finden wir den Flurzwang. Haus und Hof des

Bauern waren sein privater Besitz, Wald und Weide ungeteiltes Gemeineigentum. Die Feldflur aber bildete einen gemeinsamen Besitz der Dorfgenossenschaft, der jedoch bei entwickelter bäuerlicher Wirtschaft nicht gemeinsam bearbeitet, sondern von Zeit zu Zeit unter die einzelnen Familien zu gesonderter Bearbeitung verteilt wurde. Aber diese Bearbeitung geschah nach einem gemeinsamen Plan. Mehr war damals nicht notwendig, denn die gemeinsame Bearbeitung hätte bei den einfachen Werkzeugen jener Zeit keine Vorteile geboten.

Ganz anders heute, im Zeitalter des Dampfpflugs und Motorpflugs, der Säe- und Mähmaschine. Da bietet die Bearbeitung großer zusammenhängender Flächen bedeutende Vorteile gegenüber dem Bewirtschaften kleiner Parzellen. (Eingehender darüber habe ich gehandelt in der Schrift „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft", Leipzig 1918, in dem Kapitel über die Landwirtschaft der Dorfgemeinde, das auch mit anderen Kapiteln derselben Schrift und einigen meines Buches über die Agrarfrage gesammelt erschienen ist unter dem Titel: „Die Sozialisierung der Landwirtschaft", Berlin 1919.)

Heute schon kommt es vor, daß der kleinere Bauer seine Äcker von einem Nachbarn mit besseren Gespannen oder mit einem Motor pflügen läßt. Gedroschen wird schon seit langem meist mit einer fremden Dreschmaschine. Genossenschaftlicher Besitz solcher Maschinen, ebenso wie von Motorpflügen, Mähmaschinen usw. ist nicht mehr selten.

Bloß der letzte, wichtigste Schritt für eine Rationalisierung der bäuerlichen Landwirtschaft, der auch ihre Sozialisierung ermöglichen würde, wird nicht gemacht: die Zusammenlegung der Äcker. Sie scheitert vor allem am Privateigentum am Boden.

Der Anfang damit wird nur dort gemacht werden können, wo jenes private Eigentum aufgehoben ist. Es ist bezeichnend, daß diejenigen Landleute, die sich in Italien zu Genossenschaften zum Betrieb der Landwirtschaft vereinigen, Lohnarbeiter oder Pächter sind, nicht aber besitzende Bauern.

Haben wir ein proletarisches Regime, dann dürfen wir bei der heutigen starken Mobilisierung des Grundbesitzes und den vielen Gutsverkäufen wohl erwarten, daß das Vorkaufsrecht des Staates ihm in manchen Gegenden bald einen großen

Teil des Bodens zuführt. Ist in einem Dorf die gesamte Bauernschaft oder doch ein erheblicher Teil zu Pächtern des Staats geworden, dann kann dieser den Pachtvertrag sehr wohl in einer Weise gestalten, daß es möglich wird, die Gesamtheit der verstaatlichten Äcker im Dorfe zu einem zusammenhängenden Bodenkomplex zu vereinigen und die Staatspächter in einer Genossenschaft zu organisieren, die den dörflichen Staatsboden bewirtschaftet.

Ähnlich wäre bei der Anlegung neuer Siedlungskolonien zu verfahren. Siedlungen zu schaffen durch Zerschlagung rationell bewirtschafteter großer Güter wäre, wie schon gesagt, eine Barbarei und eine Gefährdung der Volksernährung. Anders steht es dagegen mit Siedlungen, die auf neugewonnenem Ödland errichtet werden.

Hier wäre die Gelegenheit gegeben, gleichzeitig dem Drang nach Vermehrung der selbständigen kleinen Haushaltungen und nach Gewinnung der technischen Vorteile des Großbetriebs Genüge zu leisten, wenn man die Siedlungen von vornherein als Dörfer mit gemeinsamer, genossenschaftlich zu bewirtschaftender Feldmark einrichten würde. Wenn die gesamte Siedlung Staatseigentum bliebe, jeder einzelne Siedler seine besondere Wohnstätte bekäme und der Dorfgenossenschaft die Bearbeitung der Feldmark vom Staat als Grundherrn zugewiesen würde, wäre diesem stets Einfluß genug gesichert, um neben dem Interesse der Produzenten auch das der Konsumenten zu wahren.

Das gleiche gilt natürlich auch von den Gütern, die von vornherein Großbetriebe waren, und die mit der Sozialisierung in Staatseigentum übergehen. Es wäre nicht schwer, sie in den staatlichen Wirtschaftsplan und die Bedarfsdeckungswirtschaft einzufügen, entweder durch Angliederung an eine städtische Gemeinde, für deren Bedürfnisse sie arbeiten, oder an eine der Gilden oder die gemeinwirtschaftlichen Organisationen der Müller, der Zuckerfabriken usw.

Die Gemeinwirtschaft der Dorfgenossenschaften würde wohl, sobald sie sich einmal eingelebt und bewährt hat, beim Ackerbau, der ihren Ausgangspunkt bildet, nicht stehen bleiben. Sie würde auch auf die Viehhaltung übergreifen, zunächst die des Großviehs. Ob und inwieweit dann auch die Haltung des Klein-

viehs, Gemüse- und Obstbau sozialisiert werden, braucht uns heute noch nicht zu beschäftigen.

Auf jeden Fall dürfen wir erwarten, daß von zwei Seiten her, von der des Großbetriebs durch Loslösung der Einzelhaushaltung von ihm und von Seite der kleinen Wirtschaften durch Loslösung des Ackerlandes von ihnen, die Sozialisierung der Landwirtschaft schrittweise vor sich gehen wird, in immer rascherem Tempo, je größer die Erfahrungen, die man sammelt, und je größer die wirtschaftlichen Erfolge, die man, auf diese Erfahrungen gestützt, erzielt; je besser die Lage der Arbeiter in den sozialisierten Betrieben und je größer und billiger das Produkt, das sie den Konsumenten zuführen.

Die Verstaatlichung des Bodens, entweder, wo es möglich ist, durch Konfiskation oder, was die Regel sein wird, durch schrittweisen Ankauf von Privatland, bildet die unentbehrliche Vorbedingung für die Einfügung der Landwirtschaft in das sozialistische Getriebe. Aber nur eine Vorbedingung. Die Beschränkung auf die Bodenverstaatlichung ohne Änderung des Charakters der Wirtschaft, wie viele Bodenreformer verlangen, würde nicht viel ändern.

e) Die Industrialisierung der Landwirtschaft.

Nicht einmal bei den besprochenen Einrichtungen dürfte die Sozialisierung der Landwirtschaft stehen bleiben. Sie müßte trachten, weiter fortzuschreiten zur Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft.

Ehedem, im privaten bäuerlichen Betrieb, waren beide vereinigt, erzeugte der Bauer fast alle Industrieprodukte selbst, die er brauchte. Die fortschreitende Arbeitsteilung hat eine der bäuerlichen Industrien nach der anderen selbständig gemacht und in die Städte verlegt, hat daneben zahllose neue Industrien erstehen lassen, die für den Bauern unentbehrlich geworden sind, selbst in einem so rückständigen Lande wie Rußland. An dem Ruin der russischen Landwirtschaft ist zu nicht geringem Teil der Ruin der russischen Industrie schuld.

Je mehr die Arbeit des Landwirtes sich auf die eigentliche Landwirtschaft beschränkt, desto mehr wird sie Saisonarbeit, die zu manchen Zeiten ungeheuerlich anschwillt, um dann wieder fast völlig zu stocken. In der Stadt kann der Inhaber

eines Saisongewerbes seine Arbeiter entlassen, wenn die stille Zeit kommt. Er bekommt wieder welche, wenn das Geschäft sich belebt. Und der entlassene Arbeiter findet verschiedene Möglichkeiten, sich über die Arbeitspausen durchzuhelfen, wenn auch oft unter großen Entbehrungen. Auf dem Lande dagegen wird meist nur ein Gewerbe betrieben — abgesehen von der Forstwirtschaft, die nicht überall Winterverdienst gibt —, der Landtaglöhner findet in den Zeiten ruhender Landwirtschaft kaum Beschäftigung. Dafür sind aber in den Zeiten großer Arbeitsintensität zusätzliche Arbeitskräfte meist schwer zu haben.

Zu diesen Nachteilen der Abwanderung der Industrie vom Lande in die Stadt gesellt sich noch der, daß dort die Bevölkerung abnimmt, indes sie sich hier zusammendrängt. Daß der Landbevölkerung die geistigen Anregungen fehlen, indes die Stadt sie in reichem Maße bietet, daß jene also geistig verkümmert, wenn nicht absolut, so doch relativ, im Vergleich zur städtischen Bevölkerung, und eine große geistige Kluft zwischen Stadt und Land sich auftut, was zur Feindseligkeit zwischen beiden nicht wenig beiträgt.

Dafür werden die Städte Zentren nicht nur höherer Intelligenz, sondern auch des Luxus, der Liederlichkeit, der Kriminalität. Der städtische Arbeiter verliert die enge Fühlung mit der Natur und läuft Gefahr, physisch zu verkommen. Dabei bringt die Zusammendrängung der Bevölkerung in den Großstädten wachsende Kosten des Transports für ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln, mit Wasser und anderen Lebensbedürfnissen mit sich, sowie nicht minder wachsende Kosten für die Entfernung ihrer Abfälle und Fäkalien, deren wertvolle Dungstoffe zum großen Teil der Landwirtschaft verloren gehen.

Diese Trennung von Industrie und Landwirtschaft, von Stadt und Land in dem hohen Maße, wie sie heute eingetreten ist, gehört zu den schlimmsten Wirkungen des industriellen Kapitalismus, und ehe sie nicht aufgehoben ist, wird die Überwindung seiner Schäden keine vollkommene sein.

Ansätze zu einer Verlegung einzelner industrieller Betriebe aufs flache Land finden sich heute schon. Die ersten Formen kapitalistisch ausgebeuteter Industrien, sowohl Hausindustrien wie Bergbau, erstanden außerhalb der Städte. Als dann das Maschinenwesen aufkam, bildete seine erste bewegende Kraft

das Wasser, weshalb heute noch in England eine Fabrik „mill“, das heißt Mühle genannt wird. Die Industrie ging den Wasserkräften nach in einzelne Flußtäler. Dampfmaschine und Eisenbahnen haben dann die große Mehrzahl der Industrien in einzelnen Städten zentralisiert.

Bisher waren die Gegentendenzen nicht stark genug, diese Bewegung rückgängig zu machen. Wohl werden einzelne Fabriken aufs Land verlegt, wenn sie dort billige Arbeitskräfte finden. Andererseits gehen andere Industrien dem landwirtschaftlichen Rohmaterial nach, das oft aus technischen oder ökonomischen Gründen einen weiten Transport nicht verträgt; so Zuckerfabriken, Spiritusbrennereien, Fabriken von Gemüsekonserven und dergleichen.

Endlich ist auch mancher Fabrikant dazu übergegangen, ein Gut in der Nähe seiner Fabrik nicht zu seinem Vergnügen zu erwerben, sondern um die Versorgung seiner Arbeiter mit manchen Lebensmitteln, Milch, Butter, Eier, Fleisch zu erleichtern und billiger zu gestalten.

Aber alle diese Unternehmungen sind noch zu vereinzelt geblieben, um das soziale Gesamtbild fühlbar zu beeinflussen, sie wurden ganz systemlos vorgenommen, und sie sind alle an das eigentliche Problem gar nicht herangegangen: die organische Verbindung industrieller mit landwirtschaftlicher Produktion.

Hierfür ist durch den Kapitalismus nicht die mindeste Vorarbeit geleistet worden. Es wird Aufgabe des sozialistischen Regimes sein, durch Experimente zweckmäßige Formen der Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft zu finden, bei denen die Industrie nicht nur ihren Standort auf dem flachen Lande findet und der landwirtschaftliche Betrieb nicht nur als Lieferant für die Industriearbeiter in Betracht kommt, sondern die Arbeitskräfte auch so geschult und organisiert sind, daß die Industriearbeiter in Zeiten großer Arbeitsintensität der Landwirtschaft, namentlich während der Ernte, imstande sind, in ihr erfolgreich mitzuwirken; und die Landarbeiter imstande, sich bei mangelnder Feldarbeit, also besonders im Winter, in der Industrie zu betätigen.

Eine noch höhere Form der Verbindung von Industrie und Landwirtschaft würde dort gegeben, wo es gelänge, jeden Arbeiter regelmäßig, tagaus tagein, einige Stunden im Freien,

auf dem Felde, und einige Stunden in der Fabrik zu beschäftigen und so die Geist und Körper zermürbende Monotonie der einseitigen Arbeit aufzuheben.

Gesundheit und Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter würden sicher enorm gewinnen, wenn jeder von ihnen bei sagen wir achtstündiger Arbeitszeit vier Stunden davon in der Landwirtschaft und vier in der Industrie tätig wäre. Bei der Anwendung von drei Schichten könnte dabei hier wie dort die Gesamtarbeitszeit im Betrieb zwölf Stunden ausmachen.

Diese Zeiten könnten natürlich den wechselnden Bedürfnissen der Landwirtschaft an Arbeitskraft angepaßt werden. Im Winter könnte etwa die Arbeitszeit des einzelnen in der Fabrik auf fünf Stunden, in der Landwirtschaft auf drei Stunden festgesetzt werden, während im Hochsommer das umgekehrte Verhältnis stattfände.

Wie gesagt, Erfahrungen auf diesem Gebiet liegen noch nicht vor, sie müßten erst gesammelt und verarbeitet werden. Selbstverständlich dürfte man dabei auch nicht schablonenhaft verfahren. Nicht für jede Industrie würde die gleiche Organisation passen, und jede hat ihren besonderen Standort, auf dem sie am besten gedeiht.

Andererseits wird das städtische Wesen nicht völlig aufhören können. Die Städte werden fortfahren zu bestehen als Zentren des staatlichen Verwaltungsapparats und der höheren Bildungsstätten. Aber mit der Reduzierung der staatlichen Bureaukratie und der Zunahme der lokalen Selbstverwaltung wird auch der Umfang des Beamtenkörpers im Zentrum des Staates abnehmen. Dabei wird die Dezentralisation der Industrie einen um so höheren Grad erreichen können, je mehr sie planmäßig organisiert und von den Schwankungen des Marktes unabhängig wird, je besser endlich das Verkehrswesen im Lande.

Was an zentralen Institutionen in den Städten übrigbleibt, wird kaum eine größere Bevölkerung mit sich bringen, als einer Mittelstadt mit etwa 100000 Einwohnern entspräche.

Auf der anderen Seite werden die Dörfer durch die Verlegung der Industrie aufs flache Land zu kleinen Städtchen anwachsen, wie sie es in Italien schon sind, was wieder die Trennung von Betrieb und Haushalt in der Landwirtschaft und die Ausdehnung des Großbetriebs fördern muß.

Allerdings, wie gesagt, liegen über die Industrialisierung der Landwirtschaft noch keine Erfahrungen vor. Die Lösung der Aufgabe würde auch eine ungeheure Masse Neubauten auf dem flachen Lande verursachen, sie erfordert eingehende Vorarbeiten und wird einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen. Sie kann nur von einem sehr reichen Staate mit bereits festgewurzeltem Sozialismus in Angriff genommen werden. In der Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, von der wir hier vornehmlich handeln, kommt sie noch wenig in Frage.

Indessen dürfte es doch nicht überflüssig sein, auf das Problem jetzt schon hinzuweisen, damit Praktiker und Theoretiker beginnen, sich damit zu beschäftigen und Erfahrungen zu sammeln, wie ja auch die Experimente mit den Produktivgenossenschaften der vierziger Jahre, obwohl sehr verfrüht und praktisch unzulänglich, uns doch manche wertvolle Einsicht verschafft haben.

Wir können den Sozialismus nicht aus bloßen spekulativ gewonnenen Theorien entwickeln. Sie müssen begründet sein auf Erfahrungen. Je mehr und längere Erfahrungen uns zu Gebote stehen, desto sicherer werden unsere Schritte in der Zukunft sein.

Im allgemeinen haben wir gefunden, daß die Sozialisierung in der Landwirtschaft mehr Schwierigkeiten findet und größere Vorarbeiten erheischt als in der Industrie. Trotzdem wird ein sozialistisches Regime sie nicht auf die lange Bank schieben dürfen. Je erfolgreicher und je eher der Sozialismus sich in der Landwirtschaft geltend macht, um so leichter entwaffnet er seinen gefährlichsten Gegner, die Bauernschaft.

Die Kapitalisten sind in einem industriell hochentwickelten demokratischen Gemeinwesen als physischer Machtfaktor nicht mehr zu fürchten. Das Proletariat ist da wohl imstande, mit ihnen fertig zu werden, soweit sie ökonomisch bereits entbehrlich geworden und die intellektuellen Kräfte, über die das Proletariat verfügt, denen der Kapitalisten gewachsen sind. Das Kraftverhältnis zwischen Kapital und Proletariat ist da eine Frage der Ökonomie und der Intelligenz, nicht physischer Macht.

Der Bauer dagegen stellt immer noch nicht bloß eine gewaltige ökonomische, sondern auch physische Macht dar, die

dem proletarischen Regime unter Umständen sehr hinderlich, ja selbst gefährlich werden kann. Sein ökonomischer Gegensatz zum Proletariat ist jedoch weit weniger tief begründet als der des Proletariers zum Kapital.

Auch dort, wo das proletarische Regime das Kapital für alle die Produktionsmittel entschädigt, die es an den Staat oder die Gemeinde abzugeben hat, droht den Kapitalisten der Verlust der Macht, die sie bisher geübt haben. Der kleine Bauer dagegen, der keine Lohnarbeiter ausbeutet, hat durch den Sozialismus an Macht nichts zu verlieren, an Muße und Wohlstand zu gewinnen.

Er glaubt jedoch nicht an theoretische Versicherungen, er kann nur durch praktischen Anschauungsunterricht gewonnen werden. Ihm diesen zu bieten, ist für uns von größter Wichtigkeit. Aber freilich, er muß anderer Art sein als der Anschauungsunterricht in Sozialismus, den 1917 die Bolschewiki der Welt zu erteilen versprachen. Weniger ruhmredig, weniger rasch, aber gründlicher vorbereitet, so daß er von vornherein die besten Resultate erzielt.

Gelingt das, dann wird das siegreiche Proletariat nicht bloß im eigenen Lande die gefährlichste Opposition bald dahinschwinden sehen, sondern auch den sozialistischen Proletariern in Staaten mit überwiegend agrarischer Bevölkerung ihren Kampf sehr erleichtern und ihren Sieg beschleunigen. Diese Länder werden dann nicht mehr, wie die ökonomisch führenden Staaten, die ganze Wüste des Kapitalismus durchzuirren haben, um in das gelobte Land des Sozialismus zu gelangen. Sie werden das Ziel auf sehr verkürztem Wege zu erreichen vermögen.

10. Das Geld.

a) Die Inflation.

Wir haben bisher immer unter der Voraussetzung gehandelt, daß das Geld fortfährt, zu bestehen und zu funktionieren. Ist das richtig? Wird nicht in einer sozialistischen Gesellschaft das Geld abgeschafft sein? Folgt das nicht mit Notwendigkeit aus dem Begriff der Bedarfsdeckungswirtschaft? In der Tat gilt heute noch bei vielen Sozialisten die Aufhebung des Geldes als eine selbstverständliche sozialistische Forderung. Und von

bolschewistischer Seite wurden wir bereits darauf hingewiesen, daß den besten Weg dazu die Inflation bilde, die Überschüttung der Welt mit Banknoten, die schließlich wertlos werden. Diese Art Sozialismus ist in der Tat diejenige, die in Rußland die reißendsten Fortschritte gemacht, aber ebensowenig wie die anderen Arten des russischen Sozialismus zur Befriedigung der Arbeiter und der Sozialisten gedient hat.

Es muß von vornherein einleuchten, daß, wenn man das Geld abschaffen will, der einzige Weg dahin darin bestehen darf, die Funktionen überflüssig zu machen, die das Geld bisher erfüllte. Die Inflation läßt aber diese Funktionen bestehen, sie ruiniert nur das Werkzeug, mit dem sie vollzogen wurden, und hemmt und stört so das ganze gesellschaftliche Leben.

Die erste und wichtigste Aufgabe des Geldes ist die Vermittlung des Austausches und der Zirkulation der Waren. In der Warenproduktion erzeugt jeder das, was er nicht selbst braucht, und gewinnt die Gegenstände, die er braucht, durch Austausch der Produkte seiner Arbeit, respektive der seiner Arbeiter, gegen die Produkte fremder Arbeit. Keiner will dabei für den anderen umsonst arbeiten. Bei völliger Freiheit der Konkurrenz und der Arbeit werden Produkte einander im Werte gleichgesetzt und als gleichwertige gegeneinander ausgetauscht, die mit dem gleichen Arbeitsaufwand hergestellt wurden. Die Erzeugung der Produkte durch Lohnarbeit statt durch eigene Arbeit kann dieses Gesetz etwas modifizieren, nicht aber aufheben.

Sobald der Austausch der Waren durch Geld vermittelt wird, durch eine Ware, die jeder nimmt, wird die Wertbeständigkeit der Geldware und dann auch der Geldzeichen, die als bestimmte Mengen der Geldware gelten, wichtig. Denn es wird möglich, eine Ware zu kaufen, aber sie erst später zu bezahlen. Es wird auch möglich, eine Ware zu verkaufen, ohne daß man das Geld, das man für sie erlöst, sofort wieder zu einem neuen Kauf ausgibt. Ist das Geld nicht wertbeständig, sinkt es im Wert, so repräsentiert es nach einiger Zeit weniger Arbeit als früher, der Besitzer des Geldes hat in diesem Falle einen Teil seiner Arbeit oder der seiner Lohnarbeiter umsonst geleistet. Wenn ich eine Ware, die 10 Stunden Arbeit in sich verkörpert, zu ihrem vollen Wert verkaufe und das Geld, das

ich bekam, nach einem Monat nur noch 9 Stunden Arbeit repräsentiert, habe ich 1 Stunde umsonst gearbeitet. Ist die Entwertung des Geldes auf ökonomisch nicht gerechtfertigte Geldfabrikation des Staates zurückzuführen, so ist neben den Valutaspekulanten er es, für den ich umsonst gearbeitet habe.

Die Inflation, die Geldentwertung, weit entfernt davon, eine sozialistische Maßregel zu sein, ist eine Besteuerung der Bevölkerung zugunsten des Staates und der Spekulanten. Sie bildet auf der einen Seite eine Steuer, weit ungerechter, drückender, zerstörender, sinnloser als irgendeine, auch eine indirekte, planmäßig auferlegte Steuer, und daneben ist sie ein Mittel, die schädlichsten Elemente der Kapitalistenklasse zu bereichern. Das wachsende Elend, das die Inflation im Gefolge hat, erzeugt mit Notwendigkeit den wachsenden Reichtum der Schieber, dessen weder die Guillotine zur Zeit der Assignatenwirtschaft, noch die Tscheka des bolschewistischen Terrors Herr wurde.

Die Inflation ist unter allen Umständen ein furchtbares Übel. Doch trifft es in einem kapitalistischen Staate nicht die Arbeiter allein, sondern auch viele Kapitalisten. Die Schieber gedeihen dabei, aber die Rentner werden ins Elend gestürzt.

Ganz anders wirkt die Inflation als sozialistische Maßregel in einer Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern, wo bereits die ganze Kapitalistenklasse expropriiert wurde, und zwar ohne jede Entschädigung. Hier dient das Geld fast ausschließlich zu Zahlungen an Arbeiter, Beamte und Bauern. Die Geldentwertung ist da nur noch ein Mittel, Arbeiter, Beamte, Bauern um einen Teil ihres Lohnes oder Arbeitsprodukts zu betrügen.

Sollte also das proletarische Regime bei seinem Beginn eine Inflationswirtschaft vorfinden, wird es alle Ursache haben, zu trachten, daß sie schleunigst ein Ende nehme. Es darf auf keinen Fall eine solche Wirtschaft beginnen oder einreißen lassen.

b) Die Abschaffung des Geldes.

Die Inflation ist also nicht der richtige Weg zur Abschaffung des Geldes. Wir haben auch gesehen, daß die kapitalistische Wirtschaft sich nicht mit einem Schlage beseitigen läßt. Solange das nicht erreicht ist, wird man auch vom Gelde nicht absehen können.

Wird man später des Geldes entraten können? Manche Sozialisten halten den Sozialismus für gleichbedeutend mit dem „Ende des Geldes". So Dr. Otto Neurath in seiner bereits zitierten Schrift „Wesen und Weg der Sozialisierung". Auf S. 14 schreibt er da:

„Wir müssen uns endlich von veralteten Vorurteilen befreien und in der Großnaturalwirtschaft eine vollwertige Wirtschaftsform erblicken, welche heute um so bedeutsamer ist, als jede vollständige Verwaltungswirtschaft letzten Endes Naturalwirtschaft ist. Sozialisieren heißt daher die Naturalwirtschaft fördern. An der zersplitterten, unbeherrschbaren Geldordnung festhalten und gleichzeitig sozialisieren wollen, ist ein innerer Widerspruch. Es gehört zum Wesen des Geldes, daß es nicht geleitet werden kann, und alle Versuche, die ‚richtige Geldmenge' zu bestimmen, sind vergebliches Bemühen. Die bisherigen geldpolitischen Bestrebungen waren praktisch ergebnislos, theoretisch unzulänglich, nicht, weil die Bearbeiter unfähig waren, sondern weil das Geld ein ungeeignetes Objekt all dieser Bemühungen war. Wenn man einmal das Wesen des Geldes voll erkannt haben wird, dann wird es allen wie Schuppen von den Augen fallen, und die Entwicklung von Jahrhunderten wird wie ein großer Irrtum erscheinen."

Die Schlußzeilen dieses Absatzes sind nicht ganz klar. Will Dr. Neurath mit ihnen sagen, daß es ihm endlich gelungen ist, das Wesen des Geldes klar zu erkennen, und daß die Weltgeschichte der letzten Jahrhunderte darunter leidet und deswegen ein großer Irrtum war, weil Dr. Neurath nicht früher geboren wurde? Aber dann wäre es seine Aufgabe, uns seine klare Erkenntnis des Geldes mitzuteilen, damit auch uns die Schuppen von den Augen fallen. Oder will er sagen, und die Fassung des Satzes deutet darauf hin, daß die vollkommene Klarlegung des Geldes erst von irgendwem zu schaffen ist? Wie kommt er dazu, aus dieser noch ungeborenen Theorie bereits Konsequenzen zu ziehen und zu verkünden, was sie alles leisten wird? In der Welt der Erkenntnisse kann man nicht mit Wechseln zahlen, die erst später fällig werden. Da muß bar bezahlt werden, allerdings, zur Erbauung des Dr. Neurath sei es gesagt, nicht mit Geld, sondern mit Naturalien, mit wirklichen Aufdeckungen.

Einstweilen aber bin ich leider nicht in der Lage, mich von „veralteten Vorurteilen zu befreien", wenn darunter auch die

Marxsche Geldtheorie zu verstehen ist. Solange nicht die Neurathsche Zukunftstheorie des Geldes vorliegt, halte ich mich an die vollkommenste der bestehenden, an die Marxsche.

Von einer bereits vorhandenen Geldtheorie des Dr. Neurath erhalten wir aber eine nicht ganz befriedigende Vorstellung, wenn wir von ihm hören, es sei ein innerer Widerspruch, an der „zersplitterten, unbeherrschbaren Geldordnung festhalten und gleichzeitig sozialisieren zu wollen", denn „es gehört zum Wesen des Geldes, daß es nicht geleitet werden kann".

Danach müßte man annehmen, das Geld hätte eine eigene Bewegung, die ganz anarchisch sei und sich durch nichts beeinflussen lasse. Ich bin leider derselben Meinung wie Marx, der diese Auffassung als auf bloßem Schein beruhend betrachtet:

„Obgleich die Geldbewegung nur Ausdruck der Warenzirkulation, erscheint umgekehrt die Warenzirkulation nur als Resultat der Geldbewegung." (Kapital, I, Volksausgabe, S. 75.)

Mit dem Charakter der Warenzirkulation ändert sich auch der der Geldbewegung. Eine Geldbewegung, die der Gesellschaft als selbständige, unter allen Umständen „unbeherrschbare" Macht entgegentritt, gibt es nicht.

Der „unbeherrschbaren Geldordnung" setzt Neurath entgegen die „Naturalwirtschaft". Was haben wir darunter zu verstehen? In den Anfängen der Wirtschaft finden wir die Produktion für den Selbstgebrauch. Jede der kleinen Gemeinschaften jener Periode erzeugt alles selbst, was sie braucht, und verteilt es unter ihre Mitglieder. Da ist Geld wirklich eine ganz überflüssige Sache.

Über dieses Stadium wächst die Gesellschaft hinaus durch die Arbeitsteilung zwischen einzelnen Produktionsbetrieben. Manche von ihnen fangen jetzt an, Dinge zu produzieren, die die anderen nicht produzieren, aber gern hätten. Dafür erzeugen die anderen Dinge im Überfluß, an denen jene Mangel leiden. Hier setzt der Austausch von Produkten zwischen den Betrieben ein; diese Produkte werden dadurch zu Waren, ihre Produktion ist Warenproduktion.

Zunächst werden Waren nur direkt getauscht. Wann ein solcher Tauschhandel gelingt, das ist eine ganz zufällige Sache. Wenn ein Schreiner verschiedene Tische, Stühle, Schränke zu

Markte bringt, die er fabriziert hat, und ein Müller eine Reihe von Säcken Mehl, so genügt es für das Gelingen des Austausches nicht, daß der Schreiner nach Mehl verlangt. Der Müller muß auch gerade einen Tisch, Stuhl oder Schrank brauchen.

Im Zeitalter des direkten Austausches der Waren kann daher kein Betrieb sich darauf verlassen, daß der Austausch gelingt, den er braucht. Alle lebensnotwendigen Dinge muß jeder selbst erzeugen. Nur Luxusartikel oder Dinge, auf die man warten kann, bis eine Gelegenheit sich bietet, sie zu erwerben, fallen in das Gebiet des Tausches. Die Arbeitsteilung zwischen den Betrieben ist da in sehr enge Grenzen gebannt. Die Tauschhandlungen bleiben vereinzelt und sind ein äußerst schwerfälliger Prozeß. Jeder strebt natürlich danach, nicht umsonst für den anderen zu arbeiten. Das Messen des Werts der Waren nach der in ihnen enthaltenen Arbeit beginnt schon sich geltend zu machen. Aber es beherrscht nicht gesetzmäßig den Austausch; das Verhältnis, in dem die einzelnen Produkte miteinander ausgetauscht werden, hängt von zahllosen Zufälligkeiten ab.

Ein gewaltiger Fortschritt wird gemacht, sobald bei den Austauschen eine Ware auftritt, die jeder gerne nimmt. Jeder, der diese Ware besitzt, kann nun ohne weiteres alles von gleichem Wert erwerben, das auf den Markt kommt. Besitzt er Vorräte dieser einen Ware, so kann er stets sicher sein, seine Bedürfnisse zu befriedigen, soweit die auf den Markt gelangenden Produkte der anderen Betriebe dazu ausreichen. Auf der anderen Seite ist jeder bereit, seine Ware gegen jene allgemein annehmbare Ware hinzugeben, auch wenn er für diese als Gebrauchsgegenstand augenblicklich keine Verwendung hat. Er weiß, daß er stets in der Lage sein wird, durch ihre Hingabe ein Bedürfnis zu befriedigen.

Jetzt werden die Tauschhandlungen zahlreicher, der Austauschprozeß vollzieht sich rascher und regelmäßiger. Der direkte Tausch von Ware gegen Ware tritt nun immer mehr zurück gegenüber dem Austausch besonderer Waren gegen die allgemein von jedem gern genommene Ware.

Infolgedessen nimmt die Arbeitsteilung unter den Betrieben zu, die Produktion für den Markt drängt immer mehr die für den Selbstgebrauch zurück. Der Warenaustausch wird aus einem

zufälligen, gelegentlichen ein regelmäßiger Vorgang, die verschiedensten Waren messen ihren Wert im Austausch nun immer mehr an der einen Ware, die allgemein genommen wird; der Tauschwert jeder einzelnen Ware verkörpert sich nun immer mehr in einer bestimmten Menge der allgemein den Tausch vermittelnden Ware, und die Bestimmung des Werts durch die Arbeit setzt sich jetzt immer mehr durch, nicht als bewußte Tat, sondern als unbewußtes Ergebnis.

Jene allgemein den Tausch vermittelnde Ware ist nun nichts anderes als das Geld.

Das ist gerade nichts Neues, was da gesagt wurde, und jedem bekannt, der sich mit dem Marxschen „Kapital" beschäftigt hat. Es mußte hier nochmals entwickelt werden, um das Wesen der Naturalwirtschaft klarzulegen.

Marx unterscheidet zwischen der Produktion für den Selbstgebrauch und der Warenproduktion. Es macht für ihn jedoch keinen wesentlichen Unterschied aus, ob die Waren direkt getauscht oder gegen Geld verkauft und mit Geld gekauft werden. Das letztere ist nur eine technische Erleichterung des gleichen Prozesses.

Eine andere Unterscheidung macht die herkömmliche Ökonomie. Sie wirft die beiden so wesentlich verschiedenen wirtschaftlichen Stadien der Produktion für den Selbstgebrauch des eigenen Betriebs und der Warenproduktion mit direktem Warenaustausch zusammen unter dem Namen der Naturalwirtschaft. Dafür unterscheidet sie die wesentlich nicht verschiedenen beiden Stadien der Warenproduktion, die des direkten und die des durch Geld vermittelten Austausches von Waren. Das erste dieser Stadien weist sie der Naturalwirtschaft zu, das zweite dagegen erscheint ihr als eine fundamental verschiedene Wirtschaftsform, als die „Geldordnung".

Man sieht, Neurath verspricht uns wohl eine ganz neue Erkenntnis vom Wesen des Geldes, die uns die Schuppen von den Augen fallen läßt, einstweilen aber begnügt er sich damit, in dieser Erkenntnis hinter Marx zurückzugehen.

Wie wird sich nun die sozialistische Wirtschaft gestalten? Sie wird gewiß nicht eine einzige Fabrik bilden, wie Lenin einmal meint. Sie wird den Bedürfnissen der modernen Arbeitsteilung entsprechend in zahlreiche Betriebe zerfallen, die wohl,

zum Unterschied von der Warenproduktion, nicht mehr Privateigentum einzelner Produzenten sind, sondern Eigentum der Gesamtheit der Konsumenten, deren Bedürfnisse sie zu befriedigen haben. Aber damit muß Hand in Hand gehen möglichste Freiheit der Produzenten in jedem Betrieb, dieser wird in hohem Grade autonom sein.

Gleichzeitig wird der Sozialismus auch nicht die Loslösung des Haushalts vom Betrieb rückgängig machen, die ein Produkt der industriellen Entwicklung ist.

Das besagt aber, daß auch die sozialistische Gesellschaft ohne ein System des Austausches der Produkte nicht wird bestehen können. Ihr Austausch wird doppelter Art sein müssen: einer zwischen Betrieb und Betrieb, zum Erwerb von Produktionsmitteln, zu Zwecken produktiven Konsums. Und einer zwischen Betrieb und Haushaltung, zum Erwerb von Konsumtionsmitteln, zu Zwecken persönlichen Konsums.

Auch Neurath muß das zugeben. Aber er meint, das sozialistische Prinzip verlange, daß dieser Austausch direkt, in Naturalien, ohne Vermittlung des Geldes vor sich gehe. Vor dem Geld hat er eine abergläubische Angst, wie man sie vor unbegreiflichen Dingen zu haben pflegt. Das Eingreifen des Geldes, fürchtet er, würde alles ruinieren. Die Rückkehr zum direkten Tauschhandel, wie er bei Wilden üblich ist, erscheint ihm als großer Fortschritt zum Sozialismus. Triumphierend verkündet er:

„Wo wir hinblicken, sehen wir heute ein Vordrängen naturalwirtschaftlicher Tendenzen. Der Tauschhandel in kleinem Stil ist ja jedermann zum Überdruß bekannt. Aber auch in größerem Umfang ist der Austausch von Naturalien vorgekommen. Einzelne Regierungspräsidenten haben während des Krieges die Abgabe von Zucker usw. an die bäuerliche Bevölkerung mit Erfolg von der Lebensmittelablieferung abhängig gemacht. Wie weit die Zerrüttung des Geldwesens, wie weit die Rationierungen die Naturalwirtschaft förderten, soll hier nicht weiter erörtert werden." (S. 14.)

Ist auch nicht notwendig. Das Ausgeführte genügt zu zeigen, wo wir die Quelle der Anschauungen zu suchen haben, die Neurath und andere seiner Art vom Sozialismus haben: Aus den Verlegenheitsprodukten, die der Kriegsnot entsprangen und die mit ihr wieder verschwinden, machen sie durch Ver-

allgemeinerung ein ganzes System, das ihnen als Sozialismus erscheint.

Es ist eine ganz sonderbare Vorstellung, am Austausch festzuhalten, das Werkzeug aber aufzugeben, das allein das glatte, stetige Funktionieren dieses Austausches sichert, ja ohne welches Arbeitsteilung und Austausch in der bisherigen Ausdehnung überhaupt nicht möglich wären.

Ohne Geld sind nur zwei Arten Wirtschaft möglich:

Einmal die schon erwähnte primitive. Auf moderne Dimensionen übertragen, würde das heißen: Die ganze produktive Tätigkeit im Staate bildet eine einzige Fabrik unter einer zentralen Oberleitung, die jedem Einzelbetrieb seine Produktionsaufgaben zuweist, alle Produkte der gesamten Bevölkerung aufnimmt und jedem Betrieb seine Produktionsmittel, jedem einzelnen Konsumenten seine Konsumtionsmittel in natura zuweist.

Das Ideal eines solchen Zustandes ist das Zuchthaus oder die Kaserne, deren Insassen ja auch im wesentlichen alles, was sie brauchen, in natura zugemessen bekommen.

Diese monotone Barbarei lauert tatsächlich hinter den Vorstellungen von der „Naturalwirtschaft" des Sozialismus. So spricht Neurath auf Seite 11 der in Rede stehenden Broschüre von dem Wirtschaftsplan des sozialistischen Gemeinwesens, der zu entwerfen sei:

„Auf Grund der vorliegenden Daten würde festgestellt werden, wieviel Brot, wieviel Fleisch, wieviel Wohnung, wieviel Kleidung usw. auf den einzelnen höchstens entfallen können. . . . Es muß dann nur noch entschieden werden, welche Vorzugsversorgung Schwerarbeitern, Kindern, Kranken zuteil werden muß, wie man besonders wichtige Leistungen belohnen will, ob man Erfinder, Dichter, Techniker, Ärzte, die Großes für die Allgemeinheit geleistet haben, etwa wie im alten Athen im Prytaneum (Ehren-Altersheim) speisen will. Die Bestimmung der Kriegsrationen hat uns gezeigt, daß derlei gesellschaftstechnisch nicht übermäßig schwierig ist."

Sicher, wenn man das ganze Leben des Kulturmenschen auf Kriegsrationen reduzieren will. Alle Welt bekommt die gleichen Mengen Brot, Fleisch, Wohnung, Kleider, persönliche Neigungen spielen dabei keine Rolle, Unterschiede werden nicht gemacht, nur für Kinder und Dichter wird besonders gekocht. Wir erfahren leider nicht, wie viele Kilogramm Bücher jedem

Bürger im Jahr zugewogen werden, und wie oft die Bewohnerschaft eines jeden Hauses ins Kino geführt wird.

Neben dieser schablonenhaften Zuteilung der gleichen Lebensmittel und der gleichen Lebensgenüsse an den einzelnen ist auch noch eine andere Form des Sozialismus ohne Geld denkbar, die Leninsche Auffassung dessen, was Marx als zweite Phase des Kommunismus bezeichnet: Jeder produziert aus freien Stücken so viel, als er kann, und die Produktivität der Arbeit ist so hoch gestiegen, die Menge und Mannigfaltigkeit der Produkte so gewaltig, daß man es jedem einzelnen überlassen kann, zu nehmen, was er braucht. Dazu braucht man natürlich kein Geld.

So weit sind wir aber noch nicht. Wir können heute nicht einmal ahnen, ob wir jemals so weit kommen. Irgendwelche Voraussetzungen, die uns derartiges erwarten ließen, sind noch nicht gegeben. Jener Sozialismus aber, mit dem allein wir es heute zu tun haben, auf dessen Wesen wir aus den heute bereits vorhandenen Voraussetzungen mit einiger Bestimmtheit schließen können, wird leider über diese beneidenswerte Freiheit und Fülle noch nicht verfügen können, er wird sich aber auch der Enge und Monotonie der „Naturalwirtschaft" widersetzen und daher ohne Geld nicht auskommen können.

c) Das sozialistische Geld.

Wird es also auch in einer sozialistischen Gesellschaft Geld geben und geben müssen, so werden doch dessen Funktionen nicht ganz die gleichen sein wie heute.

Seine wichtigste ist in der gegenwärtigen Produktionsweise seine Verwandlung in Kapital. Jedes Kapital muß sein Funktionieren als Geldsumme beginnen. Wird es gegen Zins ausgeliehen, dann behält es die Geldform, es bildet *Geldkapital*. Es kann aber auch sich in Waren verwandeln, die wie sie sind mit einem Profit weiterverkauft werden — dies die Form des *Handelskapitals*. Endlich kann es angewandt werden zum Ankauf von Produktionsmitteln und Arbeitskräften, die neue Waren mit einem Mehrwert produzieren — dies bildet die höchste Form des Kapitals, das *industrielle Kapital*.

Welche Formen immer aber das Kapital im Verlauf seines Wirkens annehmen mag, in seinem Beginn muß es stets die

Geldform besitzen. Auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten, Geld als Kapital anzuwenden, heute so sehr entwickelt, daß fast alles Geld, das nicht für sofortige Konsumzwecke bereit zu halten ist, zu Kapital werden kann, wenigstens in der Form des zinstragenden Kapitals.

So kommt es häufig vor, daß man Geld und Kapital identifiziert. Dann muß natürlich zur Beseitigung der „Kapitalordnung" auch die „Geldordnung" aufgehoben werden. Diese Gleichsetzung von Geld und Kapital scheint auch bei Neurath mitzuspielen, sonst wäre es unbegreiflich, daß er sagt:

„In einer Großnaturalwirtschaft, in einer sozialisierten Wirtschaft ist das Geld keine treibende Kraft mehr. Es gibt dann keinen ‚Reingewinn', um dessentwillen produziert würde." (S. 15.)

Hier wird das Produzieren von Mehrwert als Funktion nicht des Kapitals, sondern des Geldes überhaupt betrachtet. Das ist ganz irrig.

In einer sozialistischen Gesellschaft, in der alle Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, ist natürlich keine Möglichkeit mehr für Private gegeben, Geld zum Ankauf von Produktionsmitteln anzuwenden, also es in industrielles Kapital zu verwandeln. Da die Produktion des Mehrwerts für Private aufhört, schwindet damit auch der Fonds, aus dem Handelsprofite und Geldzinsen gezahlt werden. Der Kaufmann wird ausgeschaltet durch Konsumentenorganisationen, sowie durch direktes Kaufen und Verkaufen der großen Produzentenorganisationen untereinander. Es hören auf die großen Geldreichtümer der einen, die Geld borgen könnten, und die Notstände der anderen, die gezwungen sind, Geld gegen Zins zu entlehnen. Damit ist auch dem Geldkapital der Boden unter den Füßen weggezogen.

Also für die Verwandlung von Geld in Kapital fehlen in einer vollendeten sozialistischen Gesellschaft überhaupt alle Vorbedingungen.

Aber damit sind doch nicht alle Funktionen des Geldes erschöpft. Es bestand Jahrtausende, ehe es eine kapitalistische Produktionsweise gab. Als Wertmesser und Zirkulationsmittel der Produkte wird es auch in einer sozialistischen Gesellschaft wenigstens so lange existieren müssen, als sie nicht in die gesegnete zweite Phase des Kommunismus eingetreten ist, von

der wir heute noch gar nicht wissen, ob sie jemals mehr sein wird als ein frommer Wunsch, ähnlich dem Tausendjährigen Reich.

Wie immer eine sozialistische Gesellschaft organisiert sein mag, sie wird einer sorgfältigen Buchführung bedürfen und ebenso jeder ihrer Betriebe, aus der ganz deutlich jederzeit zu ersehen ist, wieviel er bekommen, wieviel er ausgegeben, wieviel er gewonnen oder zugesetzt hat. Das ist aber ganz unmöglich zu erzielen, wenn man die Ein- und Ausgänge nur in natura bucht.

Wenn eine Maschinenfabrik eine Dreschmaschine abliefert und dafür sagen wir 40 Schweine und 100 Zentner Mehl, 20 Zentner Butter und 2000 Eier zugewiesen bekommt, wie kann sie da wissen, ob sie bei dieser Transaktion gewonnen oder verloren, ob sie für die Landwirtschaft oder diese für jene mehr Arbeit geliefert hat, als sie erhielt? Es ist offenbar, die Buchung in Naturalien ergäbe bald nur ein grenzenloses Chaos. Was gebucht werden und stets klar ersichtlich sein muß, das sind die Produktionskosten eines jeden Produkts, jene Kosten, die sich in letzter Linie in Arbeit auflösen. Und nur dadurch, daß alle Produkte dieses Gemeinsame haben, daß sie Schöpfungen der Arbeit sind, werden die Mengen, in denen sie miteinander auszutauschen sind, meßbar. Nur dadurch werden sie überhaupt austauschbar. Als dieses für den Austausch der Produkte unentbehrliche Meßinstrument dient das Geld, das heißt eine Ware, deren Gebrauchswert nur darin besteht, daß sie eine bestimmte Menge Arbeit oder Wert darstellt.

Wir finden die Funktion des Geldes als Wertmaßstab selbst schon bei dem Austausch der Naturalien.

„Die alten Ägypter zum Beispiel gebrauchten im dritten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung schon Kupfer und Gold (nicht Silber) als Geldware und allgemeinen Wertmesser der Ware. Aber die in Geld ihrem Werte nach gemessenen Waren wurden meist in natura gegeneinander ausgetauscht.

So wurde bei einer dieser Tauschhandlungen zum Beispiel ein Stier getauscht. Sein Wert wurde festgesetzt auf 119 Kupferutnu (14,4 Kilogramm Kupfer). Für ihn wurden gegeben eine Matte, die auf 25 Utnu angesetzt wurde, 5 Maß Honig zu 4 Utnu, 8 Maß Öl zu 10 Utnu und noch sieben andere Dinge für den Rest." (Kautsky, Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft, S. 111.)

In gleicher Weise würde, selbst wenn man sich zäh auf den bloßen Austausch von Naturalien beschränken wollte, die Fortdauer des Geldes als Wertmaßstab für die Buchführung und die Berechnung der Austauschverhältnisse in einer sozialistischen Gesellschaft unentbehrlich sein.

Die Beschränkung auf den Naturalienaustausch wäre aber ein „Fortschritt", zu dem nichts drängen würde als einige utopistische Marotten. Die Bedürfnisse des Lebens würden sie bald hinwegfegen, wenn man jemals versuchen würde, sie in die Praxis umzusetzen, was kaum zu befürchten ist.

Ebensosehr wie als Wertmesser, wird das Geld also als Zirkulationsmittel der Produkte fortfahren zu fungieren.

Wird dazu aber dasselbe Geld erforderlich sein, das heute noch besteht oder doch bestehen sollte, das Geld, das aus einer besonderen Ware, meist Gold, gebildet wird? Könnte man statt diesem Produkt und Repräsentanten menschlicher Arbeit nicht diese selbst direkt als Wertmaßstab bestimmen und ein Arbeitsgeld schaffen, das direkt geleistete Arbeit bescheinigt? Das wäre etwa in der Form denkbar, daß jeder Arbeiter für jede Arbeitsstunde, die er geschafft hat, einen Schein erhält; für diesen erhält er das Anrecht auf das Produkt einer Arbeitsstunde. Für jedes Produkt wäre zu berechnen, wieviel Arbeit es gekostet hat. Für den Lohn eines Arbeitstags könnte der Arbeiter stets Produkte kaufen, deren Herstellung einen Arbeitstag erheischte. Die Rechnung müßte stets glatt ausgehen, jede Ausbeutung wäre ausgeschlossen, und der Arbeiter besäße vollständige Freiheit darin, wie er seinen Lohn anlegen wolle. Jede Bevormundung durch eine Behörde, die dem einzelnen seine Rationen zuteilt, wäre vermieden.

Kein Zweifel, ein solches Geld wäre denkbar. Ließe es sich aber auch praktisch durchführen? Wir wollen ganz absehen von den Komplikationen, die zum Beispiel die Akkordarbeit oder die Verschiedenheit der Löhne bringen würde, da doch für unangenehme oder schwere Arbeiten höhere Löhne zu zahlen wären als für angenehme und leichte. Aber welche ungeheure Arbeit würde es bedeuten, für jedes Produkt den Betrag der Arbeit zu berechnen, den es von seinen ersten Anfängen an bis zur völligen Fertigstellung samt Transportarbeit und anderen Nebenarbeiten gekostet hat. Und wäre man fertig, müßte man

wieder von vorne anfangen, da sich inzwischen die technischen Verhältnisse in manchen Branchen geändert hätten.

Und welche Arbeit sollte man berechnen? Doch nicht diejenige, die jedes Produkt wirklich gekostet hat. Da würden die verschiedenen Exemplare gleicher Art verschiedene Preise aufweisen, die unter ungünstigeren Bedingungen erzeugten höhere als die anderen. Das wäre aber absurd. Sie müßten alle den gleichen Preis haben, und der wäre zu berechnen nicht nach der wirklich aufgewendeten, sondern der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Würde es gelingen, diese für jedes Produkt festzustellen?

Dabei bekämen wir eine doppelte Rechnung. Die Entlohnung des Arbeiters würde nach der Arbeitszeit erfolgen, die er tatsächlich aufgewendet hat, die Berechnung des Preises der Produkte nach der zu ihrer Erzeugung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Die Summe der gesellschaftlich aufgewendeten Arbeitsstunden sollte bei der einen wie bei der anderen Berechnung die gleiche sein. Aber das wäre fast nie der Fall.

Der Vorschlag des Arbeitsgeldes begegnet deshalb auf Schritt und Tritt so großen Schwierigkeiten, weil er von einer zu mechanischen Auffassung des Wertgesetzes ausgeht.

Wie kam man denn zu diesem? Durch Beobachtung der Bewegungen und der Verhältnisse der Preise. Seitdem die Produktion von Massengütern für den Markt eine regelmäßige geworden war, bemerkte man, daß die Preise jeder einzelnen Ware trotz aller Schwankungen stets einem bestimmten Niveau zustrebten, mochten sie sich zeitweise noch so sehr darüber erheben oder darunter sinken. Auf der anderen Seite fand man, daß das Verhältnis der Preise der einzelnen Waren zueinander auch, bei allen gelegentlichen Schwankungen, die Tendenz nach einer großen Gleichmäßigkeit aufwies. Doch waren dies Verhältnis und jenes Niveau keine unveränderlichen Größen, nur folgten sie nicht den Wechselfällen der Marktlage, sondern änderten sich nur mit den Produktionsverhältnissen. Wo diese unverändert blieben, änderten sich auch nicht das Niveau und das Verhältnis, dem die Preise zustrebten.

Dieses Niveau bezeichnete man als den Wert der Ware. Früh erkannte man, daß die Höhe des Wertes einer Ware bestimmt wird durch die zu ihrer Erzeugung erforderliche

Menge Arbeit. Diese Lehre wurde immer konsequenter angewandt und verfeinert, bis sie ihren bisher höchsten Ausdruck fand bei Karl Marx.

Eine andere Theorie des Wertes als die des Arbeitswertes gibt es bisher noch nicht. Die Werttheorien, die ihr entgegengehalten werden, beziehen sich auf ganz andere Erscheinungen als jene, die durch die Theorie des Arbeitswertes erklärt werden sollen. Was sie als *Wert* bezeichnen, ist zum Teil genau besehen nichts anderes als der *Preis*, also die oberflächliche *Erscheinung* und nicht die sie bestimmende, unter ihr wirkende *Tendenz*. Aber auch der subjektive Wert der Grenznutzentheoretiker ist etwas ganz anderes als der Wert im Sinne eines Ricardo oder Marx. Jener ist ein Verhältnis des *einzelnen* Menschen zu den ihn umgebenden Gütern, dieser dagegen ist eine Erscheinung, die unter gegebenen Produktionsverhältnissen für *alle Menschen* die gleiche ist, die sie gegeben vorfinden, wie verschieden auch ihre subjektiven Bedürfnisse, Neigungen, Vermögensverhältnisse sein mögen.

Diese beiden Arten von Wert haben also nichts gemein als den Namen, was zur Klarheit gerade nicht beiträgt.

Der Wert, den Marx im Auge hat, entspringt aus bestimmten Produktionsverhältnissen und wirkt wieder auf sie zurück; er ist der Ausgangspunkt zu ihrer Erkenntnis. Der subjektive Wert ist dagegen ein Verhältnis eines einzelnen Individuums zu den ihn umgebenden Dingen, sie mögen durch menschliche Arbeit produziert sein oder nicht; er trägt zur Erkenntnis bestimmter gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse absolut nichts bei.

Für jenen Wert, den Marx und die klassische Ökonomie im Auge haben, ist bisher ein anderer bestimmender Faktor als die Arbeit nicht gefunden worden. Die Theorie des Arbeitswertes hat sich dadurch bewährt, daß sie uns tieferen Einblick als jede andere in die Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Getriebes gestattete. Wir dürfen daher den Arbeitswert als eine Realität betrachten. Aber er bleibt stets eine bloße Tendenz. Er ist real, aber nicht greifbar und genau meßbar. Dies ist nur möglich für seine jeweilige Erscheinungsform, den Preis.

Wir vermögen den Wert einer Ware nie genau zu berechnen und festzusetzen. Der Wert setzt sich nur in der Weise durch,

daß Abweichungen des Marktpreises vom Wert (beziehungsweise Produktionspreis oder Marktwert, was hier nicht näher erläutert werden kann), je größer sie werden oder je länger sie dauern, immer stärkere Widerstände hervorrufen, durch die Veränderungen der Produktionsverhältnisse herbeigeführt werden, die jener Abweichung des Preises vom Wert entgegenwirken.

An diesem Charakter des Werts werden alle Versuche scheitern, den Wert jeder einzelnen Ware zu „konstituieren", das heißt das in ihr enthaltene Quantum Arbeit genau zu bestimmen und ein Arbeitsgeld als Mittel zur Zirkulierung der so bestimmten Produkte einzurichten. Es wäre eine ungeheuer mühsame und komplizierte Arbeit, man würde nie damit fertig werden. Und doch dürfte das neue Arbeitsgeld nicht früher in Funktion treten, ehe der Wert aller Produkte konstituiert wäre.

Statt sich an die hoffnungslose Arbeit zu machen, fließendes Wasser mit einem Sieb zu messen — und dieser Art wäre die Konstituierung des Wertes —, wird sich das proletarische Regime für die Zirkulation der Waren an das halten, was es greifbar vorfindet: ihre historisch gewordenen Preise, die heute in Gold gemessen werden, was selbst die weitestgehende Inflation nur verschleiern und verzerren, nicht aber aufheben kann.

Was selbst der ungeheuerste und vollkommenste statistische Apparat nicht zu leisten vermöchte, die Schätzung der Waren nach der in ihnen enthaltenen Arbeit, das finden wir in den überkommenen Preisen als Ergebnis eines langen historischen Prozesses gegeben vor, unvollkommen und ungenau, aber als einzig mögliche Grundlage für möglichst glattes und leichtes Weiterfunktionieren des ökonomischen Zirkulationsprozesses.

Wenn aber die Sozialisierung daran zunächst nichts ändern wird, so wird die Rolle des Preises und damit des Geldes innerhalb des stets wachsenden Bereichs der Sozialisierung sofort fundamental umgewälzt.

Heute produzieren einzelne private Produzenten für den Markt. Die Menge der Produkte, die sie für ihn liefern, bestimmen sie nach ihren bisherigen Erfahrungen und ihren künftigen Erwartungen. Der Preis, den sie für ihre Ware an-

streben müssen, ist durch deren Produktionskosten gegeben. Aber der Preis, den sie wirklich erlangen, hängt nicht davon ab, sondern von dem Verhältnis des Angebots zur Nachfrage.

Dies gilt auch für Waren, die nicht aufs Geratewohl für den Markt, sondern auf Bestellung fabriziert werden. Auch die Preise, die dabei vereinbart werden, hängen von dem jeweiligen Stande von Nachfrage und Angebot ab. Ein Unterschied besteht nur darin, daß der Produzent für den Markt auf diesem eine solche Fülle von Waren vorfinden kann, daß er gezwungen ist, sein Produkt zu ruinösen Preisen loszuschlagen, während der Produzent, der auf Bestellung arbeitet, Aufträge, die seine Produktionskosten nicht decken, ablehnen wird. Doch können auch ihn Bestellungen ruinieren, wenn etwa die Preise der Rohmaterialien, die zur Herstellung der bestellten Waren verwendet werden, in höherem Maße steigen, als bei der Vereinbarung der Preise erwartet wurde.

Das Ausmaß, in dem weiterhin produziert wird, hängt dann von der Gestaltung der Preise ab. Bei fallenden Preisen wird die Produktion eingeschränkt, bei steigenden ausgedehnt. Diese famose Art der Regelung der Produktion kennzeichnet den Kapitalismus, sie schädigt immer die Arbeiterklasse, die ständig zwischen den beiden gegensätzlichen Polen der Teuerung und der Arbeitslosigkeit hin und her geschleudert wird.

Anders vollzieht sich die Regelung in einer sozialistischen Gesellschaft. Das Ausmaß der Produktion und die Höhe der Preise ist dort nicht das Ergebnis des anarchischen Produzierens für den Markt. Die Produktionsmittel gehören der Gesamtheit der Konsumenten, die nun eins ist mit der Gesamtheit der Arbeiter. Die Gesamtheit der Konsumenten vereinbart von vornherein mit den Produzenten jedes einzelnen Produktionszweigs auf Grund ihrer Einsicht in die ökonomischen Verhältnisse das Ausmaß der Produktion und die Höhe der Preise. Produktion wie Preise bewegen sich fortan in weit gleichmäßigeren Bahnen. Die Arbeiter brauchen nicht mehr als Konsumenten unter gelegentlicher Teuerung zu leiden, noch als Produzenten unter gelegentlicher Arbeitslosigkeit.

Die Ziffern der Produktion und der Preise einzelner Waren können nun, wenn das gesellschaftliche Interesse es erheischt, abweichend von den aus der kapitalistischen Zeit überkom-

menen festgesetzt werden. Das ist, von Fall zu Fall vorgenommen, eine weit einfachere Operation als das Berechnen der Arbeitswerte aller Waren zur Einführung des Arbeitsgeldes. Natürlich wird man dabei nicht willkürlich verfahren können.

Die Arbeitsmenge, über die eine gegebene Gesellschaft verfügt, ist eine beschränkte und nicht nach Belieben zu erweiternde. Will die sozialistische Gesellschaft einen Produktionszweig über sein bisheriges Ausmaß hinaus ausdehnen, so kann das, wenn nicht etwa technische Fortschritte eingeführt werden, nur durch Einschränkung anderer Produktionszweige geschehen, die ihr vielleicht weniger am Herzen liegen. Daneben wird stärker als je die Tendenz nach Ausgleichung und Angleichung der Löhne bestehen.

So wird ebenso wie das Ausmaß der Produktion einer einzelnen Ware auch die Festsetzung ihres Preises an bestimmte Schranken gebunden sein. Ein Senken der Preise einer einzelnen Ware wird nicht möglich sein durch ein Herabsetzen der Löhne ihrer Produzenten, sondern nur durch eine Senkung ihrer sonstigen Produktionskosten, das heißt durch eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit, oder durch eine entsprechende Erhöhung der Preise anderer Waren, die einen Überschuß liefern müssen, wenn die Senkung der einen Ware ein Defizit ergibt.

Da dürfen wir erwarten, daß sich das Gesetz des Arbeitswertes auch in der sozialistischen Gesellschaft im Durchschnitt durchsetzt, trotz der Aufhebung der privaten Produktion und der privaten Konkurrenz.

Wenn in der sozialistischen Produktionsweise Preise und Geld fortbestehen und man bei deren Fortsetzung an die historisch gewordenen Preise anknüpfen muß, wird es notwendig sein, auch an das historisch gewordene Geld anzuknüpfen und das Gold als Geldware zu erhalten.

Aber nicht in natura. Diese Freude dürfen wir den Verfechtern der Naturalwirtschaft machen.

Als Wertmaß ist stets nur gedachtes Gold notwendig oder vielmehr der Wert des Goldes. Um zu berechnen, wieviel Goldmark der Preis eines Paars Stiefel ausmachen soll, müssen keine Goldmark in natura dabei vorhanden sein.

Als Zirkulationsmittel kann Geld freilich nur dienen, wenn es wirklich da ist. Aber auch dabei ist die Naturalform der Goldmünze in hohem Grade zu entbehren und durch papierne Anweisungen zu ersetzen. Wir müssen uns auf diese Andeutung beschränken, können nicht noch eine Theorie des Geldes hier geben.

Dabei wird freilich hinter dem gedachten Gold als Wertmesser und dem papiernen Geld als Zirkulationsmittel immer das Gold als Ware, die einen bestimmten Arbeitswert hat, auch in einer sozialistischen Gesellschaft fortbestehen müssen. Es ist aber auch nicht einzusehen, warum in ihr die Goldproduktion eingestellt werden soll, denn auch sie wird Gold zu industriellen Zwecken brauchen, etwa zu Goldplomben oder zu Schmucksachen. Die Freude an Schmuck, Glanz und Schönheit wird hoffentlich den Menschen der kommenden Gesellschaft nicht abhanden kommen.

Somit wird nach wie vor Gold produziert werden, nicht, damit es gemünzt werde: diese Ausgabe wird nicht mehr nötig sein, sondern nur, damit es industrielle Anwendung finde. Daher wird es nach wie vor Produktionskosten des Goldes geben und wird dieses einen Wert haben, so daß bestimmte Mengen dieses Metalls als Vorstellung oder Anweisung auch weiterhin dazu dienen können, die Warenpreise auszudrücken und die Warenkörper ihrer ökonomischen Bestimmung zuzuführen.

Die „Geldordnung“ ist eine Maschine, die unentbehrlich ist für den Fortgang einer Gesellschaft mit weitgetriebener Arbeitsteilung.

Es ist sehr wohl möglich, daß später einmal eine vollkommenere Form dieses Mechanismus erfunden wird, die seine gegenwärtige Form ersetzt. Dagegen wäre es ein Rückschritt in die Barbarei, wollte man diese Maschine zerschlagen, um zu den primitiven Behelfen der natural wirtschaftenden Vorzeit zu greifen. Diese Methode, den Kapitalismus zu bekämpfen, erinnert bedenklich an die naiven Arbeiter der ersten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, die wähnten, sich zu befreien und der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende zu machen, wenn sie die Maschinen in Stücke schlugen, die sie gerade vorfanden.

Wir aber wollen nicht die Maschinen zertrümmern, sondern sie der Gesellschaft dienstbar machen, um sie dadurch zu einem Mittel zu gestalten, die Arbeit zu befreien.

d) Die Banken.

Es liegt nicht im Plane dieser Arbeit, in Details über die einzelnen Gebiete der Sozialisierung einzugehen. Aber man kann nicht von der Rolle des Geldes bei der Sozialisierung handeln, ohne einen Blick auf das Bankwesen zu werfen.

Wir haben gesehen, wie in der kapitalistischen Produktionsweise das Kapital bei Beginn jedes Unternehmens und jeden Umschlags die Geldform besitzen muß. Über je mehr Geld der Kapitalist dabei verfügt, desto umfangreicher kann er sein Unternehmen gestalten, desto größer wird die Masse des Mehrwerts sein, die es ihm bringt, und desto besser seine Aussichten, sich im Konkurrenzkampf siegreich zu behaupten. Jeder industrielle oder kommerzielle Kapitalist sucht daher sein Unternehmen soviel als möglich auszudehnen und zu diesem Zwecke die Verfügung über soviel Geld als möglich zu gewinnen. Er begnügt sich nicht damit, sein eigenes Geld in das Unternehmen hineinzustecken, sondern sucht das Vertrauen, den Kredit, den man ihm und seinem Vermögen schenkt, zu benutzen, um soviel Geld als möglich geliehen zu bekommen, das er dem Unternehmen zuführt. Er gewinnt dabei, wenn der Profit, den er mit diesem Geld erzielt, größer ist als der Zins, den er dafür zahlen muß. Und das ist in der Regel der Fall.

Der Umfang, den die kapitalistische Produktion heute gewonnen hat, läßt sich ohne das Mittel des Kredits nicht aufrechterhalten.

Die Funktion des Kreditgebens erfüllen die Geldkapitalisten, jene Kapitalisten, deren Kapital für sie stets die Form des Geldes beibehält, nie eine andere Form annimmt. Gewerbsmäßig betreiben diese Funktion heute vor allem die Geldhändler, die Bankiers, nicht mehr die alten Wucherer, die bloß die Not Bedrängter ausbeuteten, um ihnen entsetzliche Zinsen abzupressen. Der moderne Bankier dagegen befruchtet die Industrie, fördert die Entwicklung der Produktivkräfte und erscheint so als ein Wohltäter der Menschheit.

Aber wie die Industriellen und die Kaufleute sucht auch der Bankier sein Geschäft über das Ausmaß seines eigenen Kapitals hinaus auszudehnen. Und dies Bestreben wird bald eine seiner Hauptfunktionen.

Mehr als andere Private müssen die Bankiers Vorkehrungen treffen zur Sicherung der Geldschätze, die sie besitzen.

Da Geld die Ware ist, die jeder nimmt, ist es auch das Objekt, das der Dieb am liebsten nimmt, um so mehr, als es leichter zu transportieren und zu verstecken ist als die meisten Gebrauchsgegenstände. Eine Fabrik oder eine Scheune wird niemand stehlen. Leichter gelingt das mit dem Gelde des Fabrikanten oder des Landwirts, wenn sie nicht über sehr feste Kassen verfügen. Es müssen so trostlose Geldverhältnisse eintreten, wie sie augenblicklich in den Ländern der Besiegten herrschen, daß auch beim Diebstahl die verruchte „Geldordnung" durch die viel sympathischere Naturalwirtschaft in den Hintergrund gedrängt wird.

Die großen Geldkapitalisten zeichneten sich seit jeher durch die Vorkehrungen aus, die sie zum Schutze ihrer Gelder einrichteten. Grund genug, daß auch andere Besitzer größerer Geldsummen ihnen diese als Depot anvertrauten, um sie so zu sichern. Was das Bankhaus mit dem Gelde macht, war ihnen einerlei, wenn sie es nur vollzählig wieder erhielten, sobald sie es forderten. Der Bankier ließ aber die Gelder nicht tot liegen, wenn er Gelegenheit hatte, sie einem zuverlässigen Unternehmer zu gutem Zins zu leihen. So vergrößerte er durch die Depositen sein eigenes Kapital und den Kredit, den er dem Handel und der Industrie gewähren konnte.

Der hohe Zins, den er bekam, gestattete ihm, seinen Depositären ebenfalls einen Zins zu zahlen, natürlich einen weit bescheideneren, und dadurch immer mehr Geldsummen aus den Schränken und den Strümpfen und sonstigen Verstecken anzulocken, wo sie bis dahin tot geruht hatten.

Je mehr die Warenproduktion die übrigen Formen der Produktion zurückdrängt und damit die Anwendung des Geldes zunimmt, wachsen auch die Geldsummen, die der einzelne anhäuft, teils als Konsumtionsfonds, den er augenblicklich nicht braucht, den er aber später verwenden will, um daraus Lebensmittel, Möbel, Luxusartikel zu kaufen, oder als Produktionsfonds, um, sobald er groß genug geworden ist, Produktionsmittel zu erneuern oder durch zusätzliche Produktionsmittel den Betrieb zu erweitern oder einen neuen Betrieb zum alten hinzuzugesellen usw.

Ungeheure Geldsummen werden auf diese Weise von der Gesamtheit der einzelnen Individuen aufgehäuft, die von ihnen erst später verwandt werden sollen und die sie bis dahin den Banken anvertrauen, entweder einzelnen Bankiers oder Aktienbanken, durch die sie wieder der Industrie und dem Handel zeitweise zugeführt werden. Ein riesiger Geldstrom strömt so unaufhörlich durch die Banken, oder vielmehr zwei Ströme. Der eine besteht aus den Depositen, die eingezahlt und an zahlreiche Unternehmungen weiter verliehen werden; der andere aus den von den Banken verliehenen Geldern, die ihnen zurückgezahlt, und jenen Depositen, die von der Bank an die Einleger zurückgegeben werden.

Die Menge dieser Gelder übersteigt weit das Vermögen der Bank. Deren eigenes Kapital dient nur noch dazu, etwaige Störungen auszugleichen, wenn etwa zeitweise aus der Bank mehr Geld entnommen als bei ihr eingezahlt werden sollte.

Je größer die Geldmassen, die so durch die Banken der Industrie und dem Handel zuströmen, desto gewaltiger können sich diese ausdehnen, desto abhängiger werden sie aber vom Kredit. Dieser gewaltige Geldstrom wird immer bestimmender für die Gestaltung der Industrie und des Handels — wir können hier auf seine Verästelungen und besondere Formen nicht eingehen, die er durch das Aktienwesen erhält, man vergleiche darüber das klassische Werk Hilferdings über das Finanzkapital. Es ist nicht das Geld der Banken, sondern ihnen anvertrautes fremdes Geld, das sich so das wirtschaftliche Leben der Nation immer mehr unterordnet, aber es sind die Herren der Banken, namentlich einiger weniger führenden Riesenbanken, die den Geldstrom leiten, die über das fremde Geld verfügen, als ob es ihr eigenes wäre, und dadurch immer mehr zu Herren des ganzen kapitalistischen Getriebes werden.

Der Gedanke lag nahe, daß ein proletarisches Regime sich zuerst dieser großen Banken bemächtigen müsse, um dadurch die Herrschaft der Finanzmagnaten zu brechen und mit einem Schlage bestimmenden Einfluß auf das ganze Wirtschaftsleben zu gewinnen, auch auf jenen Gebieten, die zur Sozialisierung noch nicht reif waren.

Mit einer Reihe meiner Freunde nahm auch ich an, daß dem so sein werde. Ich wurde darin bestärkt durch die Ausfüh-

rungen von Marx darüber. Im dritten Band seines „Kapital" (Hamburg 1894, 1. Teil, S. 427) heißt es:

„Ohne das aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringende Fabriksystem könnte sich nicht die Genossenschafts-(Kooperativ-)Fabrik entwickeln, und ebensowenig ohne das aus derselben Produktionsweise entspringende Kreditsystem. Letzteres, wie es die Hauptbasis bildet zur allmählichen Verwandlung der kapitalistischen Privatunternehmungen in kapitalistische Aktiengesellschaften, bietet ebensosehr die Mittel zu allmählicher Ausdehnung der Genossenschaftsunternehmungen auf mehr oder minder nationaler Stufenleiter. Die kapitalistischen Aktienunternehmungen sind ebensosehr wie die Genossenschaftsfabriken als Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die gesellschaftliche (assoziierte) zu betrachten, nur daß in den einen der Gegensatz negativ und in den anderen positiv aufgehoben ist."

In diesen Ausführungen aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wird noch die Produktivgenossenschaft, die „Kooperativfabrik", allerdings in Verbindung mit anderen, auf „nationaler Stufenleiter", als alleinige Form eines Betriebs der „assoziierten Produktionsweise" betrachtet. Vielleicht ist in Verbindung damit die Rolle übertrieben, die der Kredit bei der Entwicklung der neuen Produktionsweise spielen kann. Aber daß sie dennoch eine bedeutende sein wird und daß ein sozialistisches Regime trachten muß, sich dieses Mittels zu bemächtigen, daran ist nicht zu zweifeln.

Erfahrungen jedoch ebenso wie eingehendere Erwägungen sprechen dagegen, daß die Verstaatlichung der kapitalistischen Banken der Weg dazu ist. Sie ist es auch dann nicht, wenn diese Verstaatlichung weniger brutal und mit mehr Sachkenntnis vorgenommen wird, als das in Sowjetrußland der Fall war.

Zunächst, was soll an den Banken verstaatlicht werden? Ihr eigenes Kapital? Aber das ist relativ unbedeutend und verleiht ihnen ihre Herrschaftsstellung nicht.

Also müßte man auch die Depositen verstaatlichen, die bei ihnen eingelegt sind. Wie soll das geschehen? Durch Ablösung? Aber das hätte bei den Banken eine ganz andere Bedeutung als bei der Industrie. Dort werden gegen Geld Produktionsmittel erworben, hier würde Geld gegen Geld eingetauscht, eine ganz sinnlose Operation. Aber wollte man die Depositen nicht gegen bar einlösen, sondern gegen Staatsschuldverschreibungen?

Aber damit würden sie ihrer ökonomischen Funktion entzogen, die sie nur in Geldform vollziehen können, und das ganze ökonomische Leben ins Stocken gebracht.

Das spricht natürlich noch mehr dagegen, die Depositen einfach zu konfiszieren, denn was heute Depositum in der Bank ist, soll morgen, soweit es nicht Konsumzwecken zugeführt werden soll, der Fortführung und Erweiterung der Produktion dienen, die ja zum großen Teil noch auf kapitalistischer Basis weiter zu betreiben ist. Durch Konfiszierung der Depots oder der Ansprüche der Depotgläubiger der Bank würde diese auch nicht verstaatlicht, sondern getötet. Niemand würde ihr mehr ein Depot anvertrauen. Hört das auf, dann fehlen ihr aber die Mittel zu weiterer Kreditgewährung. Sie kann nicht weiter funktionieren.

Will und kann man nicht die ganze kapitalistische Wirtschaft mit einem Schlage konfiszieren und verstaatlichen, läßt man kapitalistische Unternehmungen wenigstens zum Teil weiter funktionieren, dann darf man ihnen nicht jenen Teil ihrer zum Funktionieren nötigen Mittel nehmen, die sie zeitweise bei den Banken deponiert haben.

Niemand, der die Sache reiflich erwogen hat, fordert denn auch heute noch die Sozialisierung der bei den Banken liegenden Kapitalien, auf welchem Wege immer. Man verlangt nur noch die Verstaatlichung des Apparats der Banken.

Otto Bauer sagt darüber in seinem „Weg zum Sozialismus" Seite 26:

„Die Sozialisierung der Banken hat eine ganz andere Aufgabe als die Vergesellschaftung der Großindustrie oder des Grundbesitzes. Hier handelt es sich nicht darum, den Boden und die Arbeitsmittel in den Besitz der Gesellschaft zu überführen, sondern darum, die Macht, die die Verfügung über die fremden Kapitalien, die den Banken zur Verfügung gestellt werden, dem Finanzkapital gibt, ihm zu entreißen und sie der Gesellschaft zuzueignen. Daher bedarf es in diesem Falle keiner Expropriation; es genügt, die Macht, die heute die Aktionäre der Banken durch die von ihnen gewählten Verwaltungsräte ausüben, den Vertretern der Volksgesamtheit zu übertragen. Das geschieht, wenn durch Gesetz bestimmt wird, daß die Mitglieder des Verwaltungsrats jeder Großbank nicht mehr von der Generalversammlung der Aktionäre gewählt werden, sondern von den Körperschaften, die das Gesetz zu ihrer Wahl beruft. Das Gesetz

wird zum Beispiel bestimmen können, daß ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats jeder Großbank von der Nationalversammlung gewählt wird, die anderen zwei Drittel aber von den Industrieverbänden, den landwirtschaftlichen Genossenschaften, den Konsumvereinen, den Gewerkschaften und den Angestelltenorganisationen ernannt werden. Eine solche gesetzliche Verfügung über die Zusammensetzung des Verwaltungsrats wird genügen, die Macht über die Milliarden, über die die Banken verfügen, zu sozialisieren."

Eine solche Einrichtung ist sicher möglich. Nur darf man eines nicht vergessen: die Banken sind Institutionen, die nicht nur Kredit geben, sondern die auch selbst Kredit brauchen. Ihre ganze Macht beruht ja nicht auf ihrem eigenen Geld, sondern auf fremdem, das ihnen anvertraut wird.

Nun müssen wir darauf gefaßt sein, daß die Kapitalisten dem sozialistischen Regime den stärksten Widerstand entgegensetzen werden. Die Demokratie ändert nichts an dieser Tatsache, bewirkt bloß, daß den Kapitalisten die Machtmittel fehlen, die einen militärischen Widerstand aussichtsvoll oder überhaupt möglich machen würden. Sie werden da nur mit „friedlichen" Waffen kämpfen können, mit Lügen und Verleumdungen ihrer Presse oder wirtschaftlicher Resistenz. Es wird von der Klugheit und Entschlossenheit des Proletariats abhängen, ob diese Methoden des kapitalistischen Widerstandes Erfolg haben oder nicht.

Unter diesen Umständen ist es schwer zu erwarten, daß die Kapitalisten ihre Gelder freiwillig einem Unternehmen zur Verfügung stellen werden, wenn sie erwarten, es würde nicht ein Werkzeug kapitalistischer Ausdehnung, sondern eines proletarischer Befreiung werden. Je mehr die Bank in diesem Licht erscheint, desto eher werden die Kapitalisten nicht nur aufhören, ihre Gelder bei ihr zu deponieren, sie werden auch ihre bereits eingelegten Depots zurückziehen, und die sozialisierte Bank wird bald auf dem trocknen sitzen.

Wollte man die Kapitalisten zu Einlagen in den sozialisierten Banken zwingen? Das dürfte kaum gelingen. Sie werden ihre Kundschaft den sozialisierten Großbanken entziehen und den kleineren Privatbanken zuführen, deren es immer noch eine Menge gibt.

Wollte man ein staatliches Bankmonopol einführen? Das dürfte schwerlich gelingen. Und das Kapital wird wohl im-

stande sein, auf Umwegen Ersatzorganisationen des Geldkapitals und Kredits zu schaffen.

Die Förderung des Sozialisierungswerks durch den Kredit des privaten Geldkapitals wird man kaum auf diesem Wege erlangen.

Damit soll nur auf die Schwierigkeiten des Vorschlags hingewiesen, nicht er selbst für unmöglich erklärt werden. Sein Gelingen hängt ab von der sozialen Atmosphäre zur Zeit der Sozialisierung. Bildet die Kapitalistenklasse eine solidarische Masse, dann sind seine Aussichten sehr trübe. Dagegen könnte er wohl Erfolg haben, wenn ein erheblicher Teil des produktiven Kapitals im Gegensatz stände zu den Bankmagnaten und deren Herrschaft drückend empfände. Dann könnten die nach dem Bauerschen Vorschlag organisierten Banken wohl eine fruchtbare Tätigkeit entfalten.

Doch dürfte das sozialistische Regime bei dieser Bankreglung nicht stehen bleiben, die von dem guten Willen mindestens eines Teiles der Kapitalistenklasse abhängen würde.

Nur unter günstigen Umständen wird das proletarische Regime bewirken können, daß der kapitalistische Kredit teilweise auch sozialisierten Betrieben zuteil wird. Unter allen Umständen aber wird es in der Lage sein, Banken einzurichten, die das Proletariat, seine Einrichtungen und die sozialisierten Unternehmungen der Notwendigkeit entheben, ihre zeitweisen Geldansammlungen kapitalistischen Banken und damit kapitalistischen Zwecken zur Verfügung zu stellen.

Heute schon besitzt das Proletariat mit seinen privaten Ersparnissen und seinen Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen usw. nicht unerhebliche Fonds, die wachsen werden mit der zunehmenden Ausdehnung dieser Institutionen und der Hebung der arbeitenden Klassen, wodurch jene ihrer Schichten vermehrt werden, denen es möglich ist, Ersparnisse für Zeiten der Not oder zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zurückzulegen. Dazu werden sich die sozialistischen Gemeinden mit ihren Unternehmungen und die Betriebe gesellen, die der Staat sozialisiert.

Zur vorteilhaften Unterbringung aller der Fonds, die die genannten Faktoren für bestimmte Zwecke ansammeln und bereithalten müssen, stehen ihnen heute nur die kapitalistischen

Banken zur Verfügung, die das deponierte Geld zur Ausdehnung und Stärkung kapitalistischer Wirtschaft benutzen.

Verfügen das Proletariat und die proletarische Staatsgewalt über eine eigene Bank, so kann sie zu dem Mittel werden, den Kredit in dem von Marx dargelegten Sinne zur Förderung sozialisierter Unternehmungen anzuwenden und diese vom kapitalistischen Kredit unabhängig zu machen.

Die Sozialistenbank wird freilich für die bei ihr hinterlegten Depositen Zins zahlen müssen, um der Konkurrenz der kapitalistischen Banken gewachsen zu sein. Sie wird daher auch Zins nehmen müssen für die Gelder, die sie verleiht. Aber dieser letztere Zins wird nicht Profitzwecken dienen, nur um einen Verwaltungszuschlag und eine Risikoprämie höher sein müssen, als der den Depositären gezahlte Zins. Er wird daher erheblich geringer sein als der der kapitalistischen Banken.

Mit der wachsenden Ausdehnung der Sozialisierung wird die Kraft dieser Bank wachsen und ihre Fähigkeit, den Fortgang der Sozialisierung ihrerseits zu beschleunigen.

Auf der anderen Seite werden Macht und Ausdehnung der kapitalistischen Banken in dem Maße zusammenschrumpfen, als das Gebiet der kapitalistischen Ausbeutung sich verengert.

So könnte man die vollkommene Verstaatlichung des Bankwesens, die den Ausgangspunkt der Sozialisierung bilden sollte, als ihren Abschluß betrachten.

Doch dieser Abschluß bedeutet, daß das Geld vollständig aufhört, als Kapital zu dienen. Mit dem Geldkapital wird aber auch seine Organisation, die Bank, und die Notwendigkeit des Kredits verschwinden.

11. Schluß.

Mancher naive und primitive Sozialismus wendet sich nicht so sehr gegen das Kapital als gegen das Geld. Dies ist ihm die Wurzel alles Übels. Seine Entthronung muß das Heil bringen.

Indes ist diese Auffassung nicht auf sozialistische Kreise beschränkt. Lange vor ihnen, ja lange vor jeglicher kapitalistischen Produktion sahen die Volksmassen im Geld nicht eine Maschine, die den wirtschaftlichen Prozeß erleichtert, beschleunigt, ausdehnt, sondern eine teuflische Erfindung, um das Böse in die Welt zu bringen.

Und das war kein bloßer Wahnglaube, sondern beruhte auf sehr richtigen Beobachtungen.

Die dem Geld vorhergehende Produktion für den Selbstbedarf kennt fast nur Produkte für den persönlichen Konsum, die Produktionsmittel sind noch nicht sehr bedeutend und erfordern wenig Arbeit. Die meisten dieser Konsumtionsmittel vertragen kein langes Lagern, müssen rasch verzehrt werden. Diejenigen im Volke, die vermöge ihrer sozialen Stellung mehr davon bekommen als die anderen, wissen mit dem Überfluß nichts anderes anzufangen, als ihn unter ihre Freunde und Anhänger zu verteilen. Freigebigkeit, ja Verschwendung der Großen ist das Kennzeichen dieser Epoche. Sie kennt schon Ausbeutungsverhältnisse, Sklaverei und Leibeigenschaft, aber da ja mit dem Überfluß nicht viel anderes anzufangen ist als seine Verteilung, ist der Drang nach Steigerung der Ausbeutung nicht stark.

Das soziale Empfinden gegenüber den Genossen der eigenen Gemeinschaft — nicht gegenüber fremden — ist in jener Epoche sehr groß. Niemand konnte sich damals in der Gesellschaft behaupten, ohne daß eine starke Gemeinschaft hinter ihm stand, ihn schützte, ihm zuteilte, was er brauchte. Bei geringer Arbeitsteilung waren die Bedürfnisse und Neigungen der einzelnen ebensowenig verschieden, wie die Produktion wenig mannigfaltig war. Und fast aller Konsum, materieller wie künstlerischer, war ein gemeinsamer. So wurde das geistige und materielle Leben des einzelnen ganz von der Gemeinschaft bestimmt, in der er lebte und in die er meist schon hineingeboren wurde. Sie ward ein Teil seines Selbst, er ging ganz in ihr auf. Neben der Freigebigkeit war die Selbstlosigkeit, die freudige Hingabe an die Gemeinschaft, das hervorragendste Kennzeichen jenes Zeitalters.

Das alles ändert sich durch das Aufkommen des Geldes, namentlich sobald dieses die seinem Wesen entsprechende Form in einem unvergänglichen Metall, Silber oder Gold gefunden hat.

Geld kann man immer und zu jedem Zweck brauchen. Es behält seinen Gebrauchswert und Wert — ausgenommen die Papierwirtschaft der letzten Zeit. Man ist nicht gezwungen, es zu konsumieren. Man kann es aufschatzen, und je mehr man

davon hat, desto mehr Macht über andere Menschen besitzt man. Mit den Geldeinnahmen hört daher allmählich die Freigebigkeit der Vorzeit auf. Eine neue, der Volksmasse verhaßte Persönlichkeit tritt auf, der Geizhals, der sich und erst recht anderen nichts gönnt, um nur recht viel Geld aufzuhäufen.

Aber man kann noch andere und weit wirksamere Methoden anwenden, um Geld zu gewinnen und aufzuhäufen, als fleißig arbeiten, entsagen und sparen. Man kann ein flottes Müßiggängerleben führen und doch Schätze sammeln, wenn man über die nötigen Gewaltmittel verfügt. Raub und Diebstahl bei den Kleinen, blutige Plünderungskriege bei den Großen werden jetzt Massenerscheinungen. Kriegszüge, um Land zu gewinnen, gab es schon vorher, aber sie fanden eine natürliche Grenze in der Möglichkeit, neugewonnenes Land produktiv zu benutzen.

Der Durst nach Geld dagegen ist maßlos, und ebenso maßlos wie der Geiz ist die Raubsucht. Das gleiche gilt nun auch von dem Drang nach Ausbeutung Unterworfener. Die Sklaverei wird jetzt zur Hölle.

Gleichzeitig löst die fortschreitende Geldwirtschaft immer mehr die überkommenen Gemeinschaften auf. Die sozialen Beziehungen nehmen immer mehr die Formen bloßer Geldbeziehungen an. Die überkommenen Gemeinschaften, Gentes, Markgenossenschaften, Zünfte, hören immer mehr auf, Schranke wie Schutz für die Persönlichkeit zu sein. Die sozial Starken werden dadurch immer stärker, die sozial Schwachen immer schwächer. Der einzelne denkt nur noch an sich, zu Geiz, Raubgier, Ausbeutungsdrang gesellen sich noch Egoismus und Hartherzigkeit gegenüber den Gemeinschaftsgenossen — gegenüber den Fremden bestanden sie stets.

Kein Wunder, daß angesichts dieser Resultate das Geld frühzeitig als Quelle des Bösen gehaßt und verwünscht wurde.

In dem Abschnitt des „Kapital" über das Geld zitiert Marx folgende Kennzeichnung der Wirkungen des Geldes durch Sophokles im fünften Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung:

> „Denn von dem Menschengeiste war dem Gelde gleich
> Nichts Arges mehr ersonnen. Städte kehrt es um
> Und treibt die Menschen flüchtig aus den Wohnungen;
> Mit arger Lehre wandelt es den Männersinn,

Daß sich der Edle zu der Schmach des Bösen kehrt;
Zu jeder Arglist leitet es die Menschen an
Und macht sie kundig jeder gottvergessenen Tat."
(Antigone, V, 295 bis 301.)

Doch das ist nur die eine Seite des Geldes. Die andere haben wir bereits beleuchtet. Es ermöglichte erst die höchste Entwicklung der Arbeitsteilung und damit der Produktivkräfte, die schließlich einen solchen Grad erreicht hat, daß allgemeine Gleichheit der materiellen Lebensbedingungen nicht mehr, wie früher nur bei allgemeiner geistiger Barbarei möglich, sondern mit allgemeiner hoher Kultur vereinbar ist. Und wenn es die einzelne Persönlichkeit von der Nabelschnur loslöste, die sie mit dem Gemeinwesen verband, so hat es nicht nur Egoismus und Hartherzigkeit geschaffen, sondern auch die Selbständigkeit des Denkens entwickelt sowie eine Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse und Neigungen, die der Mannigfaltigkeit der heutigen Produktion entspricht.

Der Sozialismus ist berufen, die degradierenden Wirkungen des Geldes zum Verschwinden zu bringen. Sie entspringen aus dem Privateigentum an den Quellen des Lebens und an den gesellschaftlich geschaffenen Reichtümern, das bisher mit dem Gelde aufs engste verbunden war. Die Aufhebung dieses Privateigentums wird dem Fluch ein Ende machen, der bisher dem Gelde anhaftete.

Aber man hüte sich, dabei so weit zu gehen, das man das Große aufhebt, was das Geld geschaffen hat, die Ausdehnung der Arbeitsteilung, die Mannigfaltigkeit der Produktion, die Freiheit der Persönlichkeit.

Der Sozialismus soll ein Hinausschreiten über den Kapitalismus hinweg, nicht ein Zurückgehen hinter ihn darstellen. Etwas Derartiges würden die heutigen Menschen nicht ertragen, die durch die Schule der kapitalistischen Produktion mit ihrer großen Mannigfaltigkeit der Produkte und der großen Selbständigkeit der Persönlichkeit gegangen sind.

Ganz abgesehen vom primitiven Kommunismus hat es kommunistisch eingerichtete Gesellschaften schon in früheren Jahrhunderten gegeben. Wir erinnern an die kommunistischen „Haushaben" der Wiedertäufer in Mähren, die sich dort durch das ganze Zeitalter der Reformation vom Ende des Bauernkriegs

an (1526) bis zum Dreißigjährigen Krieg, bis zum Sieg der Gegenreformation in der Schlacht am Weißen Berge (1620) erhielten, länger noch in Ungarn und später in den Vereinigten Staaten, wo vor kurzem noch (1908) einzelne ihrer Haushaben bestanden, vielleicht jetzt noch bestehen.

Sie beruhten auf einem Kommunismus nicht nur der Produktion, sondern auch der Konsumtion bei völliger Aufhebung der Freiheit der Persönlichkeit, da dem einzelnen nicht nur seine Arbeit und seine Lebensmittelration, sondern auch seine Vergnügungen, ja die Gattin oder der Gatte von den „Ältesten" zugewiesen wurden. Die Wissenschaft war bei ihnen verpönt.

Auf derselben Basis beruhte eine andere erfolgreiche kommunistische Organisation, die der Jesuiten in Paraguay, die von 1612 bis 1768 währte und nur durch die brutale Gewalt spanischer Soldateska zerstört werden konnte.

Endlich sind in diesem Zusammenhang zu nennen die religiösen kommunistischen Gemeinden, die von verschiedenen europäischen Sektierern von der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts an in den Vereinigten Staaten gegründet wurden und sich bis in unsere Tage erhalten haben. Wir haben auf sie oben schon bei der Sozialisierung der Landwirtschaft hingewiesen. Auch diese Gemeinden waren ähnlichen Charakters wie die „Haushaben" der Wiedertäufer.

Sie alle wurden gebildet aus ökonomisch rückständigen Elementen, die keine Spur modernen Denkens in sich aufgenommen hatten. Am meisten gilt das von den Indianern in Paraguay, aber auch die Handwerker und Bauern, von denen die kommunistischen Einrichtungen der Wiedertäufer und der Sektierer in Amerika begründet wurden, standen ganz außerhalb der modernen Welt.

Die einzelnen dieser Organisationen waren klein, umfaßten in der Regel bloß einige hundert Menschen. Nur der Kommunistenstaat der Jesuiten zählte in den Tagen seiner größten Ausdehnung 150000 Bewohner, die in 30 Pueblos (Dörfern) wohnten. Die meisten dieser kommunistischen Gründungen wurden in der Wildnis angelegt, fern von anderen Menschen. Die der Wiedertäufer in Mähren waren Gründungen Deutscher in einer tschechischen Bevölkerung, mit der sie sich nicht verständigen konnten.

Sobald einzelne der kommunistischen Organisationen dieser Art in engere Berührungen mit der zivilisierten Welt kamen, verloren sie in der Regel ihren inneren Halt. Namentlich die jüngeren Leute fühlten sich meist durch die Monotonie und Strenge des Regimes abgestoßen und ließen sich schwer festhalten.

Einen Großstaat mit moderner Großproduktion, modernem Verkehr, moderner Wissenschaft, modernen Intellektuellen und Proletariern auf der Basis eines derartigen Kommunismus begründen zu wollen, ist ganz unmöglich. Sowjetrußland war der erste und wohl auch der letzte Versuch in dieser Art. In Westeuropa könnte es nicht einmal zum Versuch kommen.

Aber für uns bilden schon die utopischen Entwürfe zu Bauplänen einer sozialistischen Organisation eine gewisse Gefahr. Denn das Leben ist immer reicher und mannigfaltiger als die Theorie, die nur das Allgemeine betrachten darf und vom Besonderen absehen muß. Jede Utopie vereinfacht daher zu sehr die Probleme der Wirklichkeit und bedeutet, wenn sie strikte befolgt wird, einen unerträglichen Rückschritt von der Mannigfaltigkeit zur Eintönigkeit.

Die Gesellschaft ist kein Mechanismus, der sich nach vorher festgesetztem Plane nach Belieben einrichten läßt, sondern ein Organismus, der nach bestimmten Gesetzen wächst und sich entfaltet. Sie ist ein Organismus, dessen Zellen denkende Wesen sind, die bewußt an seinem Aufbau arbeiten, die aber diesen Aufbau nicht willkürlich gestalten können. Insofern besteht ihre Freiheit nur in der freiwilligen Ausführung dessen, was sie als notwendig erkannt haben.

Diese Freiheit besitzen wir um so mehr, je besser wir die gesetzmäßigen Zusammenhänge der Wirklichkeit erkennen, der Gesellschaft gegenüber daher um so mehr, je vollkommener wir ihre ökonomischen Funktionen erforschen.

Neben dieser auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruhenden Freiheit gegenüber der Notwendigkeit bedarf der moderne Mensch aber noch einer anderen Freiheit: der Freiheit seiner Persönlichkeit gegenüber anderen Persönlichkeiten, der möglichsten Unabhängigkeit von ihnen in der Wahl seiner Lebensführung. Das ist unmöglich bei der Produktion der materiellen Bedingungen des Lebens, die geregeltes Zusammenarbeiten

vieler erheischt. Aber sie ist unter den heutigen Verhältnissen bereits möglich für die meisten Arten des persönlichen Konsums, und sie ist auf dem Gebiete des persönlichen Schaffens möglich durch zunehmende Verkürzung der dem Erwerb dienenden Arbeit, durch stetige Vermehrung der freien Zeit, der Zeit, die dem Individuum zu freier Betätigung eingeräumt wird.

Zugang aller zu wissenschaftlicher Erkenntnis, möglichste Verkürzung der Erwerbsarbeit, völlige Freiheit des Individuums in allen Betätigungen außerhalb der Erwerbsarbeit, soweit dadurch nicht andere Individuen oder die Gesellschaft gefährdet werden — das sind die Ziele, von denen der moderne Sozialismus sich leiten lassen muß, im Gegensatz zu seinen kommunistischen Vorgängern, die nichts davon wußten, die jedem allerdings reichliches Brot und größte Sicherheit der Existenz gewährten, aber keine Wissenschaft und keine Freiheit. Wir wollen jenes auch, dazu aber noch dieses, denn wir stehen auf den Schultern des industriellen Kapitalismus und haben das zum Gemeineigentum zu machen, nicht zu verkümmern, was er der kleinen Schicht seiner Nutznießer gebracht hat.

Wie immer die sozialistische Gesellschaft gestaltet sein mag, sie wird sich nur dann behaupten, nur dann ihrer großen historischen Aufgabe gerecht werden, die Errungenschaften des Kapitalismus zu höheren Lebensformen zu entwickeln, wenn sie der Gesamtheit der Menschheit nicht bloß Brot und Sicherheit der Existenz bringt, sondern auch Kultur und Freiheit.

Anläßlich der Publikation von Kautkys **Die proletarische Revolution und ihr Programm** haben wir uns veranlaßt gesehen, eine nochmalige Ausgabe von Kautskys

Erfurter Programm

17. Auflage

herauszugeben, das jedenfalls anläßlich des neuen Werkes von Kautsky als historisches Aktenstück wieder häufig begehrt werden wird. Das Werk kostet gebunden (als Band 13 der Internationalen Bibliothek) 60 Mark.

Theorien über den Mehrwert. Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie" von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. 4. Auflage. Komplett in 4 Bänden. Gebunden 300 Mark.

1. Band: Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis A. Smith.
2. Band, erster Teil: David Ricardo I.
2. Band, zweiter Teil: David Ricardo II.
3. Band: Von Ricardo zur Vulgärökonomie.

Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Volksausgabe. Herausgegeben von Karl Kautsky. Dritte, unveränderte Auflage. XLVIII und 768 Seiten Großoktav. Gebunden 180 Mark.

Dieser von Karl Kautsky herausgegebene erste Band des „Kapital" unterscheidet sich von den früheren Ausgaben insofern, als es der Benützung zum Studium für die Arbeiter wesentlich zugänglicher geworden ist, und zwar erstens durch die Beseitigung von Druckfehlern, sowie durch die Übersetzung von vielen fremdsprachlichen Ausdrücken und Zitaten, und zweitens durch die Anfügung eines von N. Rjasanoff bearbeiteten ausführlichen, 68 Seiten starken Registers, das außer einer orientierenden Einleitung ein Verzeichnis aller im ersten Band des „Kapital" zitierten Werke enthält: A. Werke der genannten Verfasser. B. Werke anonymer Verfasser. C. Veröffentlichungen offizieller und anderer Körperschaften. D. Zeitungen und Zeitschriften. Namenregister. Sachregister.

So ist dieser erste Band des „Kapital" auch heute ein vollständiges Ganzes. Es pulsiert das Leben darin heute noch ebenso stark wie vor vierzig Jahren, und erst mit dem Kapitalismus selbst wird der erste Band des „Kapital" aufhören, die stärkste Waffe im Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu sein.

❖ Schriften von Karl Kautsky ❖

Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart

Karl Marx' Ökonomische Lehren. Gemeinverständlich dargestellt und erläutert. 21. Aufl. Gebunden M. 60.—

Thomas More und seine Utopie. Mit einer histor. Einleitung. 5. Aufl. Gebunden M. 60.—

Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. 3. Aufl. Gebunden M. 60.—

Ethik und materialist. Geschichtsauffassung. Gebunden M. 50.—

Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung. 12. Aufl. Gebunden M. 100.—

Vorläufer des neueren Sozialismus. 4 Bände. Gebunden M. 270.—

Die Agrarfrage. Vergriffen.

Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Vergriffen.

Die Klassengegensätze im Zeitalter der Französischen Revolution. Broschiert M. 15.—

Parlamentarismus und Demokratie. Broschiert M. 20.—

Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Broschiert M. 10.—

Serbien und Belgien in der Geschichte. Broschiert M. 10.—

Elsaß-Lothringen. Brosch. M. 10.—

Die Befreiung der Nationen. Vergr.

Rasse und Judentum. Zweite, durchgesehene Auflage. Broschiert M. 25.—

Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin

Die soziale Revolution. M. 10.—

Die historische Leistung von Karl Marx. M. 7.50.

Der Weg zur Macht. M. 15.—

Demokratie oder Diktatur. M. 7.50.

Wie der Weltkrieg entstand. M. 20.-

Die Sozialisierung der Landwirtschaft. M. 30.—

Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie. M. 5.—

Handelspolitik und Sozialdemokratie.

Sozialismus und Kolonialpolitik.

Der politische Massenstreik.

K. Marx, Die Inauguraladresse. Erläutert von Karl Kautsky. M. 12.—

Verlag der Buchhandlung Freiheit in Berlin

Von der Demokratie zur Staatssklaverei.

Irland.

Habsburgs Glück und Ende.

Was ist Sozialisierung?

Terrorismus und Kommunismus.

Verlag Neues Vaterland, Berlin

Delbrück und Wilhelm II.

Verlag von Tony Breitscheid, Berlin

Mein Verhältnis zur USP. M. 3.-

Verlag Leipziger Buchdruckerei A.-G. in Leipzig

Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft.

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung in Wien

Vergangenheit und Zukunft der Internationale.

Kriegsmarxismus.

Georgien.

Der Einfluß der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft.

Die Diktatur des Proletariats.

BINDING SECT. AUG 2 9 1967

HX
276
K24
1922

Kautsky, Karl
Die proletarische Revolution und ihr Programm

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 11 02 04 03 005 2